Schluss mit TTIP, ESM, Bankendiktatur, Totalüberwachung, Sozialabbau, GEZ, Eurokrise, KomDoppikLG, Atomwaffen, Gentechnik, Fracking, Kriegstreiberei und Vertreibung!




**Schützen Sie** Ihre Familie, Freunde, Rechte, Immobilie und Ihr Vermögen !

Mit Schritt-für-Schritt-Anleitungen, Formularen, Gesetzestexten, Vordrucken und wichtigen Adressen.

6/2016

## Widmung

Dieses Buch ist all denen gewidmet, die schon seit Jahren durch Recherchen und Veröffentlichungen mutig für Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Kinder, Frauen und Männer eintreten.

Es ist für die geschrieben, die schon lange wissen, daß etwas nicht stimmt in diesem Land. Für jene die bereit sind, friedlich ihren Beitrag zu leisten, um eine positive Veränderung für unser Volk herbeizuführen.

Es ist unseren Kindern und allen nachfolgenden Generationen gewidmet, damit sie in Frieden und Freiheit mit allen Völkern dieser Welt leben können.

"Sei Du selbst die Veränderung

die Du Dir wünschst."

***Mahatma Gandhi***

# Soll sich die Geschichte wiederholen?



Die Mitglieder der Weissen Rose unter anderen
die Geschwister Hans und Sophie Scholl
verteilten im Jahr 1942 / 43 insgesamt
sechs Flugblätter. 1943 wurden sie
für ihren friedlichen Widerstand hingerichtet.




## F l u g b l ä t t e r   d e r   W e i s s e n   R o s e

### I

**Nichts ist eines Kulturvolkes unwürdiger, als sich ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenen Herrscherclique "regieren" zu lassen.** Ist es nicht so, daß sich jeder ehrliche Deutsche heute seiner Regierung schämt, und wer von uns ahnt das Ausmaß der Schmach, die über uns und unsere Kinder kommen wird, wenn einst der Schleier von unseren Augen gefallen ist und die grauenvollsten und jegliches Maß unendlich überschreitenden Verbrechen ans Tageslicht treten? Wenn das deutsche Volk schon so in seinem tiefsten Wesen korrumpiert und zerfallen ist, daß es, ohne eine Hand zu regen, im leichtsinnigen Vertrauen auf eine fragwürdige Gesetzmäßigkeit der Geschichte das Höchste, das ein Mensch besitzt und das ihn über jede andere Kreatur erhöht, nämlich den freien Willen, preisgibt, die Freiheit des Menschen preisgibt, selbst mit einzugreifen in das Rad der Geschichte und es seiner vernünftigen Entscheidung unterzuordnen - **wenn die Deutschen, so jeder Individualität bar, schon so sehr zur geistlosen und feigen Masse geworden sind, dann, ja dann verdienen sie den Untergang.**[...]

**Wenn jeder wartet, bis der andere anfängt,** werden die Boten der rächenden Nemesis unaufhaltsam näher und näher rücken, dann wird auch das letzte Opfer sinnlos in den Rachen des unersättlichen Dämons geworfen sein. Daher muß jeder einzelne seiner Verantwortung als Mitglied der christlichen und abendländischen Kultur bewußt in dieser letzten Stunde sich wehren, soviel er kann, arbeiten wider die Geißel der Menschheit, wider den Faschismus und jedes ihm ähnliche System des absoluten Staates. Leistet passiven Widerstand - Widerstand -, wo immer Ihr auch seid, verhindert das Weiterlaufen dieser atheistischen Kriegsmaschine, ehe es zu spät ist, ehe die letzten Städte ein Trümmerhaufen sind, gleich Köln, und ehe die letzte Jugend des Volkes irgendwo für die Hybris eines Untermenschen verblutet ist. **Vergeßt nicht, daß ein jedes Volk diejenige Regierung verdient, die es erträgt!**
[...]

Wer seine Freiheit aufgibt,
um Sicherheit zu erlangen,
wird am Ende beides verlieren.

*Benjamin Franklin, Amerikanischer Präsident*

Wenn Recht zu Unrecht wird,
wird Widerstand zur Pflicht.

*Berthold Brecht, dt. Dichter*

Wenn die Macht der Liebe
die Liebe zur Macht übersteigt,
erst dann wird die Welt wissen,
was Frieden ist.

*Jimi Hendrix, Musiker*

# Inhaltsverzeichnis

Bitte besuchen Sie unsere Internetseiten www.gemeinde-neuhaus.de und www.nestag.de. Hier finden Sie weitere wichtige Informationen, Dokumente und Formulare. Sie können Ihnen helfen, dieses Buch leichter zu verstehen und sinnvoll anzuwenden.

# 1. Zukunftsvision 2020

### Mehr freie Zeit. Liebe statt Angst.

Die Zukunftsvision des Johannes erzählt aus der nahen Zukunft, dem Jahre 2020. Sie soll die Sehnsucht nach einer lebenswerteren Zukunft wecken. Hierzu zitieren wir aus dem Buch „Der kleine Prinz“ von Antoine de Saint-Exupery:

> *"Wenn Du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht Männer zusammen um Holz zu beschaffen, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer.“*



Im Jahr 2020 haben wir mehr freie Zeit. Obwohl wir deutlich weniger arbeiten, bleibt uns dennoch viel mehr Geld zum Leben. Möglich macht dies das menschenfreundliche Steuerrecht nach dem Recht aus der Zeit von vor 1914. Die Steuersätze betragen wieder 0,65 bis 10%. Diese Einnahmen werden “Gemeinwohlbeitrag” genannt und bleiben vollständig im eigenen Land. Die Gemeinden erheben eine Grundsteuer, die von allen Gemeindemitgliedern beschlossen wird. Alle diese Beiträge werden zweckgebunden verwendet, bspw. für den Kindergarten, die Schulen und die Feuerwehr. Überall im Land blühen die Gemeinden wieder auf. Die Stadtflucht hat sich umgekehrt. Viele Menschen wollen ein entschleunigtes Landleben.

Der neue Trend heißt „freudig und begeistert arbeiten“ und „Liebe statt Angst“. Dafür hat vor allem die neue Grundabsicherung gesorgt. Sie ersetzt Arbeitslosengeld, Hartz4, Aufstocker, 400-Euro-Jobber und Mini-Rente. Noch vor Jahren zahlten wir für die milliardenteuere Armutsverwaltung und Kontrolle durch Arbeitsagenturen. Bei den sogenannten „Klienten“ (Arbeitslosen, Aufstockern etc.) kam nur ein Bruchteil dessen an. Damit fallen auch die teils demütigenden Maßnahmen und die unwürdige Überwachung weg. Heute braucht keiner mehr Angst vor Arbeitslosigkeit oder Verarmung zu haben.
Die Flaschensammler, Bettler und Obdachlosen sind seit Jahren aus dem Stadtbild verschwunden. Die Grundabsicherung wird unabhängig vom Vermögen gezahlt. Dadurch behalten Rentner ihre Immobilie als zusätzliche Altersabsicherung. Früher mußten Rentner zunächst ihr Vermögen aufbrauchen und ihr Häuschen verkaufen. Wofür mancher sein halbes Leben gearbeitet hatte, war innerhalb kürzester Zeit weg.

Früher flossen die Steuermilliarden fast ausschließlich zu zentralistischen Verwaltungsorganen in Berlin, Brüssel und Düsseldorf. Diese diktierten dann mit ihren Vorgaben und Subventionen, wie die Kommunen zu investieren hatten. Wer sich nicht fügte, der bekam keine Subventionen mehr. Häufig musste Geld verschwendet werden, sonst gab es im nächsten Jahr

weniger aus dem Subventionstopf. Heute bestimmt jede Kommune, selbst in was sie investiert. Die banken- und konzerntreue Lobbykratie ist aufgelöst worden. Da wir souverän sind, können wir auch wieder über unser Geldsystem bestimmen. Es existieren heute mehrere regionale und überregionale Währungen. Sie sind mit realen Werten abgesichert/gedeckt. Dies schützt uns vor großen Finanzblasen, dem Casino-Kapitalismus und dem Zinseszins-System. Für den Handel und das Reisen existiert eine europäische Währung. Sie kann entsprechend variabler Wechselkurse erworben werden.

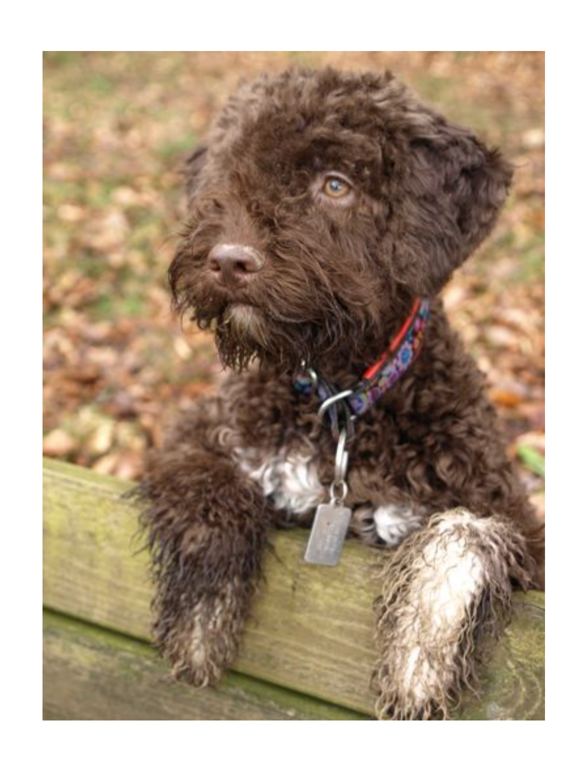


Durch den Friedensvertrag sind wir wieder voll souverän. Wir leben nun in einer Basisdemokratie. Jetzt entscheiden wieder die Gemeindemitglieder über ihre Belange. Dabei muss der Wille der Mehrheit den Willen der Minderheit stets achten! Die alten Gesetze wurden neu formuliert. Eine einfache, leicht verständliche Sprache ersetzt das umständliche Behörden- und Juristendeutsch.

Die Bundeswehr wurde aus dem Ausland abgezogen. Von uns und unserem Boden gehen keine Kriege mehr aus. Alle Militärbasen wurden geräumt, die USA haben Rammstein verlassen. Bis vor Jahren mussten wir die Kosten für diese fremde Kriegsinfrastruktur zahlen. Konsequent haben wir die großen Kriegsbündnisse verlassen und mit allen Ländern der Welt Friedens- und Freundschaftsverträge abgeschlossen. Viele andere Länder sind unserem guten Beispiel gefolgt, so daß sich die NATO auflöste. Dadurch sparen wir jährlich weitere Milliarden. Aber nicht nur die Ausgaben sinken. Auch die Einnahmen steigen, denn die Steuerflucht der Großkonzerne und Superreichen wird effektiv verhindert. Nach wie vor ist die Produktivität in unserem Land sehr hoch. Alle diese positiven Einflüsse machen im Jahre 2020 die 30-Stundenwoche zum Regelfall. Arbeitszeit ist Lebenszeit.

Die gute Aufbruchstimmung im Land beflügelt die Menschen, noch innovativer zu sein. Auch haben sie mehr freie Zeit, um klar denken zu können. Heute können Erfinder und Tüftler ihre Ideen realisieren und davon leben. Früher wurden sie durch Lobbyismus und ein ungerechtes Patentsystem behindert. Heute dient das Patentsystem wieder den Machern und Innovatoren! Technologien, die den Menschen nutzen, werden zielstrebig entwickelt und massenhaft angewendet. Nicht alle Ideen sind neu. Viele Technologien sind altbewährt, aber verdrängt und fast vergessen. Besonders interessant ist jenes Wissen, das bisher bewußt unterdrückt wurde. Unterirdisch verlegte Supraleiter sind ein gutes Beispiel. Supraleiter haben die Hochspannungsleitungen ersetzt, da sie den Strom „supragut" übertragen. Allein dadurch konnten wir 5 Kraftwerke abschalten, abbauen und dem Wertstoffkreislauf zuführen. Das „grenzenlose Wachstum" und der „Konsum" waren bisher die „heiligen Grale" unserer Gesellschaft. Heute streben wir an, nachhaltig, bewußt und glücklich zu leben. Einerseits macht uns dieser Sinneswandel zufriedener, andererseits setzen wir damit ungeahnte Ressourcen frei und schaffen Vollbeschäftigung!

Die Energieversorgung wird dezentral und regional durch Energiegenossenschaften organisiert. Sie versorgen uns ohne Gewinnabsicht günstig mit Strom, Gas, Öl, Fernwärme und Kraftstoffen wie Benzin, Diesel und Autogas.



Vielen Menschen beschert das neue Leben mehr freie Zeit und finanzielle Mittel. Immer mehr junge Paare entscheiden sich für eine Familie mit Kindern. Sie sehen eine schöne Zukunft auf uns zukommen. Entwarnung gibt es für viele Alte: Das Mehrgenerationenwohnen wird gefördert und bietet eine Alternative zum Pflegeheim.

Heute befinden sich die Medien nicht mehr in den Händen von wenigen Konzernen. Heute gibt es wieder frei recherchierende Journalisten die in alternativen Medien veröffentlichen. Das Internet ist frei! Heute ist es noch sicherer als früher, denn die Störerhaftung wurde abgeschafft und die Datenschutzgesetze werden tatsächlich angewendet. Auch die gefürchteten Abmahnanwälte gibt es nicht mehr.



Endlich sorgt eine einfache Kennzeichnungspflicht für Durchblick bei den Lebensmitteln. Der Markt bietet mittlerweile überwiegend biologische, nachhaltig angebaute Lebensmittel an. Die meisten unserer Zivilisationskrankheiten resultierten aus Stress, Umweltgiften und nährstoffarmen Nahrungsmitteln. Durch die gesünderen Umweltbedingungen und echte Lebensmittel werden die „Volkskrankheiten“ immer seltener.

Heute, im Jahr 2020, lebt die Mehrheit der Menschen in Verbundenheit und Liebe. Kaum einer spielt das alte Spiel von „Teile und Herrsche“ noch mit. Obwohl vieles schon besser geworden ist, so ist noch nicht alles perfekt, aber täglich wird unser Leben besser.

Dies ist eine Zukunftsvision, die nach einem Friedensvertrag möglich werden kann. Viele Menschen waren im Jahre 2016 nicht mehr zufrieden mit dem herrschenden System. Sie wollten eine Veränderung, aber oft blieb die Frage offen: „Was ist die Alternative?“.
Damals wollten uns einige Politiker einreden, daß es keine Alternative gäbe. Was geschehe,

sei „alternativlos“. Es gibt immer eine Alternative!

Wie willst DU in Zukunft leben? Wie sieht DEINE Zukunftsvision aus?

Bitte schreibt eure Zukunftsvision in das Forum (forum.nestag.de), um weitere Menschen zu begeistern.
Einige Visionen werden auf der Internetseite www.zukunftsvision2020.de veröffentlicht.
**Wichtiger Hinweis:** Mittlerweile herrscht in unserem Land weitgehende Willkür! Sobald die BRD ihre Existenz oder ihre Steuereinnahmen gefährdet sieht, beugt sie regelmäßig das eigene Recht.

Wir empfehlen daher ...

1. **reaktiviert Gemeinden, um das Bodenrecht zu behalten und unser Land zu befreien!** Kleinkriege mit der GEZ oder wegen kleiner Ordnungswidrigkeiten kosten unnötig Energie und Zeit.

2. Recht bekommt i. d. R. nur derjenige, der es mit Nachdruck einfordert. Daher ist es ratsam, als Gruppe aufzutreten und Alleingänge zu vermeiden. Unsere Erfahrung ist, daß wir unsere Forderungen am besten durchsetzen können, wenn wir als Gruppe (Zeugen, Protokollanten) persönlich bei den BRD-”Behörden” vorstellig werden.

3. vermeidet unnötige Prozesse, denn diese bleiben meist erfolglos: Es herrscht mittlerweile Willkür. So werden eidesstattliche Versicherungen von sogenannten “Behördenmitarbeitern” nicht unterschrieben. Wenn sich Gerichtsprozesse nicht vermeiden lassen, dann sollten Beweismittel vor der Verhandlung der Gerichtsakte beigefügt werden. Dieser Vorgang muss mit einer Quittung bestätigt werden. Andernfalls werden Beweismittel in der Verhandlung nicht berücksichtigt.

4. vernetzt Euch indem ihr mit einer reaktivierten Gemeinde zusammen arbeitet, Stammtische organisiert und eigene Gemeinden reaktiviert.

5. sorgt für Transparenz und Öffentlichkeit. Die BRD meidet die öffentliche Diskussion und scheut öffentliche Dokumentation von Vorgängen. Nutzt das Internet, um Rechtsbrüche zu dokumentieren! Frag immer “wem nutzt es?”.

6. sorgt frühzeitig für Aufklärung. Altgediente Polizisten und Gerichtsvollzieher lehnen mittlerweile vermehrt Vollstreckungen, die rechtswidrig sind, ab. Sie sind sich des Unrechts und ihrer privaten Haftung bewußt. Klärt besonders die ausführenden Organe (POLIZEI, Gerichtsvollzieher, Banker) auf indem ihr ihnen Handzettel zukommen laßt und in Schreiben stets auf die rechtliche Situation hinweist! Klärt eure Freunde, Familie und Kollegen auf. Schreibt sachliche Kommentare in Foren und unter Presseartikel von Online-Zeitungen. Falls eine Zensur erkennbar ist, so sollte diese öffentlich gemacht werden (bspw. in noch unzensierten Foren). Der wirksamste Protest sicherlich ein bestehendes Zeitungsabonnement zu kündigen.

Die BRD sieht sich als alleinige handlungsfähige Präsenzform des "Deutschen Reiches". Solange wir dies u.a. durch Wahlen bestätigen, wird es so bleiben. Wir können uns, wie das Buch beschreibt, selbst organisieren und damit der BRD den Rücken zukehren. Dann sind

wir, der Souverän, wieder eigenständig und handlungsfähig. Wichtig ist es die reaktivierten Gemeinden aus dem Vertrag zu nehmen und geschäftsfähig zu werden. Das heißt, daß über fünfzig Prozent der Bundesstaatsangehörigen die staatliche Gemeinde bestätigt (gewählt) haben.




Bild 1: Interview mit Wakenews.tv zum Friedensvertrag

Im Mai 2016 informierte ein Aktionskünstler der Gemeinde Neuhaus über den fehlenden Friedensvertrag auf einer Demo in Paderborn. Die Aktion "Deutschland sucht den Friedensvertrag"[1] kam gut an. Über das Für und Wider von AfD und Flüchtlingen waren tausende Demonstraten zerstritten. Aber sicherlich ist jeder von ihnen für den Friedensvertrag und den Weltfrieden.







Bild 2: "Aktionskunst: "Deutschland sucht den Friedensvertrag"

[1] http://vivo-ich-lebe.de

Schluss mit TTIP, ESM, Bankendiktatur, Totalüberwachung, Sozialabbau, GEZ, Eurokrise, Atomwaffen, Gentechnik, Fracking, Kriegstreiberei und Vertreibung!

**Schützen Sie Ihre Familie, Freunde, Rechte, Immobilie und Ihr Vermögen!**

**Prüft auf der Internetseite Eurer Gemeinde/Stadt, ob diese ihr altes Wappen verwendet!**

 Oh?! Findet Ihr nur noch ein Werbe-Logo und kein Wappen? (Bsp. Paderborn)

Erklärung: Die Städte und Gemeinden hätten 1990 durch den 2+4-Vertrag die freie Wahl zwischen Staatlichkeit und Handelsrecht gehabt. Diese haben sie nicht genutzt. Sie haben sich vollständig ins Handelsrecht begeben. Deshalb mussten sie ihr Bodenrecht abtreten und haben hierdurch ihren Status als Gebietskörperschaft verloren. Seitdem dürfen sie ihre amtlichen Wappen nicht mehr führen.
Nur die Städte und Gemeinden, die in den letzten Jahren wieder aktiviert wurden, sind berechtigt, ihr amtliches Wappen zu führen.




**Welchen Ausweis haben Sie beantragt?**

 Oh?! Falls Sie versehentlich einen PERSONALausweis statt des Staatsangehörigkeitsausweises beantragt haben, sind Sie in einem ungünstigeren Rechtskreis.

Erklärung: Im Dritten Reich haben viele Deutsche ihren Pass mit jeweiliger Bundesstaatsangehörigkeit gegen einen Reichsausweis getauscht. Damit haben sie sich freiwillig aus der Staatlichkeit bewegt.

*„Der Bundespersonalausweis oder der deutsche Reisepass sind kein Nachweis über den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Sie begründen lediglich die Vermutung, dass der Ausweisinhaber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Die deutsche Staatsangehörigkeit wird durch eine Staatsangehörigkeitsurkunde nachgewiesen." (Quelle: http://www.aschaffenburg.de).*

Diesen „Staatenlosen" haben die Alliierten (auf Antrag) einen Personalausweis ausgehändigt. Die Inhaber von Reichsausweis und Personalausweis befinden sich im gleichen Rechtskreis; dem Handelsrecht.

*Welche Vorteile und Rechte genießen Deutsche mit Staatsangehörigkeitsausweis im Gegensatz zu BRD-Bürgern mit PERSONALausweis? Warum haben nur Staatsangehörige die freie Wahl zwischen gesetzlichen Pflichtversicherungen und günstigeren Alternativen? Wieso müssen Staatsangehörige keine Beiträge an die GEZ, IHK usw. zahlen?*

**Weitere Antworten sowie Schritt-für-Schritt-Anleitungen finden Sie** auf **www.nestag.de** im Buch „Souveräner Staat durch Friedensvertrag" (auch als **kostenlose** PDF-Datei).




Bundespersonalausweis



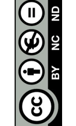

Staatsangehörigkeitsausweis

 **Wechselt zurück in die Staatlichkeit**

Herausgeber ist das Amt der staatlichen Gemeinde Neuhaus i. W.,
Postfach 6220, [33104] Neuhaus i. W. I **www.Gemeinde-Neuhaus.de**
Mit freundlicher Unterstützung durch das **Netzwerk der Staatsangehörigen** (**www.nestag.de**)



# Der Rechtsstatus „Deutschlands“ von 1871 bis heute.




*Die 26 Bundesstaaten und ihre Staatlichkeit existieren bis zum heutigen Tage!*

**1871-1918** Staatenbund „Deutsches (Kaiser)Reich“ aus 26 souveränen unabhängigen Bundesstaaten (Kgr. Sachsen, Kgr. Bayern usw.) mit Einigung auf einen Verfassungsvertrag, bei dem die Bundesstaaten die Souveränität mit eigenem Staatsangehörigkeitsrecht behalten (siehe RuStAG 1913 § 4.1). Erst hierüber kann man als Deutscher die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat erlangen.
Die Alliierten bezeichnen 1944 im SHAEF-Vertrag den Begriff „Deutschland“ als das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31.12.1937. Der Begriff **“Deutschland“ bezeichnet „Nazi-Deutschland“**.

**1914-1918** Erster Weltkrieg wird mit Waffenstillstandsabkommen lediglich pausiert. Beendet werden kann er nur durch einen Friedensvertrag!

**1919-1933** wird die Mandatsregierung „Weimarer Republik“ durch Selbstermächtigung erschaffen.

**1919-1932** wird der „Freistaat Preußen“ mit einer sogenannten „neuen Verfassung“ erschaffen, die nicht vom Volk legitimiert ist.

**1932** “Freistaat Preußen“ wird durch Putsch des Kanzlers von Papen durch den sogenannten „Preußenschlag“ illegal handlungsunfähig gemacht und der Regierung „Weimarer Republik“ unterstellt.

**1933-1945** Hitler erschafft das sogenannte „Dritte Reich“ durch illegale „Selbstermächtigung“. Parole: „Ein Land, ein Volk, ein Führer“. Außerhalb der Staatlichkeit wird 1934 der Reichsausweis durch das sogenannte „Reichsbürgergesetz“ eingeführt.
Jeder Inhaber eines Reichs- oder Personalausweises befindet sich im selben Rechtskreis außerhalb der Staatlichkeit (im Handelsrecht).

**1939-1945** „2ter“ Weltkrieg durch Waffenstillstandsbruch des WK1.

**1945-1949** Verwaltung „Vereinigtes Wirtschaftsgebiet“ für den Teil Deutschlands, der den Besatzungsmächten USA, GB und Frankreich unterstellt ist. Die komplette Regierung gefangen genommen. Angeblich alle Nazibeschlüsse- und -“gesetze“ aufgehoben. NS-“Gesetze“, die den Besatzern dienlich sind, werden übernommen.

**1949-1990** Die drei Mächte gründen die Mandatsregierung „BRD“. Rede von Carlo Schmid (SPD) 08.09.1948, Parlamentarischer Rat

**1990 Mauerfall: „**Vereinigtes Deutschland“. Verwaltungskonstrukt von BRD und DDR als Firmen organisiert und im Handelsrecht tätig. Seit 1914 gibt es immer noch **keinen Friedensvertrag!**

## Nutze Deine Wahlfreiheit !

**Am 1.10.1990** geben die Alliierten mit dem 2+4-Vertrag ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf **Berlin und Deutschland als Ganzes** ab!
➞ Wir können seitdem unseren Rechtskreis frei wählen: **Staats- oder Handelsrecht!**
Die Besatzung von 1945 ist beendet, aber die Besatzung bzgl. des Ersten Weltkrieges besteht weiterhin. Sie wird durch einen Friedensvertrag zum Ersten Weltkrieg beendet.

Gilt nur für *abgemeldete juristische Personen* (u.a. Personalausweisabgabe!)

## Staatlichkeit

Staatsangehörige in aktivierter staatlicher Gemeinde / Stadt
Souveränität & Basisdemokratie. Rechtsgrundlage ist die HLKO, das Internationale Deutsche Recht: BGB von 1896, HGB von 1897 etc.
**Ziel: Friedensvertrag zum Ersten Weltkrieg !**

Gerechte Gesetze, staatliche unabhängige Gerichte, hoheitliche Aufgaben, kommunale Stadtwerke ➞ geringere Kosten für Energie, Wasser, Abfallentsorgung etc. Eigenverantwortliche Gemeinden, staatliche Zentralbank und Banknoten ➞ Gewinne kommen der Bevölkerung zugute ➞ geringere und zweckgebundene Steuern. Keine Zwangsmitgliedschaften wie GEZ, IHK, GKV, PKV etc., freie Wahl der Währung (Euro, Mark etc.).



## EU-BRD-Verwaltung

Personalausweisinhaber im Handelsrecht
Zentralismus ohne Basisdemokratie
Rechtsgrundlage: UCC, ...
**Ziel: Alle „Staaten“ in das Handelsrecht zwingen !**

**TTIP**, CETA, ESM, NATO, EU-Lobbyismus: Herrschaft von Banken & Konzernen, Parteiendiktatur. Private Zentralbanken ➞ privatisierte Gewinne aus „Geldschöpfung“ (Schuldgeld). Bürgerfeindliche Verordnungen, Anordnungen und Empfehlung. Unkontrollierbare (geheime) Handelsgerichte. Überwachungsstaat, Gentechnik, Fracking, KomDoppikLG. **Die BRD versucht, mit einer neuen „Verfassung“ die Staatsrechte abzuschaffen!**

Hrsg: Amt – Gemeinde Neuhaus i.W. | Postfach 6220 | [33104] Neuhaus i. W. || Kostenlose PDF-Version des Buches unter **www.nestag.de**

# 2. Vorwort

Bevor wir tiefer in das Thema einsteigen wollen wir eine häufige Frage beantworten.

**Wie passen Basisdemokratie und bspw. Königreich Preußen zusammen?**

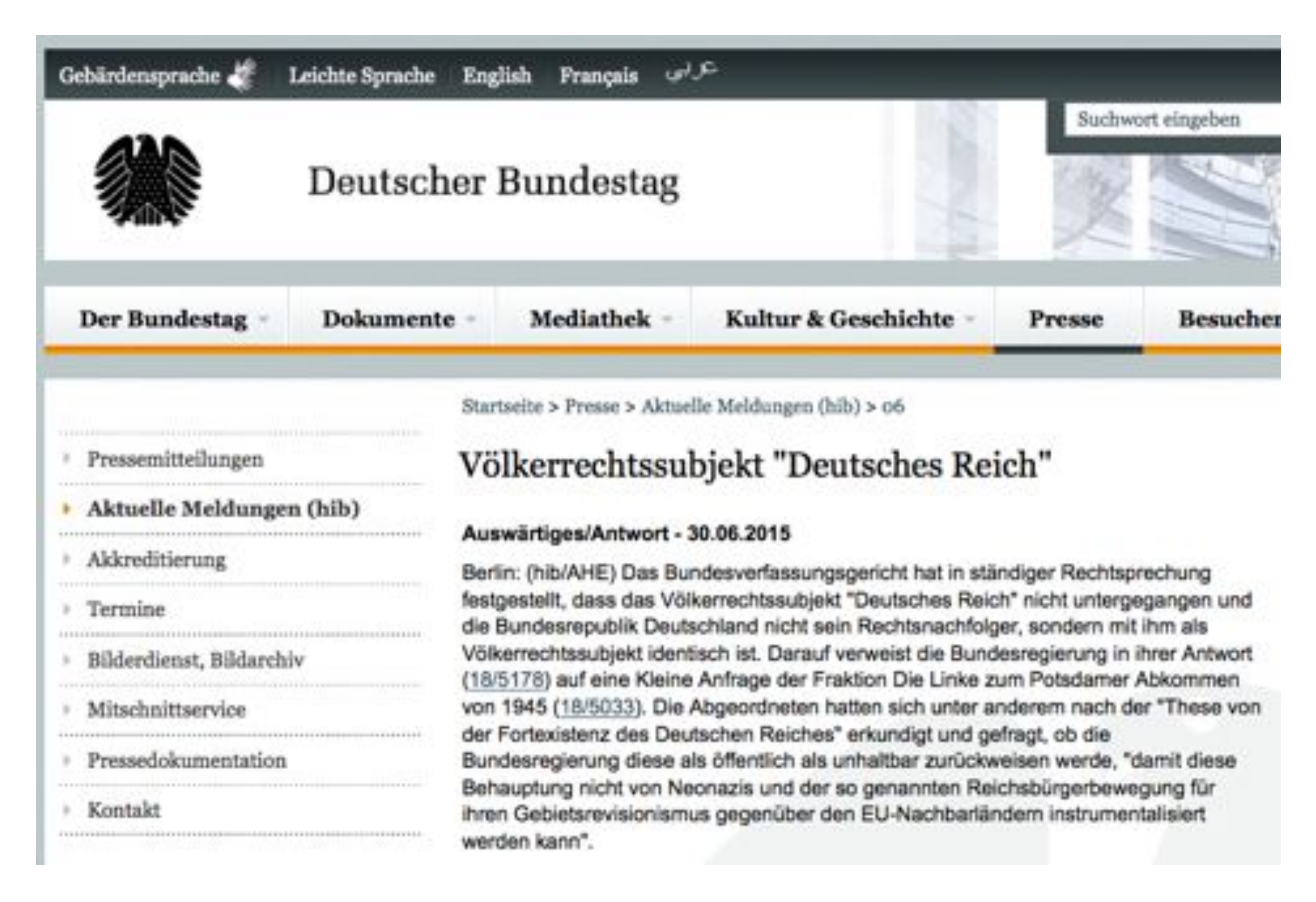
Wir – die Mitglieder der Gemeinde Neuhaus – streben nach Basisdemokratie und lehnen sowohl Monarchie, sowie einen König ab. Allerdings knüpfen wir an den alten Rechtskreis von vor 1914 an, um den Friedensvertrag zu erreichen. Dieser kann nur als dem alten Rechtskreis[2] heraus beendet werden, da er in diesem begonnen wurde. Für die Verhandlungen über einen Friedensvertrag sind möglichst viele reaktivierte staatliche Gemeinden erforderlich. Man kann sich den alten Rechtskreis wie ein "Dornröschen-Schloß" vorstellen, daß seit fast hundert Jahren schläft.
Durch die dann erreichte Souveränität können wir basisdemokratisch leben. Die Basisdemokratie beginnt in den Gemeinden. Sie ermöglicht denjenigen die Mitsprache, welche die Entscheidungen direkt betreffen. Damit wird die momentan noch herrschende Schein-Demokratie der Parlamente (parlamentarische Demokratie) ersetzt. Heute entscheiden wenige über die Belange der Mehrheit. Zukünftig wird wieder die Mehrheit über ihre Belange entscheiden.

**Der Erste Weltkrieg wurde noch von souveränen Staaten erklärt.**

**Seit einiger Zeit sind sich Historiker und Wissende einig, daß der Erste Weltkrieg nicht von deutscher Seite geplant wurde.** (Literaturliste im Anhang A.14).
Diese und viele andere damals souveräne Staaten hatten zwischen 1907 und 1910 einen völkerrechtlichen Vertrag über die Regeln des Krieges und der Besatzung abgeschlossen, die Haager Landkriegsordnung (HLKO). Dieser Vertrag ist bis heute ungekündigt und gültig. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts [3] wechselten immer mehr Staaten vom Staatsrecht ins Handelsrecht. Ein Friedensvertrag kann nur durch souveräne Staaten im Staatsrecht oder durch die Reststaatlichkeit der Parlamente geschlossen werden. Sogenannte "Staaten" im Handelsrecht, wie die BRD, haben diese Möglichkeit nicht.

**Völkerrechtlich schreiben die souveränen Männer und Weiber[4] eine Verfassung. Diese Verfassung stellt ein Regelwerk für die Regierung dar, um die Rechte des Volkes zu schützen. Um Mandatsregierungen handelt es sich, wenn ein souveräner Staat durch kleine Gruppen und Selbstermächtigung ohne Legitimation des Souverän (dem Staatsvolk) gebildet wird.**
Die Haager Landkriegsordnung bietet den deutschen Völkern eine einzigartige Möglichkeit! Sie können sich friedlich und gemäß aller völkerrechtlichen sowie handelsrechtlichen Verträge von der Besatzung befreien. Hierzu ist ein Friedensvertrag zum Ersten Weltkrieg mit den drei Alliierten zu schließen. **Der Friedensvertrag würde die volle Souveränität der deutschen Völker herbeiführen und das Handelsrecht unter das Staatsrecht stellen. Wir streben basisdemokratische Gemeinden und Bundesstaaten an. Obwohl wir den staatlichen Rechtskreis, u. a. des Königreich Bayern nutzen, um den Friedensvertrag zu erhalten, streben wir keine Monarchie an.** Auch ein Kaiserreich oder

[2] Obwohl der Name "Freistaat Preußen" die Eigenschaften "frei" und "staatlich" vermuten läßt, so befindet er sich doch im Handelsrecht. Aus diesem Rechtskreis ist der Friedensvertrag nicht erreichbar.
[3] verstärkt nach dem Ersten Weltkrieg (WK I) und der Fortführung des WK I durch Waffenstillstandsbruch im Jahr 1939
[4] Die Begriffe "Herr" und "Frau" bezeichnen die fiktive natürliche Person.


Gebärdensprache Leichte Sprache English Français عربي

Suchwort eingeben

Deutscher Bundestag

Der Bundestag | Dokumente | Mediathek | Kultur & Geschichte | Presse | Besucher

- Pressemitteilungen
- Aktuelle Meldungen (hib)
- Akkreditierung
- Termine
- Bilderdienst, Bildarchiv
- Mitschnittservice
- Pressedokumentation
- Kontakt

Startseite > Presse > Aktuelle Meldungen (hib) > o6

## Völkerrechtssubjekt "Deutsches Reich"

**Auswärtiges/Antwort - 30.06.2015**

Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt "Deutsches Reich" nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist. Darauf verweist die Bundesregierung in ihrer Antwort (18/5178) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Potsdamer Abkommen von 1945 (18/5033). Die Abgeordneten hatten sich unter anderem nach der "These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches" erkundigt und gefragt, ob die Bundesregierung diese als öffentlich als unhaltbar zurückweisen werde, "damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der so genannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbarländern instrumentalisiert werden kann".

Bild 3: Völkerrechtssubjekt “Deutsches Reich” ist identisch mit der BRD

einen Imperator[5] lehnen wir ab.
Die Reststaatlichkeit ist in jedem Land der Besatzer vorhanden. Im Falle der USA ist dies der Kongress, in Großbritannien und Nordirland ist es das Oberhaus und in Frankreich ist es das Parlament der Kammer des Oberhauses. Mit Russland besteht bereits ein Friedensvertrag. Hier liegt die Reststaatlichkeit bei der Duma.

Durch den **handelsrechtlichen SHAEF-Vertrag** aus dem Jahr 1944 unterliegen alle besetzten Gebiete des sogenannten „Zweiten Weltkriegs” der **absoluten Kontrolle der Alliierten**. Viele Konflikte wie in Libyen, der Ukraine u. a. sind Ergebnis dieses Vertrages. Durch einen Friedensvertrag zum Ersten Weltkrieg würde der SHAEF-Vertrag aufgelöst. Damit ließen sich viele Kriege und das Elend der Flüchtlinge schnell beenden.
Wie weitreichend das Vertrags-/ Handelsrecht ist zeigt sich am Beispiel der russischen “Zentralbank”. Lenin brauchte für seine Revolution in den Jahren 1917/18 goldgedecktes Geld. Dies bekam er vom Bankier Warburg gegen die Zusicherung, für 99 Jahre die russische Zentralbank leiten zu können. Dieser Vertrag läuft 2016/17 aus. Die Auseinandersetzung zwischen den USA und Russland lassen sich darauf zurückführen, daß die Russische Föderation den Vertrag wohl nicht verlängern möchte (Sanktionspolitik und militärische Einkreisung).
Alle Verträge und gegründeten Vereine wie die UNO, die NATO, die Europäische Union etc. können beim Friedensvertrag von den souveränen deutschen Bundesstaaten für nichtig erklärt werden. Da die UNO nur auf der Feindstaatenklausel, u. a. gegen Deutschland, aufgebaut wurde, müsste sie sich auflösen und einem weltweiten Völkerbund mit Mehrheitsentscheidun-

[5] wie bspw. bei dem handelsrechtlichen Verein “Königreich Deutschland”.



**BUNDESPRÄSIDIALAMT**

**BERLIN**, 9. März 2015
Spreeweg 1

Geschäftszeichen: Z5-260 20-1-1/2019
(bei Zuschriften bitte angeben)

Herrn

Sehr geehrter Herr

Bundespräsident Joachim Gauck hat mich gebeten, Ihnen für Ihr Schreiben vom 6. Februar 2015 zu danken. Wegen der großen Zahl der ihn täglich erreichenden Briefe ist es ihm leider nicht in jedem Fall möglich, persönlich zu antworten.

Die Haager Landkriegsordnung ist – ebenso wie die inhaltlich weit über sie hinausgehenden Genfer Konventionen – anerkannter Bestandteil des so genannten humanitären Völkerrechts. Insoweit gelten die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung auch für die Bundesrepublik Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

**Prof. Dr. Stefan Pieper**
**Referat Verfassung und Recht, Justitiariat**

11010 Berlin, Internet: http://www.bundespraesident.de
(Durchwahl: -2121)
(Durchwahl: -1919)

MILITARY GOVERNMENT — GERMANY
UNITED STATES ZONE

## Law No. 52

**Amended**

**Blocking and Control of Property**

**ARTICLE I**

**Categories of Property**

1. All property within the occupied territory owned or controlled, directly or indirectly, in whole or in part, by any of the following is hereby declared to be subject to seizure of possession or title, direction, management, supervision or otherwise being taken into control by Military Government:—

(a) The German Reich, or any of the Länder, Gaue ,or Provinces, or other similar political subdivisions or any agency or instrumentality thereof, including all utilities, undertakings, public corporations or monopolies under the control of any of the above;

(b) Governments, nationals or residents of nations, other than Germany which have been at war with any of the United Nations at any time since September 1, 1939, and governments, nationals or residents of territories which have been occupied since that date by such nations or by Germany;

MILITÄRREGIERUNG — DEUTSCHLAND
AMERIKANISCHE ZONE

## Gesetz Nr. 52

**Abgeändert**

**Sperre und Kontrolle von Vermögen**

**ARTIKEL I**

**Arten von Vermögen**

1. Vermögen innerhalb des besetzten Gebietes, das unmittelbar oder mittelbar, ganz oder teilweise im Eigentum oder unter der Kontrolle der folgenden Personen steht, wird hiermit hinsichtlich Besitz oder Eigentumsrecht der Beschlagnahme, Weisung, Verwaltung, Aufsicht oder sonstigen Kontrolle durch die Militärregierung unterworfen:

(a) Das Deutsche Reich oder eines seiner Länder, Gaue oder Provinzen oder eine gleichartige staatliche oder kommunale Verwaltung, deren Dienststellen und Organe, einschließlich aller gemeinwirtschaftlichen Nutzungsbetriebe, Unternehmen, öffentlicher Körperschaften und Monopolbetriebe, die durch irgendeine der vorgenannten Organisationen kontrolliert werden;

(b) Regierungen, Staatsangehörige oder Einwohner von Staaten, mit Ausnahme des Deutschen Reiches, die sich mit einem Mitglied der Vereinigten Nationen zu irgendeinem Zeitpunkt seit dem 1. September 1939 im Kriegszustande befanden, und Regierungen, Staatsangehörige und Einwohner von Ländern, die seit diesem Tage von den vorgenannten Staaten oder von Deutschland besetzt waren;

Bild 4: SHAEF-Vertrag

gen der Völker der Welt Platz machen. Veto-Entscheidungen[6] einzelner Staaten wären dann nicht mehr möglich. Im Weltsicherheitsrat der UNO haben nur die fünf ständigen Mitglieder ein absolutes Vetorecht: die Volksrepublik China, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die Französische Republik, die Russische Föderation und die Vereinigten Staaten von Amerika.

**Stellen Sie sich vor, welche Möglichkeiten wir in der Hand haben um den Weltfrieden zu erreichen!**

Etwas, was nicht im Bewusstsein der meisten Deutschen ist:

- ☐ Unter dem Namen **"Deutschland"** verstehen die vier Alliierten von 1945, laut SHAEF-Vertrag Art. 52, das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31.12.1937 (Hitler-Dikatur).
- ☐ Unter dem Namen **"Deutsches Reich"** verstehen die vier Alliierten von 1918 und 1945, laut SHAEF-Vertrag Art. 52, das Kaiserreich in den Grenzen von 1914. Der Begriff "Deutsches Reich" hat nichts mit dem Nationalsozialismus unter Hitler zu tun!
- ☐ Die BRD war bis zum Jahr 1990 ein direktes Besatzungskonstrukt der drei westlichen von insgesamt vier Alliierten ab 1945.
- ☐ Durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag[7] von 1990 wurde die Besatzung von 1945 der vier Alliierten aufgehoben! Berlin und Deutschland wurden in den Grenzen von 1937 freigegeben. Die beendete Besatzung von 1945, sowie das Überführen der Gemeinden/ Städte in das Handelsrecht erlaubt uns, unsere Gemeinden/ Gebietskörperschaften zu reaktivieren.

[6]Ein Veto (lateinisch veto „ich verbiete") ist das Einlegen eines Einspruches, das innerhalb eines formell definierten Rahmens geschieht und damit Entscheidungen aufschieben oder ganz blockieren kann. (Quelle: Wikipedia)

[7]Der vollständige amtliche Titel ist "Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland". Er wird daher auch kurz als Regelungsvertrag bezeichnet.

- ☐ Unser Land steht jetzt "nur noch" unter der Besatzung der drei Alliierten (GB, FR, USA), resultierend aus dem **Ersten Weltkrieg.**
- ☐ **Es gibt nur einen Weltkrieg,** und zwar den Ersten Weltkrieg! **Der sogenannte "Zweite Weltkrieg" ist lediglich die Fortsetzung des Ersten Weltkrieges durch Waffenstillstandsbruch.** Es gibt nur einen Waffenstillstand von 1918 durch das Militär. Mit Russland besteht seit dem 3. März 1918 der Friedensvertrag von Brest-Litowsk.
- ☐ Der Grund der Besatzung liegt in dem Fehlen eines Friedensvertrages zum ***Ersten Weltkrieg***!

**Die reaktivierten staatlichen Gemeinden streben daher den Friedensvertrag zum Ersten Weltkrieg an. Mit diesem wird die Besatzung beendet und unsere Bundesstaaten wieder voll souverän!**

Wir bekennen uns zum Völkerrecht, zu den Menschenrechten, zur Freiheit, zur Demokratie und einem friedvollen Miteinander. Wir verurteilen jedes Sagen und Tun das gewaltsam, sexistisch, rassistisch und faschistisch ist, egal in wessen Namen und aus welchem Motiv. Wir sind politisch unparteiisch und an keine Religion gebunden.
Wir fordern eine wirkliche Demokratie in Form einer Basisdemokratie. Die herrschende parlamentarische (Lobby)Demokratie hat versagt. Deren Parteien machen vor der Wahl zu oft Versprechen, die sie nach der Wahl nicht halten wollen oder können (Koalitionszwang).

Wir denken, fühlen und handeln nach drei **universellen Prinzipien:**

1. **Achte und schütze das Leben.**
2. **Achte und schütze die Sphäre des Anderen.**
3. **Sprich die Wahrheit und handele ehrlich.**

Dieses Buch beschreibt die aktuelle Lage in unserem Land und seine Wirkung auf die Welt. Im Anhang findet man Zitate von Politikern zur Souveränität Deutschlands. Die BRD ist bei der UNO als Nichtregierungsorganisation (NRO) registriert.




Eine NRO ist eine nichtstaatliche Organisation, d. h. ein zivilgesellschaftlich zustande gekommener Interessenverband so wie bspw. *Brot für die Welt*, *Die Johanniter* und *Das Deutsche Rote Kreuz*. Der englische Begriff non-governmental organization (NGO) wurde von den Vereinten Nationen eingeführt.
Dieses Buch wurde nach bestem Wissen und Gewissen erstellt. Es ist eine Aufarbeitung der Weltgeschichte von gesellschaftlicher Relevanz. Daher berufen sich die Autoren insbesondere auf die Freiheit der Wissenschaft, aber auch auf ihr Recht der freien Meinungsäußerung.
Die Gemeinde Neuhaus hat alle Informationen dieses Buches mit Sorgfalt recherchiert und geprüft. Jeder Interessierte kann sie kostenlos nutzen. Wir können die Richtigkeit nicht garantieren und ermuntern jeden, selbst zu recherchieren und zu prüfen. Wir wünschen allen die unseren Weg gehen von Herzen viel Erfolg.
Teile dieses Buches wurden von Werken anderer Autoren inspiriert. Wir danken ihnen und hoffen –in ihrem Sinne– unser wertvolles Wissen zu verbreiten.

# 3. Über die Autoren

Die Verfasser dieses Buches sind Nachfahren von völkerrechtswidrig Vertriebenen aus Schlesien, sowie von Menschen die in der Zeit des sogenannten “Zweiten Weltkrieges” aktiv im Widerstand tätig waren. Die Autoren haben ihre Großeltern gefragt: “Warum habt Ihr Euch nicht gegen das große Unrecht gewehrt? Warum seid ihr nicht eingeschritten, als immer mehr Unschuldige kriminalisiert und deportiert wurden?”
Die Antworten waren bescheiden: “Wir konnten nichts machen, sonst hätten wir Nachteile gehabt” oder “wären ins Gefängnis gekommen”. Die Fragen wurden oft als unangemessen und unangenehm abgewehrt. Wir haben dieses Buch in dem Bewußtsein geschrieben, daß sich die Geschichte nicht wiederholen darf. Nie wieder soll das deutsche Volk rechtlose Zeiten erleben. Nie wieder sollen Unschuldige verfolgt und ganze Völker vertrieben werden. Zukünftig sind besonders jene Menschen zu schützen, die sich für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit einsetzen. Die Autoren beschäftigen sich seit einigen Jahren intensiv mit unserer Geschichte und der heutigen politischen Situation in unserem schönen Land. Sie haben nach einer Lösung gesucht, denn sie sind sich ihrer Verantwortung für unsere Generation und für unsere Kinder bewußt.
Unsere Souveränität hat ihren Anfang auf der kleinsten gemeinsamen Ebene, der **reaktivierten Gemeinde**.




Bild 5: Interview von Jo Conrad bei Bewusst.TV

Herausgeber ist das Amt der Gemeinde Neuhaus in Westfalen. Alle Inhalte dieses Werkes unterliegen – sowie nicht anders angegeben – der Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0).
Eine aktuelle Version dieses Buches kann kostenlos auf den Internetseiten www.gemeinde-neuhaus.de und www.nestag.de heruntergeladen werden.

# 4. Etwas deutsche Geschichte

## Warum ist es notwendig, Gemeinden zu reaktivieren ?

Ab 1990 wurden, bedingt durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag, nach und nach alle Städte und Gemeinden ins Handelsrecht überführt. Dadurch gab die BRD die Ur-Gemeinden als Gebietskörperschaften mit Bodenrecht frei. Bis zum Jahre 2013 gab es keine **staatlichen** Gemeinden oder Städte mehr. Denn sie sind als Firmen organisiert worden, siehe Firmeneintragungen bei den internationalen Firmenregistern D&B, manta oder Hoppenstedt. Diese Firmen unterliegen durch die handelsrechtliche Verwaltung der BRD dem Verein namens Europäische Union (EU). Die EU agiert ebenfalls im Handelsrecht. Diese Gemeindefirmen sind den strikten Anordnungen der übergeordneten EU-"Behörden" ausgeliefert. Anscheinend will die EU, daß sich die Gemeinden hoch verschulden und abhängig von EU-(Förder-)Mitteln werden. Letztlich werden die Gemeinden zu Bittstellern, um ihr eigenes Geld zurück zu bekommen.
Die Städte und Gemeinden der BRD weisen sich durch ihre handelsrechtliche D-U-N-S-/UPIK-Nummer aus. Die 2013 reaktivierte staatliche Gemeinde Neuhaus in Westfalen als Gebietskörperschaft benötigt dagegen keine solche Firmenregisternummer.
Man beachte: Eine Firma im Handelsrecht gehört ihrem Eigentümer. Daher dient sie auch zuerst diesem Eigentümer. Zudem ist das Ziel einer jeden Firma, Profite zu machen und zwar jedes Jahr mehr als im Vorjahr. Diese Gewinne, bzw. dieses Geld, müssen jedoch irgendwo herkommen (bspw. aus Steuern, Abgaben, Parkgebühren, . . . ).
Dahingegen ist eine staatlich organisierte Stadt oder Gemeinde im Eigentum der Staatsangehörigen, die dort ihren Wohnsitz haben. Eine staatlich organisierte Stadt dient den Bürgern vor Ort. Von einer solchen Stadt profitieren alle Bürger und nicht nur private[8] Eigentümer.

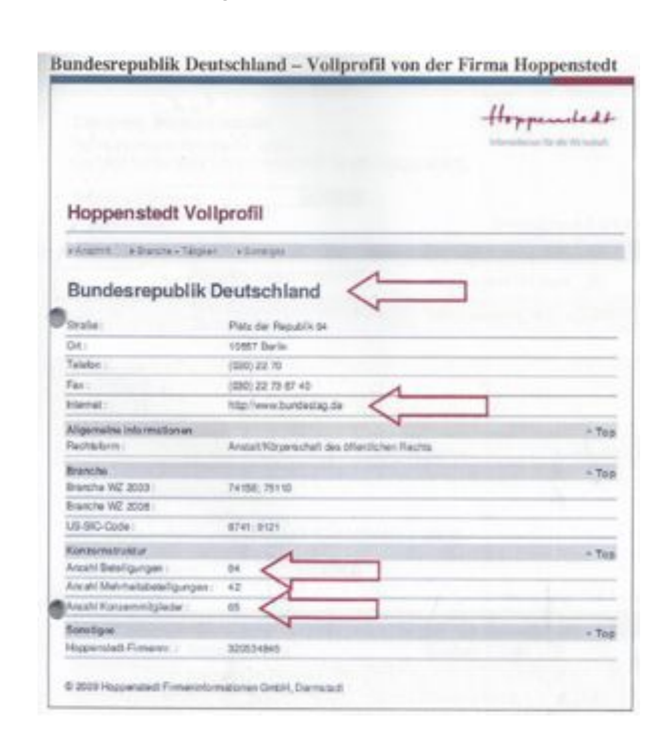



Bild 6: Firmenregister "Hoppenstedt"

Der weitere Weg ist wie folgt vorgegeben: Die Gemeinden und Städte in ihrer Firmenstruktur haben oder wollen nach „Landesgesetz" das sogenannte **Doppik** (**KomDoppikLG**[9]) einführen. Diese Struktur ändert das System des Geldvermögens in ein imaginäres Eigenkapital. Es macht die Gemeinde zu einer leeren Hülse. Alle Werte sollen in fremde Hände übergeben werden. Dies sind zum Beispiel Kindergärten, die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, die Schulen, die Schwimmbäder, der öffentliche Personennahverkehr, usw. Den Gemeinden und Städten wird jenes Vermögen entzogen, welches ihre Einwohner bereits erarbeitet haben.

[8]privat vom lat. privatare - rauben. Gemeint ist der Raub der Gemeingüter (Allmende) durch die Privatisierung. So wird bspw. aus einem kostenlosen Stadtpark ein kommerzieller Privatpark.
[9]am Beispiel Rheinland-Pfalz: http://www.voeb.de/download/rp01.

Im Kgr. Preußen war die Eigenständigkeit der Gemeinden von der Regierung ausdrücklich gewünscht und in den Gemeindeverordnungen verankert. Die Bürger bestimmten eigenständig über ihre Belange. Durch das staatliche Prinzip der Subsidiarität[10] im Königreich Preußen konnte der Staat nach der Verfassung Preußens von 1848/1850 kaum noch in die Belange der Gemeinden eingreifen. Das Geld der Gemeinde blieb ausschließlich in der Gemeinde. Schulden der Gemeinden waren in der damaligen Zeit so gut wie unbekannt. Es herrschte allgemeiner Wohlstand, wie man an den aus der damaligen Zeit stammenden Gebäuden heute noch sehen kann.

**Der 1. Oktober 1990 ist das bedeutendste Datum seit dem "Kriegsende" im Jahre 1918.**

Dem Attentat von Sarajevo vom 28. Juni 1914 folgte die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien. Es war der Beginn des Ersten Weltkrieges. Er endete mit dem Waffenstillstand von Compiègne am 11. November 1918.

Die Siegermächte im Ersten Weltkrieg waren Frankreich, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Irland, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Königreich Italien. Die Triple Entente von 1907 umfaßte nur Frankreich, Großbritannien und Russland. Denn Italien trat erst 1915 der Entente bei. Die Alliierten hatten den Italienern Tirol zur Annexion versprochen. Russland war schon nach der Oktoberrevolution 1917 ausgeschieden. Die USA betrachteten sich lediglich als assoziierte Macht der Triple-Entente, der sie nicht beigetreten waren. Die Entente[11] siegte über die **Mittelmächte**[12] und bestimmte die Pariser Vorortverträge.

Am **1. Oktober 1990** wurde der **Zwei-plus-Vier-Vertrag** über die abschließende Regelung in Bezug auf **Deutschland** mit der "**Erklärung zur Aussetzung der Wirksamkeit der Vier-Mächte-Rechte** und Verantwortlichkeiten" unterschrieben.

Art. 7 des Vertrages besagt:

> *"(1) Die Französische Republik, die **Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken**, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf **Berlin und Deutschland als Ganzes**. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst."*

**Der Begriff "Deutschland" bezeichnet das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937** (siehe SHAEFF-Vertrag Artikel 52).

[10] Subsidarität (von lateinisch subsidium = Hilfe, Reserve) ist das Prinzip, Verantwortlichkeit auf die kleinste mögliche Ebene oder Verwaltungseinheit zu verlagern. Es ist eine politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Maxime, die die Entfaltung der individuellen Fähigkeiten, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung anstrebt.

[11] Vereinigtes Königreich von Großbritannien, Frankreich, Russland und als assoziierte Macht die Vereinigten Staaten von Amerika.

[12] Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Osmanisches Reich (Türkei).

**Wenn wir diesen Text wirklich in seiner ganzen Bandbreite verstehen möchten, sollten wir auf die Zeit von 1914/1918 zurückgehen**. Der Erste Weltkrieg war beendet, der Kaiser hatte am 28. November 1918 abgedankt und es gab keine legitime Regierung und Monarchie mehr. **Nach dem Völkerrecht hätte jetzt das Volk über die weiteren Geschicke des Landes abstimmen müssen**. Es kam anders. Es kam zur Selbstermächtigung von Parteigruppen. Oswald Sprengler[13] hat dies im Jahr 1924 bereits klar aufgezeigt:

> „Aus Angst um den Beuteanteil entstand auf den großherzoglichen Samtsesseln und in den Kneipen von Weimar die deutsche Republik, keine Staatsform, sondern eine **Firma**. In ihren Satzungen ist nicht vom Volk die Rede, sondern von PARTEIEN; nicht von Macht, von Ehre und Größe, sondern von PARTEIEN. Wir haben kein Vaterland mehr, sondern PARTEIEN; kein Ziel, keine Zukunft mehr, sondern Interessen von PARTEIEN. Und diese PATREIEN – noch einmal: keine Volksteile, sondern Erwerbsgesellschaften mit einem bezahlten Beamtenapparat, die sich zu amerikanischen Parteien verhielten wie ein Trödelgeschäft zu einem Warenhaus – entschlossen sich, dem FEINDE alles was er wünschte auszuliefern, jede Forderung zu unterschreiben, den Mut zu immer weitergehenden Ansprüchen in ihm aufzuwecken, nur um im Innern ihren eigenen Zielen nachgehen zu können.“
> *Zitiert nach Oswald Spengler, Philosoph 1924 (Zweibändiges Werk über den „Untergang des Abendlandes“). Quelle: Zeit-Online vom 9. Juli 1993*

**Besser könnten wir die heutige Zeit auch nicht beschreiben.**

Noch erstaunlicher ist die Weitsicht Spenglers, die er in seinem Buch "Preußentum und Sozialismus" im Jahr 1919 bzgl. der Rolle Deutschland für die Welt hat.

> Wir wissen jetzt, was auf dem Spiele steht: nicht das deutsche Schicksal allein, sondern das Schicksal dar gesamten Zivilisation. **Es ist die entscheidende Frage nicht nur für Deutschland, sondern für die Welt, und sie muß in Deutschland für die Welt gelöst werden: *soll in Zukunft der Handel den Staat oder der Staat den Handel regieren?***
> *Quelle: Oswald Spengler: "Preußentum und Sozialismus" - Kapitel 6 "Die Internationale"*[14]

**Vor 1918 waren die Parteien von einer verantwortlichen Mitgestaltung der Politik ausgeschlossen.**

Im Jahr 1918 wurden die deutschen souveränen Bundesstaaten vom Handelsrecht überdeckt. Jedoch haben sie ihre Rechtsfähigkeit stets behalten. **Sie liegen wie im Märchen, im "Dornröschen-Schlaf".** Die Änderungen an den Verfassungen[15] kann nach dem gültigen

[13]Oswald Arnold Gottfried Spengler wurde am 29. Mai 1880 in Blankenburg/Harz geboren und starb am 8. Mai 1936 in München. Er war ein deutscher Geschichtsphilosoph, Kulturhistoriker und politischer Schriftsteller.

[14]http://gutenberg.spiegel.de/buch/preussentum-und%20sozialismus-5331/6

[15]wie bspw. die preußische Verfassung von 1850 und die per Gesetz erlassene "Verfassung" des Deutschen Reiches von 1871.

Völkerrecht nur der Souverän –das Volk– vornehmen. Die Paulskirchenverfassung vom 28. März 1849 bezieht sich nur auf das Deutsche Reich (welches keinen Staat darstellte) und nicht auf die einzelnen Bundesstaaten. Ihr fehlt zudem der Geltungsbereich (Bundesstaaten), um völkerrechtlich gültig zu sein.

Wir sollten uns davor hüten eine neue Verfassung zu fordern, wie es die Alliierten in ihrer Anordnung "Grundgesetz" verlangen. Wir könnten dann den Bezug zu unserer Abstammung verlieren. Wenn man die völkerrechtliche Staatsangehörigkeit bewahren will, dann muß man an den alten gültigen Rechtskreis anknüpft. In unserem Fall ist dies der Rechtskreis von vor 1914. In diesem regelt das RuStAG die Staatsangehörigkeit[16].

**Wenn die preußische Verfassung vom Souverän abgeschafft wird, geht die Staatsangehörigkeit dadurch verloren. Die Bundesrepublik Deutschland plant eine neue sogenannte "Verfassung" (im Handelsrecht) um sich zu legitimieren.**
**Mit solchen Tricks werden die deutschen Völker seit mehr als hundert Jahren auf gut Deutsch "verarscht"!**

**Ohne Staatsangehörigkeit stehen wir ungeschützt im Handelsrecht.** Wir sollten die Verfassungen unserer jeweiligen Bundesstaaten[17] nur ergänzen und ändern, d. h. sie den heutigen Lebensumständen[18] anpassen. **Die Verfassung darf nur vom Souverän geändert werden. Sie ist die Gebrauchsanleitung für unsere Angestellten in den Verwaltungen. Damit behält der Souverän (WIR) die Macht in seinen Händen.** In die Verfassung sollte unbedingt aufgenommen werden, daß eine bestimmte Anzahl von Gemeinden die Verwaltungen absetzen und neu besetzen können. Diese Maßnahme kann erforderlich werden, wenn die Verwaltung gegen die Interessen des Souveräns arbeitet (bspw. Lobbyismus, Vetternwirtschaft, Landesverrat, Vorteilsnahme etc.).

Alle sogenannten Regierungen nach 1918 waren **Mandatsregierungen im Handelsrecht** und im Auftrag von Dritten. Durch Selbstermächtigung herrschten die Weimarer Regierung und ab dem Jahr 1933 die Regierung unter Reichskanzler Adolf Hitler.

Der Erste Weltkrieg wurde (nur) durch einen nach dem Völkerrecht möglichen Waffenstillstand unterbrochen (Kriegshandlungen wurden eingestellt). Im völkerrechtlichen Vertrag von 1907/ 1910, der Haager Landkriegsordnung, ist dies festgelegt:

***Art. 36 [Folgen des Waffenstillstandes; Aufnahme der Kampfhandlungen]***
*Der Waffenstillstand unterbricht die Kriegsunternehmungen kraft eines wechselseitigen Übereinkommens der Kriegsparteien. Ist eine bestimmte Dauer nicht vereinbart worden, so können die Kriegsparteien jederzeit die Feindseligkeiten wieder aufnehmen, doch nur unter der Voraussetzung, daß der Feind, gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandes, rechtzeitig benachrichtigt wird.*

Der Erste Weltkrieg kann nur durch einen Friedensvertrag beendet werden. **Diesen Friedensvertrag zum Ersten Weltkrieg haben wir bis heute noch nicht. Der soge-**

[16] Der Landkreis Demmin weist in einem Schreiben deutlich auf unsere geerbte Staatsangehörigkeit hin (siehe Anhang Seite 103).
[17] wie zum Beispiel die Verfassung vom Kgr. Preußen von 1850
[18] Internet, Gleichberechtigung der Frau

**nannte "Zweite Weltkrieg" ist ein Waffenstillstandsbruch und die Fortsetzung des Ersten Weltkrieges. Mit Russland besteht seit dem 3. März 1918 der Friedensvertrag von Brest-Litowsk.**

Nach dem Ersten Weltkrieg ist nicht nur unser Land ins Handelsrecht verkommen, auch die Alliierten sind jetzt im Handelsrecht. Als Beispiel: der Erste Weltkrieg wurde mit dem zaristischen Kaiserreich Russland geführt. Die Fortsetzung des Ersten Weltkrieges wurde mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geführt. Heute nennt sich die Firma Russische Föderation und Herr Putin ist der Geschäftsführer. Die Reststaatlichkeit liegt bei der Duma.

Erinnern wir uns an den Zwei-plus-Vier-Vertrag? Dort hat die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken unterschrieben und nicht die Russische Föderation. Wie kann das sein?

Bei uns ist das Kaiserreich noch rechtsfähig. Es wurde durch den Souverän nie außer Kraft gesetzt. Die Staatlichkeit des völkerrechtlich noch existierenden Kaiserreichs wurde überdeckt von handelsrechtlichen Konstrukten:
Namentlich:

1. der Weimarer Republik
2. dem sogenannten Dritten Reich (Hitlerdiktatur)
3. den Vereinigten Wirtschaftsgebieten
4. und zum Schluß durch die Bundesrepublik Deutschland.

Alle Handelsfirmen sind somit Fortführungen der Weimarer Republik (siehe auch GG Art. 140, Weimarer Verfassung). Im Fall der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist die Russische Föderation ebenfalls nur die Fortsetzung des völkerrechtlich existenten Zarenreiches.

**Als Konsequenz aus den handelsrechtlichen Mandatsregierungen können auch alle von ihnen abgeschlossenen Verträge nur Handelsverträge sein.**

Der **Vertrag von Versailles** vom 28. Juni 1919 ist ein **Handelsvertrag und kein Friedensvertrag** wie vielfach behauptet wird. Auf dem Deckel des Vertrages steht: **„Treaty of Peace“** - „Vertrag zum Frieden“. Ein völkerrechtlicher Friedensvertrag schreibt sich wie folgt: **„Peace Treaty“** - Friedensvertrag“ Mit solchen Wortschöpfungen werden wir seit fast 100 Jahren getäuscht.
Nach 1949, in der sogenannten Bundesrepublik Deutschland stand, in unseren Ausweisen nur noch **Name** und nicht mehr **Familienname**. Das gültige internationale deutsche Gesetz, daß HGB vom 10. März 1897, besagt im Art. 17. „Die Firma eines Kaufmannes ist der Name, [...]“. Durch diese weitere Täuschung konnten die Staatsangehörigen der jeweiligen Bundesstaaten ausgeraubt werden (siehe auch **Lastenausgleich**[19] 1952). Bei einer **natürlichen Person** muss laut Gesetz ein **Familienname** eingetragen werden. Der Leser möge nun in seinem Ausweis prüfen, ob er eine **natürliche Person** oder eine **juristische Person** (unbeseelte Sache) ist.

[19] http://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0234_lag_de.pdf

**Verordnung über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis (Personalausweisverordnung - PAuswV[20] [21]) § 28 Antrag**
***(1) Um das Vorliegen der Voraussetzungen des § 21 Absatz 2 Satz 1 des Personalausweisgesetzes überprüfen zu können, muss ein Antrag nach § 21 Absatz 1 Satz 1 des Personalausweisgesetzes enthalten:***
*1. Angaben zur Identitätsfeststellung von juristischen und natürlichen Personen;* ***bei natürlichen Personen*** *sind dies insbesondere der* ***Familienname****, die Vornamen, der Tag und der Ort der Geburt sowie die Anschrift der Hauptwohnung; bei* ***juristischen Personen*** *sind diese insbesondere der* ***Name****, die Anschrift des Sitzes, die Rechtsform und die Bevollmächtigten; außerdem ist in diesem Fall eine Kopie des Handelsregisterauszugs oder der Errichtungsurkunde beizulegen; [...].*

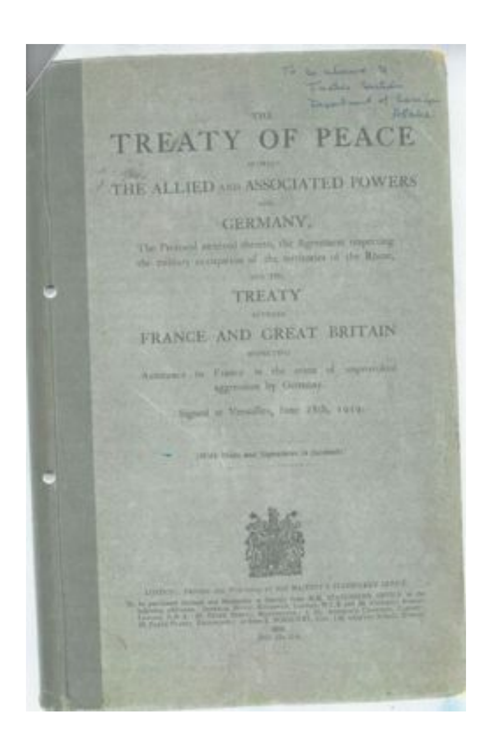



Bild 7: Friedensvertrag?

**Vertragsrecht kann Völkerrecht brechen!**

Der **SHAEF-Vertrag** der Alliierten aus dem Jahre 1944 ist ebenfalls ein Handelsvertrag. Er schützt die Staatsangehörigen des Kaiserreiches laut Haager Landkriegsordnung (HLKO). Auch wenn die Alliierten ihren SHAEF-Vertrag als "Gesetz" bezeichnen, es bleibt ein **handelsrechtlicher Vertrag** und eine **Besatzungsanweisung**. Auch dies fällt unter Täuschung. Die HLKO wurde von souveränen Staaten unterschrieben, einschließlich von dem Deutschen Kaiser. Am SHAEF-Vertrag war das Dt. Kaiserreich nicht beteiligt. Aus diesem Grund ist die HLKO dem SHAEF-Vertrag vorrangig.

Das „Gesetz" Nr. 52 Sperre und Kontrolle von Vermögen besagt:

**Artikel VII (Begriffsbestimmungen):**
*„Deutschland" bedeutet das Gebiet des Deutschen Reiches, wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat."*

**Die Alliierten (von 1944) meinen mit dem Begriff "Deutschland" die Hitlerdiktatur im Jahr 1937.**

**Artikel I (Arten von Vermögen):**

*1. Vermögen innerhalb des besetzten Gebietes, das unmittelbar oder mittelbar, ganz oder teilweise im Eigentum oder unter Kontrolle der folgenden Personen steht, wird hiermit hinsichtlich Besitz oder Eigentumsrecht der Beschlagnahme, Weisung, Verwaltung, Aufsicht oder sonstigen Kontrolle durch die Militärregierung unterworfen:*

[20] http://www.gesetze-im-internet.de/pauswv/__28.html
[21] http://www.gesetze-im-internet.de/pauswg/__5.html

*(a) Das Deutsche Reich oder seine Länder, Gaue oder Provinzen oder eine gleichartige staatliche oder kommunale Verwaltung, deren Dienststellen und Organe, einschließlich aller gemeinwirtschaftlichen Nutzungsbetriebe, Unternehmen, öffentliche Körperschaften und Monopolbetriebe, die durch irgendeine der vorgenannten Organisationen kontrolliert werden;*

*(b) Regierungen, Staatsangehörige oder Einwohner von Staaten,* ***mit Ausnahme des Deutschen Reiches****, die sich mit einem Mitglied der Vereinten Nationen zu irgend einem Zeitpunkt seit dem 1. September 1939 im Kriegszustand befanden, und Regierungen, Staats- angehörige und Einwohner von Ländern, die seit diesem Tage von den vorgenannten Staaten oder von* ***Deutschland*** *besetzt waren;"* (siehe auch HLKO Art. 46 **"Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden."**
Art.56 „Das Eigentum der Gemeinden [...] ist als Privateigentum zu behandeln.")

Die wesentliche Aussage dieser Texte ist: **Die Gemeinden unterliegen nicht der Sperre und Kontrolle von Vermögen**. Die HLKO regelt auch, daß Gemeinden wie Privatvermögen geschützt sind (Artikel 56 der HLKO).
Die Staatsangehörigen des „Deutschen Reiches" (Kaiserreich vor 1918) sind von der Sperre und Kontrolle von Vermögen nach dem Völkerrecht ausgenommen. Dies dürfte für alle interessant sein, die eine Immobilie oder Vermögen besitzen. Es ist wichtig, seine Rechte zu kennen und sie einzufordern!

Der dritte Vertrag im Handelsrecht ist der oben aufgeführte Zwei-plus-Vier-Vertrag. **In diesem Vertrag geben die handelsrechtlichen Parteien die Besetzung des Jahres 1945 auf**.

Im Jahr 1990 setzte US-Außenminister James Baker den **Art. 23 "Geltungsbereich des GG" außer Kraft**. Damit verlor das Grundgesetz seine Wirkung. Die Besatzung des sogenannten "Zweiten Weltkrieges" wurde damit aufgehoben. **Die Verwaltung der Bundesbürger wurde an den Verein "Europäische Union" übertragen; dieser befindet sich im Handels-/ Vereinsrecht. Wenn man sich auf das Grundgesetz beruft, dann auf die genehmigte Fassung vom 15.09.1949.**

**Seit 1990 haben alle Bundesstaatsangehörigen[22] die Möglichkeit der Selbstverwaltung[23], d. h. sie dürfen sich selbst verwalten!**

In den Jahren von 2006 bis 2010 ordneten die Alliierten die **Bereinigungsgesetze** an. **Diese setzten die Verordnungen, Anordnungen und Empfehlungen der direkten Besatzungsverwaltung für Staatsangehörige der Bundesstaaten außer Kraft**. Gesetze können nur von einem souveränen Staat erlassen werden. Die BRD-Verwaltung greift in den Jahren 2009 und 2011 bei der ZPOEG und der StPOEG auf die Gesetze des Kaiserreiches aus dem Jahr 1877 zurück.

# Überleitungsvertrag

Am 23. Oktober 1954 wurde von der damaligen Bundesregierung in Paris der Überleitungsvertrag unterschrieben (Amtlicher Text, BGBl. 1955 11 S. 405). Im Buchanhang (Seite 106)

[22]Staatsangehörige der Bundesstaaten von vor 1918
[23]Wenn man sich auf das Grundgesetz beruft, dann auf das von 1949.

ist ein Schreiben des Bundesministeriums der Justiz vom 29. März 2004 hinterlegt. Es beweist die aktuelle Gültigkeit des Überleitungsvertrages. Die Konsequenz aus dem "gültigen Überleitungsvertrag" ist, daß wir immer noch besetzt sind. In dem Vertrag sind folgende drei Punkte wichtig:

1. wir sind von **drei Mächten besetzt** (GB, Frankreich, USA);

2. die Besatzer nennen sich selbst **Besatzungsbehörden**;

3. der Vertrag gilt bis zu einem **Friedensvertrag**.

**ZPOEG, StPOEG, BGBEG sind nur Verordnungen einer Handelsverwaltung.**

Quellen zu den Bereinigungsgesetzen (Gesetzblätter): 1. BGBl. 2006, Teil I, Nr. 18, S. 866ff, ausgegeben zu Bonn am 24. April 2006 2. BGBl. 2007, Teil I, Nr. 59, S. 2614ff, ausgegeben zu Bonn am 29. November 2007 3. BGBl. 2010, Teil I, Nr. 63, S. 1864ff, ausgegeben zu Bonn am 14. Dezember 2010.
Ab 1990 wird die Verwaltung der Bundesrepublik Deutschland nach und nach ins Handelsrecht überführt. Im Auftrag der Alliierten hat Außenminister Genscher am 3. Oktober 1990 die Bundesrepublik Deutschland („BRD“) bei der UNO **abgemeldet** und an Stelle dessen Deutschland „Germany“ **angemeldet**. Seit dieser Anmeldung wird Deutschland/Germany bei der UNO als Nicht-Regierungsorganisation (englisch: NGO) geführt. **Ein Staat mit dem Namen "Bundesrepublik Deutschland" existiert bei der UNO nicht** (siehe Anhang "NGO").

**Wenn wir diese Zusammenhänge verstanden haben können wir erkennen, welche einzigartige Chance wir in unserem Land jetzt haben.**

Wir können im Gegensatz zu unseren Nachbarländern unsere Handelsverwaltung ohne Gewalt, durch unsere Handlungen absetzen. Die Voraussetzungen bietet das Völkerrecht, die HLKO.

Wir sind bis zum Friedensvertrag zum Ersten Weltkrieg noch immer ein besetztes Land. Allerdings können sich die Staatsangehörigen [24] seit dem 12. September 1990 nach dem Zwei-plus-Vier-Vertrag wieder selbst ohne direkte Verwaltung der Alliierten organisieren.

**Das heißt:** Die Gemeinden und Städte, die nach 1990 von den Alliierten ins Handelsrecht gesetzt wurden, sind jetzt als Gebietskörperschaft mit dem Bodenrecht wieder freigegeben. Die Staatsangehörigen, die ihre Vorfahren bis vor 1914 (RuStAG 1913) nachweisen können, haben die Möglichkeit die rechtsfähige Gemeinde wieder zu reaktivieren.

Auszug aus der Reaktivierungsurkunde der Gemeinde Neuhaus vom 8. April 2013 an die Alliierten, die UNO und die "Behörden" der BRD, zur Kenntnisnahme gerichtsfest per Telefax:

*„ [...] setze Sie hiermit in Kenntnis, daß die Gemeinde Neuhaus (ab 1036) in der Preußischen Provinz Westfalen nach der Gemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19.03.1856 von preußischen Staatsangehörigen bewohnt wird und aktiv ist.*

[24] nach RuStAG 1913. Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz: http://justitia- deutschland.org/R/RuStAG-1913.htm

*Laut Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1907 ist es laut Artikel 43 untersagt neue Länder, Städte oder Gesetze anzuordnen. Die Namensänderung im Jahr 1957 in Schloß Neuhaus und die Eingemeindung – durch „Nordrhein Westfalen“ – am 01. Januar 1975 widersprechen dem gültigen Völkerrecht, stellen ein Kriegsverbrechen dar und sind somit nichtig. Wir erinnern Sie auch an den Befehl Nr. 46 der Alliierten Hohen Kommission der 1955 von der UDSSR aufgehoben wurde.*

*Inwohner*[25] *der Gemeinde Neuhaus sind freie Männer und Frauen und Staatsangehörige des Königreich Preußens. [...]"*

*Wir fordern Sie auf, als Besatzungsmacht über das Deutsche Reich dafür Sorge zu tragen, daß die NGO/Company „Bundesrepublik Deutschland“ keine Angehörige der Bundesstaaten/Deutsches Reich plündert oder deren Eigentum einzieht. Sie verstoßen damit gegen gültiges Völkerrecht (HLKO Artikel 43, 46, 47 )*

**Die reaktivierte Gemeinde kann sich nach internationalem Recht selbst organisieren.** Wir können uns jetzt entscheiden, ob wir mit der Verwaltung der Alliierten in dem Verein Europäische Union (im Handelsrecht) aufgehen wollen oder ob wir uns wieder selbst als souveräner Staat organisieren. Auf dem Gebiet des Amt Neuhaus in Westfalen/ Gemeinde Neuhaus in Westfalen gilt als Beispiel kein ESM-Vertrag[26]. Dies hat die EU in ihrem Antwortschreiben zur Kenntnis genommen.

Viele reaktivierte Gemeinden können mit den westlichen Alliierten des Ersten Weltkrieges den Friedensvertrag verhandeln. **Mit Russland haben wir zum Ersten Weltkrieg bereits den völkerrechtlich gültigen Friedensvertrag von Brest-Litowsk**[27] **vom 3. März 1918**. Wenn der Friedensvertrag mit den westlichen Alliierten abgeschlossen wird, ist unser Land wieder voll souverän.
**Wichtig: Der Erste Weltkrieg wurde von allen Parteien unter Anerkenntnis der Haager Landkriegsordnung (HLKO) und der Genfer Konvention durch Kriegserklärungen begonnen. Diese Verträge regeln den Ablauf eines Krieges: Kriegserklärung, Einstellung der Kampfhandlungen durch einen Waffenstillstand und Kriegsende durch einen Friedensvertrag. Nur die Reststaatlichkeit (siehe Seite 90) der ursprünglichen Vertragspartner kann den Ersten Weltkrieg beenden!**

Es gibt in unserem Land viele Gruppen, die glauben das Deutsche Reich, Preußen (auch Freistaat Preußen[28] von 1920 im Handelsrecht) oder ein Königreich[29] zu sein. Alle diese Gruppen im Handelsrecht (Vereinsrecht) halten sich nicht an das Völkerrecht. Aus diesem Grund können sie weder die volle Souveränität erlangen, noch einen Friedensvertrag erwirken. Die Souveränität kann nur in den Gemeinden beginnen und damit in der Verwaltung zum Kreis usw. gehen. **Man kann den Hausbau nicht mit dem Dach beginnen.** Einige Aktivisten-Gruppen sind bereits in den Verdacht gekommen, mit Diensten zusammen zu arbeiten. Ein deutlicher Hinweis auf die Arbeit der Dienste ist, daß sie die Gruppen im

[25]"Inwohner" ist der alte Begriff für "Einwohner".
[26]Europäischer Stabilitätsmechanismus; er dient primär der Bankenrettung.
[27]http://www.1000dokumente.de
[28]Die sogenannte "Verfassung" des Freistaat Preußen ähnelt sehr der sogenannten NRW-"Verfassung" ohne bürgerliche Rechte.
[29]bspw. "Königreich Deutschland".

Handelsrecht organisieren oder sie auf die eine oder andere Weise ins Handelsrecht ziehen. Vorsicht ist auch geboten, wenn solche Gruppen hierarchische Strukturen (Pyramidenstruktur) fordern.

**Souverän heißt: Wir entscheiden, ob über unserem Land Gift in den Himmel gesprüht wird, ob Wir alle von den Diensten der Alliierten (NSA u. a.) abgehört werden, welches Geldsystem Wir haben wollen, ob Bargeld abgeschafft werden soll, ob Wir die Verträge wie ESM, TTIP[30], NATO[31] usw. anerkennen, oder nicht. Diese Themen werden jeden Tag breit im Internet und in den Massenmedien diskutiert. Wir können über die weitere Entwicklung der Weltgeschichte entscheiden.**

**Bei dem Reaktivieren der Gemeinde ist der Rechtskreises vor 1914 zu wählen!**

**Nur im Staatsrecht vor 1914 gewährleistet die HLKO Schutz. Wer sich auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg einläßt ist im Handelsrecht und angreifbar!**

**Das Spiel im Handelsrecht heißt Monopoly**: Seien Sie sich bewußt, daß Sie gegen internationale Großkonzerne und -banken Monopoly spielen. Diese besitzen und kontrollieren die Bank, die Schloßallee, die Badstraße und den Bahnhof, also quasi alles, was spielentscheidend ist. Ihre Gegenspieler können sogar jederzeit die Spielregeln ändern! Wenn Sie mitspielen dann werden Sie auf Dauer verlieren. Dies zeigt die Geschichte der letzten 97 Jahre all zu deutlich!

Die Gemeinde Neuhaus hat die Landgemeindeordnung der preußischen Provinz Westfalen vom 19. März 1856 und die "Verfassung" des Deutschen Bundes von 1871 angenommen. **Wenn man eine Gemeinde reaktivieren will, dann sollte man ihre Grenzen und die gültige Gemeindeordnung[32] kennen.**

Die Verfassung des Königreich Preußen wurde von den Staatsangehörigen mit ihrem Leben (Blutsonntag in Berlin) und mit Festungshaft[33] durchgesetzt und 1850 vom König von Preußen unterzeichnet. In dieser Verfassung[34] finden sich viele bürgerliche Rechte. Der Artikel 10 z. B. besagt: "Der bürgerliche Tod und die Strafe der Vermögenseinziehung finden nicht statt."

Am 1. Januar 1871 wurde die Verfassung[35] des Deutschen Reiches als Zusammenschluß der souveränen Bundesstaaten vollzogen. Die vorstehende Verfassung wurde vom Bundesrat dem am 21. März 1871 zusammentretenden Reichstag des Deutschen Reiches unter rein redaktionellen Änderungen als Reichsgesetz betreffend die Verfassung des Deutschen Reiches vorgelegt und am 16. April 1871 von Kaiser Wilhelm I. im Reichsgesetzblatt bekannt gegeben. Das Gesetz trat am 4. Mai 1871 in Kraft und ersetzte im Wesentlichen die Verfassung vom

[30] Transatlantic Trade and Investment Partnership.

[31] North Atlantic Treaty Organization. „Organisation des Nordatlantikvertrags" bzw. Nordatlantikpakt-Organisation; im Deutschen häufig als Atlantisches Bündnis bezeichnet.

[32] http://www.gemeindeverzeichnis.de/gem1900/gem1900.htm?preussen1900.htm

[33] Im Februar 1849 wurde ein Vorfall bekannt. Auf dem Schloßplatz in Neuhaus in Westfalen umdrängten begeisterte Bürger den Wagen des, aus politischer Haft entlassenen, Gerichtsreferendars Franz Löher. Er war ein Vorkämpfer für die Idee einer preußischen Verfassung von 1848/1850. Franz Löher wurde später für seine Verdienste um die neue Verfassung geadelt und hieß fortan "Franz von Löher".

[34] http://www.verfassungen.de/de/preussen/preussen50.htm#2

[35] http://www.verfassungen.de/de/de67-18/verfassung70-i.htm

1. Januar. Das “Deutsche Reich” ist somit kein Staat, sondern ein handelsrechtlicher Verein. Deshalb kann es auch keine Staatsangehörigkeit “Deutsches Reich” geben. **Es gibt weltweit nur drei Zusammenschlüsse mit souveränen Bundesstaaten. Das sind die Schweiz, Amerika (USA[36]) und der Deutsche Bund.**

**Die Gemeinden haben ihre Rechtsfähigkeit aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stets behalten!**

**Organisation der reaktivierten Gemeinde:** Die Gemeindemitglieder, die ihren Wohnsitz nach Art. 7 des BGB vom 18. August 1896 in der reaktivierten Gemeinde begründen und sich von der Firma Gemeinde (im Handelsrecht) abgemeldet haben, unterliegen wieder dem Schutz des völkerrechtlichen Vertrages, der HLKO und dem Schutz des internationalen deutschen Rechtes. Damit ist die Gemeinde wieder **organisiert**.

**Die organisierte Gemeinde erlangt ihre Geschäftsfähigkeit,** wenn über 50 Prozent der deutschen Bundesstaatsangehörigen[37] mit Wahlrecht[38] ihren Wohnsitz in der reaktivierten Gemeinde begründen. In diesem Fall muß die handelsrechtliche BRD-Verwaltung die Organisation übergeben. Diese umfaßt alle Unterlagen, Dateien, Gebäuden und Mitarbeiter. Die reaktivierte Ur-Gemeinde ist dann nicht mehr an Anweisungen der BRD-”Behörden” oder der EU gebunden. Nach unserem Wissen gelten dann auch keine Schulden aus der Zeit vor der Geschäftsfähigkeit. Die Schulden verbleiben bei der ehemaligen Gemeinde im Handelsrecht ! Die dann staatliche Gemeinde kann sich, ohne Abgaben an andere, selbst finanzieren und die Gemeindemitglieder entscheiden selbst über ihre Belange wie zum Beispiel die Organisation des Kindergartens. Die Gemeinde kann auch die **Bürgerrechte** verleihen.
Voraussetzung dafür ist:

1. die **handelsrechtliche Kündigung** mit Hinweis auf den Art. 119 “Anfechtung wegen Irrtums” des BGB von 1896.

2. der Nachweis der Staatsangehörigkeit mit der Staatsangehörigkeitsurkunde:

    a) beantragt gemäß RuStAG 1913 4.1

    b) mit Angabe einer Bundesstaatsangehörigkeit (bspw. Kgr. Bayern).

Dieses Vorgehen ist auch die Voraussetzung, um bei einem Friedensvertrag mitbestimmen zu können und die Rechte als Staatsangehöriger wieder zu erlangen.
Das “Ausländergesetz” (AuslG-VwV[39], eigentlich eine Verordnung) sieht vor, daß jeder Bundesbürger, der seine Staatsangehörigkeit nicht mit einer Staatsangehörigkeitsurkunde nachweisen kann, wie ein Ausländer zu behandeln ist. Nur souveräne Staaten können Gesetze erlassen, **wohingegen Mandatsregierungen nur Verordnungen, Anordnungen oder Empfehlungen erlassen können**.

[36]United States of America = Vereinigte Staaten von Amerika.
[37]Diese Personen müssen ihre “deutsche” Abstammung bis vor 1914 nachweisen.
[38]Geregelt durch die Gemeindeordnungen. Weitere Informationen zum Wahlrecht liefert das Buch “Preußen und die Wurzeln des Erfolgs” von Ehrhardt Bödecker.
[39]http://www.info4alien.de/vwv/vwv_1.htm

AuslG-VwV: "Ausländergesetz"[40] vom 28. 04. 1965:

*"1.2.1 Ausländer ist jede* ***natürliche Person****, die weder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt noch als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling im Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat (Deutsche ohne deutsche Staatsangehörigkeit) oder diesen Status durch Abstammung oder - bis 31. März 1953 - durch Eheschließung erworben hat."*

*"1.2.3.1 Deutsche, die zugleich eine oder mehrere fremde Staatsangehörigkeiten besitzen, sind keine Ausländer i.S.d. Ausländergesetzes (inländischer Mehrstaater). Bestehen Zweifel, ob jemand Deutscher ist, obliegt die Klärung der Staatsangehörigkeitsbehörde.* ***Bis zur Klärung ist er als Ausländer zu behandeln****. Beruft sich ein Ausländer darauf, Deutscher zu sein, hat er dies gemäß § 70 Abs. 1 nachzuweisen (z. B. durch* ***Staatsangehörigkeitsurkunde****)."*

Die BRD-"Behörden" sind im Auftrag der Alliierten bis zu einem Friedensvertrag verpflichtet, die öffentliche Ordnung in unserem Land zu gewährleisten. Dazu gehört u. a. die Verwaltung der Einwohnerdaten und das Katasteramt. Es gibt jeweils Personen in den "Behörden", die **für die deutsche Frage** zuständig sind. Das Bild 8 zeigt die Unterschiede zwischen dem reinen Handelsrecht und den im Auftrag der Alliierten zu führenden **staatlichen Registern**. In diesem Fall verwendet das Kastasteramt das **Wappen der Urgemeinde** (auf der linken Seite) und ein Fantasie-Logo welches die Firma "Kreis Paderborn" (auf der rechten Seite) im Handelrecht nutzt.




**Auszug aus dem Liegenschaftskataster**

Bestandsnachweis NRW

---




Kreis Paderborn • Postfach 1940 • 33049 Paderborn

**Der Landrat**
Telefon: 05251 / 308 - 0
Fax: 05251 / 308 - 1099
Homepage: www.kreis-paderborn.de
Amt:
Amt für Geoinformation, Kataster und Vermessung
Dienstgebäude:
Aldegreverstraße 10-14, 33102 Paderborn
Ansprechpartner:

Bild 8: Zeichen von Reststaatlichkeit (oben) gegenüber Handelsrecht (unten)

Die Bestätigung der Staatsangehörigkeit kann deshalb nur über den sogenannten „gelben Schein“ erfolgen! Solange in der Gemeinde mehrheitlich Bundesbürger wohnen, übernimmt die BRD-Verwaltung die Bestätigung der Staatsangehörigkeit. Hierzu nutzt sie die Melderegister, die sie im Auftrag der Alliierten weiterführen muss.

[40] http://www.zaoerv.de/25_1965/25_1965_3_b_499_515.pdf

# 5. Der Weg in die Freiheit und den Frieden (Staatlichkeit)

Du willst frei sein? Du willst in Frieden leben? Du willst Dich, Deine Familie und Dein Hab und Gut schützen?
Dieser Wegweiser zeigt einen gangbaren Weg. Jeder ist aufgefordert ihn zu prüfen, zu verbessern und für seine Freiheit zu nutzen.

Die Gemeinde Neuhaus in Westfalen wurde im April 2013 reaktiviert. Ihre Gemeindemitglieder haben viele Erfahrungen gesammelt.

**Wer diesen Weg gehen will sollte vorbereitet sein.**

Vorher oder zeitgleich für das Wichtigste sorgen: Familie, Gesundheit, Essen, Vorräte, Freunde/ Netzwerke und Vermögenssicherung. Dieses Buch vermittelt wichtiges Wissen. Wer dieses Wissen besitzt, hat Verantwortung gegenüber Freunden, Nachbarn, seiner Familie, der Gemeinde, unserem Land und dem Weltfrieden. Wir bestimmen unsere Zukunft!

## 5.1. Unsere Erfahrung und was zu erwarten ist

**Womit ist zu rechnen, wenn man diesen Weg geht?**

Einzelkämpfer haben in der Regel wenig bis keine Chance, sich gegen das Besatzungskonstrukt, bzw. das BRD-System, zu schützen. Deshalb ist es unbedingt ratsam, sich zusammen zu tun und mit dem Wissen der reaktivierten Gemeinden im Netzwerk zusammen zu arbeiten.
**"Einigkeit macht stark!"**

Solange man weiterhin "Steuern" (Schenkungen) und andere Forderungen zahlt, passiert aus unserer Erfahrung nichts.
Wer sich mit den BRD-"Behörden" nicht anlegen will, der teilt als Mitglied der reaktivierten Gemeinde den jeweiligen Rechtskreis/Rechtsstatus mit. **Er zahlt immer als Staatsangehöriger des jeweiligen Bundesstaates und *ohne Rechtsanerkenntnis*[41]. Bei jedem Schreiben auf den § 119 BGB von 1896 "Anfechtung wegen Irrtums" hinweisen!**
Nach unserer Erfahrung werden deutsche Staatsangehörige mit der richtigen Staatsangehörigkeitsurkunde[42] –im Handelsrecht bei Zahlungsverweigerung gegenüber BRD-"Behörden"– vom Gerichtsvollzieher in die Schuldnerdatei des jeweiligen "Bundeslandes" der BRD eingetragen. Aus dieser Datei bezieht auch die SCHUFA[43] ihre Informationen.

[41] **bspw. ein Passus "Die Zahlung erfolgt ohne Anerkennung einer Rechtspflicht".**
[42] nach RuStAG 1913 4.1 und der Angabe des richtigen Bundesstaates.
[43] SCHUFA Holding AG ist eine privatwirtschaftliche deutsche Wirtschaftsauskunftei in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft mit dem Geschäftssitz in Wiesbaden.

Wichtig ist:

- ☐ Gerichtsvollzieher/POLIZEI **nicht in das Haus/die Wohnung lassen**.
- ☐ Gerichtsvollzieher/Amtsgericht **schriftlich auf den jeweiligen Rechtsstatus hinweisen**.
- ☐ Die reaktivierte Gemeinde kann ihre Mitglieder vor BRD-"Behörden" schützen, wenn sich diese erfolgreich von der BRD-Gemeinde abgemeldet haben. Sie haben damit ihre juristische Person abgemeldet. Bildlich ausgedrückt: Die Spielfigur wird vom BRD-Spielbrett genommen.
  Die Staatsangehörigkeitsurkunde wird empfohlen.
- ☐ In der Regel kann der Eintrag in die Schuldnerdatei (und SCHUFA) nicht vermieden werden. Dieser bleibt drei Jahre bestehen.
- ☐ Vollständig befreite Staatsangehörige leben in einem anderen Rechtskreis (im Staatsrecht statt im Handelsrecht). Briefe von BRD-"Behörden" die nicht den Namen der reaktivierten Gemeinde als Empfangsadresse tragen, sollten generell mit einem Aufkleber über dem Anschriftenfeld als falsch zugestellt zurückgesendet werden. Einen DIN-A4-Bogen mit Adressaufklebern bieten wir zum kostenlosen Herunterladen auf unserer Netzwerkseite www.nestag.de.
- ☐ **Bei vollständig befreiten Staatsangehörigen haben wir erlebt, daß kein Eintrag in die Schuldnerdatei mehr erfolgt.**
- ☐ **Es empfiehlt sich, erst alle Schritte auszuführen um sich rechtssicher zu positionieren und erst dann zusammen mit der reaktivierten Gemeinde mit den BRD-"Behörden" zu (ver)handeln.** Der ***volle*** Rechtsschutz bspw. durch HLKO, das internationale deutsche Recht und internationale Handelsverträge besteht erst dann, **wenn der richtige Rechtsstatus erreicht ist** (siehe Vorgehen in diesem Abschnitt).

Trotz aller Vorkehrungen ist dennoch mit Kontenpfändungen **aus dem Handelsrecht** zu rechnen, sofern Zahlungen an die BRD-"Behörden" verweigert werden! Die Banken befinden sich außerhalb unseres staatlichen Rechtskreises. Sinnvolle Gegenmaßnahmen sind:

- ☐ Einrichten eines **pfändungssicheren Kontos** (P-Konto).
- ☐ Konto bei einer Sparkasse einrichten. Die Sparkassen sind aus Stadt- und Kreissparkassen hervorgegangen und haben einen Versorgungsauftrag, d. h. sie können einem Kunden nicht grundlos kündigen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss (BvL 8/11 und 1 BvL 22/11) vom 18. Dezember 2012 festgestellt, daß das "Selbsttitulierungsrecht mit dem Grundgesetz unvereinbar ist". Weiter heißt es: "Das Schaffen von Vollstreckungstiteln gehöre zum Kernbereich der dem Richter übertragenen Rechtsprechung". Die direkte Titulierung wird vor allem vom Finanzamt, den Krankenkassen, von Notaren und der GEZ vorgenommen. Mittlerweile mißachten die Banken und "Behörden" der BRD regelmäßig die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes (Willkür). Daher ist der nächste Punkt ratsam:
- ☐ Einrichten eines Bankkontos in einem sicheren Land. Zum Erfahrungsaustausch bitte das Forum nutzen.

- ☐ Höhe des Überziehungskredites möglichst klein halten oder wenn möglich auf Null setzen.
- ☐ Vollmacht über ein "fremdes" Konto besorgen.
- ☐ Bargeld/ Barscheck, Vorauskasse, BitCoin (in geringen Mengen), Prepaid-Masterkarte nutzen.
- ☐ Generell Giral"geld" (elektronisches "Geld" auf dem Konto) in Sachwerte umwandeln, bspw. Lebensmittel, Werkzeug, Edelmetalle.
- ☐ Grundsätzlich nur die notwendige Geldmenge (bspw. für Miete) auf dem Konto belassen und den Rest immer abheben.
- ☐ Wenn möglich: Zwei Monatsgehälter in bar zu Hause lagern (Stichwort: Kontensperrung Zypern, Griechenland/ drohende Fälligkeit der ESM-Bürgschaft mit Kontopfändungen/ Kontokorrentpfändung = Überziehungskredit).
- ☐ Kredite vermeiden, d. h. keine "Schulden machen".

Die Vergangenheit lehrt uns: Das "Geld" wird fast gegen Null abgewertet. Dagegen bleiben die Schulden weitestgehend erhalten.
Wer Schulden (Darlehen) auf sein Haus aufgenommen hat, sollte an die Möglichkeit der sogenannten **Nachschusspflicht** denken. Beim Zusammenbruch des Geldsystems verlieren Immobilien dramatisch an Wert. Wenn der Gebäudewert unter den Darlehenswert sinkt, muss die Differenz bei einigen Verträgen "kurzfristig" ausgeglichen werden.

## 5.2. Gelber Schein - Staatsangehörigkeitsausweis

Mit dem "Gelben Schein" **bescheinigen** uns die Alliierten unsere deutsche Abstammung bzw. Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat.

**Gelber Schein kontra „Deutsches Reich"**

Oft werden wir auf den „Staatsangehörigkeitsausweis" ("Gelber Schein" oder Staatsangehörigkeitsurkunde) angesprochen. Es gibt einige Gruppierungen die ebenfalls Ausweise ausgeben. Es handelt sich aber nicht um staatliche Dokumente. Unseres Erachtens haben sie rechtlich keinen Nutzen.

**Es gibt keinen Staat „Deutsches (Kaiser-)Reich"** und darum gibt es auch keine echte Exilregierung des „Staates" Deutsches (Kaiser-)Reich. Dieser Bund trägt den Namen "Deutsches Reich". Die Präambel der Verfassung von 1871 beschreibt also die Gründung eines Bundes souveräner Staaten (bspw. der Königreiche Bayern und Sachsen), **einen Staatenbund der selbst jedoch kein Staat ist**. Und ebenso haben all diese Gruppierungen keine bestallten Beamten, welche befugt wären Ausweisdokumente mit Angabe einer echten Staatsangehörigkeit zu erstellen. Die Pässe der „BRD" weisen ebenso keine Staatsangehörigkeit nach.

Worin liegt nun der Unterschied zwischen dem Staatsangehörigkeitsausweis von diesen „Reichsämtern" und „Exilregierungen" in Deutschland und dem, der von der Ausländerbehörde heraus gegeben wird?

Der Unterschied liegt darin, daß die von den „Reichsämtern“ und „Exilregierungen“ heraus gegebenen Ausweisdokumente von der „BRD“ nicht anerkannt werden, genauso wenig international.

Sie werden jedoch auch nicht eingezogen, da sie keine staatlichen Hintergründe haben und somit niemandes Recht berühren. Damit ist nicht gesagt, daß die BRD sehr viel staatlicher wäre, als diese „Reichsämter“.

Das Problem sogenannter „Reichsämter“ und anderer sich selbst erklärter „Regierungen“ und „Freistaaten“ ist, daß sie immer versuchen das Deutsche (Kaiser-)Reich von oben nach unten aufzubauen.

Bismark hat das Deutsche (Kaiser-)Reich seiner Zeit nach dem *Subsidaritätsprinzip* von unten nach oben aufgebaut. Das heißt, die kleinste Einheit (die Gemeinde) verwaltet sich selbst. Folglich müssen erst einmal die Männer, Frauen und Familien wieder souverän werden, denn sie bilden die Gemeinden. Haben sich genügend Gemeinden wieder reorganisiert, können diese einen **Städtetag** ausrufen und dieser wiederum kann seinen **BundesSTAAT** (kein Land und auch kein Reich) reaktivieren.

Erst wenn sich einige Bundesstaaten des Deutschen Reiches wieder reorganisiert haben, kann das Deutsche (Kaiser)Reich und damit ein Reichsamt wieder tatsächlich legitim seine Arbeit aufnehmen!

**Was die Legitimität des bundesrepublikanischen Nachweises angeht:**
Die BRD ist **kein Staat** und kann keine eigene Staatsangehörigkeit definieren, bzw. vergeben. Diese Tatsache hat auch das Bundesverfassungsgericht richtig feststellt.

**Warum ist deren “Gelber Schein” dann trotzdem gültig?**

Die BRD ist eine von den Alliierten eingesetzte Verwaltung. **Sie soll die “Deutschen” verlässlich mit “staatlichen” Urkunden versorgen**, die sie im nationalen und internationalen Umgang benötigen. Zudem hat die BRD-Verwaltung die Aufgabe, die Ordnung in unserem besetzten Land (siehe GG Art. 120) zu garantieren. Und genau diese Aufgabe erfüllt sie auch. Sie stattet uns mit Urkunden aus nach Gesetzen aus der Zeit **vor** ihrer eigenen Entstehung. Man sollte also genau wissen auf welche Gesetze man sich beruft, **die auch international gültig sind**!

Die Alliierten haben keinerlei juristischen Zugriff auf die Rechte von vor dem Ersten Weltkrieg, denn sonst hätten sie das Deutsche Reich wohl schon längst aufgelöst (Debellatio[44]). Das machen wir uns zunutze und beantragen mit unserer eigenen Willenserklärung (BVA-Formular: Antrag F) die **Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit**. Damit lösen wir einen Verwaltungsakt aus.

In dem „Antrag“ weisen wir unsere Angehörigkeit in einem der **Bundesstaaten** nach. Diese Bundesstaatsangehörigkeit kann uns die BRD im Handelsrecht zwar auf Grund des fehlenden

[44]Debellatio: Annexion des Landes durch den Sieger.

alliierten Zugriffs auf das Deutsche Reich nicht geben, aber sie kann und **muss** uns im EStA-Register des BVA eintragen (führen). Es hält fest, daß wir diese Bundesstaatsangehörigkeit verbindlich nachgewiesen haben!

Die souveränen Bürger bilden den Bundesstaat (z. B. Königreich Württemberg/ Bayern/ Preußen). Als Bundesstaat ist er Mitglied in einem Verein namens "Deutsches Reich" von 1871. Man erhält seine Bundesstaatsangehörigkeit bei der Geburt durch Abstammung. Die natürliche Person ist nicht Mitglied des Vereins (Deutscher Bund/ Deutsches Kaiserreich), sondern sie ist Angehöriger eines Bundesstaates. Zudem ist sie als Bürger oder Einwohner Mitglied einer Gemeinde, je nach der Satzung dieser Gemeinde.

Innerhalb des BRD-Systems (im Handelsrecht) sind die BRD-Gemeinden *verpflichtet* die Staatsangehörigkeit zu bestätigen. Nur die Staatsangehörigkeitsurkunde wird von den Alliierten als Nachweis über die Staatsangehörigkeit akzeptiert. **Durch die Staatsangehörigkeit gilt wieder das internationale deutsche Recht, völkerrechtliche Verträge wie die HLKO und Handelsverträge, wie z. B. die Europäische Menschenrechtskonvention.** Die Staatsangehörigkeitsurkunde bietet einen gewissen Schutz. Sie ist aber nur der erste Schritt zur Erlangung unserer Rechte.

**Das Beantragen der Staatsangehörigkeitsurkunde löst einen Verwaltungsakt aus!** Es gibt nur eine tatsächlich existierende Staatsangehörigkeit, nämlich die **Bundesstaatsangehörigkeit** (bspw. Kgr. Preußen, Kgr. Bayern, Fürstentum Lippe, Großherzogtum Baden etc.). Dies proklamieren[45] wir durch unsere Willenserklärung.

**Mit dem "Gelben Schein" bescheinigen uns die Alliierten unsere deutsche Abstammung, bzw. Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat.**

Jeder Bundesbürger hat die sogenannte „Staatsangehörigkeit" "DEUTSCH“ aufdiktiert bekommen, und zwar durch konkludentes Handeln[46]. **Man muss diese nicht gewollte und unechte „Staatsangehörigkeit" "DEUTSCH“ ablegen, indem man seinen gegenteiligen Willen erklärt.** Hierzu muss man sich auf das *Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG[47]) von 1913* beziehen. Für BRD-Bürger wurde die Staatsangehörigkeit abgeschafft, und zwar u. a. durch den "Ausführungserlass zum StAG, RdErl. MIK vom 16.08.2010". Dadurch werden die BRD-Bürger in die Staatenlosigkeit geführt und werden Apolide[48].

Im RuStAG vom 22.07.1913 steht direkt im ersten Artikel geschrieben: *"Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat (§§ 3 bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 3 bis 35) besitzt."*

[45] Proklamation (von lat. proclamare, „laut ausrufen, schreien“; aus pro, „vor, für“, und clamare, „rufen“; und von frz. proclamation, „Ausrufung, Verkündigung“) ist ein öffentlicher Aufruf, eine Bekanntmachung oder eine öffentliche Erklärung.

[46] konkludent: stillschweigende Willenserklärung. § 362 HGB *Schweigen eines Kaufmanns auf ein Angebot.* § 17 HBG *Die Firma eines Kaufmanns ist der Name.* In den Personalausweisen und Pässen der BRD steht Name und nicht Familienname.

[47] *http://justitia-deutschland.org/R/RuStAG-1913.htm.*

[48] griechisch: "ohne Staat", heimat-, staatenlos/italienisch: staatenlos, Staatenlose(r).

Bis 1934 stand in den Ausweispapieren/ Pass der jeweilige Bundesstaat wie zum Beispiel: Bayern, Preußen, Sachsen, freier Volksstaat Württemberg, Freistaat Baden, Land Thüringen, Volksstaat Hessen, Freie und Hansestadt Hamburg, Freistaat Mecklenburg-Schwerin, Freistaat Oldenburg, Freistaat Braunschweig, Freistaat Anhalt, Freie und Hansestadt Bremen, Freistaat Lippe. Freie und Hansestaat Lübeck, Freistaat Mecklenburg-Strelitz, Freistaat Waldeck, Freistaat Schaumburg-Lippe.

Ab 5.2.1934 wurde - durch das sogenannte "Gleichschaltungsgesetz"[49] (unter der Diktatur durch Adolf Hitler) - die alleinige sogenannte "Staatsangehörigkeit" namens "Deutsches Reich" eingeführt. Darin heißt es:

| |
|---|
| Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (RGBl. I. S. 75) wird Folgendes im § 1 verordnet:<br>(1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.<br>(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit). |

**Man beachte: *Länder* bedeutet nicht *Staat*. Beispielsweise sind die sogenannten Freistaaten (wie Freistaat Preußen, Freistaat Bayern) nur Länder ohne staatliche Legitimation.**

Seit diesem Zeitpunkt gibt es auch den Begriff "**Deutsch**" bzw. "**DEUTSCH**" in den Ausweispapieren. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Gesetzgebung des Dritten Reiches in diesem Punkt nahtlos weitergeführt und gibt sich auch dadurch als dessen Nachfolgeorganisation zu erkennen. Viele sogenannte "Gesetze" (Verordnungen) wurden in Originalfassung übernommen. Ein Beispiel hierfür ist das Namensänderungsgesetz[50] vom 05.01.1938 und das Einkommenssteuergesetz[51] mit dem Ausfertigungsdatum 16.10.**1934.**
Früher galt die unmittelbare Reichsangehörigkeit nur für die Kolonien/Schutzgebiete des Deutschen Reiches.

**Am 15.07.1999** wurden unter der SPD-Regierung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder alle BRD-Angehörigen zu Kolonieangehörigen: "Deutscher ist, wer die [...] unmittelbare Reichsangehörigkeit [...] besitzt." (siehe StAG).
Das Wort *"unmittelbar"* bedeutet Reichsangehörigkeit, während "*mittelbar*" die Angehörigkeit in einem Bundesstaat mit Bodenrecht meint.

**Seit dem 21.08.2002** heißt es: "Deutscher ist, wer die [...] unmittelbare */*Reichs*/* angehörigkeit [...] besitzt."
Damit sind alle Bundesbürger ab diesem Zeitpunkt **staatenlos**. Bei der Notation "/* */" scheint es sich juristisch um eine Ausklammerung zu handeln.

**Am 08.10.2010** erfolgte der große Staatsstreich und die Reichsangehörigkeit (unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit) wurde gänzlich beseitigt. **Damit wurden alle Bundesbürger der Bundesrepublik Deutschland endgültig staatenlos!** Der Bezug auf das letzte Staatsangehörigkeitsgesetz aus dem Jahre 1913 (RuStAG) wurde endgültig beseitigt. Hierbei handelt es sich um die Vorbereitung auf die Überführung in die sogenannte **EU-Staatsbürgerschaft ohne echte Staatsangehörigkeit**.

[49] http://www.verfassungen.de/de/de33-45/index.htm
[50] http://www.gesetze-im-internet.de/nam_ndg/BJNR000090938.html
[51] http://www.gesetze-im-internet.de/estg/BJNR010050934.html

**Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)**

Spätestens seit dem Gesetz über die weitere Bereinigung von Bundesrecht vom 8. Dezember 2010 (BGBl 2010 Teil I Nr. 63, ausgegeben zu **Bonn** am 14. Dezember 2010, Artikel 2 Aufhebung des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (102-1) ist die Staatsangehörigkeit für die Bundesbürger abgeschafft.[52]

„Das Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist“ Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 8.12.2010 I 1864 „Die Bedeutung der Begriffe **„Reichs- und Staatsangehörigkeit“** im Sinne dieses Gesetzes hat sich geändert. An die Stelle der „Reichsangehörigkeit“ ist gem. § 1 V v. **5.2.1934** 102-2, Art. 116 Abs. 1 GG 100-1 die deutsche Staatsangehörigkeit getreten. Die die „Reichsangehörigkeit vermittelnde Staatsangehörigkeit in den Bundesstaaten – seit der Weimarer Verfassung in den deutschen Ländern – ist durch § 1 V v. 5.2.1934 beseitigt worden.

Das bedeutet: Die sogenannte “Staatsangehörigkeit” der Hitler-Diktatur wurde aufgehoben. Der Bezug zum RuStAG 1913 fiel dadurch weg. Die BRD kann aus dem Handelsrecht nicht die Staatsangehörigkeit (wie z. B. Kgr. Preußen) verändern. Sie kann nur den Bezug zum letzten Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG 1913 4.1) für ihre Bundesbürger wegnehmen. Vor 1990 hat die BRD für alle Deutschen am Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) stets festgehalten.[53]

Der Begriff “Reichsangehörigkeit” stammt aus dem Jahre 1933. Zu dieser Zeit wurde die Bundesstaatsangehörigkeit bereits abgeschafft. Diese Änderung wurde von einer Mandatsregierung durchgeführt und ist somit –ebenso wie die Anordnungen der BRD– völkerrechtlich unwirksam. Richtig müsste es heißen “Bundesstaatenangehörigkeit”.
**Das Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) mit dem Ausfertigungsdatum vom 22.07.1913 ist nur für Bundesbürger (juristische Personen) gültig. Die tatsächliche Staatsangehörigkeit ist an einen Bundesstaat gebunden. Sie ist nun für Bundesbürger abgeschafft. Dadurch sind Bundesbürger staatenlos.**

Das verstößt *eindeutig* gegen die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* vom 10. Dezember 1948 - UN Resolution 217 A (III) und gegen den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* vom 19. Dezember 1966 (unterzeichnet von der DDR und BRD).

Der Artikel 15 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte erklärt:

1. **Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit.**
2. Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.

Siehe hierzu auch das Staatsangehörigkeitsgesetz 2012[54], das Reichsstaatsangehörigkeitsge-

[52] http://www.dortmund.de/media/p/oednungsamt/ordnungsamt/Staatsangehoerigkeitsgesetz.pdf
[53] siehe auch das Schreiben des Landrats des Landkreis Demmin im Anhang
[54] http://www.gesetze-im-internet.de/rustag/BJNR005830913.html

setz von 1913[55], das RuStAG von 1913 mit Änderungen[56], sowie **eine Entscheidung**[57] **des Bundesgerichtshofs vom 17.12.1953 wonach alle Beamtenverhältnisse erloschen sind** (Bundesgerichtshof - A - 1 BvR 147/52).
Im Jahr 1945/ 1946 wurde der Bundesstaat Preußen von den westlichen Alliierten mit dem Befehl Nr. 46 abgeschafft und völkerrechtswidrig –gegen die HLKO– in die neuen Bundes**länder** des Besatzungskonstrukts BRD umgewandelt (z. B. NRW). 1955 hat die UdSSR in der Hohen Alliierten Kommission die Beschlüsse zur Aufhebung des Bundesstaates Preußen (Befehl Nr. 46) wieder aufgehoben. Die Organisation (Verwaltung) der souveränen deutschen Bundesstaaten endete 1918 mit der Machtenthebung des Kaisers und der durch Selbstermächtigung geschaffenen Weimarer Republik. **Seine Rechtsfähigkeit blieb davon allerdings unbeeinflusst.**

**2. Proklamation Eisenhowers (Sept. 1945): Bildung von Verwaltungsgebieten**
Bereits am 19. September 1945 gab General Eisenhower die Proklamation Nr. 2 bekannt: "An das deutsche Volk in der amerikanischen Zone: Ich, General Dwight D. Eisenhower, Oberster Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, erlasse hiermit folgende Proklamation:
Artikel 1:

> *Innerhalb der amerikanischen Besatzungszone werden hiermit Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab* ***als Staaten bezeichnet*** *werden. Jeder Staat wird eine Staatsregierung haben, die folgenden Staaten werden gebildet: Großhessen, Württemberg-Baden und Bayern. Württemberg-Baden umfaßt die Kreise Aalen, Backnang, Böblingen, Crailsheim, Esslingen, Gmünd, Göppingen, Hall, Heidenheim, Heilbronn, Künzelsau, Leonberg, Ludwigsburg, Mergentheim, Nürtingen - nördlich der Autobahn, Öhringen, Stuttgart, Ulm, Vaihingen. Waiblingen (...) Landesbezirk Mannheim und die Kreise Bruchsal, Karlsruhe Stadt und Land und Pforzheim Stadt und Land."*

In dem Dokument werden Verwaltungsgebiete –**völkerrechtswidrig**– als Staat bezeichnet (die amerikanische Besatzungszone betreffend z. B. Groß-Hessen, Württemberg-Baden, Bayern).
**Die Auflösung der Freistaaten**[58] **erfolgte am 23. August 1946.** Die Bundesstaaten (wie z. B. Königreich Preußen) konnten nicht aufgelöst werden, da sie auf der Verfassung eines souveränen Staates gründen.

**Ein souveräner Staat kann nur durch den Souverän (das Volk)** ***aufgelöst*** **oder** ***verändert*** **werden. Die Alliierten haben nur** ***einen Einfluß auf Mandatsregierungen.***

Die "Bedeutung der Staatsangehörigkeitsurkunde" erklären wir in dem kurzen Youtube-Video "Bedeutung der Staatsangehörigkeitsurkunde"[59]. Abhängig davon wie der Antrag ausgefüllt wird, wird der Staatsangehörigkeitsausweis in einer von drei Varianten ausgestellt.

[55]http://www.documentarchiv.de/ksr/1913/reichs-staatsangehoerigkeitsgesetz.html
[56]http://www.verfassungen.de/de/de67-18/rustag13.htm
[57]http://opinioiuris.de/entscheidung/805
[58]http://www.verfassungen.de/de/sh/aufloesung1946.htm
[59]https://www.youtube.com/watch?v=RCutgkEEe9I

Die beiden Personen vom Opa, erworben 1914 _zu_hinweise zur staatsangehörigkeit

## Die Person Nr. 1 (Rechtspersönlichkeit)
## z. B. "Preuße"
## durch Geburt in einem Bundesstaat erworben
## gemäß § 3 Nr. 1, RuStAG 1913

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz RuStAG 1913 (vom 22.07.1913) .
§ 1
Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat (§§ 3 bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 3 bis 35) besitzt.
§ 3
Die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate wird erworben
1. durch Geburt (§ 4),
§ 4
[1] Durch die Geburt erwirbt das eheliche Kind eines Deutschen die Staatsangehörigkeit des Vaters, das uneheliche Kind eines Deutschen die Staatsangehörigkeit der Mutter.




**Person**
**Preuße**

Person mit der Eigenschaft/Funktion bzw. im Besitz der gesetzlichen **Königreich Preußen-Staatsangehörigkeit** erworben durch **§ 3 Nr. 1** des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG) 1913 (vom 22.07.1913) .

Person "Preuße" des Großvaters aus der Kaiserzeit kann mangels Verwaltung **nicht** in die heutige Zeit übertragen werden.
Erst nach einem Friedensvertrag wäre dies möglich.

## Die Person Nr. 2 (Rechtspersönlichkeit)
## "Deutscher"
## gemäß § 1, RuStAG 1913 erworben

Die Person, mit der wir etwas anfangen können, weil Artikel 116 (1) GG (Grundgesetz) darauf Bezug nimmt:

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949.

Artikel 116
(1) **Deutscher** im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt

auf Art. 116 (1) wird Bezug genommen in Gemeindeordnungen, Wahlgesetzen und Verfassungen der Länder.

Deutscher

Staats-
angehörigkeitsausweis
**Kaiserreich**
(Max Muster)

Person "Deutscher" hat Zugriff auf z. B. folgende Artikel im GG:
Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz geregelt werden.
Artikel 16
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
Artikel 33
(1) Jeder Deutsche hat in jedem Lande die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. (2) Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte.

**Person**
**Deutscher**

Person mit der Eigenschaft/Funktion bzw. im Besitz der gesetzlichen **deutschen Staatsangehörigkeit des Kaiserreiches** erworben durch **§ 1** des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG) 1913 (vom 22.07.1913) .

Person "Deutscher" des Großvaters aus der Kaiserzeit kann dank **Antrag auf Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit** nach § 4 (1) des Gesetzes (Abstammung) in die heutige Zeit übertragen werden.
Voraussetzung für die Teilnahme an Friedensverhandlungen mit den 1914 am Krieg beteiligten Staaten (keine Firmen).



BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Staatsangehörigkeitsausweis

Herr Max Mustermann

01.11.1980 Musterstadt

12345 Musterstadt

Musterstadt, den 1. September 2015

Stadt Paderborn
Der Bürgermeister
im Auftrag

Sielaff

Gebühr: 25,00 EUR
Az: StA/15/M033

Bild 9: Staatsangehörigkeitsurkunde/ -ausweis ("Gelber Schein")

### 5.2.1. Ausfüllen des Antrages zum Staatsangehörigkeitsausweis

Im Folgenden wird das Ausfüllen des Antrages zur Staatsangehörigkeitsurkunde erklärt. Wir nutzen das Beispiel eines preußischen Bundesstaatsangehörigen, da das Kgr. Preußen den bevölkerungsreichsten Bundesstaat darstellt. Es empfiehlt sich, die Antragsformulare des Bundesverwaltungsamtes (BVA) zu nutzen und nicht bspw. die vom Land NRW! Die BVA-Formulare können von unserer Internetseite www.nestag.de heruntergeladen werden.

**Wichtig: Es gibt den *Freistaat Preußen* im Handelsrecht und es gibt das Königreich Preußen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg im Staatsrecht.** Deshalb *ist* im Antrag für Preußen stets *Königreich* (bzw. Kgr.) *Preußen* einzutragen, um den richtigen Rechtskreis festzustellen. Gleiches gilt für die übrigen Bundesstaaten, z. B. Kgr. Bayern *statt* Freistaat Bayern.

**Generell ist die Groß-Kleinschreibung zu verwenden, d. h. bspw. Max Mustermann (nicht in GROßBUCHSTABEN!)**

**Generell** sollten **keine Angaben** zu einem geleisteten Militärdienst gemacht werden! Felder die hier nicht beschrieben werden sind frei zu lassen.

**Ausfüllhilfe zur Anlage F**

- ☐ In den Feldern 1.1, 1.2 und 1.3 ist die Groß-Kleinschreibung zu beachten! Bsp.: Meier.
- ☐ In den Feldern 1.6, 1.9 und 1.11 wird der Bundesstaat von vor 1914 eingetragen. Beispiel:
  Königreich Preußen, RuStAG 1913 4.1
  Kgr. Preußen, RuStAG 1913 4.1
- ☐ Feld 1.10: Die neue fünfstellige Postleitzahl wird in rechteckige Klammern gesetzt. Bspw. [12345].
- ☐ In den Feldern 1.12 und 1.13 werden keine Angaben gemacht. Rückfragen sollten per Brief zugestellt werden.
- ☐ Feld 3.2: "durch Abstammung" ankreuzen.
- ☐ Feld 4.1 wird ***nicht*** angekreuzt, da die BRD keine Staatsangehörigkeit vergeben kann!
- ☐ Feld 4.2: ankreuzen.
- ☐ Feld 4.3: bspw. Kgr. Preußen, RuStAG 1913 4.1 | seit Geburt | durch Abstammung.
- ☐ Felder 5 und 5.X: es werden **keine Angaben** gemacht. Die Staatsangehörigkeit ist unabhängig von den Aufenthaltszeiten.
- ☐ Felder 6 und 6.X: es werden **keine Angaben** gemacht. Die Staatsangehörigkeit ist unabhängig von einem geleisteten Militärdienst. Diese Angabe kann ggf. negative Wirkung haben.
- ☐ Am Ende von Blatt 3: Ort, Datum und Unterschrift eintragen!
- ☐ Bei den Anlagen sind in der Regel zumindest die "Anlage V" und "weitere Anlagen" anzukreuzen.
- ☐ In die Liste "weitere Angaben" werden die beglaubigten Heiratsurkunden, Geburtsurkunden etc. aufgelistet.
- ☐ Am Ende des Kastens "weitere Angaben": Ort, Datum und Unterschrift eintragen!
- ☐ Am Ende von Blatt 4 trägt der Antragsteller nichts ein und leistet keine Unterschrift!

**Ausfüllhilfe zur Anlage V**
In der Anlage V muss die Abstammung bis mindestens **vor 1914** nachgewiesen werden (Vater, Großvater und ggf. Ur-Großvater). Für jeden Vorfahren ist ein eigenes Blatt auszufüllen.

- ☐ Feld 1.1: Vater **oder** Großvater **oder** Urgroßvater ankreuzen.
- ☐ Feld 1.2, 1.3 und 1.4: Groß-Kleinschreibung verwenden, bspw. Meier.
- ☐ Feld 1.6: es wird der alte Städtename und Kreis (vor 1914) eingetragen.
- ☐ Feld 1.7: wird der Bundesstaat von vor 1914 eingetragen: bspw. Königreich Preußen, RuStAG 1913 4.1.
- ☐ Feld 1.10: Datum, Ort und Staat (bspw. Kgr. Preußen).
- ☐ Feld 2.3 und 2.4: es werden **keine Angaben** gemacht.
- ☐ Feld 3.2: "durch Abstammung" ankreuzen und in der Regel "vom Vater".
- ☐ Feld 4.1: wird ***nicht*** angekreuzt, denn die BRD kann keine Staatsangehörigkeit vergeben.
- ☐ Feld 4.2: ankreuzen.
- ☐ In den Felder 4.3 zum Beispiel: Kgr. Preußen, RuStAG 1913 4.1 | 01.01.1910 (Geburt) | Abstammung.
- ☐ Felder 5 und 5.X: es werden **keine Angaben** gemacht. Die Staatsangehörigkeit ist unabhängig von den Aufenthaltszeiten.
- ☐ Felder 6 und 6.X: es werden **keine Angaben** gemacht. Die Staatsangehörigkeit ist unabhängig von einem geleisteten Militärdienst. Diese Angabe kann ggf. negative Wirkung haben.

### 5.2.2. Beantragen des Staatsangehörigkeitsausweis

Vor dem Einreichen des Antrages sollten die eigenen Angaben nochmals gründlich geprüft werden!
In letzter Zeit ist es deutlich schwieriger geworden, die richtige Staatsangehörigkeit feststellen zu lassen. Die BRD-"Behörden" lehnen es teilweise ab, richtig ausgefüllte Anträge anzunehmen. Sie sind rechtlich jedoch verpflichtet, einen Verwaltungsakt auszuführen und die korrekte Staatsangehörigkeit zu bestätigen!

Folgende Maßnahmen führen in der Regel zum Erfolg:

1. Die "Behörde" und die für die "Deutsche Frage zuständige Person"[60] direkt (nicht den einfachen unwissenden Sachbearbeiter) persönlich kontaktieren und den Antrag einreichen. Den eingereichten Antrag und die Abstammungsunterlagen in beglaubigter Kopie vorlegen, abstempeln/ bestätigen lassen und wieder mit nach Hause nehmen. Die richtige Staatsangehörigkeitsurkunde erhält man, wenn man diese im Rechtsstand von vor 1914 beantragt (siehe Ausfüllhilfe der Anträge).

[60] Leiter des Einwohnermeldeamtes. Er ist direkt von den Alliierten eingesetzt und muss HLKO-konform handeln.

2. Falls der Antrag nicht angenommen wird, hilft ggf. ein “Begleitschreiben zum Antrag auf Feststellung der Staatsangehörigkeit”, welches wir auf unserer Internetseite zur Verfügung stellen. Dieses Schreiben wird zusammen mit den Antragsformularen persönlich abgegeben. Es stellt eine Argumentationshilfe dar:
   a) Es wird auf das Bundesverfassungsgerichtsgesetz § 31 hingewiesen:
      *(1) Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts binden die Verfassungsorgane des Bundes und der Länder sowie alle Gerichte und Behörden.*
   b) Am 21.10.1987 beschloß das Bundesverfassungsgericht (BVerfG): "Aus dem Wahrungsgebot [des GG] folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten." (2 BvR 373/83).
3. Ein häufiger Ablehnungsgrund ist das Fehlen eines berechtigten Interesses. Falls das Wahrungsgebot allein nicht anerkannt wird, so kann man den Antrag wie folgt begründen:
   Kauf einer Immobilie im Ausland, Heirat eines Ausländers/einer Ausländerin (bspw. aus Italien).
4. Sollte die Bearbeitung weiterhin abgelehnt werden so ist zu fordern, daß die Ablehnung schriftlich zu begründen ist.
5. Wenn die vorherigen Schritte erfolglos sind, so kann man sich in einer anderen Stadt oder Gemeinde anmelden (bspw. bei Verwandten seinen Wohnsitz begründen), um dort den “Gelben Schein” zu beantragen.
6. Sollte sich die BRD-”Behörde” immer noch weigern den gelben Schein mit dem richtigen Rechtsstatus (RuStAG 1913 4.1, **Staatsangehörigkeitsnachweis bis vor 1914**) auszustellen, dann stellt die Gemeinde eine/n internationale/n Strafanzeige/Strafantrag bei der UNO, den fünf Alliierten und allen zuständigen “Behörden” der BRD (wie Innenminister/-ministerien der Bundesländer und das Innenministerium der BRD in Berlin) an die jeweils für die **Deutsche Frage zuständigen Person**.

### Persönliches Einreichen des Antrages

Originale brauchen nicht als beglaubigte Kopie vorzuliegen. Es genügen einfache Kopien, die die Verwaltung dann für interne Zwecke selbst beglaubigt. Dieses ist dann für den Antragssteller kostenlos. In jedem Fall sind die Originale vorzulegen und **wieder mitzunehmen**!
**Nur der Leiter ist zuständig und nicht seine Mitarbeiter. Daher sollte das persönliche Gespräch mit dem Leiter geführt werden!**
Lassen Sie sich die Abgabe der Dokumente auf den Kopien bestätigen, indem Sie sich einen Eingangsstempel auf ein Schriftstück geben lassen, das sie selbst mitbringen und auf dem die einzelnen Vorfahren/eingereichte Dokumente (Auszug aus dem Geburtenregister etc.) aufgeführt sind.
Nehmen Sie gute Freunde/Verwandte als Zeugen mit. Es bietet sich an, wenn mehrere Frauen und Männer gemeinsam ihre Anträge einreichen und sich diesen Vorgang gegenseitig bezeugen!
Immer wieder kommt es vor, daß Antragssteller bei der Beantragung der „Feststellung der Staatsangehörigkeit“ von der Behörde eine Erklärung zur Unterzeichnung vorgelegt bekommen! Zum Beispiel eine “Erklärung zum Antrag auf Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises”.

Der Text der Erklärung lautet:

> "Hiermit erkläre ich ausdrücklich, dass ich keinen Antrag auf Erwerb einer fremden ausländischen Staatsangehörigkeit gestellt habe. Ich habe auch auf Antrag keine fremde Staatsangehörigkeit erworben und ein Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit ist daher nicht eingetreten."

Der Begriff "Deutschland" ist im Jahre 1918 bei Ausrufung der Republik eingeführt worden. Die Bundesstaaten gelten für die BRD als Ausland. Mit der Erklärung versucht die BRD sicherzustellen, daß man nicht in den Rechtskreis von vor 1914 kommt.

**Wir raten dringend davon ab, irgendeine Erklärung zu unterschreiben!** Sollte man bereits eine solche Erklärung unterschrieben haben, so schickt man die Willenserklärung (siehe unsere Internetseiten) mit dem zusätzlichen Hinweis auf den § 119 BGB "Anfechtung wegen Irrtums" gerichtsfest per Telefax an das Einwohnermeldeamt und das Bundesverwaltungsamt (BVA).

### 5.2.3. Schreibweisen von Vornamen und Familiennamen

Die Bedeutung der Groß-Kleinschreibung geht auf das römische Recht zurück. Es prägt zum großen Teil unser Rechtssystem. Das römische Recht[61] kennt folgende Begriffe zur Änderung oder Schmälerung des rechtlichen Status (capitis deminutio):

**capitis deminutio minima** als Wechsel in der Familienzugehörigkeit (Beispiel: **Max Mustermann**)

**capitis deminutio media** als Verlust des Bürgerrechts und der Familienzugehörigkeit (Beispiel: **Max MUSTERMANN**)

**capitis deminutio maxima** als Verlust der Freiheit, des Bürgerrechts und Familienzugehörigkeit (Beispiel: **MAX MUSTERMANN**)

Wenn der Antrag auf Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit richtig gestellt wird, so werden Vorname und Familienname jeweils in Groß-Kleinbuchstaben geschrieben (Beispiel: **Max Mustermann**), capitis deminutio minima. Man befindet sich dann in dem –von uns gewollten– Rechtsstatus von ***vor 1914***.

Die BRD-"Behörden" sind unseres Wissens nach angewiesen, den Ahnennachweis nur bis zum Jahr 1938 zu bestätigen. Das Landratsamt München schreibt hierzu auf seiner Internetseite (17.07.2015):

> *"Die Staatsangehörigkeitsbehörde prüft im Regelfall, ob der Antragsteller bzw. dessen Vorfahren zumindest seit 1938 immer als Deutsche behandelt wurden. Waren sie z. B. von Veränderungen staatlicher Hoheitsgebiete betroffen, welche beide Weltkriege mit sich brachten,* ***können weitergehende Prüfungen erforderlich sein****."*

Wird der Ahnennachweis nur **bis 1938** geführt, so wird der Familienname auf dem Staatsangehörigkeitsausweis in Großbuchstaben geschrieben (Beispiel: **Max MUSTERMANN**). Teilweise wird der Vermerk "Ausführungserlass zum StAG, RdErl. MIK vom 16.08.2010" eingetragen. Das bedeutet, daß der Staatsangehörigkeitsausweis nach BRD-Richtlinien ausgestellt wurde und man sich im Rechtskreis der BRD/ Handelsrecht befindet.
**Staatsangehörigkeitsurkunden sind immer unbefristet!**

[61] Nachzulesen u. a. im amerikanischen Rechtswörterbuch "Blacks Law Dictionary".

### 5.2.4. Rechte durch den Staatsangehörigkeitsausweis

Mit dem Besitz der richtigen Staatsangehörigkeitsurkunde (RuStAG 1913 4.1) und der Willenserklärung Angehöriger eines Bundesstaates (im Rechtskreis von vor 1914) sein zu wollen, begibt man sich zurück in die Staatlichkeit. Hierdurch genießt man wichtige Rechte.

1. Es gilt das internationale deutsche Recht aus der Zeit von vor 1914 (HGB von 1897, BGB von 1896 usw.)

2. Es gelten von der BRD ratifizierte internationale Verträge[62]:

   a) Das Protokoll Nr. 4 des Zusatzprotokolls der Europäischen Menschenrechte

   b) die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950

   c) der internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966

   d) das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlungen oder Strafe vom 10. Dezember 1984.

**Das bedeutet u. a., daß man eigentlich wegen Geldschulden nicht verhaftet werden darf und sich vor Gericht selbst verteidigen kann.** An dieser Stelle wird auch auf den Einwohnermeldeamtregistereintrag (EMA) auf Seite 53 hingewiesen.
Das AuslG-VwV gibt Auskunft über die von der BRD verwalteten Bundesbürger. Für Ausländer ohne Staatsangehörigkeit (staatenlose BRD-Mitglieder) gelten die internationalen völkerrechtlichen und handelsrechtlichen Verträge[63] nicht! Sie haben keinen Schutz vor Verhaftung durch die BRD-"Behörden" bei Geldschulden.
**Das Ausländergesetz (AuslG-VwV) sieht vor, daß jeder Bundesbürger der seine Staatsangehörigkeit nicht mit einer Staatsangehörigkeitsurkunde nachweisen kann, wie ein Ausländer zu behandeln ist.**

*"1.2.1 Ausländer ist jede natürliche Person, die weder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt noch als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling im Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat (Deutsche ohne deutsche Staatsangehörigkeit) oder diesen Status durch Abstammung oder - bis 31. März 1953 - durch Eheschließung erworben hat."*

*"1.2.3.1 Deutsche, die zugleich eine oder mehrere fremde Staatsangehörigkeiten besitzen, sind keine Ausländer i.S.d. Ausländergesetzes (inländischer Mehrstaatler). Bestehen Zweifel, ob jemand Deutscher ist, obliegt die Klärung der Staatsangehörigkeitsbehörde.* ***Bis zur Klärung ist er als Ausländer zu behandeln. Beruft sich ein Ausländer darauf, Deutscher zu sein, hat er dies gemäß § 70 Abs. 1 nachzuweisen (z. B. durch Staatsangehörigkeitsurkunde)."***

[62]siehe das Schreiben "An alle POLIZEIbehörden der BRD-Verwaltung des Kreis Paderborn" im Anhang (Seite 115
[63]wie zum Beispiel die Europäischen Menschenrechte, die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten etc.

## 5.3. Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht

Der Gemeindevorsteher der Gemeinde Neuhaus sollte im Jahr 2014 betreut bzw. entmündigt werden. Mit der Patientenverfügung/Vorsorgevollmacht und dem "Gelben Schein" konnte die Maßnahme der BRD erfolgreich abgewehrt werden! Auf unseren Internetseiten bieten wir dazu Vorlagen zum kostenlosen Herunterladen an.
**Die BRD nutzt die drei "B´s"; Besteuern, Bestrafen und Betreuen!** Daher ist es wichtig nach dem Erhalt der Staatsangehörigkeitsurkunde eine Patientenverfügung als deutscher Staatsangehöriger zu verfassen. Die Patientenverfügung darf keine Verfügungen oder ähnliches (z. B. BGBEG) der BRD enthalten. Auch Notare arbeiten für das System der BRD. Notarielle Bestätigungen sind daher nicht zielführend, denn sie führen in das BRD-System.
Man sollte sich von einem (von der BRD anerkannten/ approbierten) Arzt die volle Geschäftsfähigkeit und geistige Gesundheit bescheinigen lassen. Es empfiehlt sich, die Patientenverfügung gegenüber dem Arzt *nicht* zu erwähnen.
Sollte ein Schreiben eingehen das eine Betreuung ankündigt, so geht man zum Amtsgericht und fordert Akteneinsicht. Man läßt sich die Akten gegen Gebühr photokopieren und legt die Patientenverfügung und Staatsangehörigkeitsurkunde zur Akte. **Dies läßt man sich schriftlich bestätigen.** In der Regel wird die Akte vom Amtsgericht an die Stadt/ den Kreis zur Prüfung weitergereicht. Mit der **richtigen** Patientenverfügung ist nach unserer Erfahrung keine Betreuung möglich.
**Damit die eigenen Beweismittel in einem Gerichtsprozess berücksichtigt werden, sollte man diese immer schon vor dem Prozess der Akte beifügen.** Andernfalls werden sie oft nicht anerkannt, insbesondere dann, wenn man sich ohne Anwalt selbst verteidigt.

### Ausfüllhilfe zur Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht

Auf jede Seite der Patientenverfügung klebt man zur Sicherheit unten links zwei 2-Cent-Briefmarken. Hiermit wird ein rechtlicher Bezug zum (sehr mächtigen) Weltpostverein hergestellt. Auf diese Marken wird das Datum und die Unterschrift geschrieben. Oben und unten rechts auf jedem Blatt unterschreibt zusätzlich der Vollmachtgeber (also DU). Vordrucke befinden sich auf unseren Internetseiten zum kostenlosen Herunterladen.

## 5.4. Personalausweis, Ausweis und Reisepass

Beweisen Personalausweis und Reisepass die deutsche Staatsangehörigkeit?
Das Landratsamt München schreibt auf seiner Internetseite (am 17.07.2015):

> "Zum verbindlichen Nachweis über den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit wird auf Antrag ein Staatsangehörigkeitsausweis ausgestellt. *Reisepass und Personalausweis sind dagegen keine sicheren Nachweise für den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit.*"

Im Personalausweisgesetz wird explizit auf *juristische* und *natürliche Personen* (§ 1 BGB von 1896) hingewiesen. De facto besitzt die juristische Person keine Rechte, da sie keine Staatsangehörigkeit besitzt.

**§ 28 Antrag - Personalausweisverordnung (PAuswV)**
(1) Um das Vorliegen der Voraussetzungen des § 21 Absatz 2 Satz 1 des Personalausweisgesetzes überprüfen zu können, muss ein Antrag nach § 21 Absatz 1 Satz 1 des Personalausweisgesetzes enthalten:
1. Angaben zur Identitätsfeststellung von juristischen und natürlichen Personen; bei ***natürlichen Personen*** sind dies insbesondere der ***Familienname***, die Vornamen, der Tag und der Ort der Geburt sowie die Anschrift der Hauptwohnung; bei ***juristischen Personen*** sind diese insbesondere der ***Name***, die Anschrift des Sitzes, die Rechtsform und die Bevollmächtigten; außerdem ist in diesem Fall eine Kopie des Handelsregisterauszugs oder der Errichtungsurkunde beizulegen... [a]

[a]http://www.gesetze-im-internet.de/pauswv/__28.html

Die Bedeutung der Groß-Kleinschreibung geht auf das römische Recht zurück, welches zum großen Teil unser Rechtssystem prägt. Das römische Recht kennt folgende Begriffe zur Änderung oder Schmälerung des rechtlichen Status (capitis deminutio):

**capitis deminutio minima** als Wechsel in der Familienzugehörigkeit (Beispiel: **Max Mustermann**)

**capitis deminutio media** als Verlust des Bürgerrechts und der Familienzugehörigkeit (Beispiel: **Max MUSTERMANN**)

**capitis deminutio maxima** als Verlust der Freiheit, des Bürgerrechts und Familienzugehörigkeit (Beispiel: **MAX MUSTERMANN**)

Bitte prüfen Sie ihren Personalausweis, Reisepass und ihre Staatsangehörigkeitsurkunde, um sich selbst ein Bild über ihren Rechtsstatus zu machen.

Personalausweise sind Verträge mit eingeschränkten Rechten. Man wandelt sich dadurch selbst in eine juristische Person um. Ihre Rechte sind stark beschränkt. Sie kann nach den Regeln des Handelsrechts abgefertigt und geplündert werden.

Kurz zum geschichtlichen Hintergrund: Im alten Rom kam ein Senator auf die Idee, die Sklaven genauso einzukleiden wie den Rest der Bevölkerung. Dadurch konnten sie sich gegenseitig nicht als Sklaven erkennen, und nicht wissen wie viele sie sind. Aber sie mussten ihre Namen in Großbuchstaben schreiben, und so konnte man unterscheiden, wer Sklave war und wer frei war.
Die Alliierten haben eine generelle Ausweis- und Meldepflicht angeordnet. Seit 1990 wurde verordnet, daß man nur noch ***"einen*** Ausweis" besitzen muss. Da seit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag zwei Rechtskreise (Handelsrecht/ Staatsrecht) möglich sind, mussten die Alliierten ihre Anweisung an die BRD ändern. **Konkret wurde die *Personalausweispflicht* in eine *allgemeine Ausweispflicht* umgewandelt.** Es besteht keine Pflicht, einen Ausweis mitzuführen!

**§ 1 Ausweispflicht; Ausweisrecht Abs. 1**
(1) Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind verpflichtet, **einen Ausweis** zu **besitzen**, sobald sie 16 Jahre alt sind und der allgemeinen Meldepflicht unterliegen oder, ohne ihr zu unterliegen, sich überwiegend in Deutschland aufhalten. [...]

Personalausweisgesetz - PAuswG

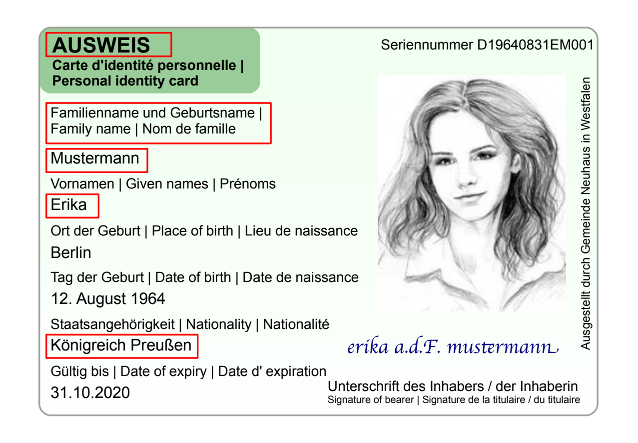





Bild 10: Ausweis (Staatsrecht) gegenüber **Personal**ausweis (Handelsrecht)

Um der **Ausweispflicht** der Alliierten zu genügen, gibt es mehrere Möglichkeiten:

1. Ausweis, der durch die Gemeinde als Gebietskörperschaft ausgestellt wird (eine Vorlage wird reaktivierten Gemeinden zur Verfügung gestellt).
2. Ausweisen durch den grünen (vorläufigen) Reisepass (dieser wird auch benötigt, wenn man nach dem Schengener Abkommen unser Land verlassen will).
3. der Führerschein (nach eigener Erfahrung).

Wir in der Gemeinde Neuhaus nutzen den Ausweis der Gemeinde im Inland. Im Gegensatz zum BRD-Reisepass weisen unsere Ausweise den richtigen Rechtsstatus aus (bspw. Familienname, Groß- und Kleinschreibung, die korrekte Staatsangehörigkeit).
Auslandsreisen werden bspw. über das Schengener Abkommen (Handelsrecht) geregelt. Mit dem Ausweis ist nach unserer Erfahrung keine Einreise nach Großbritannien möglich. Für Auslandsreisen benutzen wir daher den grünen Reisepass.

### Abgabe des Bundespersonalausweises (BPA)

**Der Bundespersonalausweis stellt einen Handelsvertrag dar.** Es ist wichtig zu wissen, daß dieses Dokument Eigentum der Bundesrepublik Deutschland (Bundesdruckerei) ist und nicht dem Ausweisinhaber gehört. Mutwilliges Beschädigen kann hohe Geldstrafen nach sich ziehen. Der BPA besitzt eine Entwertungsecke die sich oben rechts auf der Vorderseite befindet. Wenn diese Ecke fehlt, so ist der Ausweis ungültig und *muss* eingezogen[64] werden. ***Hinweis:*** **Wenn der BPA durch ein Kind oder ohne Vorsatz beschädigt/ entwertet wurde oder abgelaufen[65] ist, so ist der Ausweisinhaber rechtlich auf der sicheren Seite. Lassen Sie sich die Abgabe des Personalausweises schriftlich bestätigen.** Sie können sich dabei auf den § 29 "Sicherstellung und Einziehung" des Personalausweisgesetzes (PAuswG) berufen : "(3) Eine Sicherstellung oder Einziehung ist schriftlich zu bestätigen."

Theoretisch kann der Personalausweis auch wegen **"Ungültigkeit"** zurückgegeben werden. Der § 29 des Personalausweisgesetz (PAuswG) im ersten Absatz "Ein Ausweis ist ungültig,

[64] http://www.gesetze-im-internet.de/pauswg/__29.html
[65] siehe PAuswG) § 28 Ungültigkeit: "(1) Ein Ausweis ist ungültig, wenn [. . . ] die Gültigkeitsdauer abgelaufen ist [. . . ]"

wenn [...] **Eintragungen** nach diesem Gesetz fehlen oder –mit Ausnahme der Angaben über die Anschrift oder Größe– **unzutreffend sind**, [...]".

§5 Ausweismuster; gespeicherte Daten (1) Ausweise sind nach einheitlichen Mustern auszustellen. (2) Der Personalausweis enthält neben der Angabe der ausstellenden Behörde, dem Tag der Ausstellung,
dem letzten Tag der Gültigkeitsdauer, der Zugangsnum- mer und den in Absatz 4 Satz 2 genannten Daten aus- schließlich folgende sichtbar aufgebrachte Angaben über den Ausweisinhaber:
In der Regel löst die Begründung "unzutreffende Eintragung" erfolglose Diskussionen mit den Sachbearbeitern aus. Diese sind den BPA gewohnt, da sie ihn täglich ausgeben und vielleicht schon tausendfach ausgegeben haben. Sie können sich nur schwer vorstellen, daß die Bundesdruckerei versehentlich solche gravierenden Fehler machen könnte. Eine absichtliche und systematische Täuschung mittels falscher Begriffe ist ihnen wahrscheinlich gar nicht vermittelbar.

Es besteht keine **Ausweis-Mitführ-Pflicht**! Wer aber keinen Ausweis mitführt, der muss damit rechnen, daß die POLIZEI eine erkennungsdienstliche Überprüfung durchführen wird. Befindet man sich im Heimatort, so wird man ggf. POLIZEIlich nach Hause begleitet, um dort seinen Ausweis vorzulegen. Wer seine Originaldokumente (Ausweis, Pass, Führerschein) sicher verwahren möchte, der kann notariell beglaubigte Kopien mitführen.

### Besorgen des vorläufigen (grünen) Reisepasses

Der rote Reisepass ist der Pass der BRD. Schaut man ihn sich genauer an, so erkennt man, daß auf der Vorderseite "Europäische Union" und erst zweitrangig "Bundesrepublik Deutschland" steht. Rechtlich ist es so, daß das erstgenannte höherrangig ist. Somit ist man mit dem roten Reisepass ein EU-"Bürger" bzw. EU-"Staatsangehöriger"! Da die EU jedoch im Handelsrecht/Vereinsrecht arbeitet, kann sie keine Staatsangehörigkeit vergeben!

- ☐ roter Reisepass = nicht souveränes Land
- ☐ grüner Reisepass = besetztes Land
- ☐ blauer Reisepass = souveräner Staat

Im Gegensatz zum roten Reisepass wird der vorläufige (grüne) Reisepass von der Gemeinde (im Handelsrecht) vor Ort ausgestellt. Sie tut dies im Auftrag der Alliierten. Auf der Vorderseite des vorläufigen Reisepasses steht "Bundesrepublik Deutschland" als direktes Verwaltungskonstrukt der Alliierten. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen rotem und grünem Reisepass sind die **Hoheitszeichen** (Adler) auf der Vorderseite und auf den Innenseiten.

- ☐ roter Reisepass: außen Adler mit **sechs** Federn pro Schwinge und innen Phantasie-Adler mit **sieben** Federn pro Schwinge. Die Adler der verschiedenen Bundes"behörden" unterscheiden sich u. a. in der Anzahl ihrer Federn.
- ☐ grüner Reisepass hat **außen wie innen sechs Federn pro Schwinge** (Deutsches Reich *vor* 1914).




Bild 11: Vorläufiger grüner Reisepaß

Wer den grünen Reisepass beantragt, der geht unseres Wissens nach *keinen Vertrag mit der Firma BRD ein.* Die Alliierten sind verpflichtet uns nach der HLKO ein Reisedokument zur Verfügung zu stellen.
Die reaktivierten Gemeinden sind aktuell zwar **organisiert**, jedoch bisher noch **nicht geschäftsfähig**. Geschäftsfähig sind diese erst, wenn mehr als die Hälfte der wahlberechtigten Gemeindemitglieder/ deutschen Staatsangehörigen ihren Wohnsitz (nach Art. 7 BGB von 1896) in der reaktivierten Gemeinde begründen. Daher sind die Verwaltungsorgane der Alliierten weiterhin verpflichtet, organisierten Gemeindemitgliedern den vorläufigen grünen Reisepass auszustellen.
Die BRD-"Behörden" versuchen, die Ausstellung des vorläufigen Reisepasses zu behindern. In der Regel wird dem Antragsteller der Expresspass angeboten der innerhalb von zwei bis drei Tagen erhältlich ist.

Um den grünen Reisepass zu erhalten ist in der Regel folgende Begründung erfolgreich:

1. Es ist zwingend notwendig, daß man ihn ***dringend*** (am nächsten Tag) benötigt.
2. Reise in ein ***Land außerhalb der EU***, da Reisen innerhalb der EU auch mittels Personalausweis möglich sind.
3. Die Reise sollte ***mit dem Auto*** geplant sein, da bei Flugreisen die Flugbelege verlangt werden. Beispielsweise ist Russland ein schönes Land, das mit dem Auto ***am nächsten Tag*** erreichbar ist.

## 5.5. Kündigen der handelsrechtlichen Verträge der BRD

Wollen Sie Ihre Rechte zurück? Sind Sie bereit sich dafür vom Betreuungssystem "BRD" zu trennen?

Falls ja, so bieten wir Ihnen nachfolgend eine Anleitung: Die richtige Trennung von der Nichtregierungsorganisation BRD.

- ☐ Beantragen Sie den Staatsangehörigkeitsausweis beim Ausländeramt des jeweiligen Einwohneramtes. Damit ist bestätigt, daß man deutsche Wurzeln hat.

**Im Antragsformular ist bei der Staatsangehörigkeit der jeweilige Bundesstaat**[66] **und "RuStAG 1913 4.1" einzutragen.** Das Antragsformular wird ausgefüllt und davon eine Kopie erstellt. Da sie uns als Nachweis dienen soll, lassen wir sie mit Ort und Datum versehen und unterschreiben oder mit einem Eingangsstempel versehen. Auch hier sind Zeugen die den Vorgang schriftlich bestätigen von Vorteil.
Der Staatsangehörigkeitsausweis enthält **immer** den Passus "ist deutscher Staatsangehöriger". Mit ihm wird lediglich Bezug auf das RuStAG genommen. In welchem Rechtskreis man sich befindet wird durch die Schreibweise von Name und Familienname definiert. Diese hängt wiederum vom Ausfüllen des Antrages ab. Durch richtiges Beantragen bekommt man bestätigt, daß man die Staatsangehörigkeit des jeweiligen Bundesstaates besitzt (z. B. die vom Königreich Preußen).

- ☐ Seit dem 22.07.1913 hieß es: *"**Deutscher** ist, wer die **Staatsangehörigkeit** in einem Bundesstaat (§§ 3 bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 3 bis 35) besitzt."*
  Damit kann die BRD die Bundesstaatsangehörigkeit (Rechtskreis von vor 1914) oder die Reichsangehörigkeit (Rechtskreis nach dem WK I) bestätigen.

- ☐ Kann man die Abstammung nach RuStAG nicht nachweisen, dann steht auf der Staatsangehörigkeitsurkunde in der Zeile "Dieser Ausweis gilt bis zum" der Hinweis auf das StAG der BRD. Damit wird der Rechtskreis nach 1945 bestätigt.

- ☐ Die BRD-"Behörden" können **nur** die Staatsangehörigkeit im Auftrag der Alliierten **bestätigen**. Die Staatsangehörigkeitsurkunde ist quasi eine **Quittung** darüber, daß die Unterlagen zum Ahnennachweis bis vor 1914 vorgelegt wurden. **Die BRD-"Behörden" können keine Staatsangehörigkeit vergeben.**

- ☐ Schicken oder bringen Sie den Personalausweis entwertet zum Einwohnermeldeamt zurück. Lassen Sie sich die Rückgabe schriftlich bestätigen.

- ☐ Kündigen Sie Ihr Personalkonto beim Einwohnermeldeamt und der Landesregierung/ dem Regierungspräsidenten.

- ☐ Geben Sie immer die richtige Meldeadresse an, d. h. die der staatlichen Gemeinde bzw. Stadt. Wenn Sie stattdessen ihren Wohnsitz in einer BRD-Gemeinde angeben, so gehen Sie ggf. einen neuen Vertrag mit der BRD ein.

Ein deutscher Staatsangehöriger (natürliche Person nach § 1 BGB) der im Besitz eines Staatsangehörigkeitsausweis ist, kann mit Hinweis auf **§ 119 BGB "Anfechtung wegen Irrtums"** eine handelsrechtliche Kündigung bei der BRD vornehmen. Die Alliierten und die Bediensteten der BRD haben durch eine Täuschung –spätestens seit 1990– die Menschen in Deutschland in die Staatenlosigkeit geführt. ***Dieser rechtswirksame Hinweis ist außerordentlich wichtig und gehört in jedes Kündigungsschreiben an die BRD***.

[66] wie zum Beispiel "Königreich Preußen".

(1) Wer bei der Abgabe einer Willenserklärung über deren Inhalt im Irrtume war oder eine Erklärung dieses Inhaltes überhaupt nicht abgeben wollte, kann die Erklärung anfechten, wenn anzunehmen ist, daß er sie bei Kenntnis der Sachlage und bei verständlicher Würdigung des Falles nicht abgegeben haben würde.
(2) Als Irrtum über den Inhalt der Erklärung gilt auch der Irrtum über solche Eigenschaften der Person oder Sache, die im Verkehr als wesentlich gelten.

§ 119 BGB (Anfechtung wegen Irrtum)

Das **Personalkonto** wird beim Einwohnermeldeamt (bei der für die Deutsche Frage zuständigen Person), beim Bürgermeister (dem Geschäftsführer der Firma der BRD-Gemeinde und dem Innenministerium (bei der für die Deutsche Frage zuständigen Person) des jeweiligen Bundeslandes **gerichtsfest per Telefax** gekündigt. Ein Musterschreiben für eine "Kündigung im Handelsrecht" kann auf der Internetseite der Gemeinde Neuhaus heruntergeladen werden.

Eine ähnliche Art der Kündigung ist auch bei der Finanzbehörde notwendig. Dort kündigt man die eigene Steuernummer.
Die Kirchen sind mit dem Staatswesen seit vielen Jahrhunderten verwoben. Unter Bismarck gab es den sogenannten Kulturkampf (Religionskrieg). Bismarck wollte uns aus der sogenannten Lehnsherrschaft des Vatikan befreien.
Was viele nicht wissen: es genügt nicht, den "Kirchenaustritt" nur beim Amtsgericht anzuzeigen. **Er ist auch gegenüber der Kirche mitzuteilen.** Bei der katholischen Kirche ist dazu der Generalvikar/ Bischof und bei der evangelischen Kirche der Superintendent anzuschreiben. **Gekündigt wird laut Taufschein mit dem Taufdatum und dem Ort der Taufe.**

**Bei jeder Kündigung ist auf den § 119 BGB hinzuweisen!**

## 5.6. Erklären des Willens als deutscher Staatsangehöriger

Im Grundgesetz Art. 116 Abs. 2 steht hierzu: "Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und ***nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben***."
Deshalb empfiehlt es sich, eine **Willenserklärung** an die UNO, die fünf Alliierten und die "Behörden" der BRD abzugeben. Eine Vorlage finden Sie auf der Internetseite der Gemeinde Neuhaus (in der Rubrik "Dateien").

## 5.7. Reaktivieren einer Gemeinde

Die Reststaatlichkeit/ Rechtsfähigkeit der Ur-Gemeinden und der Bundesstaaten mit seinen Organen war und ist immer existent.

**Seit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag können in diesem Land zwei Rechtskreise bestehen: Handels- und Staatsrecht.**

Erstens der Rechtskreis der **Verwaltung der Alliierten** (zur Besetzung nach dem Ersten Weltkrieg) die EU-BRD-Verwaltung und zweitens der Rechtskreis der **Staatlichkeit** aus der Zeit von vor 1914. Den Rechtskreis der Staatlichkeit kann der Souverän als Staatsangehöriger

eines Bundesstaates[67] durch Reaktivierung der Gemeinde aus der Zeit vor 1914 schaffen. Das hat die Gemeinde Neuhaus i. W./ Amt Neuhaus i. W. im April 2013 allen Alliierten der UNO und allen "Behörden" der handelsrechtlich organisierten BRD mitgeteilt.
**Die Besatzung des Jahres 1945 wurde aufgehoben, nicht aber die Besatzung des Jahres 1918.**
Deshalb gibt es jetzt zwei Rechtskreise. Die BRD-"Behörden" verwalten deren **freiwillige Mitglieder** und der Souverän mit der jeweiligen Bundesstaatsangehörigkeit hat die Möglichkeit, sich selbst über die reaktivierte Gemeinde zu verwalten.

Artikel 7 des Zwei-plus-Vier-Vertrages[68] von 1990*:*
(1) *„Die Französische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf* ***Berlin und Deutschland als Ganzes****. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst."* [69]

Wer eine Gemeinde reaktivieren will sollte sich zunächst über die Ur-Gemeinde informieren. Im Internet gibt es dazu Seiten. Im nächsten Schritt informiert man sich über die ursprünglichen Gemeindegrenzen bspw. beim Katasteramt/ Landesarchiv. Es ist empfehlenswert, die Reaktivierung der Gemeinde nicht zu erwähnen und stattdessen ein Geschichtsinteresse vorzugeben: Erstellung einer Chronik, die Gründung eines Heimatvereines oder ähnliches.
**Um eine Gemeinde reaktivieren zu können, ist eine bestimmte Anzahl Deutscher Staatsangehöriger erforderlich. Diese Frauen und Männer müssen nicht zwangsläufig im Besitz der Staatsangehörigkeitsurkunde sein, sie wird jedoch dringend empfohlen. Es genügt, die deutsche Abstammung bis vor 1914 nach RuStAG 1913 4.1 nachweisen zu können.** Die Staatsangehörigkeit ist stets vorhanden, sie wird jedoch durch die BRD-Zugehörigkeit überdeckt. Die Gemeinde kann nur deutsche Staatsangehörige schützen die

- ☐ im Besitz der Staatsangehörigkeitsurkunde sind,
- ☐ sich handelsrechtlich von der BRD getrennt haben,
- ☐ bei der Firmengemeinde der BRD abgemeldet sind und
- ☐ ihren Wohnsitz nach Art. 7 BGB von 1896 in der reaktivierten Gemeinde begründen

Gemeinden mit weniger als 1.500 Einwohnern (in der reaktivierten Gemeinde) benötigen in der Regel einen Gemeindevorstand und sechs Gemeinderatsmitglieder (mindestens drei, aber höchstens zwölf Gemeinderatsmitglieder). **Es ist empfehlenswert, daß mindestens sechs bis acht Personen die staatliche Ur-Gemeinde reaktivieren. Diese müssen dort ihren Wohnsitz nehmen. Eine unzureichende Zahl von Gemeindemitgliedern würde die Gemeinde durch die BRD angreifbar machen!** Wer eine Immobilie oder Wohnung besitzt, der kann in dieser einigen Auswärtigen einen Wohnsitz geben.

[67] wie z. B. das Kgr. Preußen.
[68] http://dpvm.me/wp-content/uploads/2014/05/VertragstextOriginal.pdf
[69] Der Zwei-plus-Vier-Vertrag regelt und beendet die handelsrechtliche Besetzung des Jahres 1945 von Deutschland (31.12.1937) nicht aber die Besetzung des Jahres 1918.

Für die reaktivierten Gemeinden sind die preußischen Gesetze und die jeweiligen Landgemeindeordnungen bindend. Diese Dokumente sollten bei der Reaktivierung vorliegen. Informationen zur Gemeinde-Ordnung für den preußischen Staat liefert u. a. folgender Wikipedia-Artikel[70].




Bild 12: Video "Gemeindeaktivierung und Weltfrieden"

Aus unserer Erfahrung heraus wurden Nachbargemeinden vom BRD-System "angegriffen", indem ihnen zum Beispiel Amts- oder Titelmissbrauch vorgeworfen wurde. Ein Vorsteher einer befreundeten Gemeinde erhielt bspw. ein Schreiben von der POLIZEI. In diesem wurde ihm zur Last gelegt, daß er sich rechtswidrig "Gemeindevorsteher" nennt. Dieser Vorwurf konnte mit einem erklärenden Schreiben entkräftet werden. Die Firma "Staatsanwaltschaft Bielefeld" hat das Verfahren nach ca. zwei Wochen eingestellt.

**Wichtig:** Die Einladung der Firma "POLIZEI" ist ein Angebot das ignoriert werden sollte. Statt dessen sollte man nur schriftlich darauf antworten. Wäre der Gemeindevorsteher – wie aufgefordert – zur Firma "POLIZEI" gegangen, so hätte er das Angebot (Handelsrecht = Vertragsverhältnis) angenommen und hätte sich selbst zum "Beschuldigten" gemacht, sowie sich freiwillig ins Strafrecht begeben! **"Beschuldigter" bedeutet Strafrecht, so daß schärfere Bedingungen als im Zivilrecht gelten!**
Eine Kurzanleitung namens "Gemeindeaktivierung und Weltfrieden" zeigt unser folgendes Video[71].

[70]https://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinde-Ordnung_für_den_Preußischen_Staat
[71]https://www.youtube.com/watch?v=UeniO41W_Bo



# Amt Neuhaus / Westfalen
# Gemeinde Neuhaus / Westfalen



Geindebüro: [Straße und Haus-Nr.]
Postfach 6220
[33104] Neuhaus i. W. **Gebietskörperschaft**
**Kgr. Preußen mit der Verfassung von 1850**
**Preußische Provinz Westfalen**
Telefon: [Telefonnummer]
ePost: [eMail-Adresse]

**Amt - Gemeinde Neuhaus / Westfalen, Postfach 6220, [33104] Neuhaus in Westfalen**

---

Der Briefkopf der Gemeinde Neuhaus i. W. ist folgendermaßen aufgebaut. Oben links ist das Wappen der Ur-Gemeinde und oben rechts das Wappen des Kgr. Preußen abgebildet.
Folgende Seite zeigt die Reaktivierungsurkunde der Gemeinde Neuhaus i. W. aus dem Jahre 2013. Eine Checkliste zur Gemeindereaktivierung finden Sie auf der Internetseite[72] der Gemeinde Neuhaus.

[72]https://www.gemeinde-neuhaus.de

Gemeinde Neuhaus (Preußische Provinz Westfalen) Neuhaus, den 8. April 2013

Herrn
Botschafter der Französischen Republik
Bernard de Montferrand
Französische Botschaft in Deutschland
Pariser Platz 5

**10117 B e r l i n**
per FAX: (030) 5900 39 110

Sehr geehrter Herr Botschafter Bernard de Montferrand,

ich setze Sie hiermit in Kenntnis, dass die Gemeinde Neuhaus (ab 1036) in der Preußischen Provinz Westfalen nach der Gemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19.03.1856 von Preußischen Staatsangehörigen bewohnt wird und aktiv ist.

Laut Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1907 ist es laut Artikel 43 untersagt neue Länder, Städte oder Gesetze anzuordnen. Die Namensänderung im Jahr 1957 in *Schloß* Neuhaus und die Eingemeindung – durch „*Nordrhein Westfalen*" – am 1. Januar 1975 widersprechen dem gültigen Völkerrecht, stellen ein Kriegsverbrechen dar und sind somit nichtig. Wir erinnern Sie auch an den Befehl Nr. 46 der Alliierten Hohen Kommission der 1955 von der UDSSR aufgehoben wurde.

Inwohner der Gemeinde Neuhaus sind freie Männer und Frauen und Staatsangehörige des Königreich Preußens.

Durch das staatliche Prinzip der Subsidiarität im Königreich Preußen konnte der Staat nach der Verfassung Preußens von 1848/1850 kaum noch in die Belange der Gemeinden eingreifen.

Wir aktivieren die Preußische Verfassung von 1850. Das Königreich Preußen ist damit wieder aktiv.
(Artikel 10 – Der bürgerliche Tod und die Strafe der Vermögenseinziehung finden nicht statt.)

**Die Gemeinde Neuhaus in Westfalen, als Einheit des Bundesstaates Königreich Preußen (Westfälische Provinz) und des Deutschen Reiches vor 1914 – nach der Verfassung von 1871 – erklärt der Französischen Republik unilateral den Frieden.**

**Wir fordern Sie im Namen der Menschlichkeit nach 68 Jahren auf, auch uns den Frieden zu erklären.**

Wir fordern Sie auf, als Besatzungsmacht über das Deutsche Reich dafür Sorge zu tragen, dass die NGO/Company „Bundesrepublik Deutschland" keine Angehörige der Bundesstaaten / Deutsches Reich plündert oder deren Eigentum einzieht. Sie verstoßen damit gegen geltendes Völkerrecht (HLKO Artikel 43,46,47 )

Gemeindevorsteher
[Vorname] aus dem Hause [Familienname]

**Die Reaktivierungsurkunde wird nur vom Gemeindevorsteher unterschrieben.** Sie wird per Telefax an die Alliierten, die UNO und die "Behörden" der BRD versandt. Die Adressen und Telefax-Nummern finden Sie auf unseren Internetseiten. Sollten sich Teile diese Daten verändert haben, so bitten wir um eine kurze Information.
Bei der BRD werden folgende "Behörden" angeschrieben: Bundeskanzleramt, Bundespräsidialamt, der Ministerpräsident des jeweiligen Bundeslandes, der Kreis, der Bürger und der Leiter des Einwohnermeldeamtes der Gemeinde oder der Stadt, das Amtsgericht/ Landgericht/ Finanzgericht, die leitende POLIZEIdienststelle und die Finanzbehörde.
**Die Reaktivierungsurkunde wird nicht veröffentlicht und bleibt im Besitz des Gemeindevorstehers!** Der Gemeinderat der Gemeinde Neuhaus kommuniziert im Innenverhältnis nur mündlich! Nur nach außen hin wird schriftlich kommuniziert.

**Die Gemeindereaktivierung ist ein möglicher Weg zurück zu souveränen Bundesstaaten und zum Friedensvertrag. Es ist nach unserem Wissensstand die einfachste und damit realistischste Lösung, da sie in kleinen Schritten und von unten nach oben die Staatlichkeit wieder aufbaut.**

**Wichtig:** Es wird dringend empfohlen die **Gemeindereaktivierung öffentlich zu machen**. Nur so können **unwirksame Mehrfachreaktivierungen** vermieden werden. Leider gibt es Gruppen die ihre Reaktivierung „geheim halten". Dadurch entsteht eine Rechtsunsicherheit. Sie kann unabsehbare Folgen haben. Die Gemeinde Neuhaus, das NESTAG und weitere aktive Gruppen erkennen nur öffentlich bekannt gemachte Gemeinden an. Bitte nutzt bspw. die Liste auf www.reaktiviert.de. Diese darf frei genutzt, erweitert und veröffentlicht werden.

**Wichtig:** In der letzten Zeit wurden einige Amtsvorsteher wegen "Amts- und Titelmißbrauch" von der POLIZEI angeschrieben. Die Gemeinde selbst kann von der BRD aus dem Handelsrecht angegriffen werden. Auf keinen Fall sollte man der Vorladung nachkommen. Wer freiwillig bei der POLIZEI vorstellig wird, geht einen Vertrag ein und ist Beschuldigter im Strafrecht!
Vor einigen Monaten wurde der Vorsteher einer Nachbargemeinde vorgeladen. Wir haben mit ihm zusammen ein Schreiben verfasst. Dieses hat er an die zuständige POLIZEI-Firma gerichtsfest per Telefax geschickt.
Zwei Wochen später hat die Staatsanwaltschaft Bielefeld das Verfahren eingestellt. Dieses Musterschreiben ist auf der Seite www.nestag.de unter Dateien (Abschnitt "Gemeindereaktivierung") abrufbar. Dort ist auch eine Checkliste zur Gemeindereaktivierung hinterlegt.

## 5.8. Abmelden von der BRD-Gemeinde (im Handelsrecht)

Die Abmeldung von der BRD-Gemeinde ist **persönlich** beim Einwohnermelde"amt" vorzunehmen. **Eine Abmeldung per Brief oder Telefax wird ggf. nicht akzeptiert. Nur wer sich persönlich abmeldet bekommt die Abmeldungsurkunde (den Entlassungsschein).** In diesem Fall unterschreibt man **zum letzten Mal** bei den "Behörden" der BRD die Abmeldung.
Uns ist ein Haftbefehl "zugespielt" worden auf dem der Vermerk "**EMA: Positiv**" gestempelt ist. In diesem Fall war nur eine Abmeldung per Telefax erfolgt. ***Für abgemeldete juristische Personen ist daher wichtig, daß der EMA-Vermerk negativ ist! Im Idealfall läßt man sich den negativen Eintrag schriftlich bestätigen.***

**Wichtig: Das EMA-Register (Einwohnermeldeamtregistereintrag) entscheidet über die abgemeldete juristische Person und damit über den Status eines Staatsangehörigen der Bundesstaaten!** (Apolid=Staatenloser oder Staatsangehöriger). Durch die Abmeldung der eigenen juristischen Person von der BRD-Gemeinde wird diese aus dem handelsrechtlichen Vertrag genommen. Bildlich: Man nimmt seine Spielfigur vom Spielbrett.

In der Regel wird die Abmeldung mit folgender Begründung abgelehnt: Die Abmeldung wird von jener BRD-Gemeinde vorgenommen, bei der man sich neu anmelden wird (in die man umziehen will). Deshalb ist die Abmeldung mit einer ***Auswanderung*** oder einer ***längeren (Welt)Reise*** zu begründen. **Es ist wichtig, sich die Abmeldung schriftlich mittels Abmeldungsurkunde bestätigen zu lassen! Sollte eine Postadresse gefordert werden, so gibt man die Adresse der reaktivierten Gemeinde an.**

Laut **Meldepflicht der Alliierten** (die auch für deutsche Staatsangehörige gilt) wird man in der Regel "von Amts wegen" wieder angemeldet (bei der BRD-Gemeinde in der man zuletzt "wohnhaft" war). Deutsche Staatsangehörige, die ihren Wohnsitz nach Art. 7 BGB von 1896 in der reaktivierten Gemeinde begründen, **erfüllen die Meldepflicht**.

Sollte trotzdem der Versuch der **Zwangsanmeldung** (wieder in der BRD-Gemeinde) vorgenommen werden, so sollte die reaktivierte Gemeinde darauf reagieren, indem sie auf den Rechtsstatus schriftlich hinweist.

Zwei BRD-Verordnungen sind bzgl. der Abmeldung interessant.

Das Einführungsgesetz BGB Art. 5 Personalstatut:

> *"(1) Wird auf das Recht des Staates verwiesen, dem eine Person angehört, und gehört sie mehreren Staaten an, so ist das Recht desjenigen dieser Staaten anzuwenden, mit dem die Person am engsten verbunden ist, insbesondere durch ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder durch den Verlauf ihres Lebens.* ***Ist die Person auch Deutscher, so geht diese Rechtsstellung vor."***

Und Art. 6 Öffentliche Ordnung (ordre public):

> ***"Eine Rechtsnorm eines anderen Staates ist nicht anzuwenden,*** *wenn ihre Anwendung zu einem Ergebnis führt, das mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts offensichtlich unvereinbar ist. Sie ist insbesondere nicht anzuwenden, wenn die Anwendung mit den Grundrechten unvereinbar ist."*

## 5.9. Anmeldung bei einer reaktivierten Gemeinde

Die reaktivierte Gemeinde bestätigt dem Gemeindemitglied schriftlich die Anmeldung. Der wesentliche Passus in der Anmeldung ist:

> Herrn [Vorname Familienname], Staatsangehöriger des Königreichs Preußen mit Bürgerrechten begründet seinen Wohnsitz seit dem [Datum] in [Gemeindename, Provinz und Bundesstaat]. Die Abmeldung, der Auszug aus [BRD-Gemeinde] wurde schriftlich bestätigt.

Die reaktivierte Gemeinde bestätigt per Telefax der BRD-Gemeinde die Anmeldung des neuen Gemeindemitgliedes im Rechtskreis der staatlichen Gemeinde. Die Alliierten haben eine **generelle Ausweis- und Meldepflicht** angeordnet.[73]

## 5.10. Schutz der reaktivierten Gemeinde

Einen ausreichenden Schutz bietet die reaktivierte Gemeinde nur dann, wenn ihr genügend Mitglieder angehören. Je größer die Anzahl der Mitglieder ist, desto höher ist die Sicherheit. Deshalb sollte die reaktivierte Gemeinde zunächst aufklären um zu wachsen. Im Idealfall wird die Geschäftsfähigkeit erreicht. Sie bietet den besten Schutz und weitreichende Möglichkeiten, wie das Ausstellen von Reisepässen, Staatsangehörigkeitsurkunden etc. Zwar nach Vorgaben der drei Mächte, allerdings unabhängig von der BRD-Verwaltung.

Die reaktivierte staatliche Gemeinde ist eine Gebietskörperschaft und besitzt das Bodenrecht! Sie handelt im Rechtskreis von vor 1914. Durch diesen Status ist sie schuldenfrei und nicht an Handelsverträge, Verordnungen, Anordnungen und Empfehlungen von Mandatsregierungen gebunden. Die reaktivierten Gemeinden sind an direkte Anweisungen der drei Alliierten gebunden, wenn sie dem Völkerrecht entsprechen.
Das Bodenrecht und die Haager Landkriegsordnung (HLKO) Art. 46 und 47 ("Privateigentum darf nicht eingezogen werden")[74] schützen Grundstücke und Immobilien vor Zwangshypotheken aus dem Handelsrecht. Nach einem Finanz-Crash wird voraussichtlich ein Lastenausgleich 2.0 kommen. Wer wird davon betroffen sein? Alle! **Selbst Stiftungen!** Die unbeschränkte Abgabepflicht erstreckte sich 1952 auf das Gesamtvermögen. Die Höhe der Abgabeschuld betrug 50% des Gesamtvermögens. Am Beispiel "Immobilienbesitz" wird die Wirkung deutlich:

- ☐ 50% Zwangshypothek auf die Immobilie zu zahlen an die Finanzbehörde,
- ☐ zurückzuzahlen über ca. 30 Jahre mit 4% bzw. 3% Zinsen,
- ☐ => die Gesamtbelastung betrug dadurch ca. 96% des Immobilienwertes.

Abgemeldete juristische Personen unterliegen der HLKO. Diese schreibt im Artikel 46 vor: "Schutz des Einzelnen und des Privateigentums" und im Artikel 47 "Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt". Wir gehen davon aus, daß eine ausreichend große Anzahl von reaktivierten Gemeinden diesen Schutz vor Plünderungen erwirken kann. Weitere Informationen

[73] wenn eine Wohnung oder ein Haus in der Gemeinde im Eigentum eines Gemeindemitgliedes der reaktivierten Gemeinde ist, kann man unter dem Wohnsitz Anmeldungen von deutschen Staatsangehörigen vornehmen. Diese können tatsächlich auch einen Nebenwohnsitz haben. Der volle Schutz besteht allerdings nur für abgemeldete juristische Personen.

[74] Weiteren Schutz bieten: Eigentümergrundschuld, Grundsteuermutterrolle, Hausverkauf im Rechtsstand von 1913, Vermietung und Verpachtung wie sie in diesem Buch beschrieben werden.

hat die Gemeinde Neuhaus in dem Youtube-Video “ESM-Enteignung vorbeugen”[75] zusammengefasst.
Nach unserer Erfahrung kann die Gemeinde (als Gebietskörperschaft) ihre Mitglieder vor der BRD-Gerichtsbarkeit schützen, wenn sie alle Punkte dieser Anleitung erfolgreich abgearbeitet hat. Für Mitglieder einer staatlichen Gemeinde gilt die HLKO und das internationale deutsche Recht (z. B. das HGB von 1896, das BGB von 1897, das GVG von 1877 u. a.).
Deutsche Staatsangehörige, die in einer reaktivierten Gemeinde ihren Wohnsitz begründen, sind vor Verhaftungen wegen Geldschulden gegenüber dem BRD-System geschützt. Zudem gelten für die Gemeindemitglieder folgende Handelsverträge:

- ☐ Die Europäische Menschenrechtskonvention: Nach Protokoll Nr. 4 des Zusatzprotokolls der Europäischen Menschenrechte ist eine Inhaftierung wegen zivilrechtlichen Ansprüchen unzulässig, auch für die Abgabe der eidesstattlichen Versicherung. Die Abgabe der eidesstattlichen Versicherung ist eine zivilrechtliche Angelegenheit und kann nicht mit der Haft erzwungen werden, da es nicht erlaubt ist gegen sich selbst eine Erklärung unfreiwillig abzugeben (Unschuldsvermutung Art. 6 II EMRK) und der Menschenrechtskonvention der UNO mit gleichlautendem Inhalt.

- ☐ Die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (in Kraft seit dem 3. September 1953) Zusatzartikel 4 - Verbot der Freiheitsentziehung wegen Schulden. Niemandem darf die Freiheit allein deshalb entzogen werden, weil er nicht in der Lage ist, eine vertragliche Verpflichtung zu erfüllen.

- ☐ Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 (BGBl. 1973 II 1553) Artikel 11:
  Niemand darf nur deswegen in Haft genommen werden, weil er nicht in der Lage ist, eine vertragliche Verpflichtung zu erfüllen.

- ☐ Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984 (BGBJ. 1990 II S. 246).

### 5.10.1. Besonderheit für die britische Besatzungszone

Für die britisch besetzen Gebiete (bspw. die Wirtschaftszone Nordrheinwestfalen) gilt eine russische Anweisung vom 5. Januar 2011 mit rückwirkender Kraft unanfechtbar zur **Regelung der Kommunikationswege der deutschen Gerichtsbarkeit**. An diese Anweisung müßten sich die BRD-”Behörden” eigentlich halten, tatsächlich tun sie das aber nicht mehr.
Die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf führt offenkundig als Behörde des Deutschen Reichs die Dienst-, Sach- und Fachaufsicht über die deutsche Gerichtsbarkeit. Hierzu wird auf Artikel III der Verordnung Nr. 47 der Britischen Militärregierung vom 30. August 1946) unter Bezug auf das führende Verfahren der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf mit dem ***Aktenzeichen 2 AR 355/10. 2*** hingewiesen.

Dieses Aktenzeichen ist bereits der Telefonzentrale der Generalstaatsanwaltschaft bekannt. Wir haben den verantwortlichen Sachbearbeiter mehrfach telefonisch erreicht. Ihm ist sowohl das Aktenzeichen als auch die Bedeutung der Anweisung bekannt.

[75] https://www.youtube.com/watch?v=A-hkQn5eXKM

**Dieses Wissen sollte man nutzen, indem man Verstöße von BRD-"Gerichten" gegen abgemeldete juristische Personen bei der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf, der UNO, sowie den fünf Alliierten meldet!** (Internationaler Strafantrag/ Strafanzeige).

Bei abgemeldeten juristischen Person handelt es sich um Gemeindemitglieder die alle beschriebenen Schritte erfolgreich durchgeführt haben. Juristisch abgemeldet ist nur derjenige, der in einem anderen Rechtskreis außerhalb der BRD im Handelsrecht seinen Wohnsitz nach Art. 7 BGB von 1896 begründet.
Es ist grundsätzlich *nicht* von BRD-"Behörden" zu erwarten, daß sie ihre Aufgaben nach der HLKO oder Besatzungsanweisungen schriftlich bestätigen!

### 5.10.2. Klage beim Internationalen Gerichtshof

Einen weiteren Schutz stellt eine Klage beim Internationalen Gerichtshof für Völkerrecht in Den Haag dar. Im Jahre 2012 haben Mitglieder der im Jahre 2013 reaktivierten Gemeinde Neuhaus Strafantrag und Strafanzeige beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) sowie dem International Criminal Court (ICC) in Den Haag eingereicht.
Der ICC ist ein Handelsgericht unter dem Dach der handelsrechtlichen UNO. Trotz dieser Tatsache hat er als Grundlage das Völkerrecht wie zum Beispiel die Haager Landkriegsordnung (HLKO). An diese Verträge muss er sich halten.
Die Klage lautet – nach internationalen Richtlinien der UNO und der Alliierten – auf Völkermord. Sie wurde am 17. August 2012 mit einem Aktenzeichen angenommen. Interessierten Gemeinden kann diese Klage zur Verfügung gestellt werden.

### 5.10.3. Gemeindepartnerschaften

Gemeinsam sind wir stark: Wir raten allen reaktivierten Gemeinden Partnerschaften mit anderen reaktivierten Gemeinden zu bilden! Eine solche kann nach eigenen Wünschen gestaltet sein; von "lose" und unverbindlich bis hin zur intensiven Zusammenarbeit. Wir sehen in einer Partnerschaft folgende mögliche Vorteile

- ☐ gegenseitiges Anerkennen und Bekanntmachen der Gemeinden.
- ☐ sich gegenseitig Rat und Hilfe geben.
- ☐ gemeinsame Ressourcen nutzen, bspw. EDV, Formulare.
- ☐ sparen von Zeit und Kosten.

Eine Vorlage für eine Urkunde stellt die Gemeinde Neuhaus gerne zur Verfügung.

Die EU-BRD-Verwaltung (kurz BRD) verwaltet keine Staatsangehörigen, sondern nur Staatenlose (Apolide). Jedes BRD-Mitglied ist vertraglich verpflichtet, sich an Anweisungen/ Verordnungen/ Empfehlungen zu halten. Im Gegensatz dazu können Staatsangehörige[76] die Schreiben der BRD als **handelsrechtliche Angebote betrachten** und **zurückweisen**[77]. Bitte die Empfehlungen auf Seite 4 beachten.

[76] die ihre juristische Person abgemeldet, d. h. aus dem BRD-Vertrag genommen, haben.
[77] Achtung: Immer "höflich zurückweisen" und niemals einen "Widerspruch einlegen".

# 6. Staatsangehörige im BRD-System (Handelsrecht)

Die BRD arbeitet im Handelsrecht. Solange sie sich an ihre Anordnungen, Verordnungen und Empfehlungen hält, handelt sie gegenüber ihrem "BRD-Personal" legal! Das System basiert weitgehend auf **Freiwilligkeit**! Jedem "Mitglied" einer BRD-Gemeinde (Handelsrecht) werden lediglich *Angebote* unterbreitet! Anders sieht es gegenüber juristisch abgemeldeten Personen aus. Sie können diese Angebot auch ablehnen.
Nur wenige von uns können komplett aus dem BRD-System aussteigen. In der Regel bestehen zu viele Abhängigkeiten. Ein triviales Beispiel ist der Anschluss des Hauses an die öffentliche Kanalisation die in der Regel von BRD-Gemeinden betrieben werden. Auch die POLIZEI arbeitet als Firma im Handelsrecht der BRD. Sie ist aber auch für unseren Schutz zuständig! Dieser Umstand ist der Grund für die nachfolgenden Abschnitte.

## 6.1. Was jeder souveräne Bürger tun kann

Was bedeutet "souverän"? Der souveräne Bürger unterscheidet sich von BRD-Einwohner im Wesentlichen durch folgendes Verhalten/Bewusstsein:

| Mächtige/ Souveräne | Ohnmächtige |
|---|---|
| proklamieren | reklamieren |
| postulieren | demonstrieren |
| erlassen | protestieren |
| gebieten | befolgen/ erdulden |
| | beantragen |

Tabelle 1: Wer tut was?

#### Die Macht der Fragen

Der Unternehmer und Aktivist Andreas Clauss weist in seinen Vorträgen stets auf die Macht der Fragen hin. In Diskussionen führen Tatsachenbehauptungen selten zum Ziel. Sie können für Irritationen beim Gegenüber sorgen, regen kaum zum Nachdenken an und bringen nur selten einen Erkenntnisgewinn. Leider ist unserer Gesellschaft schon so sehr auf "politische Korrektheit" ("political correctness") konditioniert worden, so daß man manche Themen gar nicht sprechen darf, wenn man Gerichtsverfahren vermeiden will.
Die Wichtigkeit des "Fragenstellens" wollen wir auch mit der Rückseite dieses Buches (mit den augelisteten Fragen) unterstreichen.

[illegible]

VS-Verschlußsache
NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

BUNDESNACHRICHTENDIENST
Kontroll-Abt. II/OP

NUR FÜR MINISTER

S t r e n g s t e   V e r t r a u l i c h k e i t

Vorgang: Geheimer Staatsvertrag vom 21.05.1949

Hier: Verlust der Kopie Nr. 4

Sehr geehrter Herr Minister!

Kopie Nr. 4 des geheimen Staatsvertrages zwischen den Alliierten Mächten und der provisorischen Regierung Westdeutschlands vom 21.05.1949 ist endgültig abhandengekommen.

Der geheime Staatsvertrag offenbart u.a.:

- die Medienhoheit der alliierten Mächten über deutsche Zeitungs- und Rundfunkmedien bis zum Jahr 2099,
- die sog. "Kanzlerakte", also jenes Schriftstück, das jeder Bundeskanzler Deutschlands auf Anordnung der Alliierten vor Ablegung des Amtseides zu unterzeichnen hat,
- sowie die Pfändung der Goldreserven der Bundesrepublik durch die Alliierten.

Sofern die Kopie Nr. 4 des geheimen Staatsvertrages in falsche Hände gelangen sollte, empfehle ich dringend, die Echtheit abzuleugnen.

Hochachtugsvoll

Dr. Rickermann
Staatsminister

Original erhalten am:
z.d.A. am: 1.4.9.92
Wvl am:

Original bitte vernichten!

Archiv!

Bild 13: Geheimer Staatsvertrag vom 21.05.1949

## 6.2. Bundesverfassungsgerichtsurteile


Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

juris

zurück

weiter

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

**Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (Bundesverfassungsgerichtsgesetz - BVerfGG)**

**§ 31**

(1) Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts binden die Verfassungsorgane des Bundes und der Länder sowie alle Gerichte und Behörden.

(2) In den Fällen des § 13 Nr. 6, 6a, 11, 12 und 14 hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Gesetzeskraft. Das gilt auch in den Fällen des § 13 Nr. 8a, wenn das Bundesverfassungsgericht ein Gesetz als mit dem Grundgesetz vereinbar oder unvereinbar oder für nichtig erklärt. Soweit ein Gesetz als mit dem Grundgesetz oder sonstigem Bundesrecht vereinbar oder unvereinbar oder für nichtig erklärt wird, ist die Entscheidungsformel durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz im Bundesgesetzblatt zu veröffentlichen. Entsprechendes gilt für die Entscheidungsformel in den Fällen des § 13 Nr. 12 und 14.

Bild 14: Bedeutung von Bundesverfassungsgericht

Das Bundesverfassungsgericht hat am 25.07.2012 eine Entscheidung zum Wahlrecht gefällt (Az.: 2BvF 3/11, 2BvR 2670/11, 2BvE 9/11). Verfassungsgerichts-Präsident Andreas Voßkuhle[78] äußerte sich wie folgt:

> "Trotz einer großzügig bemessenen, dreijährigen Frist für den Wahlgesetzgeber, eine verfassungsgemäße Neuregelung zu treffen, ist das Ergebnis - das ist übereinstimmende Auffassung im Senat - ernüchternd.[...] Angesichts der Vorgeschichte des neuen Wahlrechts sieht der Senat keine Möglichkeit, den verfassungswidrigen Zustand erneut für eine Übergangszeit zu akzeptieren."

Das Bundesverfassungsgericht hatte den verfassungswidrigen Zustand bereits Jahre zuvor festgestellt und eine "großzügig bemessene dreijährige Frist" gesetzt, damit sich der "Wahlgesetzgeber" anpassen kann.

Nach einer diesbezüglichen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes vom 25.07.2012 steht nunmehr endgültig fest, daß unter der "Geltung" des Bundeswahlgesetzes –Ausfertigungsdatum von 07.05.1956– noch nie "ein verfassungsmäßiger Gesetzgeber" am Werk war und somit insbesondere alle erlassenen „Gesetze" und „Verordnungen" seit 1956 nichtig sind.

**Das Bundesverfassungsgericht urteilt: Die BRD ist als Rechtsstaat schon seit 1956 ohne Bestand. Damit sind alle seit 1956 erlassenen "Gesetze" nichtig!**

So zum Beispiel sind das Richtergesetz[79], das Beurkundungsgesetz, Arbeitsgerichtsgesetz, das OWiG, das StGB, das BGB, die ZPO und viele andere "Schein-Normen" nichtig, da in Ermangelung eines "verfassungskonformen" Wahlrechts in der BRD seit 1956, Politiker überhaupt nicht gewählt werden durften und somit nicht in Bundesrat und Bundestag überhaupt

[78] https://www.youtube.com/watch?v=NZLCT_uhcvM

[79] http://nestag.de/dateien.html

hätten einziehen und schon gar nicht Gesetze und anderen Normen hätten erlassen dürfen, da die hierfür notwendige Legitimation nicht bestand!
Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ist rechtskräftig, da der § 31 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes (BVerfGG) mit dem Ausfertigungsdatum 12.03.1951 versehen ist und damit **vor 1956** erlassen wurde.

### 6.2.1. Pflicht zur Identitätserhaltung des deutschen Staatsvolkes

Am 21. 10. 1987 beschloß das Bundesverfassungsgericht (BVerfG): "Aus dem Wahrungsgebot [des GG] folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten" (2 BvR 373/83)[80]. Das gesamte Urteil ist auf unserer Seite[81] verfügbar.
Bedeutsam ist dieses Urteil für diejenigen, denen die Ausstellung des Staatsangehörigkeitsausweises erschwert oder gar verweigert wird. Wir empfehlen dem "Amt" dieses Urteil und den Paragraphen § 31 Bundesverfassungsgerichtsgesetz in gedruckter Form vorzulegen. An dieser Stelle weisen wir nochmals darauf hin, daß (angehende) souveräne Bundesstaatsangehörige ihre Rechte darlegen und einfordern.

### 6.2.2. Sparkassen ohne Recht zur grundlosen Kündigung

Sparkassen sind ans Grundgesetz gebunden. Sie dürfen ihren Kunden nicht ohne sachgerechten Grund kündigen. Das hat der Bundesgerichtshof entschieden. Das Urteil gilt für alle der rund 400 bundesweiten Sparkassen. Die Stiftung Warentest[82] hat dieses Thema behandelt.
"Die Regelung verstößt nicht nur gegen die Sparkassenordnung, sondern auch gegen das im Grundgesetz verankerte Recht auf Gleichbehandlung. Daran sind Sparkassen als Anstalten des öffentlichen Rechts direkt und unmittelbar gebunden. Nur mit sachgerechter Begründung sind sie daher berechtigt, Kunden vor die Tür zu setzen, schrieben die Bundesrichter den kommunalen Kreditinstituten ins Stammbuch. Eine Regelung, wonach Sparkassen ohne Angabe von Gründen kündigen dürfen, sei damit nicht vereinbar. Die Formulierung „Soweit keine zwingenden Vorschriften entgegenstehen, . . . " bringe das nicht klar und verständlich genug zum Ausdruck, erklärten die Bundesrichter." Das Urteil vom 05.05.2015 besitzt das Aktenzeichen XI ZR 214/14.



Bild 15: Sparkassen-Logo

Aufgrund der Wichtigkeit weisen wir nochmals auf die Willkür in unserem Land hin! **In der BRD missachten mittlerweile alle Banken die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes! Um dieser Willkür zu entkommen, empfehlen wir ein Konto im Ausland.** Einige Auslandsbanken bieten eine Kontoeröffnung per Internet an, bei anderen kommt man um einen Vororttermin nicht herum. Idealerweise verbindet man einen solchen Termin mit einem Kurzurlaub im Ausland. Wenn wir das Verhalten der BRD-Banken verändern wollen, dann geht dies am besten über unsere Wahlfreiheit. Sie ist unsere Macht als Kunde! Wir laden euch herzlich ins das NESTAG-Forum ein. Dort können wir unsere Erfahrungen und unser Wissen bzgl. Auslandskonten sammeln.

[80] Bundesverfassungsgericht, Beschluß vom 21.10.1987 (2 BvR 373/83), BVerfGE 77, 137 (ZaöRV 48 [1988], 727) ("Teso") (s.1500 [87/1]; 130 [87/1]).
[81] http://nestag.de/dateien.html
[82] https://www.test.de/Bundesgerichtshof-Sparkassen-haben-kein-Recht-zur-grundlosen-Kuendigung-4620333-0/

### 6.2.3. Selbsttitulierung mit dem Grundgesetz unvereinbar

Das Bundesverfassungsgericht[83] stellt in seinem Beschluss vom 18. Dezember 2012 (1 BvL 8/11 und 1 BvL 22/11) fest, daß das Selbsttitulierungsrecht mit dem Grundgesetz unvereinbar ist.
Das Oberlandesgericht Oldenburg hält die fragliche Regelung für verfassungswidrig. Die Vorschrift sei weder mit dem Justizgewährungsanspruch aus Artikel 20 GG noch mit dem Rechtsprechungsmonopol aus Artikel 92 GG zu vereinbaren.
Das Schaffen von Vollstreckungstiteln gehöre zum Kernbereich der dem Richter übertragenen Rechtsprechung[84]. Das heißt auf die kurze Formel gebracht: **Kein Titel ohne Verhandlung und ohne gesetzlichen Richter!**

## 6.3. Schriftverkehr und Begriffsbedeutung

**In jedem Schreiben sollte auf den Rechtskreis hingewiesen werden. Auf keinen Fall sollten Aktenzeichen der BRD verwendet werden, da hiermit in der Regel ein Vertragsverhältnis angezeigt wird! Bei Schreiben die von sogenannten "Beamten" verfasst wurden, sollte stets auf die Remonstrationspflicht hinweisen werden.**

Schreiben sollten ordentlich verfaßt sein, d. h. formal maximal zwei Schriftarten und nur wenige Schriftgrößen. Formatierungen wie "Fettschrift" und Unterstreichungen sind sparsam zu verwenden. Inhaltlich sollte sachlich argumentiert und freundlich formuliert werden. Tabu sind Polemik, Anfeindungen, Angriffe, Drohungen und Sarkasmus! Wir empfehlen, vor dem Versenden eines Schreibens es mehrmals zu lesen und –wenn möglich– zunächst eine Nacht darüber zu schlafen. Anlagen sind sinnvoll zu nummerieren. All dieses trägt dazu bei, daß unsere Schreiben gelesen und verstanden werden!

Folgenden Passus unter jedes Schreiben zu setzen ist ratsam, wenn man keine Gerichtsverhandlung beabsichtigt:

> Hiermit erklärt der Mann... aus der Familie ... für Sie verbindlich, daß er die freiwillige Gerichtsbarkeit (FGG) sowohl für sich als auch für seine abgemeldete juristische Person ablehnt. Damit sind Sie weder in der Form, noch in der Sache für mich zuständig!

**Es empfielt sich der Kauf eines Rechtswörterlexikons oder ein Online-Lexikon im Internet zu nutzen.**
Jeder sollte sich über die Bedeutung von Begriffen wie "jeder hat...", "niemand darf", "grundsätzlich" etc. informieren. Die deutsche Sprache differenziert sehr genau, was auch juristische Folgen nach sich zieht!
Ein gutes Beispiel ist der Artikel 103 Absatz 1 des Grundgesetzes, der lautet: "Vor Gericht hat jedermann Anspruch auf rechtliches Gehör." Für das Wort "jedermann" kann man juristisch auch das Wort "niemand" einsetzen. Richtig müsste es heißen: "jede natürliche Person hat [...]". Der Begriff "grundsätzlich" darf nicht mit "generell" verwechselt werden. Denn was "grundsätzlich" verboten ist, kann unter bestimmten Ausnahmen dennoch erlaubt sein!

**Wichtig: Stets nur beglaubigte Kopien und niemals Originale per Post versenden! Die gerichtsfeste Zustellung erfolgt immer per Telefax!**

[83]Pressemitteilung Nr. 4/2013 vom 17. Januar 2013.
[84]OLG Oldenburg, Beschluß vom 17.3.2011 - 8 U 139/10; Karlsruhe: 1 BvL 8/11 und 1 BvR 22/11.

## 6.4. Medien und der Umgang mit Pressevertretern

Beim Umgang mit Pressevertretern ist ein Aufruf zur Vorsicht angebracht! Wenn die Presse einen Artikel über die Gemeinde oder Ihre Person (bspw. als Aktivist) schreiben und dazu ein Interview führen will, dann sollte vorher ein kurzer Vertrag abgeschlossen werden.

1. das Interview darf nur mit schriftlicher Genehmigung (Unterschrift) gedruckt werden.
2. sollte sich der Verlag nicht an diese Regeln halten, so wird eine Geldstrafe von mindestens 10.000 EUR festgelegt, die an vorher bestimmte gemeinnützige Organisationen (Freiwillige Feuerwehr, Kinderschutzbund usw.) zu leisten ist.

Die Rheinische Post veröffentlichte am 20.10.2015 auf ihrem Online-Portal den Artikel "Die Mär von der Lügenpresse"[85]. Er beschreibt einfach und ehrlich eine wesentliche Schwachstelle der Medien, die sich gerne als sogenannte "vierte Gewalt im Staat" sehen.

> "Die Medien gelten in Deutschland als die vierte Gewalt. Ihnen kommt die Aufgabe zu, Regierung und Behörden zu durchleuchten und zu beurteilen. In den Redaktionsbüros sitzen Menschen, die sich dessen bewusst sind, dass die **veröffentlichte** Meinung eine wichtige Wirkung auch auf die **öffentliche** Meinung hat. In Redaktionskonferenzen wird oft kontrovers diskutiert, welche Haltung man zu welchem Thema einnehmen soll."

Statt möglichst gut recherchierten objektiven Informationen bekommen die Leser die veröffentlichte Meinung der Redaktion "serviert".

## 6.5. Vermeiden der juristischen Person

Neben dem Abmelden ist auch das Vermeiden der –von der BRD geschaffenen– juristischen Person sinnvoll. Dazu sollten wir wissen, daß die BRD nur juristische Personen "verwaltet", bzw. mit diesen Geschäfte betreibt. Diese Rechtssubjekte schafft die BRD durch unser "freiwilliges"[86] Mitwirken, indem sie uns Personalausweise "anbietet".
Durch mindestens **drei Handlungen** begehen wir eine Einlassung bzw. zeigen unseren Willen/ Zustimmung. Und zwar **beantragen, unterschreiben** und **zahlen** wir für diese Ausweise.

**Wie vermeiden wir die juristische Person?**
Grundsätzlich treten wir als **Mann** oder **Weib** auf. Obwohl der Begriff "Weib" negativ belegt ist, so ist dieser richtig und wichtig, denn die Begriffe "Herr" und "Frau" beschreiben die juristische Person! Die BRD kann nur mit juristischen Personen umgehen!

Im Schriftverkehr kann der Text wie folgt aussehen:

Die Person Max Mustermann, MAX MUSTERMANN ist ein Rechtssubjekt, dessen Urheber die Bundesrepublik Deutschland ist. Geschädigter eines von der Behörde festgestellten Schadens der einer Person zur Last gelegt wird, ist immer der Mann, bzw. das Weib [Mensch].

[85] http://www.rp-online.de/politik/deutschland/kolumnen/berliner-republik/die-maer-von-der-luegenpresse-aid-1.5482321

[86] Es ist aber durchaus ein "sanfter" Zwang im "Spiel", da bspw. ein abgelaufener Personalausweis die Drohung von Geldstrafen nach sich zieht.

Der Urheber der betreffenden Person, hier die Bundesrepublik Deutschland, haftet für die Begleichung des, der Person zur Last gelegten Schadens gegenüber dem Geschädigten.
Der Mann, bzw. das Weib [Mensch], haftet für den Schaden der Person grundsätzlich nicht. Es ist zur Kenntnis zu nehmen, daß der Mann/das Weib [Mensch], dem die Bundesrepublik Deutschland die Person zugeordnet hat, **keine Rechte** an dieser Person (Rechtssubjekt) in Anspruch nimmt, nicht willens ist, für die Person zu handeln und nicht willens ist, Verpflichtungen der treuhänderischen Verwaltung für diese Person zu übernehmen. Das Einverständnis zur Übertragung der Rechte und Pflichten der Person an den Mann/ das Weib [Menschen] welchem/ welcher diese Person behördlich zugeordnet ist, liegt nicht vor.

Das Hauptzollamt Bielefeld hat versucht eine Forderung bei unserem Gemeindemitglied Carsten einzutreiben. Das Gespräch mit den beiden Mitarbeitern der Firma Hauptzollamt Bielefeld [87] wurde mit Einverständnis aller Beteiligten aufgezeichnet. Diese Tondatei sowie das anschließend erhaltene Schreiben des Hauptzollamtes sind auf unseren Internetseiten[88] abrufbar. In dem Schreiben wurde die Angelegenheit für erledigt erklärt. Des Weiteren ist ein Schreiben[89] des Amtsgerichtes Coburg erwähnenswert, das den Erfolg der "Vermeiden der juristischen Person"-Vorgehensweise dokumentiert. In diesem in Fall wurde ein Mahnverfahren eingestellt.

**Hinweis:** Man sollte immer sehr ruhig und freundlich bleiben. Wir, als Weib bzw. Mann, sagen lediglich "ich bin das Weib/ der Mann, das/ der sich den Namen XXXXX (Vornamen) gegeben hat".

**Wichtig: Generell unterschreibt der Mann/ das Weib keine Schreiben!**

Das oben zitierte Musterschreiben ist auch als bearbeitbare Datei auf unseren Internetseiten verfügbar. Die in diesem Abschnitt beschriebene Vorgehensweise kann jeder Bundesstaatenangehöriger anwenden. Er muß dazu nicht Mitglied einer reaktivierten Gemeinde sein!

## 6.6. Führerschein weg wegen politischer Meinung?

Immer häufiger versuchen die BRD-"Behörden" denjenigen den Führerschein zu entziehen, die Widerstand gegen ihre Verordnungen leisten. In der Regel beginnt ein solches Verfahren mit der Aufforderung, einen Psychiater aufzusuchen. Dieses Vorgehen ist sogar nach den "Gesetzen" der BRD ungültig!
Dazu stellen das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin Brandenburg am 15.06.2012 in seinem Urteil (OVG 1 S 71.12) und das Verwaltungsgericht (VG) Siegmaringen am 27.11.2012 (4K3172/12) fest, daß eine andere politische Meinung keinen Führerscheinentzug rechtfertig. Im Urteil des OVG Berlin Brandenburg wird darauf hingewiesen, daß der Beschluss unanfechtbar ist. Der Entzug ist nur zulässig, wenn besonders schwerwiegende Auffälligkeiten im Straßenverkehr vorliegen.
Sollten die BRD-"Behörden" trotz Hinweis auf die genannten Urteile nicht einlenken, so empfiehlt es sich einen Anwalt seines Vertrauen zu beauftragen. Der Führerscheinentzug des Gemeindevorstehers der Gemeinde Neuhaus wurde auf diese Weise rückgängig gemacht.

[87] mit der D-U-N-S Nr. 333 574 650.
[88] http://nestag.de/dateien.html
http://gemeinde-neuhaus.de
[89] Schreiben als Mann/ Mensch führt zur Einstellung eines Mahnverfahrens.

Hinweis: Es besteht keine Pflicht Originaldokumente (Führerschein, Paß etc.) mitzuführen. Um sich vor dem Verlust (Diebstahl, Verlieren) zu schützen, führen Sie nur eine beglaubigte Kopie bspw. des Führerscheins mit. Es macht keinen Unterschied ob Sie ein Original oder eine Kopie an die POLIZEI abgeben, denn Sie erhalten stets nur eine Durchschrift/Kopie der Quittung.

## 6.7. Die POLIZEI unser Freund und Helfer

Die Polizisten haben in dieser Zeit des Wandels eine besondere Bedeutung. Sie leben mit uns als Freunde, Nachbarn, Ehemänner und Ehefrauen. Ihnen gehört unser Respekt, da sie täglich die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten und dabei nicht selten angefeindet und beschimpft werden. Es zeugt sicherlich von Respekt, wenn wir zumindest die “unteren” Dienstgrade der POLIZEI kennen. In jedem Fall ist es eine gute Übung für unser Gehirn, diese auswendig zu lernen.

Für uns Kinder war der Polizist früher der **Schutzmann:** Dein Freund und Helfer. Auch heute ist er für unseren Schutz täglich im Einsatz! Er schlichtet Streitigkeiten und klärt Verbrechen auf, oft auch unter Einsatz des eigenen Lebens. Das sollte jedem von uns bewußt sein. Bei der POLIZEI gibt es inzwischen genug, die nicht nur blind den Dienstanweisungen folgen[90]. Statt dessen denken sie selbst nach und treffen gewissenhaft Entscheidungen. Immer häufiger werden auch unzumutbare Arbeitsbedingungen hinterfragt (siehe Volker Schöne, Vorstand der POLIZEIgewerkschaft Sachsen). Diese Arbeitsbedingungen werden bei der Umsetzung von TTIP sicher noch erheblich verschlechtert. Langfristig wird die POLIZEI wahrscheinlich gegen international arbeitende Sicherheitsfirmen ersetzt werden. Warum dies geschehen kann liegt an gewissen Vorzügen, welche die POLIZEI heute genießt. Aus Sicht der Handelsverträge (TTIP) stellen diese Vorzüge jedoch Handelshemmnisse dar.
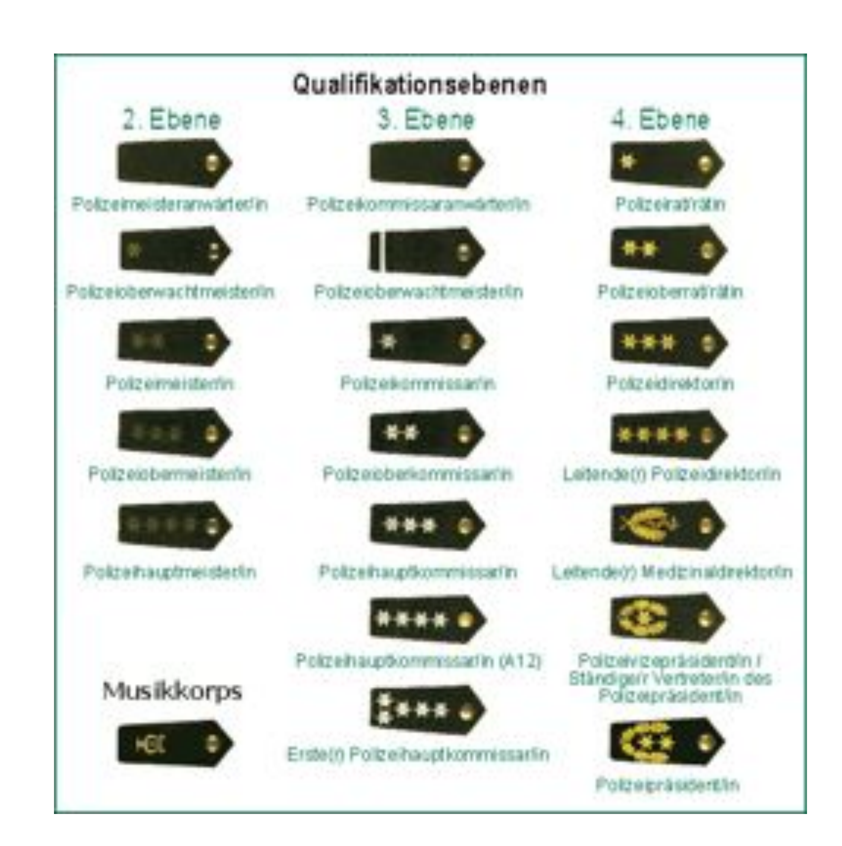



Bild 16: POLIZEI-Dienstgrade

Wir sind für den freundlichen und respektvollen Umgang[91] mit den Frauen und Männern bei der POLIZEI, da wir im Grunde das gleiche Ziel verfolgen:
**Frieden für alle Kinder, Frauen und Männer in einem friedvollen Jetzt und einer friedvollen Zukunft für uns alle!**

[90]Fragen bei Zoll und POLIZEI. http://bewusst.tv/fragen-bei-zoll-und-polizei/
[91]Es zeugt auch von Interesse und Respekt, wenn man die gängigsten Dienstgrade kennt (s. S. 64).

Mittlerweile verbreitet sich das Wissen um die aktuelle Rechtslage auch bei der POLIZEI und beim ZOLL. In einem sehr interessanten Gespräch[92] mit Jo Conrad und zwei "Beamten" wird dies deutlich. Es trägt den Titel "Fragen bei Zoll und POLIZEI" und wurde von Bewusst TV veröffentlicht. Zitat: *"Jo Conrad unterhält sich mit Marion Regner, ehem. Zollbeamtin und PHK Harald Schreyer über die ursprünglichen Aufgaben ihrer Berufsgruppen und die sich rasch verändernde Realität und mangelnde Rechtsgrundlagen."*




Bild 17: POLIZEI-Filiale geschlossen

Die Angestellten der Firma POLIZEI haben das Recht/ die Pflicht der Remonstration.

Eine **Remonstration** (von lateinisch remonstrare „wieder zeigen") ist eine Gegenvorstellung oder eine Einwendung, die ein Beamter gegen eine Weisung erhebt, die er von seinem Vorgesetzten erhalten hat.
In der Wikipedia[93] steht dazu:

> "Regelungen finden sich in § 63 BBG (bis 2009 § 56 BBG) und § 36 BeamtStG, ehemals § 38 BRRG.
>
> Nach den Vorschriften des Beamtenrechts muss der Beamte seine dienstlichen Handlungen auf ihre Rechtmäßigkeit prüfen. Hat er Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit einer Weisung, so muss er seinem unmittelbaren Vorgesetzten gegenüber remonstrieren, d. h. gegen die Ausführung der Weisung Einwände erheben. Bestätigt der unmittelbare Vorgesetzte die Anweisung und sind die Bedenken des Beamten nicht ausgeräumt, so muss sich der Beamte an den nächsthöheren Vorgesetzten wenden. Der Beamte hat hier keinen Ermessensspielraum. Bestätigt auch der nächsthöhere Vorgesetzte (der Vorgesetzte des Vorgesetzten des remonstrierenden Beamten) die Anordnung, so muss der Beamte sie ausführen. Diese Gehorsamspflicht trifft den Beamten allerdings dann nicht, wenn er durch die Befolgung der Weisung eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit begehen würde.
> Der Beamte kann sich durch dieses Vorgehen vor Disziplinarverfahren schützen, wenn später die Rechtswidrigkeit der Anordnung festgestellt wird. Das Gleiche gilt für den Schutz vor Schadensersatzforderungen nach § 839 BGB (Amtshaftung) in Verbindung mit dem jeweiligen Beamtengesetz (§ 48 BeamtStG, § 75 BBG)."

Der Name "POLIZEI" (in Großbuchstaben) ist als Wortmarke beim Deutschen Patent- und Markenamt unter der Markennummer 30243782 seit dem ersten August 2006 eingetragen. Das

[92] http://bewusst.tv/fragen-bei-zoll-und-polizei/
[93] https://de.wikipedia.org/wiki/Remonstration

Anmeldedatum war der 4. September 2002. Interessant daran ist das "Waren- und Dienstleistungsverzeichnis" dieser Firma "POLIZEI".

**[510] Waren- / Dienstleistungsverzeichnis:**

| Klasse | Begriffe |
|---|---|
| 09 | Registrierkassen, Rechenmaschinen, Brillen |
| 16 | Papier, Pappe (Karton) und Waren aus diesen Materialien, soweit in Klasse 16 enthalten; Schreibwaren; Schreibmaschinen und Büroartikel (ausgenommen Möbel) |
| 38 | E-Mail-Datendienste |

Bild 18: Waren- und Dienstleistungsverzeichnis der Firma "POLIZEI"

Seit wann kann eine Firma, deren Geschäftsinhalt es ist "Registrierkassen, Brillen, Papier, E-Mail-Datendienste etc." zu verkaufen Verhaftungen, Verkehrkontrollen etc. vornehmen? Die gesamte Eintragung ist als PDF-Datei auf der Seite http://nestag.de/dateien.html herunterladbar und bei dem Deutschen Patent- und Markenamt online einsehbar[94].

## 6.8. Staatsangehörige sind keine "Reichsbürger"

Haben Sie sich schon mal gefragt: **Was sind Reichsbürger?**

Es gibt zwei Definitionen für den Begriff „Reichsbürger"!

Erstmals wurde der „Reichsbürger" durch das „Reichsbürgergesetz" vom 15. September 1935 definiert. Dies ist die **originale juristische Definition**.
Zudem gibt es eine eigene „Sichtweise" des Verfassungsschutzes Brandenburg. Die „modernen" Reichsbürger sind jene Personen, die „sich offen gegen die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung" bekennen. (Quelle „Reichsbürger" Ein Handbuch, von Dirk Wilking, Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung)

Wir, die Mitglieder der reaktivierten Gemeinden (im Rechtsstand vor 1914), wollen auf Grundlage des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit (Souveränität) Deutschlands wieder herstellen. Unser Ziel ist eine Friedensregelung mit den drei Mächten zum ersten Weltkrieg (Siehe Überleitungsvertrag).

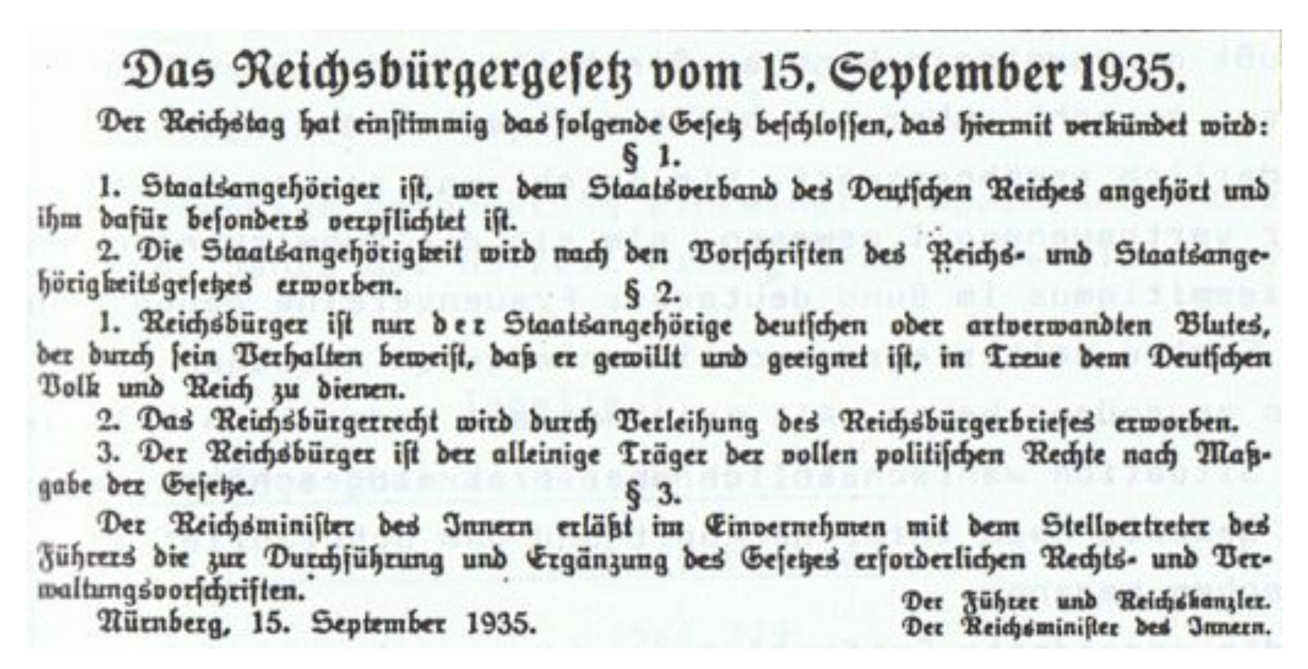
> *„Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."* (Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949)

Wir weisen nachdrücklich darauf hin: Unsere ehrenhaften Bemühungen um eine Friedensregelung zum ersten Weltkrieg in den Schmutz der „Nazizeit" zu ziehen, ist eine üble Nachrede.

In den deutschen Lizenzmedien[95] und von den BRD-"Behörden" wird immer wieder der Begriff **"Reichsbürger"** benutzt. Er suggeriert einen nationalsozialistischen und gewaltbereiten

[94] https://register.dpma.de/DPMAregister/marke/register/302437827/DE.
[95] Gemeint sind die selbsternannten Massen-, Leit- oder Qualitätsmedien die eine Lizenz für ihre Tätigkeit einholen müssen.

Hintergrund. Wer sich mit der deutschen Geschichte der letzten hundert Jahre befaßt, der wird in die politisch “rechte Ecke gestellt”. Seit Gründung der BRD wird dieses Thema im Geschichtsunterricht vermieden. Lediglich die kurze Zeit des Nationalsozialismus wird überwiegend thematisiert. In diesem Zusammenhang wird immer von der Schuld des deutschen Volkes[96] gesprochen. Wer die deutsche Geschichte genauer kennt, stellt fest, daß bereits der Erste Weltkrieg nicht von unseren Völkern aus ging. Mit dem Vertrag von Versailles (bereits Handelsrecht) fordern die drei Alliierten (GB, FR, USA) nicht leistbare Reparationen. Diese waren höher als der weltweite Goldbestand! Dadurch wurde der nächste Krieg quasi provoziert.



**Das Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935.**

Der Reichstag hat einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1.

1. Staatsangehöriger ist, wer dem Staatsverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist.

2. Die Staatsangehörigkeit wird nach den Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben.

§ 2.

1. Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen.

2. Das Reichsbürgerrecht wird durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben.

3. Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze.

§ 3.

Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Nürnberg, 15. September 1935.

Der Führer und Reichskanzler.
Der Reichsminister des Innern.

Bild 19: Reichsbürgergesetz von 1935

Der Begriff “Reichsbürger” schafft oft ein **Akzeptanzproblem** in der Familie, unter Freunden und Arbeitskollegen. Dieses Problem kann nur durch sachliches Aufklären und Distanzieren gelöst werden.

Die Staatsangehörigkeit (nach RuStAG 1913 4.1) erhält man grundsätzlich nach dem Abstammungsprinzip (Staatsangehörigkeit des Vaters oder bei unehelichen Kindern die der Mutter) und entspricht in der Regel dem jeweiligen Bundesstaat (z. B. Königreich Bayern, Sachsen etc.),- in dem man geboren wurde.

Das “Deutsche Reich” ist ein von insgesamt 25+1[97] souveränen Bundesstaaten (mit jeweils eigenem Staatsvolk) geschlossener Bund (siehe Präambel der Verfassung[98] von 1871). Dieser Bund, so könnte man rein rechtlich sagen, ist wie ein “Verein” zu betrachten. Er ist u. a. für das Postwesen, das Bahnwesen und leider auch für das Militär zuständig. Seit der Mandatsregierung von Adolf Hitler (ab 1933) wurde eine Scheinstaatsangehörigkeit “Deutsches Reich” kreiiert. Die Begriffe “Deutsch” und “Deutsches Reich” werden als sogenannte Staatsangehörigkeiten mißbraucht und stellen juristisch eine Täuschung dar (siehe auch § 119 BGB).

[96] vor Hitler waren es “die deutschen Völker”!
[97] Elsass-Lothringen
[98] http://www.documentarchiv.de/ksr/verfksr.html




Bild 20: Slogan der Bundeswehr

In der Haager Landkriegsordnung regeln die Artikel eins bis drei wer als Kombattant gilt. Nur ein souveräner Staat kann ein Heer aus Kombattanten (Soldaten) bilden. Ab 1918 gibt es in unserem Land nur noch Mandatsregierungen im Handelsrecht. Im Handelsrecht gibt es nur **Söldner**, aber keine Kombattanten (Soldaten), auch wenn sie so genannt werden.

Wer sich über die verhungerten Söldner (irreführenderweise "Soldaten" genannt) auf den Rheinwiesen Gedanken macht, der sollte wissen, daß Söldner nicht durch die Genfer Konvention, die Haager Landkriegsordnung usw. geschützt werden! Die heutige Bundeswehr besteht ebenfalls ausschließlich aus Söldnern. Jeder sollte sich Gedanken darüber machen, warum der Slogan der Bundeswehr kein Satz wie "wir dienen Deutschland" ist, sondern lediglich einen Aneinanderreihung dreier Wörter; ohne Sinn.




Bild 21: Karte des "Deutschen Reiches" umgeben von vielen anderen Reichen

## 6.9. BRD-"Behörden" und wir

Sie besitzen einen großen Wissensvorsprung gegenüber ihren Mitmenschen: Seien Sie sich dessen bewußt! Diesen Vorsprung können Sie zum eigenen Vorteil nutzen. Wie? Mit der Staatsangehörigkeit eines souveränen Bundesstaates (bspw. Kgr. Bayern) sind Rechte und Pflichten verbunden. Diese sollten Sie kennen und artikulieren können. **Gehen Sie stets von der Unwissenheit ihrer Mitmenschen aus!** Sie sollten wissen, wie man sich gegenüber der Verwaltung der Alliierten der BRD und ihren "Behörden" verhält. **Bleiben Sie immer freundlich und klären Sie stets über ihren Rechtsstatus auf!** Behalten Sie im "Hinterkopf", daß die "Behörden" und Bediensteten der BRD ihren Rechtsstatus nicht kennen. In der Regel wissen diese auch nichts vom Rechtskreis der Staatlichkeit. Mit einem kurzen freundlichen Hinweis auf die Internetseite der Gemeinde Neuhaus können Sie schnell und einfach aufklären. Generell ist jegliche Aufklärung und Transparenz wichtig! Falls Sie

also Antwortschreiben von “Behörden” bekommen, so teilen Sie diese (anonymisiert) der Öffentlichkeit mit. Ein dankbarer Kontaktpartner ist das Netzwerk der Staatsangehörigen (NESTAG).




Bild 22: Video “Staatsangehörige/Apolide”

Wenn der einzelne Staatsangehörige im Verhältnis zu den BRD-”Behörden” nicht weiter kommt, wendet er sich an die Gemeinde in der er nach Art. 7 des Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) von 1896 seinen Wohnsitz genommen hat. Die letzte Instanz ist zur Zeit die Diplomatische Mission des Kgr. Preußen die von der Gemeinde Neuhaus i. W./ Amt Neuhaus i. W. gegenüber den Alliierten und den “Behörden” der BRD proklamiert wurde. Die Gemeinde/ Mission weist auf die völkerrechtlichen Verträge, sowie die handelsrechtlichen Verträge, hin an die die Alliierten und die BRD-”Behörden” gebunden sind. Gleichzeitig wird auf das internationale deutsche Recht verwiesen, das für deutsche Staatsangehörige nach RuStAG 1913 4.1 (Staatsangehörigkeitsurkunde) gilt. Nach unseren bisherigen Erfahrungen halten sich die Alliierten und die BRD-”Behörden” an die Verträge und das internationale deutsche Recht.

Sie versuchen durch Angebote (z. B. Vorladungen, Schreiben, die einen erneuten Vertrag generieren u. a.) die deutschen Staatsangehörigen und die Gemeindevertreter wieder in ihre Handelsverträge zu “ziehen”. Deshalb ist unbedingte Wachsamkeit das Gebot der Stunde. Bevor Sie auf Forderungen der BRD reagieren, sollten Sie unbedingt die Netzwerke der Gemeinden nutzen oder sich an die Diplomatische Mission des Kgr. Preußen wenden!
Der Unterschied zwischen einem Staatenlosen (Apolid) und einem Staatsangehörigen wird in unserem kleinen Video[99] erklärt.

Für Staatsangehörige die abgemeldete juristische Personen sind gilt, daß “bundesdeutsche” “Gerichte” und “Behörden” notorisch durch nichtgesetzliche Zustellungen gegen Art. 103. Absatz 1 des Grundgesetzes (“Grundrechte vor Gericht: rechtliches Gehör”) verstoßen und das Grundrecht auf rechtliches Gehör verletzen. Im Kommentar zu Art. 103, Absatz 1, des Grundrechtes, Randnummer 30 und 31 (Mangold, Klein, Strack) wird festgestellt, daß eine förmliche Zustellung (“Gelber Brief”) von Gesetzes wegen durch eine Amtsperson persönlich an den Adressaten übergeben werden muß. Die (rechtswidrig) privatisierte Deutsche Post AG erfüllt diese zwingende Bedingung nicht. Es gibt nur noch private Zustelldienste. Es ist den “Behörden” der BRD seit dem 29.09.1990 nicht mehr möglich, behördliche Schreiben rechtswirksam zuzustellen.

**Niemand ist gesetzlich verpflichtet, ein Einschreiben anzunehmen.**

(Gerichtsverfassungsgesetz von 1950 - § 15 weggefallen[100])

[99] https://www.youtube.com/watch?v=xsWZjuBruwk
[100] http://www.gesetze-im-internet.de/gvg/BJNR005130950.html

(Gerichtsverfassungsgesetz von 1877 - § 15 Staatsgerichte[101])

Deshalb werden von Gemeindemitgliedern Schreiben, die nicht die Anschrift der reaktivierten Gemeinde tragen, mit einem entsprechenden Aufkleber zurück geschickt. Wenn alles richtig gemacht wurde, sollten keine "gelben Briefe" mehr zugestellt werden. Dies gilt für die britische Besatzungszone und nach der Russischen Anweisung. Nach unserer Erfahrung bekommt man dann einen Abholschein für "gelbe Briefe" zugestellt. Darin fordert die BRD dazu, auf diese Briefe bei der Post abzuholen. Juristisch gesehen ist dies ein Angebot. Nicht abgeholte Briefe werden automatisch nach sieben Werktagen zurückgeschickt. Das Angebot gilt dann als nicht angenommen. Daher sollte man den Brief nicht freiwillig abholen.

## 6.10. Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter

Das "Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter"[102] erregt den starken Verdacht, daß die BRD kein Bodenrecht mehr besitzt. Daraus läßt sich schließen, daß es auch Alternativen zur Kraftfahrzeugzulassung der BRD geben kann.

**Erster Abschnitt**
**Pflichtversicherung**
**§ 1**
Der Halter eines Kraftfahrzeugs oder Anhängers mit regelmäßigem Standort im Inland ist verpflichtet, für sich, den Eigentümer und den Fahrer eine Haftpflichtversicherung zur Deckung der durch den Gebrauch des Fahrzeugs verursachten Personenschäden, Sachschäden und sonstigen Vermögensschäden nach den folgenden Vorschriften abzuschließen und aufrechtzuerhalten, wenn das Fahrzeug auf öffentlichen Wegen oder Plätzen (§ 1 des Straßenverkehrsgesetzes) verwendet wird.

**§ 2**
**(1) § gilt nicht für**
**1. die Bundesrepublik Deutschland,**
**2. die Länder,**
**3. die Gemeinden mit mehr als einhunderttausend Einwohnern,**
**4. die Gemeindeverbände sowie Zweckverbände, denen ausschließlich Körperschaften des öffentlichen Rechts angehören,**
**5. juristische Personen, die von einem nach § 1 Abs. 3 Nr. 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes von der Versicherungsaufsicht freigestellten Haftpflichtschadenausgleich Deckung erhalten,**
**6. Halter von**

**a) Kraftfahrzeugen, deren durch die Bauart bestimmte Höchstgeschwindigkeit sechs Kilometer je Stunde nicht übersteigt,**

**b) selbstfahrenden Arbeitsmaschinen und Staplern im Sinne des § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe a der Fahrzeug-Zulassungsverordnung, deren Höchstgeschwindigkeit 20 Kilometer je Stunde nicht übersteigt,**

[101] http://de.wikisource.org/wiki/Gerichtsverfassungsgesetz
[102] https://www.gesetze-im-internet.de/pflvg/BJNR102130965.html

**wenn sie den Vorschriften über das Zulassungsverfahren nicht unterliegen,**

**c) Anhängern, die den Vorschriften über das Zulassungsverfahren nicht unterliegen.**

Das vollständige "Gesetz" über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter kann im Internet[103] nachgelesen werden.

## 6.11. Eigentümergrundschuld

Wer einen **Kreditvertrag** abgeschlossen und abbezahlt hat, der kann die **Grundschuld aus- oder umtragen** lassen. Der Vorteil bei dem Umtragen der Grundschuld ist, daß der Eigentümer des Hauses an erster Stelle mit der Grundschuld eingetragen ist. Dies ist wichtig, da die Rangfolge die möglichen Ansprüche regelt. So werden bei einer Versteigerung zunächst der erste Rang vollständig befriedigt, bis der nachrangige Zweitplatzierte Ansprüche geltend machen kann. Es ist ratsam, seinen eigenen Namen auch auf den zweiten Rang einer weiteren Eigentümergrundschuld eintragen zu lassen. Beide Eigentümergrundschulden sollten den Wert des Hauses weit überschreiten. Durch dieses Vorgehen wird der Zugriff durch Dritte auf unser Eigentum erschwert, bzw. unmöglich gemacht. Einen weiteren Schutz des Eigentums stellt der **Verkauf** (siehe Abschnitt 73) im Rechtsstand von 1913 dar. Zusätzlich kann man durch einen langen (maximal 99 Jahre) Miet- oder Pachtvertrag[104] die Ersteigerung der eigenen Immobilie unattraktiv für Dritte machen.
Nach Abbezahlung des Kredits und Eintragung der Eigentümergrundschuld hat die Bank den Hypothekenbrief auszuhändigen! **Der Hypothekenbrief stellt ein Wertpapier dar und sollte besonders sicher verwahrt werden.**

## 6.12. Grundsteuermutterrolle (Mutterrolle)

Die Mutterrolle ist der Katasterauszug aus der Zeit von vor 1914, in der Regel aus der Zeit von 1830-1880. In ihr ist die ursprüngliche Gebietskörperschaft mit dem Bodenrecht eingetragen. Auch wenn dort "nur" ein unbebautes Grundstück eingetragen ist, so ist es der Nachweis über das Bodenrecht. Die Mutterrolle erhält man beim zuständigen Katasteramt. Bei dem Auszug ist darauf zu achtet, daß

- ☐ sie gerichtsfest unterschrieben ist (leserlicher Vorname und Familienname)
- ☐ sie korrekt mit einem Stempel besiegelt wurde (kein Bruch oder Schrägstellung des Siegels)
- ☐ kein Inhalt durch Ausklammerung oder Umrahmung entwertet ist.

Sollte die Beglaubigung (Unterschrift und Siegel) verweigert werden, hilft in der Regel auf den Verkauf des Grundstückes an einen Ausländer. Zuständig ist nur der Leiter und nicht seine Mitarbeiter. Daher sollte das persönliche Gespräch mit dem Leiter geführt werden!

[103] http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/pflvg/gesamt.pdf
http://nestag.de/dateien.html

[104] Ein Pachtvertrag schließt auch die Nutznießung mit ein!

Es gibt starke Indizien dafür, daß die Katasterämter eine doppelte “Buchführung” betreiben. Die BRD gibt nur Katasterauszüge im Handelsrecht heraus. Man achte auf die Gebietszugehörigkeit auf dem Auszug. Zum Beispiel steht dort “Stadt Paderborn” als Firma, der “Kreis Paderborn” als Firma und der “Regierungspräsident Detmold” als Firma. **Nur mit der Mutterrolle ist die ursprüngliche Gebietskörperschaft mit dem Bodenrecht nachweisbar.**

## 6.13. Drohende Hausversteigerung wegen BRD-Forderungen

Aus Gütersloh wurde uns berichtet, daß die Versteigerung einer Immobilie wegen angeblicher "Steuerschulden" verhindert worden ist. Das BRD-Gericht hat das Verfahren wegen “formaler Fehler” eingestellt. Aufgrund aktueller Erfahrungen können wir sagen, daß dies nicht den Regelfall darstellt.
Bei einem ähnlichen Fall in der Gemeinde Neuhaus wurde der Kaufvertrag[105] im Rechtsstand von 1913 übernommen. Das Amt der Gemeinde hat den Kaufvertrag bestätigt. Wenn keine reaktivierte Gemeinde mitwirkt **sollten mindestens fünf Zeugen unterschreiben, denn diese ersetzen einen Notar.** Generell ist es ratsam möglichst, viele Zeugen unterschreiben zu lassen. Für die Übertragung der Immobilie gilt der § 925 des BGB von 1896:

> *“Die zur Übertragung des Eigenthums an einem Grundstücke nach § 873 erforderliche Einigung des Veräußerers und des Erwerbers (Auflassung) muss bei gleichzeitiger Anwesenheit beider Theile vor dem Grundbuchamt erklärt werden. Eine Auflassung die unter einer Bedingung oder einer Zeitbestimmung, ist unwirksam.” (§ 925, BGB von 1896)*

Die Texte aus dem Jahre 1896 stimmen nicht mit den heutigen Texten des BRD-BGBEG überein. Der § 925 verweist auf den § 873:

> *“Zur Übertragung des Eigenthums an einem Grundstücke, zur Belastung eines Grundstücks mit einem Rechte so wie zur Übertragung oder Belastung eines solchen Rechtes ißt die Einigung des Berechtigten und des anderen Theiles über den Eintritt der Rechtsänderung und die Eintragung der Rechtsänderung in das Grundbuch erforderlich, soweit nicht das Gesetz ein Anderes vorschreibt.*
> *Vor der Eintragung sind die Betheiligten an die Einigung nur gebunden, wenn die Erklärungen gerichtlich oder notariell beurkundet* **oder** *vor dem Grundbuchamt abgegeben* **oder** *bei diesem eingereicht sind* **oder** *wenn der Berechtigte dem anderen Theile eine den Vorschriften der Grundbuchordnung entsprechende Eintragungsbewilligung ausgehändigt hat.” (*§ 873, *BGB von 1896)*

Der § 873 zeigt die verschiedenen Möglichkeiten einer Eintragung ins Grundbuch, wenn man sich im Staatsrecht (vor 1914) befindet. Dagegen kann im BRD-Recht nur ein Notar die Bestätigung vornehmen. Abgemeldete juristische Personen mit einer Bundesstaatsangehörigkeit befinden sich im Rechtskreis der Staatlichkeit und können sich darauf berufen.
Die BRD-Grundbuch”ämter” verweigern in der Regel die Eintragung dieses Vertrages im Grundbuch. Das Grundbuchamt fordert eine notarielle Beglaubigung. Eine notarielle Beglaubigung bedeutet BRD-Handelsrecht. Deshalb sollte Beschwerde beim Amtsgericht eingelegt werden. Aus unserer Erfahrung gibt das Amtsgericht diese weiter an das Landgericht. Von dort wird sie dem Oberlandesgericht zur Entscheidung vorgelegt. Das Bundesverfassungsgericht hat unsere Verfassungsbeschwerde mit dem Aktenzeichen 2 BvR 530/16 “nicht zur

[105] Eine Vorlage ist auf unseren Internetseiten kostenlos erhältlich.

Entscheidung angenommen". Die Beschwerde hatte das Ziel, die Grundbucheintragung nach internationalem deutschen Recht –dem BGB von 1896– zu ermöglichen. Hieran wird deutlich, daß sich die BRD oft nicht an ihr eigenes Recht hält. Ein besonders bekannter Fall ist die abgewiesene Verfassungsbeschwerde von Prof. Dr. jur. Karl Albrecht Schachtschneider[106].






Bild 23: Echte Banknoten: 1.000 Mark

Es ist darauf zu achten, daß die heute noch gültigen Banknoten "Mark" von 1910 verwendet werden! **Den Wert des Hauses kann man im heutigen Versicherungsschein (Stand 1914) in Mark nachsehen.** Tatsächlich sind Häuser in der BRD in der noch gültigen Währung Mark versichert.
Mark-Banknoten sind auf Verkaufsplattformen (z. B. ebay.de) im Internet erhältlich. Beispielsweise kostet ein 1.000-Mark-Schein ca. 1 bis 2 Euro. Im Gegensatz zur Mark ist der Euro ein privater Schuldschein, der durch Dollar gedeckt ist. **Sowohl Dollar wie auch Euro sind durch nichts gedeckt. Es sind keine Banknoten, denn auf einer solchen muss mindestens Ort, Datum, Unterschrift sowie der Hinweis über Strafen bei Fälschung stehen.** Auf dem Euro befindet sich lediglich ein Copyright-Zeichen. Deshalb wird diese Euro-"Währung" von uns im Rechtsstand vor 1914 nicht anerkannt!
Die Vorlage für einen entsprechenden Kaufvertrag ist auf unserer Netzwerkwerkseite[107] erhältlich.

## 6.14. Achillesferse GmbH, Aktiengesellschaft & Co.

Wenn jemand eine GmbH, Aktiengesellschaft oder eine andere juristische Person als Firma hat, ist er aus dem BRD-Recht angreifbar. Das geht folgendermaßen: Wenn Rechnungen von den BRD-"Behörden" nicht bezahlt wurden, wird ggf. ein Insolvenzverschleppungsverfahren von der Staatsanwaltschaft eingeleitet. Es spielt bei denen keine Rolle ob man zahlungsfähig ist oder nicht; diese Verfahren sind fingiert. Auch Briefe werden nicht bearbeitet! Völlig rechtsfrei!
Eine Insolvenzverschleppung liegt nach internationalem deutschen Recht nur vor, wenn z. B. eine GmbH zahlungsunfähig ist, nicht aber wenn bei einzelnen Rechnungen die Zahlung aus Rechtsgründen nicht anerkannt wird.
Insolvenzverschleppung (Betrug) ist kein Zivilrecht sondern Strafrecht ! Beim Zivilrecht kann man bei Geldschulden (mit dem gelben Schein) nach internationalen Verträgen (u. a. Menschenrecht) nicht verhaftet werden. Das gilt nicht unbedingt beim Strafrecht!

[106] "Die Verfassungsbeschwerde gegen die Flüchtlingspolitik, die ohne Begründung vom Bundesverfassungsgericht nicht zur Entscheidung angenommen worden ist,[. . . ]" Quelle: http://www.kaschachtschneider.de/
[107] http://nestag.de/dateien.html

**Lösung:** Wie bei der Immobilien die GmbH in den Rechtstand von 1913 verkaufen. Ein Mustervertrag für den Hauskauf bieten wir kostenlos auf unseren Internetseiten an.

## 6.15. Ungültige Kreditverträge

Im Handelsrecht der BRD gilt der Uniform Commercial Code (UCC), zu deutsch etwa "einheitliches Handelsgesetzbuch". Es ist ein Entwurf eines für das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten von Amerika geltenden, vereinheitlichten Handelsrechts.
Die Vermutung liegt nahe, daß die BRD weiterhin als besetztes Land behandelt wird, da dieses Recht in der BRD angewendet wird. Bis auf die wenigen ausländische Staatsbanken agieren alle Banken im Handelsrecht.
Mit dem UCC können Kreditverträge für ungültig erklärt werden. Am einfachsten läßt sich die Ungültigkeit wie folgt nachweisen:
Unterschreibt eine Bank einen Kreditvertrag in einem Kästchen, so ist die Unterschrift und damit der Vertrag ungültig (ausgeklammert). Das Kästchen kann durch zwei Schrägstriche aufgebrochen werden, so wie es früher beim Verrechnungsscheck üblich war.

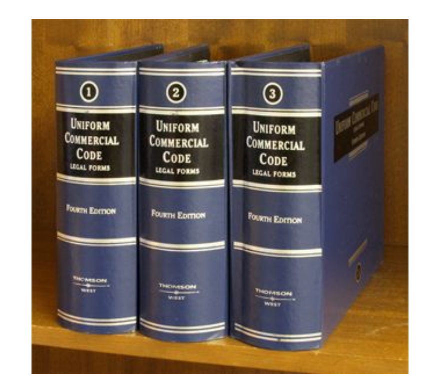



Bild 24: UCC

Im internationalen deutschen Recht, dem BGB von 1896, gilt stillschweigendes Verhalten als Ablehnung eines Angebotes oder einer Auftragsbestätigung. Im Amerikanischen Handelsrecht (UCC) ist der Sachverhalt genau umgekehrt. Ein Stillschweigen gilt als Zustimmung. Wenn man diese stillschweigende Zustimmung ausschließen will, so kann man seine Unterschrift um folgenden Zusatz ergänzen: **"WITHOUT PREJUDICE entsprechend UCC 1-308". Das bedeutet:**

> „Ich behalte mir die Rechte vor, nicht gezwungen zu werden um unter irgendeinem kommerziellen Vertrag oder Insolvenz zu handeln in die ich nicht wissentlich, freiwillig und absichtlich eingetreten bin. Und weiterhin werde ich keine Haftung übernehmen für den erzwungenen Vorteil von irgendeinem nicht offenbarten Vertrag oder kommerzieller Vereinbarung oder Insolvenz."

Einige Gruppen beschäftigen sich mit dem speziellen Thema "Accepted for Value". Sie generieren aus Rechnungen Wertbriefe/ Schecks (UCC 3-104 HJR 192 Bill, Scheckgesetz 1965). Wir haben diese Wertbrief-Erzeugung selbst mehrfach getestet, bisher leider erfolglos. Angesichts des hohen Aufwandes erscheint es uns aktuell sinnvoller die Energie in die Aufklärung und Gemeindereaktivierung zu lenken.

## 6.16. Allg. Steuerpflicht für Bundesstaatsangehörige

Grundsätzlich sind Staatsangehörige der Bundesstaaten von 1914 bereit, für das Gemeinwohl (Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Straßen, Verwaltung etc.) unserer Länder Steuern zu entrichten! Heute fließt der Großteil der Steuern an die drei westlichen Alliierten und dann weiter an die Gläubiger. Mit diesen Geldern werden weltweit (auch von deutschem Boden aus) Kriege geführt, andere Völker unterdrückt, Millionen Menschen getötet sowie Überwachungsprogramme finanziert. **Wollen wir das?**

### 6.16.1. Allgemeine Steuerpflicht

Laut Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1907 besteht auch in einem besetzen Land eine Steuerpflicht nach den Richtlinien des besetzten Gebietes. Somit sind auch die Staatsangehörigen der jeweiligen Bundesstaaten verpflichtet Steuern, nach Maßgabe der HLKO zu zahlen. Im Gegensatz dazu sind BRD-Bürger in einem Vertragsverhältnis mit der BRD und müssen zahlen was gefordert wird. Ohne Legitimation der Alliierten hat die BRD kein Recht, Steuern gegenüber abgemeldeten juristischen Personen zu erheben.

Ab dem 14. Juli 1893 bis 1918 galten die Steuersätze der Miquelschen Steuerreform[108]:

- für Jahreseinkommen von 900 bis 1.050 Mark (1 M = 6 EUR) stieg die Einkommenssteuer von 0,62% bis auf 4% für Jahreseinkommen über 100.000 Mark.
- die Umsatzsteuer betrug 0,5% (diese Steuer wurde zur Finanzierung des Ersten Weltkrieges eingeführt!).

Die Haager Landkriegsordnung (HLKO) legt genau fest wie ein Besatzer verfahren darf. Der Artikel 43 legt bspw. fest, daß er sich an die gültigen Gesetze des Landes zu halten hat. Bei einer tatsächlichen Steuerlast von ca. 80% der BRD-"Behörden" können wir davon ausgehen, daß die meisten Steuereinnahmen nicht in unserem Land bleiben (Man betrachte den Zustand unserer Straßen und Schulen. Zum Vergleich: Bis zum Jahr 1971 hatte die BRD einen Außenhandelsüberschuss von über 3.000 Tonnen Gold. Dieses Gold wurde von den Alliierten beschlagnahmt. Seit 1972 sind jedes Jahr Handelsüberschüsse erwirtschaftet worden. In manchen Jahren über 100 Milliarden DM/EUR. Wo sind diese Überschüsse? China hat Billionen an Währungsreserven angesammelt. Und WIR?
In der russischen Föderation beträgt, wie der russische Präsident Putin in einem ZDF-Interview mitteilte, die Einkommenssteuer lediglich 13%.

> Art. 43, HLKO
> *"Nachdem die gesetzmässige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, trifft dieser alle ihm zu Gebote stehenden Massnahmen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und den regelmässigen Gang der öffentlichen Angelegenheiten wieder herzustellen und zu sichern. Dabei soll er, wenn nicht unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen,* ***die im Land geltenden Gesetze aufrechterhalten****."*

Nach Artikel 48 hat der Besatzer die Steuergesetze des besetzten Landes zu achten.

> Art. 48, HLKO
> *"Wenn die Kriegspartei in dem besetzten Gebiete die zugunsten des Staates bestehenden Steuern, Zölle und Abgaben erhebt, so soll sie es möglichst* ***nach Massgabe der für ihre Erhebung und Verteilung geltenden Vorschriften tun****; es erwächst hiermit für sie die Verpflichtung, die Kosten der Verwaltung des besetzten Gebiets in demselben Umfange zu tragen, wie die gesetzmässige Regierung hierzu verpflichtet war."*

[108] https://de.wikipedia.org/wiki/Johannes_von_Miquel.

Die Besatzungskosten[109] sind von der Bevölkerung des besetzten Landes zu tragen. Die Gemeinde Neuhaus i. W. hat die britischen Besatzer (gerichtsfest) per Telefax aufgefordert die Besatzungskosten einsehen zu können. Bis heute hat sie keine Antwort erhalten. Daher gehen wir davon aus, daß keine Besatzungskosten zu leisten sind.

> Art. 49, HLKO
> *"Wenn der Besetzende ausser den im vorstehenden Artikel erwähnten Abgaben andere Auflagen in Geld in dem besetzten Gebiet erhebt, so darf dies nur* ***zur Deckung der Bedürfnisse des Heeres*** *oder der Verwaltung dieses Gebiets geschehen."*

### 6.16.2. Steuerpflicht für abhängig Beschäftigte

Zur Zeit versuchen wir herauszufinden ob/ welches rechtliche Besteuerungsverhältnis zu den "Behörden" der BRD besteht. Laut Aussagen des Paderborner Finanzamtes, von Steuerberatern und offiziellen Internetseiten der Finanzämter besteht eine "Beschränkte Steuerpflicht bei Wohnsitz im Ausland". Unter "beschränkt Steuerpflichtige" versteht man andere "Staatsangehörige" (im Handelsrecht) von anderen Ländern.
Wir gehen davon aus, daß es zur Zeit **keine Steuerpflicht für Staatsangehörige der deutschen Bundesstaaten vor 1914** gegenüber der BRD gibt. Seit Jahren fordern wir die Alliierten und die "Behörden" der BRD auf, unsere offenen Fragen zu beantworten.

## 6.17. Körperschaften des öffentlichen Rechts (K.d.ö.R.)

### 6.17.1. Abmelden von der Krankenkasse (K.d.ö.R.)

Die Abmeldung von der Krankenkasse ist für abhängig Beschäftigte besonders interessant, weil die Krankenkassen den Großteil der **Zwangsmitgliedsbeiträge** einzieht. Da der Arbeitgeber "gesetzlich" verpflichtet ist diese Gebühren abzuführen, hat er keinen Einfluss. Sobald das Geld abgeführt ist, hat auch der Arbeitnehmer keine Kontrolle mehr darüber. Die Krankenkassen handeln als Inkassounternehmen und treiben folgende Zwangsbeiträge ein: Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung.
Alle juristischen Personen, die in einer BRD-Gemeinde angemeldet sind, unterliegen in der Regel den Zwangsmitgliedschaften bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts (Handelsrecht). Beispiel sind AOK, GEZ, IHK, Anwaltskammern, Ärztekammer und Steuerberaterkammer.
Die AOK NordWest ist als gesetzliche Krankenkasse eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung.
Abgemeldete juristische Personen sind frei von diesen Zwangsmitgliedschaften. Dem Amt der Gemeinde Neuhaus ist es gelungen, ein Gemeindemitglied von der AOK NORDWEST zu befreien.

In dem Antwortschreiben (siehe Anhang ab Seite A.6) der AOK NORDWEST ging es nur nebenächlich um den Organspendeausweis. Die AOK NORDWEST hat ihn unseres Erachtens benutzt um ihrem Schreiben die Brisanz zu nehmen. Zudem wird suggeriert (so unser Eindruck), daß der Angeschriebene nicht zur Organspende bereit wäre und somit sich somit asozial verhält.

[109] GG Art. 120 Abs. (1): Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen.

Dennoch, die Gemeindemitglieder und Mitglieder des Netzwerk der Staatsangehörigen (NESTAG[110]) freuen sich über die positive Antwort/ das Einlenken der AOK NORDWEST.
Das Antwortschreiben ist anonymisiert worden, um die Persönlichkeitsrechte der bei der AOK angestellten Person zu schützen.
Bemerkenswert ist, daß es sich bei der AOK (Allgemeine Ortskrankenkasse) um eine besondere Krankenkasse handelt, denn sie ist keine Ersatzkasse. Unser erfolgreicher Vorstoß bestätigt uns, daß der Rechtskreis der Staatlichkeit (von vor 1914) von Institutionen, die sich im Handelsrecht befinden, akzeptiert wird.

### 6.17.2. Abmelden von der GEZ (K.d.ö.R.)

Bei dem Inkassobüro GEZ (ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice) handelt es sich um eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (K.d.ö.R.) ohne Rechtsfähigkeit.

> "ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice ist eine öffentlich-rechtliche, nicht rechtsfähige Gemeinschaftseinrichtung der in der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, des ZDF und des Deutschlandradio zum Zwecke des Einzugs der Rundfunkbeiträge nach dem Rundfunkbeitragsstaatsvertrag."
> *Quelle: Impressum , rundfunkbeitrag.de*

Das aktuelles BGH-Urteil (Az. I ZB 64/14) zeigt, daß man als BRD-Bürger im "Rechtskreis der BRD"[111], also im Handelsrecht, nur wenige Mittel besitzt um sich gegen die GEZ-Zwangsabgabe zu wehren.

> "Der Bundesgerichtshof (BGH) hat in einem am Freitag veröffentlichten Beschluss entschieden, daß die GEZ-Nachfolgestelle "Beitragsservice" Rundfunkgebührenforderungen **auch ohne Ausgangsbescheid, Dienstsiegel, Unterschrift und Nennung des Gläubigers vollstrecken lassen kann** (Az. I ZB 64/14)." *Quelle: telepolis.de*

Nach unserer Erfahrung ist die beste und sicherste Lösung, sich in den günstigeren Rechtskreis der Staatlichkeit zu begeben.
Das Handelsrechtsspiel nennt sich Monopoly. Sie haben die Bank. Sie können jederzeit die Spielregeln ändern. Sie haben die Schloßallee, Badstraße, den Bahnhof, das E-Werk.... Wer in diesem handelsrechtlichen Monopolyspiel mitspielt, der kann nur verlieren.

### 6.17.3. Abmelden von der IHK (K.d.ö.R.)

Bei den Industrie- und Handelskammern handelt es sich um Körperschaften des öffentlichen Rechts (K.d.ö.R.).
Die Abmeldung von der Zwangsmitgliedschaft der Industrie und Handelskammern erfolgt genauso wie die Abmeldung von der GEZ/ der Krankenkasse (AOK siehe Anhang ab Seite A.6).
Es ist wichtig sich bewußt zu machen, daß *öffentlich-rechtlich* nicht gleich *staatlich* ist! Auch Stiftungen oder Banken im Handelsrecht können öffentlich-rechtlich sein.
Die Zwangsmitgliedschaft kann auch als Mann oder Weib (Herr und Frau kennzeichnen die Person) abgewehrt werden. Hierzu wird auf die Musterschreiben auf unserer Internetseite verwiesen.

[110] http://nestag.de
[111] Handelsrecht

## 6.18. Beantragen von Sozialgeld nach SGB II & XII gemäß HLKO

Für Mitglieder der reaktivierten Gemeinden müssen die Alliierten die Versorgung mit "Renten" – soziale Absicherung – über die BRD bzw. die Sozialverbände sicherstellen (siehe auch Antrag SGB XII auf Seite 79).
Auch im Sozialgesetzbuch wird zwischen **Bundesbürgern** und **Deutschen Staatsangehörigen** unterschieden (siehe auch Staatsangehörigkeitsurkunde).
SGB XII Sozialgesetzbuch - Sozialhilfe § 133 SGB XII[112] Übergangsregelung für besondere Hilfen an Deutsche nach Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes (1)

> *"Deutsche, die außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes, aber innerhalb des in Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes genannten Gebiets geboren sind und dort ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, können in außergewöhnlichen Notlagen besondere Hilfen erhalten, auch wenn sie nicht die Voraussetzungen des § 24 Abs. 1 erfüllen. § 24 Abs. 2 gilt. Die Höhe dieser Leistungen bemisst sich nach den im Aufenthaltsstaat in vergleichbaren Lebensumständen üblichen Leistungen. Die besonderen Hilfen werden unter Übernahme der Kosten durch den Bund durch Träger der freien Wohlfahrtspflege mit Sitz im Inland geleistet."*

Deutsche Staatsangehörige, die im Besitz der Staatsangehörigkeitsurkunde sind, können Sozialleistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II & XII) gemäß dem Artikel 7 der Haager Landkriegsordnung (Unterhalt) fordern. Die nächste Abbildung zeigt den Kopf des Formulars. Leere Antragsformulare bieten wir zum kostenlosen Herunterladen auf unseren Internetseiten an. Für das Beantragen wird die richtige Staatsangehörigkeit aus dem Rechtskreis von vor 1914 benötigt (Staatsangehörigkeitsurkunde nach RuStAG 1913 4.1), und es muss eine Bedürftigkeit vorliegen. Wichtig ist auch den Satz "gemäß Artikel 7 Haager Landkriegsordnung (Unterhalt)" zu ergänzen so wie das Bild 25 zeigt.

**Der Antrag wird bei einem der Sozialverbände (z. B. Caritas) gestellt und nicht bei einem Sozialamt der BRD! Bei Antragsstellung sollte man immer die richtige Meldeadresse angeben. In unserem Fall die staatliche Gemeinde Neuhaus i. W. und nicht bspw. die Firma "Stadt Paderborn". Generell ist darauf zu achten, keinen neuen Vertrag mit der BRD abzuschließen.**

| Eingang: | Antrag auf Leistungen nach dem SGB XII | Az: |
|---|---|---|

☒ Hilfe zum Lebensunterhalt (3. Kapitel)

☐ Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel)

☒ sonstige Leistungen (5. bis 9. Kapitel)

gem. Artikel 7 Haager Landkriegsordnung (Unterhalt)

Bild 25: Antrag auf Sozialleistungen nach dem SGB XII - HLKO

[112] http://www.sozialgesetzbuch-sgb.de/sgbxii/133.html

In der HLKO steht dazu.

**Art. 7 [Unterhaltspflicht]**

"Die Regierung, in deren Gewalt sich die Kriegsgefangenen befinden, hat für ihren Unterhalt zu sorgen. In Ermangelung einer besonderen Verständigung zwischen den Kriegführenden sind die Kriegsgefangenen in Beziehung auf Nahrung, Unterkunft und Kleidung auf demselben Fuße zu behandeln wie die Truppen der Regierung, die sie gefangen genommen hat."

Art. 7, HLKO

Der folgende Text wurde vom Caritas-Verband übernommen.

### Hilfe zum Lebensunterhalt (3. Kapitel SGB XII)

Die Hilfe zum Lebensunterhalt deckt den notwendigen Lebensunterhalt von Menschen, deren wirtschaftliche und soziokulturelle Existenz auf andere Weise nicht gesichert werden kann. Der notwendige Lebensunterhalt umfaßt nach § 27a SGB XII: "Insbesondere Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Haushaltsenergie ohne die auf Heizung und Erzeugung von Warmwasser entfallenden Anteile, persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens sowie Unterkunft und Heizung." Zu den persönlichen Bedürfnissen des täglichen Lebens gehört in vertretbarem Umfang eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft; dies gilt in besonderem Maß für Kinder und Jugendliche.
Wie alle Hilfen im Leistungskatalog der Sozialhilfe nach dem SGB XII soll auch die Hilfe zum Lebensunterhalt den Leistungsberechtigten die Führung eines menschenwürdigen Lebens ermöglichen.
Der Leistungsanspruch berechnet sich (sehr vereinfacht dargestellt) wie folgt: Zunächst wird der Bedarf ermittelt, dann werden Einkommen und Vermögen (eigene Mittel) diesem Bedarf rechnerisch gegenüber gestellt. Übersteigt der Bedarf die eigenen Mittel, besteht insoweit (Fehlbedarf) ein Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt.
**Nachrang der Hilfe zum Lebensunterhalt:** Hilfe zum Lebensunterhalt erhält nicht, wer sich aus eigenen Kräften (z. B. Arbeitskraft) oder mit eigenen Mitteln (Einkommen, Vermögen) selbst helfen kann oder wer die erforderliche Hilfe von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erhält. Insofern schützt Hilfe zum Lebensunterhalt als letztes soziales "Auffangnetz" vor Armut und sozialer Ausgrenzung.
Grundsätzlich ausgeschlossen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt sind – trotz Bedürftigkeit – folgende Personengruppen:

- Personen, die leistungsberechtigt sind nach dem Sozialgesetzbuch, 2. Buch (SGB II), d. h. erwerbsfähige Personen, die 15 Jahre oder älter sind, aber noch nicht die Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII erreicht haben (Anspruchsberechtigung auf Arbeitslosengeld II),
- sowie deren nicht erwerbsfähige Angehörige (Anspruchsberechtigung auf Sozialgeld),
- Ausländer, soweit eine Leistungsberechtigung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) besteht.

Andere vorrangige Sozialleistungsansprüche, z. B. auf Krankengeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Rente, Kindergeld etc. schließen einen Anspruch auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt zwar nicht von vornherein aus, führen aber durch rechnerische Berücksichtigung dieser Leistungen auf der Einkommensseite zu einer Minderung oder auch einem gänzlichen Wegfall der Hilfe zum Lebensunterhalt. Als Einkommen sind aber nicht nur Sozialleistungen, sondern auch (fast) alle anderen denkbaren Einkünfte zu berücksichtigen, z. B. Mieteinnahmen, Unterhaltsansprüche, Steuererstattungen und vieles mehr. Wir informieren Sie gern im persönlichen Beratungsgespräch über weitere Details und Besonderheiten (z. B. nicht anrechenbare Einkünfte, Bereinigung des Einkommens usw.). Neben der Selbsthilfe aus eigenen Kräften und der Ausschöpfung aller in Betracht kommenden (legalen) Einnahmemöglichkeiten ist schließlich vorhandenes Vermögen (Barvermögen oder Sachvermögen) vorrangig für den Lebensunterhalt einzusetzen. Hier gelten jedoch großzügige Schutzvorschriften, die den Leistungsberechtigten vor besonderen Härten bewahren sollen. Auch insoweit beraten wir Sie gern detailliert im persönlichen Gespräch.

**Bestandteile der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt:** Hilfe zum Lebensunterhalt umfaßt regelmäßig je Person innerhalb der Bedarfsgemeinschaft eine **Regelleistung**. Die Regelleistungen sind je nach Alter unterschiedlich hoch. Neben den Regelleistungen sind die **Kosten der Unterkunft** (Wohnungsmiete oder Aufwendungen für Wohneigentum) als Bedarf zu berücksichtigen. Personen mit speziellen Bedarfen wird neben dem Regelsatz ein **Mehrbedarf** zugestanden. Der Mehrbedarf wird als prozentualer Zuschlag zum Regelsatz geleistet. Weiterhin können **Beiträge** für die Kranken- und Pflegeversicherung übernommen werden. Die Summe der anzuerkennenden Bedarfe stellt den "Gesamtbedarf zum Lebensunterhalt" für einen Bezugszeitraum (normalerweise für einen Kalendermonat) dar.

**Zusätzliche Leistungen außerhalb der laufenden Hilfegewährung:** Einmalige Beihilfen werden –soweit notwendig– für die Erstausstattung der Wohnung einschließlich Haushaltsgeräte, für die Erstausstattung mit Bekleidung (einschließlich Sonderbedarf bei Schwangerschaft und Geburt) sowie für die Anschaffung und für Reparaturen von orthopädischen Schuhen, Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen sowie für die Miete von therapeutischen Geräten erbracht. Alle anderen denkbaren Einmalbedarfe –mit Ausnahme der Bedarfe für Bildung und Teilhabe im Sinne der §§ 34, 34a SGB XII– sind bereits pauschaliert durch die Regelsätze abgegolten und aus diesen zu bestreiten. Von den Regelsätzen umfaßter, jedoch im Einzelfall unabweisbar gebotener Sonderbedarf kann allerdings als Darlehen gewährt werden (§ 37 SGB XII). Wohnungsbeschaffungskosten, Mietkautionen und Umzugskosten können bei vorher erteilter Zustimmung zum Umzug ebenfalls (darlehensweise) übernommen werden. Weiterhin können bzw. sollen in bestimmten Sonderfällen Schulden übernommen werden, z. B. Mietschulden bei drohender Wohnungslosigkeit oder sonstige Schulden bei einer vergleichbar schweren Notlage (§ 37 SGB XII).

**Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft:** Kinder und junge Erwachsene haben unter bestimmten Voraussetzungen Ansprüche auf zusätzliche Leistungen aus dem Bereich Bildung und Teilhabe nach den §§ 34, 34a SGB XII.

**Wichtig zu wissen für Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt:** Wie bestimmte Sozialleistungsansprüche die Gewährung von Hilfe zum Lebensunterhalt ausschließen, so sind auf der anderen Seite einem Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt einige andere Sozialleistungen ausdrücklich verwehrt. Wer laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bezieht, kann z. B. zusätzlich kein Wohngeld erhalten und ebenfalls keinen Kinderzuschlag. Es gibt aber auch soziale Vergünstigungen, die gerade wegen des Bezuges von Hilfe zum Lebensunterhalt eingeräumt werden können, z. B. ein spezielles Zugangsrecht zur Krankenversicherung, die Befreiung von den Rundfunkgebühren, die Telefongebührenermäßigung, die Beratungs- oder

Prozesskostenhilfe bei rechtlichen Streitigkeiten. Wir beraten Sie gern ausführlich über alle Vergünstigungen, die Sie als Empfänger/-in von Hilfe zum Lebensunterhalt in Anspruch nehmen können.

#### Notwendige Unterlagen

Für einen Sozialhilfe-Grundantrag werden regelmäßig verschiedenste Unterlagen benötigt, die der Antragsteller mitbringen sollte. Was im Einzelnen vorzulegen ist, hängt natürlich von den Umständen jedes Einzelfalles ab. In aller Regel sind aber folgende Nachweise erforderlich: Vollständige Einkommensunterlagen, Belege über eventuelles Vermögen, Nachweise über laufende Ausgaben, Mietvertrag, ggf. ärztliche Bescheinigungen und Befunde (bei Erwerbsminderung). Das Sachgebiet Soziales informiert jeden Antragsteller ausführlich, welche Unterlagen vorzulegen sind.

## 6.19. Indirekter Zugriff auf Vermögen

Das Thema "Gerichtsvollzieher" ist schon im Abschnitt 5.1 angesprochen worden.
Die Finanzbehörden versuchen, wenn sie deutsche Staatsangehörige nicht direkt belangen können, den Weg über Dritte. Das sind dann vorzugsweise rechtlose Bundesbürger/ Apolide/ Staatenlose. Beispiel: "Vermieten und Verpachten": Die BRD-Finanzbehörde schickt eine **Drittschuldnererklärung** an den Mieter. Dabei ist es wichtig zu wissen, daß sich auch BRD-Bürger **frei** entscheiden können!
Der Mieter kann im Formular des Finanz"amtes" auf die Forderung, die Miete an die Finanzbehörde zu zahlen, mit "ja" oder "nein" ankreuzen. Diese Briefe sind so gestaltet, daß es für den normalen "Steuerbürger" schwierig ist, die Zusammenhänge zu erkennen. Dem Anschein nach suggeriert das "Behörden"schreiben eine Pflicht, in Wahrheit handelt es sich jedoch um ein **freiwilliges Angebot**. Wenn mit "nein" geantwortet wird, so versucht die BRD-Finanzbehörde die "Forderung" über ein Handelsamtsgericht durchzusetzen. Es empfiehlt sich, von den Mietern eine **Vollmacht**[113] **der Vertretung** (Vorlage von Anwälten nutzen) ausstellen zu lassen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die BRD-Finanzbehörde alle Forderungen auf Null gesetzt und die Klage zurückgezogen hat, nachdem wir 15 Beweisanträge[114] eingereicht haben. Deutsche Staatsangehörige[115] brauchen im Gegensatz zu Bundesbürgern die Gerichtskosten nicht übernehmen. Im internationalen deutschen Recht gilt: "Wer die Musik bestellt, der muß sie auch bezahlen".
In unserem Falle forderte die Gerichtskasse Hamm Zahlungen. Diese wurden nach entsprechenden Schreiben von den BRD-"Behörden" zurückgezogen.

## 6.20. Umgang mit dem "Gerichtsvollzieher"

Der Gerichtsvollzieher (GV) arbeitet mittlerweile als freiberufliche Privatperson! Gegenüber abgemeldeten juristischen Personen besitzt er keinerlei (hoheitlichen) Befugnisse. Es ist wichtig, den Gerichtsvollzieher niemals (freiwillig) in die Wohnung/ das Haus zu lassen. Da der GV seine Handlung stets schriftlich ankündigt, haben wir die Möglichkeit ihn im Vorfeld auf unsere Rechte (Bundesstaatsangehörige mit Staatsangehörigkeitsurkunde) hinzuweisen. Zu den Konsequenzen einer Zahlungsverweigerung verweisen auf den Abschnitt 5.1.

[113] kostenlose Vorlage auf der Seite http://gemeinde-neuhaus.de
[114] diese haben die Finanzbehörde veranlasst beim Amtsgericht alle Drittschuldnererklärunge zurückzuziehen. Siehe www.nestag.de unter Dateien.
[115] RuStAG 1913 4.1 mit einer Staatsangehörigenurkunde.

**Erstes Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz (1. BMJBBG k.a.Abk.)**

G. v. 19.04.2006 BGBl. I S. 866 (Nr. 18); zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 13 G. v. 11.08.2009 BGBl. I S. 2713
Geltung ab 25.04.2006, abweichend siehe Artikel 210
187 Änderungen | Drucksachen / Entwurf / Begründung | wird in 56 Vorschriften zitiert

Artikel 55 ← → Artikel 57

**Artikel 56 Aufhebung der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung**

(310-10)

Die Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-10, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Artikel 7 Abs. 17 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1149), wird aufgehoben.

Bild 26: "Gesetzes"-Eintrag auf www.butzer.de

Mit der Bundesstaatsangehörigkeit nach RuStAG 1913 4.1 (Staatsangehörigkeitsurkunde) gelten die internationalen völkerrechtlichen und handelsrechtlichen Verträge, die von der BRD-Verwaltung ratifiziert wurden für die natürliche Person im Rechtskreis vor 1914. Zum Beispiel:

1. Nach Protokoll Nr. 4 des Zusatzprotokolls der Europäischen Menschenrechte ist eine **Inhaftierung wegen zivilrechtlichen Ansprüchen unzulässig.** Die Abgabe der eidesstattlichen Versicherung wird im Zivilrecht geregelt. Sie kann nicht durch Haft erzwungen werden, **da es nicht erlaubt ist, gegen sich selbst eine Erklärung unfreiwillig abzugeben** (siehe auch Unschuldsvermutung Art. 6 II EMRK und der Menschenrechtskonvention der UNO mit gleichlautendem Inhalt).

2. Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (in Kraft seit dem 3. September 1953), Zusatzartikel 4 - Verbot der Freiheitsentziehung wegen Schulden: "Niemand darf die Freiheit allein deshalb entzogen werden, weil er nicht in der Lage ist, eine vertragliche Verpflichtung zu erfüllen."

3. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.Dezember 1966 (BGBl. 1973 II 1553) Artikel 11: "Niemand darf nur deswegen in Haft genommen werden, weil er nicht in der Lage ist, eine vertragliche Verpflichtung zu erfüllen."

4. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984 (BGBJ. 1990 II S. 246).

Das bedeutet u. a., daß man wegen Geldschulden nicht verhaftet werden darf und sich vor Gericht selbst verteidigen kann. Das AuslG-VwV gibt Auskunft über die von der BRD verwalteten Bundesbürger. Für Ausländer ohne Staatsangehörigkeit (Staatenlose BRD-Mitglieder) gelten die internationalen völkerrechtlichen und handelsrechtlichen Verträge nicht ! Sie haben keinen Schutz vor Verhaftung der BRD-"Behörden" bei Geldschulden.

## 6.21. Postversand zu alten Preisen im Selbstversuch

Immer mehr Menschen in diesem Land werden von dem Gefühl geplagt, daß hier etwas nicht stimmt. Immer öfter kommen Beweise ans Licht, daß die BRD ein besetztes Land ist (Obama

2009: „Germany is an occupied country and it will stay that way.“), keine Souveränität besitzt (sondern diese den eigenen Bürgern gegenüber nur vortäuscht), sie eine Staatsangehörigkeit „deutsch“ ausstellt, die auf eine Verordnung aus dem Jahre 1934 fußt, usw. Auch bekannte Köpfe wie Gregor Gysi geben inzwischen offen den Besatzungsstatus zu. Ein weiteres Indiz für diese Situation kann aber jeder selbst erkennen, indem er einen Brief an einen Freund schreibt und diesen mit nur 4 Cent beklebt. (Anleitung im folgenden Text) Grundlage scheinen das Reichspostgesetz und der Weltpostvertrag[116] mit dem Weltpostverein[117] (UPU) zu sein.

### Weltpostvertrag

Interessant sind folgende Auszüge aus dem Weltpostvertrag[118].

**3. Kriegsgefangene und Zivilinternierte**
**3.1. Briefsendungen, Postpakete** und Sendungen der Postfinanzdienste, die entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der in der Vollzugsordnung genannten Stellen an Kriegsgefangene gerichtet sind oder von diesen abgesandt werden, sind von allen Postgebühren mit Ausnahme der Luftpostzuschläge befreit. In einem neutralen Land aufgenommene und internierte Kriegsteilnehmer werden bei der Anwendung der vorstehenden Bestimmungen den eigentlichen Kriegsgefangenen gleichgestellt.

**3.2. Die in Absatz 3.1 vorgesehenen Bestimmungen gelten auch für Briefsendungen, Postpakete** und Sendungen der Postfinanzdienste, die entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der in der Vollzugs- ordnung genannten Stellen aus anderen Ländern an Zivilinternierte im Sinne der Genfer Konvention vom 12. August 1949 über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten gerichtet sind oder von diesen abgesandt werden [...].

**3.4. Pakete werden bis zu einem Gewicht von 5 Kilogramm gebührenfrei befördert.** Das Höchstgewicht wird für Sendungen, deren Inhalt unteilbar ist, und für Sendungen, die zwecks Verteilung an die Gefangenen an ein Lager oder dessen Vertrauensleute gerichtet sind, auf 10 Kilogramm heraufgesetzt. [...]

Da wir einerseits besetztes Land sind, die BRD nur ein Verwaltungskonstrukt der Alliierten ist und keine hoheitlichen Befugnisse besitzt, besagtes Reichspostgesetz zu ändern und andererseits das „Deutsche Reich“ niemals untergegangen ist, gelten international auch seine Gesetze weiter. Wie sich diese rechtliche Situation praktisch nutzen läßt wird im Folgenden erklärt. Vorweg: Es gibt gleich mehrere Varianten. Lesen Sie selbst:

### Gebührenfrei als Kriegsgefangenenpost

Mit dem Aufdruck/Aufkleber/Aufschrift „Service des prisonniers de guerre - Kriegsgefangenenpost versenden Sie Post gebührenfrei”, (hier kann noch direkt darunter handschriftlich das Datum und ein Namenszeichen vermerkt werden). Diese Variante sollte bei Schreiben an „Behörden“ und an Bedienstete von solchen verwendet werden.
Bis heute verschickt der DRK-Suchdienst Nachrichten zu vermißten Kriegsgefangenen weltweit gebührenfrei. Über 70 Jahren nach Ende des sogenannten “Zweiten Weltkriegs” wird Kriegsgefangenen-Post unentgeltlich – ohne Briefmarke – zugestellt. Der Zusatz „Service des

[116] http://www.transportrecht.de/transportrecht_content/1145517132.pdf
[117] http://www.upu.int/en.html
[118] Siehe auch “4-Cent-Briefversand” unter http://nestag.de in der Rubrik “Dateien”

prisonniers de guerre – Kriegsgefangenenpost gebührenfrei" steht rot auf weiß in der rechten oberen Ecke der Karte die der Gemeinde Neuhaus i. W. zugeschickt wurde. Französisch, weil es die Weltpostsprache ist. Keine alltägliche Sendung. Fürwahr. Hansjörg Kalcyk, Sprecher vom Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in München, versteht die Nachfrage nicht. Er kennt es nicht anders: „Für uns ist das Alltag. Jedes Jahr sind es etwa 20.000 Poststücke, die wir auf diese Weise (portofrei) verschicken." Warum das so ist? „Das richtet sich nach den Genfer Konventionen, der der Weltpostvertrag angeschlossen ist", sagt Rainer Erzner, Sprecher der Post in Nordrhein-Westfalen. 196 Staaten sind den Abkommen, die zum humanitären Völkerrecht zählen, beigetreten. Die gebührenfreie Sendung gilt auch in der Gegenwart. Beispiele aktueller Fälle sind selten.

### Mittels zweier 2-Cent-Briefmarken

Kleben Sie zwei 2-Cent-Briefmarken auf. Da wir die Post nicht unnötig schädigen wollen, sollte für private Post diese Variante Verwendung finden.

### Gebührenfrei als Interniertenpost

Mit dem Aufdruck/Aufkleber/Aufschrift „Service des internés - Interniertenpost versenden Sie ebenfalls gebührenfrei Post. Auch hier kann noch direkt darunter handschriftlich das Datum und ein Namenszeichen vermerkt werden.

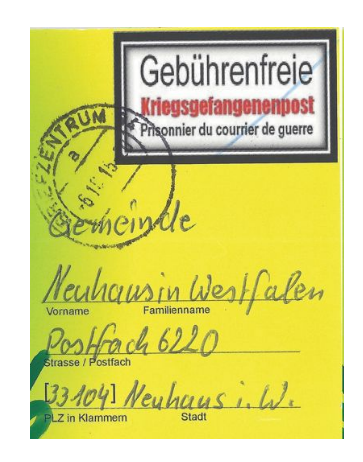



Bild 27: Kriegsgefangenenpost

Für alle drei Varianten gilt: Adresse des Empfängers: Vorname(n), Name Straße Hausnummer, [Postleitzahl] Ort (Achtung! Die Postleitzahl muß unbedingt in eckige Klammern geschrieben werden!). Land (bei Sendungen innerhalb des Deutschen Reiches sollte hier, da die BRD de jure für Reichsangehörige Ausland ist, „non domestic F.R.G." (= nicht innerstaatlich, Federal Republic of Germany) stehen, muß aber nicht. Auch Briefe ohne diesen Zusatz kommen an.
Adresse des Absenders: Vorname(n), Name, Straße Hausnummer, [Postleitzahl] Ort (Achtung! Auch hier muß die Postleitzahl unbedingt in eckige Klammern geschrieben werden!)
Weitere Informationen finden sich als PDF-Datei[119].

[119]http://nestag.de/dokumente/Postverein_4_Cent.pdf.
Quelle: Artikel gekürzt und mit einem Zusatz von PRAVDA.TV versehen, das Original vom von Joachim Karpa ist hier nachzulesen: http://www.derwesten.de/wp/panorama/63-jahre-nach-dem-krieg-ist-post-portofrei-id1087959.html.

# 7. Friedensvertrag zum Ersten Weltkrieg

Der Friedensvertrag muss mit den drei westlichen Allierten (GB, FR, USA) zum Ersten Weltkrieg geschlossen werden. Mit Russland existiert bereits seit dem 3. März 1918 der Friedensvertrag von Brest-Litowsk[120]. Russland hat sich 1990 an diesen Friedensvertrag gehalten. Es hat sich auf die im Friedensvertrag festgelegten Grenzen zurückgezogen. Russland hat die Besatzung des sogenannten “Zweiten Weltkrieges” im Handelsrecht beendet und seine millitärische Besatzung (in Mitteldeutschland) aufgegeben. Lediglich das Gebiet Königsberg ist noch besetzt.
Mögliche Szenarien im Jetzt sind im Flughafen von Denver an die Wände gemalt. Interessant sind die Gemälde “Der große Krieg” und “Der große Frieden”. Das Bild 28 zeigt den “Großen Frieden” und die Möglichkeit der Deutschen Völker, den Weltfrieden zu erreichen. In der Mitte des Bildes steht ein Junge, der die Waffen dieser Welt auf einem Amboss zerschlägt. Es handelt sich um einen deutschen Jungen, mit blonden Haaren und bayrischer Tracht, entsprechend dem amerikanischen Klischee von einem Deutschen.




Bild 28: “Der große Frieden” Portrait in Denver

Informationen zum Thema “Weltfrieden” geben wir u. a. in den Kurzvideos “Steht auf für den Weltfrieden 2.0“[121] und “Weltfrieden 3.0”[122]. Neben der deutschen gibt es auch eine russische[123] und eine englische[124] Version dieses Videos.
Wenn wir uns die Abdankungsurkunde des Deutschen Kaisers vom 28. November 1918 ansehen wird uns bewußt, daß die preußischen Beamten aufgefordert werden das Reich zu retten. preußische Beamte sind: Gemeindevorstände, Amtmänner, Bürgermeister und Missionsleiter.

[120] http://www.1000dokumente.de/
[121] https://www.youtube.com/watch?v=y4lm6d7oxFM
[122] https://www.youtube.com/watch?v=-EeNP9ouu_0
[123] Вставайте за мир во всем мире! https://www.youtube.com/watch?v=xx3phyLTLyA
[124] World Peace https://www.youtube.com/watch?v=LNzCPbUr_CE




Bild 29: Video "Steht auf für den Weltfrieden"



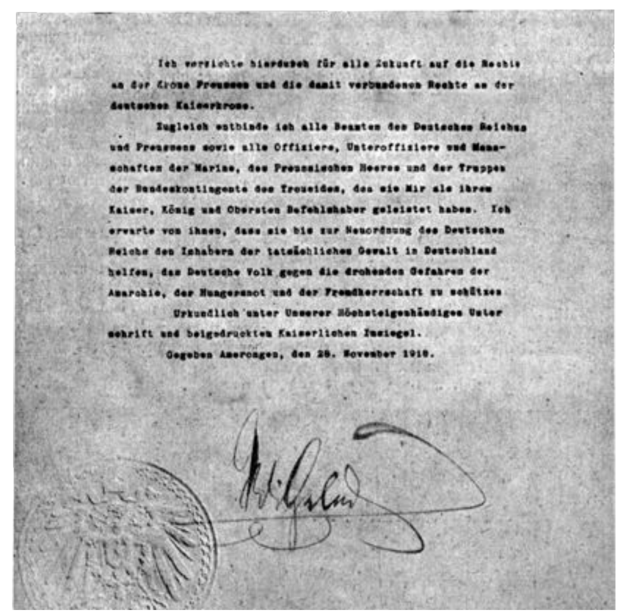

Bild 30: Geschichtsfälschung "Hambacher Manifest"

Das Bild 30 zeigt ein Originalgemälde vom Hambacher Manifest sowie eine Gedenkbriefmarke der "DEUTSCHEN POST". Man beachte die Reihenfolge der Farben auf der Flagge.
Das bedeutet:

- ☐ in eine goldene Zukunft
- ☐ durch die blutigen Kriege
- ☐ aus der dunkelen Vergangenheit der Besatzung

Diese Flagge wurde erstmal durch die Weimarer Republik und anschließend von der Bundesrepublik Deutschland auf den Kopf gestellt. Man kann sie wie folgt interpretieren: “aus einer goldenen Vergangenheit in eine dunkle Zukunft”.

Der Friedensvertrag wirkt sich nicht nur auf unser Land aus. Er kann viel mehr die Vertreibung und das Leiden aller Völker beenden, die vom SHAEF-Vertrag betroffen sind: Aramäer, Assyrer, Kurden, Libyer, Ukrainer usw. Vor allem für die geschichtsträchtigen Völker (u. a. die Aramäer und Assyrer) ist der Friedensvertrag wichtig. Er kann ihnen Schutz- und Staatsgebiete ermöglichen. Ohne solche Gebiete werden diese Völker wohl durch Vertreibung aussterben.



Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preussens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone.

Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preussens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des Preussischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueides, den sie Mir als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, dass sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Amerongen, den 28. November 1918.



102

Wir Wilhelm,
von Gottes Gnaden
Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen auf Grund des Artikel 68 der Verfassung des Deutschen Reichs im Namen des Reichs, was folgt:

Das Reichsgebiet ausschließlich der Königlich Bayerischen Gebietsteile wird hierdurch in Kriegszustand erklärt.

Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Neues Palais, den 31. Juli 1914.

v. Bethmann Hollweg

Verordnung,
betreffend
die Erklärung des Kriegszustandes.

Bild 31: Abdankungsurkunde/ Erklärung des Kriegszustandes durch den deutschen Kaiser

Wir, die souveränen Deutschen, können diesen Menschen eine Rückkehr in ihre angestammte, vertraute und geliebte Heimat ermöglichen!

**Mit dem Friedensvertrag zum Ersten Weltkrieg liegt der Weltfrieden in unserer Hand!**

# 8. Schlusswort

Dieses Buch ist nicht als Herausforderung an das BRD-System zu sehen. Es ist eine Aufforderung an alle, sich mit der wahren Geschichte unseres Landes zu befassen. Glaubt nicht blind das, was von den Besatzern in unseren Geschichtsbücher geschrieben wurde. In einem besetzten Land bestimmt immer der Besatzer, welches Wissen in den Schulen und den Medien (Fernsehen, Zeitungen und Verlage) verbreitet wird. Im Bewußtsein dieser Tatsachen ist dieses Buch ein Appell an alle Bedienstete im BRD-System sich zu fragen:

> „Diene ich dem Land, dem Volk, den Kindern, Frauen und Männern oder einem System, das die Freiheit und Selbstbestimmung jedes Einzelnen immer mehr einschränkt“?
>
> „Bin ich nicht selbst als Frau und Mann letztendlich betroffen, aber auch verantwortlich für das was in unserem Land geschieht“?
>
> „Welches Erbe will ich der nächsten Generation, unseren Kindern und Enkeln, hinterlassen“?

Der französische Feldherr und Kaiser Napoleon Bonaparte sagte:

> “Es gibt kein gutmütigeres, aber auch kein leichtgläubigeres Volk als das Deutsche. Keine Lüge kann grob genug ersonnen werden, die Deutschen glauben sie. Und um einer Parole willen, die man ihnen gibt, verfolgen sie ihre eigenen Landsleute mit noch grösserer Erbitterung, als ihre wirklichen Feinde.”

Es bleibt zu hoffen, daß es genug Frauen und Männer gibt, die selbst denken und nicht zu denen gehören, die ihre eigenen Landsleute erbitterter verfolgen als ihre wirklichen Feinde.

# Unser wichtigstes Ziel ist der Friedensvertrag!

Seit dem Beginn des Ersten Weltkrieges befindet sich unser Land im **Kriegs-und Belagerungszustand**. Im Jahre 1918 wurde dieser Zustand durch eine Waffenstillstandsvereinbarung unterbrochen. Was ein Waffenstillstand bedeutet, wird im Artikel 36 der Haager Landkriegsordnung definiert:

> Art. 36 [Folgen des Waffenstillstandes; Aufnahme der Kampfhandlungen]
> Der Waffenstillstand unterbricht die Kriegsunternehmungen kraft eines wechselseitigen Übereinkommens der Kriegsparteien. ***Ist eine bestimmte Dauer nicht vereinbart worden, so können die Kriegsparteien jederzeit die Feindseligkeiten wieder aufnehmen***, doch nur unter der Voraussetzung, daß der Feind, gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandes, rechtzeitig benachrichtigt wird.

Die Beendigung des aktuellen Kriegszustandes/ Waffenstillstandes kann nur durch einen völkerrechtlichen Friedensvertrag erreicht werden. Ein solcher Friedensvertrag kann nur von jenen souveränen Staaten oder seinen Organen abgeschlossen werden, die damals die Kriegserklärungen ausgesprochen haben. In unserem Land besitzen nur die reaktivierten Gemeinden und Städte die Reststaatlichkeit. Heute sind die alliierten Länder im Handelsrecht. Die

Reststaatlichkeit von Großbritannien und Nordirland liegt beim Oberhaus, in Amerika beim Kongress und in Frankreich beim Parlament der Kammer des Oberhauses.
Nach einem richtig abgeschlossenen Friedensvertrag ist unser Land wieder vollständig souverän und die Staatsangehörigen können ihre Belange selbst bestimmen. Die Väter des Hambacher Manifestes haben diesen Weg vorausgesagt. Ihre Fahne war Gold-Rot-Schwarz (siehe Bild 30).

**Dieses Buch soll Mut machen!**

Wir haben erfahren, daß uns Polizisten und Mitarbeiter von handelsrechtlichen Verwaltungen ihre Anerkennung bezüglich unseres Strebens aussprechen, und uns mit Hinweisen und Rat unterstützen. Selbst Mitarbeiter von Geheimdiensten machen keine Ausnahme.
Oft handeln Bedienstete der BRD entsprechend interner Dienstanweisungen, da sie Repressalien fürchten. Sie haben die Pflicht zur Remonstration[125], wenn sie aufgefordert werden gegen das internationale Völkerrecht, internationale Handelsverträge, Menschenrechte oder das internationale deutsche Recht zu verstoßen.
Jeder sei aufgefordert, sich mit der wahren Geschichte unseres Landes zu befassen. Es ist eine Aufforderung handelsrechtliche und völkerrechtliche Verträge, das internationale deutsche Recht zu kennen und einzuhalten. Es ist eine Auffordung, das Recht in einer souveränen Gesellschaft zu etablieren.

[125] Eine Remonstration (von lateinisch remonstrare „wieder zeigen“) ist eine Gegenvorstellung oder eine Einwendung, die ein Beamter gegen eine Weisung erhebt, die er von seinem Vorgesetzten erhalten hat. Regelungen finden sich in § 63 BBG (bis 2009 § 56 BBG) und § 36 BeamtStG, ehemals § 38 BRRG. Nach den Vorschriften des Beamtenrechts muss der Beamte seine dienstlichen Handlungen auf ihre Rechtmäßigkeit prüfen. Hat er Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit einer Weisung, so muss er seinem unmittelbaren Vorgesetzten gegenüber remonstrieren, d. h. gegen die Ausführung der Weisung Einwände erheben.

# A. Anhang

## A.1. Wichtige Hinweise

Wir –die deutschen Staatsangehörigen– sind verpflichtet unsere Rechte und Pflichten zu kennen. Im Rechtsverkehr müssen wir auf unseren Rechtsstatus/Rechtskreis hinweisen und ihn begründen. Andernfalls betrachten und behandeln uns die Organe der BRD (bspw. die Firma POLIZEI) wie einen BRD-Bürger.

**Man sollte immer die Meldeadresse der staatlichen Gemeinde angeben, d. h. in unserem Fall die Gemeinde Neuhaus i. W. und nicht bspw. die Firma "Stadt Paderborn". Generell ist darauf zu achten keinen neuen Vertrag mit der BRD abzuschließen.**

Die Angestellten der BRD haben Dienstanweisungen nachdem sie auf systemkritische Schreiben nicht antworten sollen. Eine schriftliche Antwort (Bestätigung) von einer BRD-"Behörde" gegenüber reaktivierten Gemeinden und ihren Mitgliedern ist in der Regel nicht zu erwarten. Grundsätzlich empfiehlt es sich nur auf wichtige Schreiben der BRD-"Behörden" (bspw. gelbe Briefe) zu antworten. Dabei sollte immer auf den Rechtsstatus hingewiesen werden. Damit diese zugeordnet werden können, wird im Betreff auf das Datum und den Sachverhalt hingewiesen. **Aktenzeichen der BRD-"Behörden" werden generell nicht verwendet, da sie in einen Vertrag führen können**. Um sich Schreibaufwand zu sparen ist es sinnvoll, Textbausteine zu nutzen; so wie es BRD-"Behörden" auch tun.
Zudem sollte man Schreiben und Formulare nur dann unterschreiben, wenn man sie auch verstanden hat und die rechtlichen Folgen abschätzen kann. Problematisch ist bspw. daß uns bei dem Beantragen des Personalausweises die Vertragsbedingungen nicht ausgehändigt werden. Da uns die Rechtsfolgen häufig verheimlicht werden, sollte man möglichst selten eine Unterschrift leisten. Unterschreiben Sie niemals auf einem elektronischen Eingabegerät (Touchpad), sondern bestehen Sie auf Stift und Papierformular. Ihre digital "abgegebene" Unterschrift könnte zukünftig mißbraucht werden.

Im Rechtsverkehr mit Staats- und Handelsbehörden hat die Position der Unterschrift folgende Bedeutung:

- links unterschreibt der Schuldner (Beamte/Angestellte der "Behörde")
- mittig unterschreibt die neutrale Person/Institution (Kaufmann/Gemeinde)
- rechts unterschreibt der Gläubiger (Staatsangehöriger)

Schreiben von BRD-"Behörden" sind u. a. zu prüfen auf: Siegelbruch, Paraphen, gerichtsfeste Unterschrift, im Auftrag (keine Haftung)/in Vertretung, Ausklammerungen und Unterschriften in "Kästen".
Es ist empfehlenswert immer einen Schritt nach dem anderen zu tun, d. h. nicht zu viele "Baustellen eröffnen". Nur so behält man den Überblick und kann Reaktionen von "Behörden" gut zuordnen. Beim jedem Kontakt (mündlich/schriftlich) sollte man freundlich sein.

**Bei jedem Schreiben auf den § 119 BGB von 1896 "Anfechtung wegen Irrtums" hinweisen!**

Es empfiehlt sich **immer alle Rechtsebenen per Telefax anzuschreiben**; bspw. Kreis, Innenministerium NRW und das Innenministerium der BRD.

Beispiel: Wenn wir den richtigen Staatsangehörigkeitsausweis (Ahnennachweis bis vor 1914) beantragen und uns Steine in den Weg gelegt werden, dann spricht man zuerst mit der für die Deutsche Frage zuständige Person. Diese ist der Leiter des Einwohnermelde**amtes** (**für BRD-Angehörige ist der Bürgerservice zuständig!**).
Sollte diese zuständige Person nicht korrekt nach den Alliierten Anweisungen arbeiten, wendet man sich an die Deutsche Frage zuständigen Personen[126] im Innenministerium NRW und dem Innenministerium der BRD. Diese verantwortlichen Personen können über internationale Firmenregister (D&B, Manta, Hoppenstedt) recherchiert werden.
**Jeglicher Schriftverkehr mit der BRD muss gerichtsfest per Telefax erfolgen.**
Wenn das nicht zum Erfolg führt stellt die Gemeinde als staatliche Gebietskörperschaft eine internationale Strafanzeige/Strafantrag bei der UNO, den fünf Alliierten und den zuständigen Behörden der Alliierten (bspw. Area Claims Office (ACO) in Bielefeld) sowie der BRD-"Behörden".

## A.2. Zitate

### Zitate zum Ersten Weltkrieg

> „Ein solches Land und Volk (Deutschland) kann nur durch Spionage und gewaltsame Pläne vom Wettbewerb in der allgemeinen Hochkultur der Menschheit ausgeschaltet werden."
>
> *Richard Burdon Viscount Haldane 3. August 1911*

> „Die Friedensliebe des deutschen Kaisers bürgt uns dafür, daß wir den Zeitpunkt des Krieges selbst zu bestimmen haben werden"
>
> *Sasonow russischer Außenminister November 1913*

> „Wann immer es England zuläßt, werden Frankreich und Russland über Deutschland herfallen".
>
> *Colonel House,Berater des amerikanischen Präsidenten Wilson Mai 1914*

> „Wilhelm II war der einzige dieser nationalen Führer, der, als er entdeckte, daß ein europäischer Krieg drohte, die größten Anstrengungen machte, den Krieg zu unterdrücken".
>
> *US-Senator Owen im März 1926*

[126] Der Innenminister ist beispielsweise der Geschäftsführer der Firmenbehörde Innenministerium.

### Besorgniserregende Zitate

Einige der folgenden Zitate stellen unserer Meinung nach einen Hochverrat bzw. Aufruf zum Völkermord dar. Jeder sollte sich seine eigene Meinung bilden.

> „Denn wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit.“
>
> *Angela Merkel, Rede am 16.06.2005 zum 60-jährigen bestehen der CDU*

> „Es ist beim Regieren sehr hinderlich, wenn man sich beim Ändern der Verfassung an die Verfassung halten muß.“
>
> *Wolfgang Schäuble*

> „Es ist Aufgabe der Politik, das Bedrohungsgefühl in der Bevölkerung zu stärken.“
>
> *Angela Merkel am 03.02.2003 im Präsidium der CDU*

> „Wir sollten das Wiedervereinigungsgebot aus der Präambel des Grundgesetzes streichen.“
>
> *Joschka Fischer, “Die Welt” vom 29.Juli 1989*

> „Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig.“
>
> *Jürgen Trittin, Bündnis90/Die Grünen, FAZ vom 02.01.2005*

> „Deutschland muss von außen eingehegt, und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden.“
>
> *aus Joschka Fischers Buch “Risiko Deutschland”*

> „Es geht nicht um Recht oder Unrecht in der Einwanderungsdebatte, uns geht es zuerst um die Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils in diesem Land.“ *Vorstand der Bündnis90/Die Grünen von München*

„Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern.“

*Daniel Cohn Bendit, von den GRÜNEN*

„Deutsche Nation, das ist für mich überhaupt nichts, worauf ich mich positiv beziehe – würde ich politisch sogar bekämpfen.“

*Franziska Drohsel, SPD Bundesvorsitzende der Jusos bei Cicero-TV*

„Deutschland ist ein Problem, weil die Deutschen fleißiger, disziplinierter und begabter als der Rest Europas (und der Welt) sind. Das wird immer wieder zu ‘Ungleichgewichten’ führen. Dem kann aber gegengesteuert werden, indem so viel Geld wie nur möglich aus Deutschland herausgeleitet wird. Es ist vollkommen egal wofür, es kann auch radikal verschwendet werden – Hauptsache, die Deutschen haben es nicht. Schon ist die Welt gerettet.“ *Joschka Fischer, Bündnis90/GRÜNE*

„Wir wollen, daß Deutschland islamisch wird.“

*Cem Özdemir, B90/Grüne, auf Bemerkung von Susanne Zeller-Hirzel (letzte Überlebende der Weißen Rose; Widerstandsgruppe im 3. Reich)*

„Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!“ *Claudia Roth, Bündnis90/Die Grünen*

„Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt.“

*Sieglinde Frieß, Bündnis90/Die Grünen vor dem Parlament im Bundestag, FAZ vom 6.9.1989*

„Deutsche Helden müsste die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschlagen.“ *Joschka Fischer, B90/Die Grünen*

„Die Frage, [ob die Deutschen aussterben], das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir, also so wie sie hier gestellt wird, verhältnismäßig wurscht.“

*Renate Schmidt, SPD & ehem. Bundesfamilienministerin, am 14.3.1987 im BR*

## Souveränität

“Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen staat zu errichten. Wir haben etwas zu schaffen, das uns die Möglichkeit gibt, gewisser Verhältnisse Herr zu werden, besser Herr zu werden, als wir das bisher konnten.”

*Carlo Schmid, Abgeordneter im Parlamentarischen Rat am 8. September 1948*

“Wir müssen uns ja abheben vom Gespräch gestern zwischen der Kanzlerin und ihrem Stellvertreter, ob sie die firma vielleicht gemeinsam weiter führen.”

*Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen*

”[. . . ] und wir in Deutschland sind seit dem 08. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen [. . . ]” *Wolfgang Schäuble am 21.11.2011*

“Wir haben unseren Auftrag *nicht* vom Deutschen Volke,
sondern von den *Alliierten*!” *Konrad Adenauer, deutscher Bundeskanzler*

“Bundeskanzler der Alliierten!” *Herbert Wehner, Mitglied des Bundestages*

”[. . . ] mit der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 08. Mai 1945 ist das Deutsche Reich nicht untergegangen. Es gibt keinen völkerrechtlich wirksamen Akt durch den die östlichen Teile des Deutschen Reiches von diesem abgetrennt worden sind ... unser politisches Ziel bleibt die Herstellung der staatlichen Einheit des Deutschen Volkes in freier Selbstbestimmung.”

*Theo Waigel auf Schlesiertreffen in 1989*

„Ich sage Euch, wir haben gar keine Bundesregierung. Wir haben – Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation hier in Deutschland. Das ist das, was hier ist.“ *Sigmar Gabriel, Feb. 2010*

“Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt,
sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen.”

*Amerikanische Regierungsanweisung ICG 1067, April 1945*[127]

“Germany is an occupied country, and it will stay that way.”

*Barack Obama, US-Präsident bei seinem Truppenbesuch 2009 in Rammstein*

„Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.“ *Horst Seehofer 2011*

## Allgemeine Zitate

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.”

*Jean-Claude Juncker 1999 über die Bürokratie in Brüssel*

„Bezweifele nie, daß eine kleine Gruppe von Menschen die Welt verändern kann. Tatsächlich ist dies das Einzige was je etwas verändert hat.”

*Margaret Mead, Das Geldsystem in 6 Minuten*[128]

“In Zeiten globalen Betrugs gilt es als revolutionäre Tat, wenn man die Wahrheit sagt.” *George Orwell*

"Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du!"

“Ziviler Ungehorsam wird zur heiligen Pflicht, wenn der Staat den Boden des Rechts verlassen hat.”

"Wer Unrecht, das ihm zugefügt wird, schweigend hinnimmt macht sich mitschuldig." *Mahatma Gandhi*

---

127

(vgl. “Welt” vom 4. Juli 1994)

128 http://www.youtube.com/watch?v=aVE4JD_Mq_A

"Seid misstrauisch gegen ihre Macht, die sie vorgeben für euch erwerben zu müssen!"

"Seid unbequem, seit Sand, nicht Öl im Getriebe der Welt!"

*Günter Eich*

„Die Großen hören auf zu herrschen, wenn die Kleinen aufhören zu kriechen."

*Friedrich Schiller*

"Der auf den Grund geht gehorcht sich selbst;
Unwissenheit tut was ihr diktiert wird."

*Thomas Paine, Rechte des Menschen*

"Wenn Du merkst, daß Du ein totes Pferd reitest, steig ab!" *Indianerweisheit*

„Was allgemein als ausgemacht gilt, verdient am meisten untersucht zu werden."

*Georg Christoph Lichtenberg*

„Niemand ist hoffnungsloser versklavt als jene, die fälschlicherweise glauben, frei zu sein." *Johann Wolfgang von Goethe*

"Die Wenigen, die das System verstehen, werden so sehr an seinen Profiten interessiert oder so abhängig sein von der Gunst des Systems, daß aus deren Reihen nie eine Opposition hervorgehen wird. Die große Masse der Leute aber, mental unfähig zu begreifen, wird seine Last ohne Murren tragen, vielleicht sogar ohne zu mutmaßen, daß das System ihren Interessen feindlich ist."

*Rothschild 1863*

„Wenn man das Öl kontrolliert, kontrolliert man die Nationen, kontrolliert man die Nahrungsmittel, so kontrolliert man die Völker."

*Henry Kissinger, Friedensnobelpreisträger*

„Wir stehen am Rande einer weltweiten Umbildung. Alles, was wir brauchen ist die richtige, allumfassende Krise, und die Nationen werden in die Neue Weltordnung einwilligen."

*David Rockefeller, 1991*

"Man schafft niemals Veränderung, indem man das Bestehende bekämpft. Um etwas zu verändern, baut man neue Modelle, die das Alte überflüssig machen."

*Buckminister Fuller*

"Natürlich, das einfache Volk will keinen Krieg [...] Aber schließlich sind es die Führer eines Landes, die die Politik bestimmen, und es ist immer leicht, das Volk zum Mitmachen zu bringen, ob es sich nun um eine Demokratie, eine faschistische Diktatur, um ein Parlament oder eine kommunistische Diktatur handelt. [...] Das ist ganz einfach. Man braucht nichts zu tun, als dem Volk zu sagen, es würde angegriffen, und den Pazifisten ihren Mangel an Patriotismus vorzuwerfen und zu behaupten, sie brächten das Land in Gefahr. Diese Methode funktioniert in jedem Land."

*Interview mit Gustave Gilbert in der Gefängniszelle, 18. April 1946, Nürnberger Tagebuch S. 270*

"Durch ihre Unglaubhaftigkeit entzieht sich die Wahrheit dem Erkanntwerden."

*Heraklit, vorsokratischer Philosoph aus Griechenland.*

## A.3. Dokumente inkl. Schreiben von BRD-"Behörden"

1. Person, Mensch, freies Weib, freier Mann - was ist damit gemeint?
2. Eintragung der Nichtregierungsorganisation (NGO=non-governmental organisation) "Germany" bei der UNO
3. Stadt Aschaffenburg: „Pass und Personalausweis keine Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit"
4. Landkreis Demmin: „[...] daß es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, [...] , nicht gibt." (2 Seiten)
5. Bayerisches Verwaltungsgericht Regensburg: „§ 15 GVG und Gesetze weggefallen"
6. Bundesministerium der Justiz, Bonn: „Überleitungsvertrag und damit die Besatzung noch in Kraft"
7. Schulamt des Kreises Rendsburg-Eckernförde: „Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe nur für „EU-Staatsangehörige". Da die EU kein Staat ist, sondern ein Verein, kann es auch keine „EU-Staatsangehörigkeit" geben. Deutsche Staatsangehörige können keine Beamte auf Probe werden !!" (2 Seiten)
8. ZPOEG vom 22.12.2011 mit Ausfertigungsdatum 30.01.**1877**
9. StPOEG vom 29.07.2009 mit Ausfertigungsdatum 01.02.**1877**
10. Nr. 354B Anlage 2, Protokoll des französischen Vorsitzenden

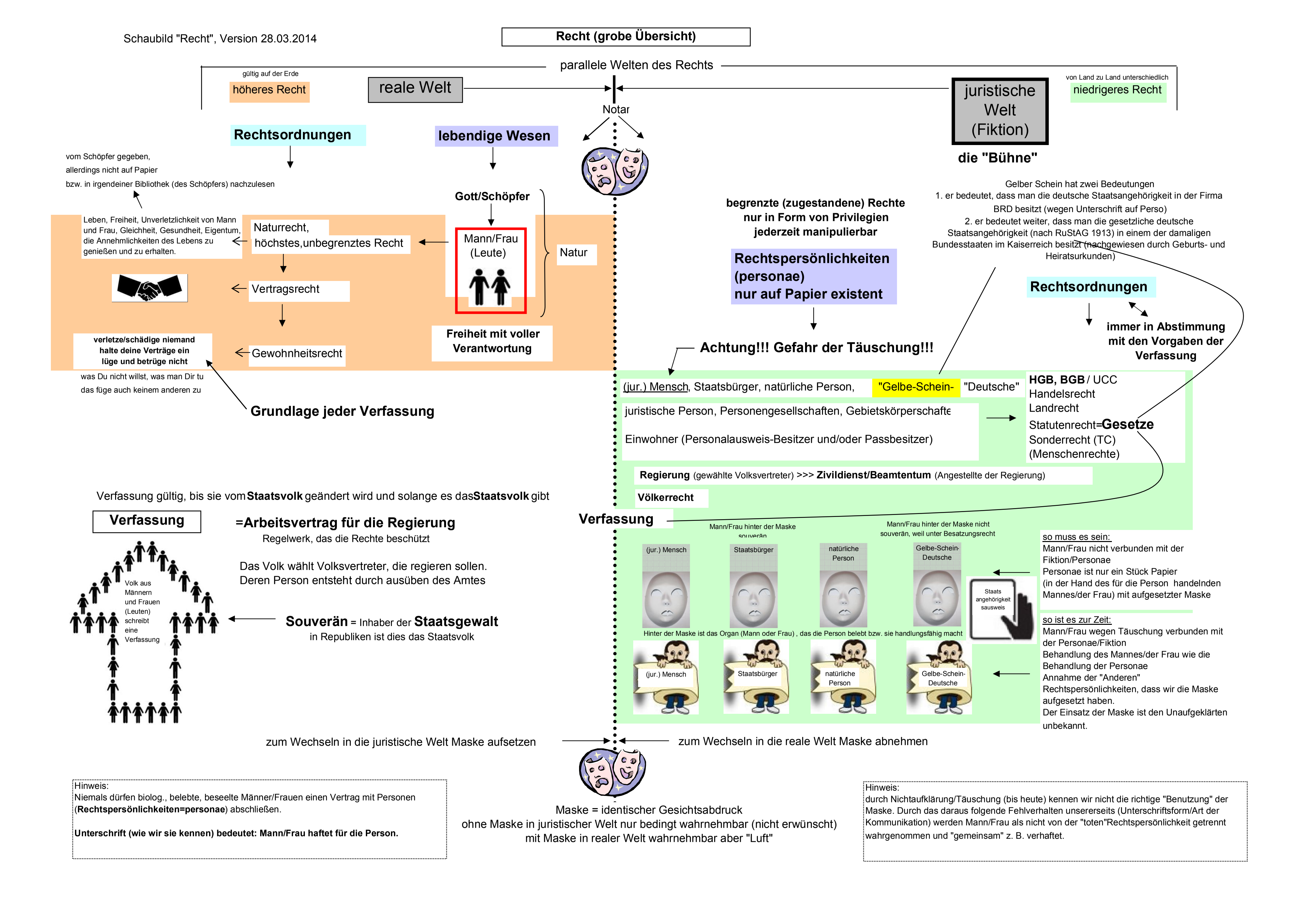


Schaubild "Recht", Version 28.03.2014
Recht (grobe Übersicht)
parallele Welten des Rechts
gültig auf der Erde
höheres Recht
reale Welt
Notar
juristische Welt (Fiktion)
von Land zu Land unterschiedlich
niedrigeres Recht
die "Bühne"
Rechtsordnungen
lebendige Wesen
vom Schöpfer gegeben,
allerdings nicht auf Papier
bzw. in irgendeiner Bibliothek (des Schöpfers) nachzulesen
Gott/Schöpfer
Mann/Frau (Leute)
Natur
Leben, Freiheit, Unverletzlichkeit von Mann und Frau, Gleichheit, Gesundheit, Eigentum, die Annehmlichkeiten des Lebens zu genießen und zu erhalten.
Naturrecht,
höchstes,unbegrenztes Recht
Vertragsrecht
Gewohnheitsrecht
verletze/schädige niemand
halte deine Verträge ein
lüge und betrüge nicht
was Du nicht willst, was man Dir tu
das füge auch keinem anderen zu
Freiheit mit voller Verantwortung
Grundlage jeder Verfassung
Gelber Schein hat zwei Bedeutungen
1. er bedeutet, dass man die deutsche Staatsangehörigkeit in der Firma BRD besitzt (wegen Unterschrift auf Perso)
2. er bedeutet weiter, dass man die gesetzliche deutsche Staatsangehörigkeit (nach RuStAG 1913) in einem der damaligen Bundesstaaten im Kaiserreich besitzt (nachgewiesen durch Geburts- und Heiratsurkunden)
begrenzte (zugestandene) Rechte
nur in Form von Privilegien
jederzeit manipulierbar
Rechtspersönlichkeiten (personae) nur auf Papier existent
Rechtsordnungen
immer in Abstimmung mit den Vorgaben der Verfassung
Achtung!!! Gefahr der Täuschung!!!
(jur.) Mensch, Staatsbürger, natürliche Person, "Gelbe-Schein-" "Deutsche"
juristische Person, Personengesellschaften, Gebietskörperschafte
Einwohner (Personalausweis-Besitzer und/oder Passbesitzer)
HGB, BGB / UCC
Handelsrecht
Landrecht
Statutenrecht=Gesetze
Sonderrecht (TC)
(Menschenrechte)
Regierung (gewählte Volksvertreter) >>> Zivildienst/Beamtentum (Angestellte der Regierung)
Völkerrecht
Verfassung
Verfassung gültig, bis sie vom Staatsvolk geändert wird und solange es das Staatsvolk gibt
Verfassung
=Arbeitsvertrag für die Regierung
Regelwerk, das die Rechte beschützt
Das Volk wählt Volksvertreter, die regieren sollen.
Deren Person entsteht durch ausüben des Amtes
Volk aus Männern und Frauen (Leuten) schreibt eine Verfassung
Souverän = Inhaber der Staatsgewalt
in Republiken ist dies das Staatsvolk
Mann/Frau hinter der Maske souverän
Mann/Frau hinter der Maske nicht souverän, weil unter Besatzungsrecht
(jur.) Mensch
Staatsbürger
natürliche Person
Gelbe-Schein-Deutsche
Staats angehörigkeit sausweis
Hinter der Maske ist das Organ (Mann oder Frau) , das die Person belebt bzw. sie handlungsfähig macht
(jur.) Mensch
Staatsbürger
natürliche Person
Gelbe-Schein-Deutsche
so muss es sein:
Mann/Frau nicht verbunden mit der Fiktion/Personae
Personae ist nur ein Stück Papier
(in der Hand des für die Person handelnden Mannes/der Frau) mit aufgesetzter Maske
so ist es zur Zeit:
Mann/Frau wegen Täuschung verbunden mit der Personae/Fiktion
Behandlung des Mannes/der Frau wie die Behandlung der Personae
Annahme der "Anderen"
Rechtspersönlichkeiten, dass wir die Maske aufgesetzt haben.
Der Einsatz der Maske ist den Unaufgeklärten unbekannt.
zum Wechseln in die juristische Welt Maske aufsetzen
zum Wechseln in die reale Welt Maske abnehmen
Hinweis:
Niemals dürfen biolog., belebte, beseelte Männer/Frauen einen Vertrag mit Personen (Rechtspersönlichkeiten=personae) abschließen.
Unterschrift (wie wir sie kennen) bedeutet: Mann/Frau haftet für die Person.
Maske = identischer Gesichtsabdruck
ohne Maske in juristischer Welt nur bedingt wahrnehmbar (nicht erwünscht)
mit Maske in realer Welt wahrnehmbar aber "Luft"
Hinweis:
durch Nichtaufklärung/Täuschung (bis heute) kennen wir nicht die richtige "Benutzung" der Maske. Durch das daraus folgende Fehlverhalten unsererseits (Unterschriftsform/Art der Kommunikation) werden Mann/Frau als nicht von der "toten"Rechtspersönlichkeit getrennt wahrgenommen und "gemeinsam" z. B. verhaftet.

**UNO-Quelle**:

http://esango.un.org/civilsociety/showProfileDetail.do?method=showProfileDetails&profileCode=43653

UNO NGO Branch: Listed Germany Stand: **27.10.2011**




Aussenminister Genscher hat am 03.Oktober 1990 im Auftrag der 5 Alliierten die Bundesrepublik Deutschland („BRD“) bei der UNO abgemeldet und an Stelle dessen Deutschland „Germany“ angemeldet. Status von Deutschland/Germany seit Anmeldung durch Genscher bei der UNO: gelistet als Nicht-Regierungsorganisation, englisch: NGO.

Ein Staat mit dem Namen Bundesrepublik Deutschland existiert bei der UNO nicht.



Dienstag, 19. November 2013

STADT ASCHAFFENBURG

Startseite | Bürger in Aschaffenburg | Bürgerservice | Staatsangehörigkeits- wesen | Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit

## FESTSTELLUNG DER DEUTSCHEN STAATSANGEHÖRIGKEIT

Für die Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit kann ein Staatsangehörigkeitsausweis beantragt werden.

Der Bundespersonalausweis oder der deutsche Reisepass sind kein Nachweis über den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Sie begründen lediglich die Vermutung, dass der Ausweisinhaber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Die deutsche Staatsangehörigkeit wird durch eine Staatsangehörigkeitsurkunde (Staatsangehörigkeitsausweis) nachgewiesen.

Die Gebühr für einen Staatsangehörigkeitsausweis beträgt 25 Euro.

**LINKS**

Bayerisches Staatsministerium des Inneren

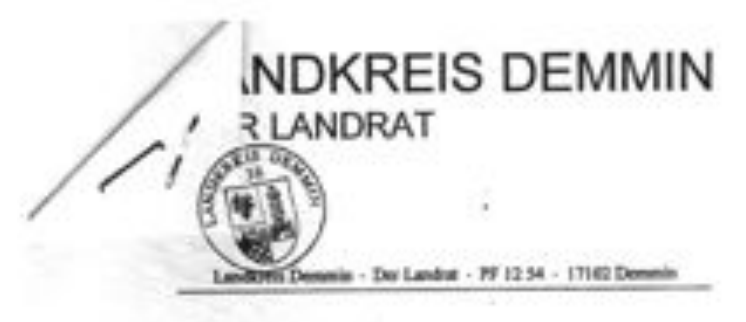
weitere Informationen

**KONTAKT ZUR STADTVERWALTUNG**

**Stadt Aschaffenburg**
Bürgeramt
Dalbergstr. 15
63739 Aschaffenburg

**Telefon:** 06021 330 - 1481
**Telefax:** 06021 33 06 26
**Email:** buergeramt@aschaffenburg.de

Der Hintergrund ist, daß sowohl Personalausweis wie auch der Reisepass ohne vorherige Prüfung der Staatsangehörigkeit ausgestellt werden.




Landkreis Demmin - Der Landrat - PF 12 54 - 17102 Demmin

NEU: www.landkreis-demmin.de

Frau
[redacted]

17153 Stavenhagen

| Amt | |
|---|---|
| Ordnungsamt | |
| Ihr Ansprechpartner | Zimmer |
| Frau Affeldt | 319 |
| Sie finden uns | Tel.-Nr.: |
| Hanseufer 3 | (0 39 98) 4 34-3 85 |
| E-Mail-Adresse | |

| Datum und Zeichen Ihres Schreibens | Mein Zeichen | Ort | Datum |
|---|---|---|---|
| | 33.30.20 | Demmin | 1. März 2006 |

**Antrag auf Einbürgerung vom 24. November 2005**

Sehr geehrte Frau [redacted],

eine Grundvoraussetzung für eine Antragstellung auf Einbürgerung ist, dass der Antragsteller Ausländer ist.

Sie geben an, Staatsbürgerin der DDR zu sein und die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland erwerben zu wollen.

Personen, die die Staatsangehörigkeit der ehemaligen DDR besaßen, waren aber auch deutsche Staatsangehörige. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 21. Oktober 1987 – 2BvR 373/83 – BVerfGE 77, 137 Ausführungen zum Fortbestand der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit gemacht. Daraus ergibt sich, dass der Erwerb der Staatsbürgerschaft der DDR zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit geführt hat. Grundsätzlich sind alle Personen, die bis zum Ablauf des 2. Oktober 1990 die Staatsbürgerschaft der DDR besessen haben, mit der Herstellung der Einheit Deutschlands – in den Grenzen des ordre public – deutsche Staatsangehörige geblieben. Die Bundesrepublik Deutschland hatte am Fortbestand einer für alle Deutschen geltenden gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG jetzt StAG) von 1913 stets festgehalten. Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, dass es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, deren Erwerb Sie anstreben, nicht gibt.

2

Ein Antrag auf Einbürgerung kann nur ein Ausländer stellen, also eine Person, die nicht Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz ist. Ihrer Antragstellung nach zu beurteilen, ist dies bei Ihnen offensichtlich nicht der Fall.

Es wird Ihnen hiermit Gelegenheit gegeben Ihren gestellten Antrag schriftlich zurückzunehmen.

Dieses Schreiben ist gleichzeitig eine Anhörung im Sinne des § 28 des Verwaltungsverfahrensgesetzes.

Mit freundlichem Gruß

Im Auftrag

Affeldt

Die Übereinstimmung der vorstehenden/~~umstehenden Abschrift~~/Vervielfältigung mit

dem Antrag auf Einbürgerung v. 24. November 2005

(genaue Bezeichnung des Schriftstückes)

wird hiermit amtlich beglaubigt.

Die amtliche Beglaubigung dient zur Vorlage bei Gericht

(Behörde)

LANDKREIS DEMMIN

Demmin, den 10. August 2007

Landkreis Demmin

Der Landrat i.A. Riesebeck

im Auftrag (Unterschrift)

**_Anschreiben des "Landkreises Demmin", im Blatt 1 den beiden untersten Zeilen wird klar gesagt, daß es eine Staatsangehörigkeit der "Bundesrepublik Deutschland" nicht gibt._**



**Bayerisches Verwaltungsgericht Regensburg**

Per Telefax

Herrn
Manfred Höcker
Guglöd 54
94568 Oswald

| Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom | Bitte bei Antwort angeben Unser Zeichen | Telefon | Zimmer-Nr. | Regensburg, den |
|---|---|---|---|---|
| 02.05.2010 und 03.05.2010 | GSL-0228 | 400 | | 07.05.2010 |

Ihre Anfragen vom 02.05.2010 und 03.05.2010

Sehr geehrter Herr Höcker,

im Auftrag des Herrn Präsidenten beantworte ich Ihnen Ihre o. g. Schreiben.

Zum Schreiben vom 02.05.2010:
Das von Ihnen angeführte Verfahren wird beim Landgericht Passau betrieben. Die Dienstaufsicht über das Landgericht Passau wird nicht vom Verwaltungsgericht Regensburg geführt.

Zum Schreiben vom 03.05.2010:
Die von Ihnen aufgeführten Gesetze sind nicht mehr existent, auch § 15 GVG ist weggefallen.

Mit freundlichen Grüßen

Mages
Vizepräsident



Der § 15 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) besagte: “Die Gerichte sind Staatsgerichte.” Vor Gericht ist daher die korrekte Frage “Ist dies ein **Staatsgericht**?” und nicht “Ist dies ein **staatliches Gericht**?”.



Bundesministerium der Justiz

Berlin, den 29. März 2004

Postanschrift:
Bundesministerium der Justiz, 11015 Berl
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 B
Lieferanschrift: Kronenstraße 41, 10117 B
Telefon: 0 18 88 5 80 - 0
(0 30) 20 25 - 70
bei Durchwahl: 0 18 88 5 80 - 95 14
(0 30) 20 25 - 95 14
Telefax: 0 18 88 5 80 - 95 25
(0 30) 20 25 - 95 25

Geschäftszeichen: E 4 - 9101 II E2 355/2004
(bei Antwort bitte angeben)

Schutzbund der Kreditnehmer
Landesverband Hessen e. V.
Postfach 1253
35315 Homberg / Ohm

EINGEGANGEN
31. MRZ. 2004

Betr.: Überleitungsvertrag

Bezug: Ihr Schreiben vom 20. März 2004

Sehr geehrter Herr Weisheit,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 20. März 2004, mit dem Sie sich nach der Geltung von Artikel 2 des Überleitungsvertrages erkundigt hatten.

Ihre Annahme, wonach Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages (BGBl. 1955 II S. 405) weiterhin in Kraft sei, ist zutreffend. In der Vereinbarung vom 27. / 28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der geänderten Fassung) (BGBl.1990 II S. 1386) ist unter Ziffer 3 bestimmt, dass unter anderem Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages in Kraft bleibt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Dr. Hiestand)

Der Überleitungsvertrag regelt die Besatzung der deutschen Gebiete. Da dieser Vertrag weiterhin in Kraft ist, folgt daraus, daß Deutschland noch immer von den drei Mächten (USA, GB, FR) des Ersten Weltkrieges besetzt ist.



# Schulamt des Kreises Rendsburg-Eckernförde

Kreis Rendsburg-Eckernförde • Postfach 905 • 24758 Rendsburg



Frau
[redacted]

Auskunft erteilt:
Frau Lüer
Durchwahl: 04331/202-543
Fax-Nr.: 04331/202-263
Zimmer: 611
E-mail-Adresse:
Christiane.lueer@schulamt.landsh.de

**d.d. Schulleitung**

| Ihr Zeichen, Ihr Schreiben vom | Mein Zeichen, mein Schreiben vom | Rendsburg |
|---|---|---|
| | FD 5.3 | 20.01.2014 |

**Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe**

Sehr geehrte Frau [redacted],

es ist beabsichtigt, sofern die beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind, Sie zum nächstmöglichen Termin in das Beamtenverhältnis auf Probe zu übernehmen.

Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich Sie, die nachstehend gekennzeichneten Unterlagen an das Schulamt des Kreises Rendsburg-Eckernförde zurückzusenden:

- Einverständniserklärung
- Erklärung über Vorstrafen oder schwebende Strafverfahren
- Nachweis der EU-Staatsangehörigkeit

Eine Auskunft aus dem Bundeszentralregister wird durch das Ministerium für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein angefordert.

Wegen der amtsärztlichen Untersuchung erhalten Sie ein weiteres Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen

A. Dube
Schulrätin

Anlagen

T:\Sekretariat\Christiane Lueer\Übernahme Beamtenv\Übernahme-beamte-ansch-lehrkraft.doc

Dienstgebäude: Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg
Telefon: 0 43 31/20 20
Telefax: 0 43 31/2 02-295
Konten der Kreiskasse:
Förde Sparkasse (BLZ 210 501 70) Konto-Nr. 144 [illegible]
IBAN [illegible]; BIC NOLADE21KIE
[illegible]

Vor- und Zuname [redacted]

Anschrift [redacted]

**Erklärung**

Mir ist bekannt, dass meine Ernennung zur/zum Beamtin/Beamten nichtig ist, wenn ich nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union* besitze.

Eine von der Behörde ausgestellte Urkunde, die den vollen Beweis meiner Staatsangehörigkeit erbringt (Staatsangehörigkeitsurkunde, Urkunde über die Eigenschaft als Deutscher, Einbürgerungsurkunde), besitze ich nicht.

Mir sind jedoch auch keine Tatsachen bekannt, die dagegen sprechen könnten, dass ich die oben genannten Bedingungen erfülle.

Ich bin im Besitze des
Reisepasses
Nr. ..............................
ausgestellt
von ..............................
am ..............................
(wenn Reisepass nicht vorhanden ist und erst beantragt werden müsste):
Personalausweis
Nr. [redacted]
ausgestellt
von Landeshauptstadt Kiel
am 5.7.12

Kiel den 28.1.14

[redacted]
(Unterschrift)

Bestätigung durch eine Behörde:

Der nebenstehend bezeichnete Reisepass/Personalausweis hat vorgelegen.

Hohenwestedt den 31.1.14

(D.S.)

..............................
(Unterschrift)

* Ausnahmen können für Bewerberinnen und Bewerber bestehen, die als Flüchtlinge oder Vertriebene deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden haben.

---

Eine EU-Staatsangehörigkeit kann es nicht geben, da die EU **kein** Staat, sondern ein Verein ist. Werden durch die Erklärung "Staatsangehörigkeitsurkunde [...] besitze ich nicht" alle Deutsche Staatsangehörige vom "Beamtenstatus" ausgeschlossen?



38

Bundesministerium der Justiz

juris

## Gesetz, betreffend die Einführung der Zivilprozeßordnung

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

ZPOEG

Ausfertigungsdatum: 30.01.1877

Vollzitat:

"Gesetz, betreffend die Einführung der Zivilprozeßordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist"

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 4 G v. 22.12.2011 I 3044

Näheres zur Standangabe finden Sie im Menü unter Hinweise

Fußnote

(+++ Textnachweis Geltung ab: 1. 7.1877 +++)

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

Eingangsformel

Wir ...
verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:
Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 1

(weggefallen)
Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 2

(weggefallen)
Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 3

(1) Die Zivilprozeßordnung findet auf alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten Anwendung, welche vor die ordentlichen Gerichte gehören.
(2) Insoweit die Gerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, für welche besondere Gerichte zugelassen sind, durch die Landesgesetzgebung den ordentlichen Gerichten übertragen wird, kann dieselbe ein abweichendes Verfahren gestatten.
Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

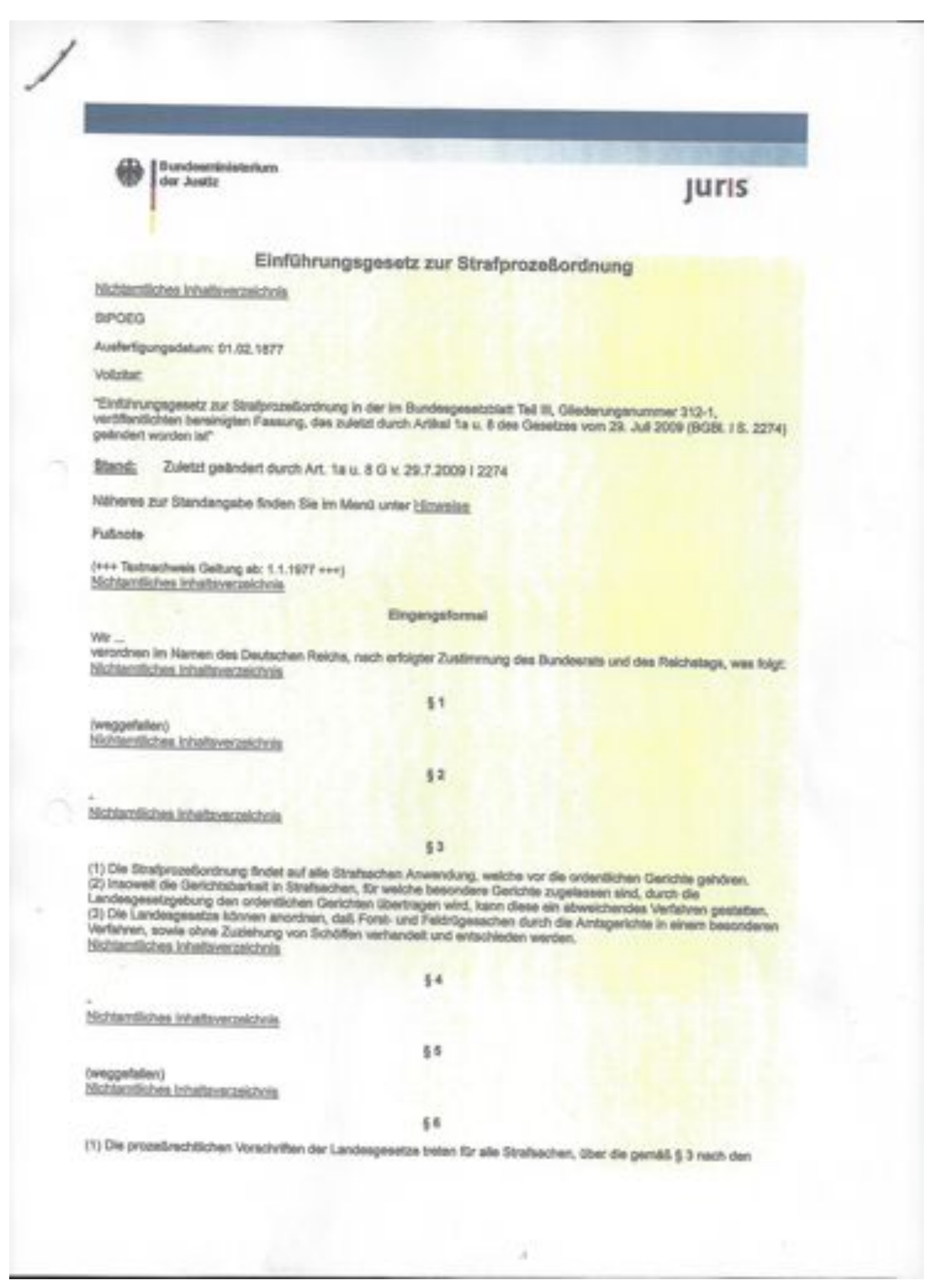
§ 4

Für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, für welche nach dem Gegenstand oder der Art des Anspruchs der Rechtsweg zulässig ist, darf aus dem Grund, weil als Partei der Fiskus, eine Gemeinde oder eine andere öffentliche Korporation beteiligt ist, der Rechtsweg durch die Landesgesetzgebung nicht ausgeschlossen werden.
Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§§ 5 und 6 (weggefallen)

-
Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

Nur souveräne Staaten können (neue) Gesetze erlassen, nicht aber Mandatsregierungen. Die Einführung des (neuen) Gesetzes der ZPO(EG) bedarf offensichtlich des Bezuges auf das originale Gesetz von 1877 als Basis, sowie der Formulierung "[. . . ] im Namen des Deutschen Reichs [. . . ]" in der Eingangsformel. Das Ausfertigungsdatum beweißt, daß mit dem Begriff "Deutsches Reich" das Kaiserreich gemeint ist.



Bundesministerium der Justiz

juris

**Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung**

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

StPOEG

Ausfertigungsdatum: 01.02.1877

Vollzitat:

"Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 312-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1a u. 8 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2274) geändert worden ist"

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1a u. 8 G v. 29.7.2009 I 2274

Näheres zur Standangabe finden Sie im Menü unter Hinweise

**Fußnote**

(+++ Textnachweis Geltung ab: 1.1.1977 +++)
Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

**Eingangsformel**

Wir ...
verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:
Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 1

(weggefallen)
Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 2

-
Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 3

(1) Die Strafprozeßordnung findet auf alle Strafsachen Anwendung, welche vor die ordentlichen Gerichte gehören.
(2) Insoweit die Gerichtsbarkeit in Strafsachen, für welche besondere Gerichte zugelassen sind, durch die Landesgesetzgebung den ordentlichen Gerichten übertragen wird, kann diese ein abweichendes Verfahren gestatten.
(3) Die Landesgesetze können anordnen, daß Forst- und Feldrügesachen durch die Amtsgerichte in einem besonderen Verfahren, sowie ohne Zuziehung von Schöffen verhandelt und entschieden werden.
Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 4

-
Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 5

(weggefallen)
Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 6

(1) Die prozeßrechtlichen Vorschriften der Landesgesetze treten für alle Strafsachen, über die gemäß § 3 nach den

Auch hier führt die "BRD" ein neues Gesetz ein und nutzt folgende Eingangsformel "Wir [...] verordnen im Namen des **Deutschen Reichs**, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des **Reichstags**, was folgt:"

**Nr. 354B**
**Anlage 2**
**Protokoll des französischen Vorsitzenden**

Zusammenkunft der Außenminister
Frankreichs,
Polens,
Der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,
Der Vereinigten Staaten von Amerika,
Großbritanniens,
Der Bundesrepublik Deutschland
und der Deutschen Demokratischen Republik
in Paris am 17. Juli 1990

Protokoll1

1. Das Prinzip Nr. 1 hinsichtlich der Frage der deutschen Grenzen, auf das sich die sechs Mitgliedstaaten der in Ottawa eingesetzten Gruppe geeinigt haben, wird durch folgenden Satz ergänzt: »Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen wird einen wesentlichen Bestandteil der Friedensordnung in Europa darstellen.«
2. Der Wortlaut des 2. Prinzips hinsichtlich der Frage der deutschen Grenzen wird wie folgt geändert: Die Worte »die bestehende Westgrenze Polens« werden durch die Worte »die zwischen ihnen bestehende Grenze« ersetzt.
3. Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, erklärt, daß »der Vertrag über die deutsch-polnische Grenze innerhalb der kürzestmöglichen Frist nach der Vereinigung und der Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands unterzeichnet und dem gesamtdeutschen Parlament zwecks Ratifizierung unterbreitet werden wird.2
Der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Markus Meckel, hat darauf hingewiesen, daß sein Land dieser Erklärung zustimmt.
4. Die vier Siegermächte erklären, daß die Grenzen des vereinigten Deutschland einen endgültigen Charakter haben, der weder durch ein äußeres Ereignis noch durch äußere Umstände in Frage gestellt werden kann.
Der Außenminister Polens, Krzysztof Skubiszewski, weist darauf hin, daß nach Ansicht der polnischen Regierung diese Erklärung keine Grenzgarantie durch die vier Mächte darstellt.
Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, weist darauf hin, daß er zur Kenntnis genommen hat, daß diese Erklärung für die polnische Regierung keine Grenzgarantie darstellt. [redacted] stimmt der Erklärung der vier Mächte zu und [redacted] daß die in dieser Erklärung erwähnten Ereignisse oder Umstände nicht eintreten werden, d. h., [redacted] Die DDR stimmt der von der BRD abgegebenen Erklärung zu.

[Nr. 354: [redacted] Nr. 354B: Anlage 2 Protokoll des französischen Vorsitzenden, 17. 7. 1990. Deutsche Einheit, S. 4069 (vgl. Dt. Einh., S. 1369-1370) (c) Oldenbourg Verlag]

Nach dem Völkerrecht (HLKO) befindet sich Deutschland weiterhin im Waffenstillstand/Kriegszustand ohne Friedensvertrag zum Ersten Weltkrieg (dem bisher einzigen Weltkrieg).

## A.4. Fax-Nummern und Adressen

Folgende Daten können sich mit der Zeit ändern. Deshalb bitten wir darum die Aktualität zu prüfen.
Wichtig: Einige "Behörden" schalten das Telefax nur während der Geschäftszeiten ein!

Area Claims Office (North West Europe) G 8
Headquarter Britisch Forces Germany – BFPO 140
Catterick Barracks, Detmolder Str. 440, [33605] Bielefeld
Fax: 0521 - 9254 2545

Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf
Sternwartstraße 31, zu Händen Herrn Topp
[40223] Düsseldorf
FAX: 0211 - 9016 200

Bundesgerichtshof D-U-N-S Nr. 551502420
Verantwortlich: Herr Günter Hirsch, Herr Klaus Tolksdorf,
Herr Wolfgang Schlick
FAX: 0721 - 159 2512

Bundesverfassungsgericht, Karlsruhe D-U-N-S Nr. 332619956
Herr Ferdinand Kirchhof, Herr Andreas Voßkuhle
FAX: 0721 - 9101 382

Bundesministerium des Inneren D-U-N-S Nr. 507111040
Verantwortlich: Herr Thomas de Maiziere
FAX: 030 - 1868 12926

Ministerium für Inneres NRW D-U-N-S Nr. 313206849
Verantwortlicher: Herr Ralf Jäger
FAX: 0211 - 871 3355

British Forces
Britischer Verbindungsoffizier Herrn Ian Grant
FAX: 05254 - 982 3770

| | |
|---|---|
| 030 - 2299 397 | Russische Föderation (Botschaft) |
| 030 - 8305 1215 | USA (Botschaft) |
| 001 - 2129 634 879 | UNO, New York |
| 030 - 2758 8221 | China (Botschaft) |
| 030 - 590 039039 | Frankreich (Botschaft) |
| 030 – 2045 7579 | Großbritannien (Botschaft) |

Botschaft der U.S.A.
z. Hd. Des Hohen Kommissars der Militärregierung Herrn Botschafter S.E. Philip D. Murphy
Pariser Platz 2
14191 Berlin
FAX: 030 – 8305 1215

Botschaft der Russischen Föderation
z. Hd. Des Hohen Kommissars der Militärregierung Herrn Botschafter S.E.
Vladimir M. Grinin
Unter den Linden 63-65
10117 Berlin
FAX: 030 – 229 9397

Botschaft des Vereinigten Königreichs von England
z. Hd. Des Hohen Kommissars der Militärregierung
Herrn Botschafter Sir Michael Arthur
Wilhelmstr. 70-71
10117 Berlin

Botschaft von Frankreich
z. Hd. Des Hohen Kommissars der Militärregierung Herrn Botschafter Bernard de Montferrand
Pariser Platz 5
10117 Berlin
FAX: 030 – 5900 39 110

Botschaft der Volksrepublik China
z. Hd. Herrn Botschafter S.E. Herr Wu Hongbo
Märkisches Ufer 54
10179 Berlin
FAX: 030 – 9651 3119

Supreme Court to hands of Chief Judge Mr. John Roberts E Capitol St NE and 1st St NE
Washington, DC 20001

U.S. Court of Appeals for the Armed Forces to hands of Chief Judge Mr. Andrew S. Effron 450 E. Street N.W.
Washington, DC 20442

Internationaler Strafgerichtshof (ISTGH), International Criminal Court (ICC)
Maanweg 174
2516 AB Den Haag, Niederlande

Mr. Ban Ki-Moon, Secretary-General
United-Nations
New York, NY
10017 USA
FAX: 001 – 2126 8291 85

## A.5. Zehn Strategien, die Gesellschaft zu manipulieren

Von Noam Chomsky[129]

### 1 – Kehre die Aufmerksamkeit um

Das Schlüsselelement zur Kontrolle der Gesellschaft ist es die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf Ereignisse umzulenken, damit man von wichtigen Informationen über tatsächliche Änderungen durch die politischen und wirtschaftlichen Führungsorgane auf unwesentliche Nachrichten ablenkt, der Technik des stetigen Präsent-Sein. Jene Strategie ist der Grundstein, der das Basisinteresse aus den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Psychologie, Neurobiologie und Cybernetik verhindert. Somit kehrt die öffentliche Meinung den wirklichen gesellschaftlichen Problemen den Rücken zu, berieselt und abgelenkt durch unwichtige Angelegenheiten. Schaffe es, daß die Gesellschaft beschäftigt ist, beschäftige sie, beschäftige sie so, damit sie keine Zeit hat über etwas nachzudenken, entsprechend auf dem Level eines Tieres.

### 2 – Erzeuge Probleme und liefere die Lösung

Diese Methode wird die „Problem-Reaktion-Lösung“ genannt. Es wird ein Problem bzw. eine Situation geschaffen, um eine Reaktion bei den Empfängern auszulösen, die danach eine präventive Vorgehensweise erwarten. Verbreite Gewalt oder zettle blutige Angriffe an, damit die Gesellschaft eine Verschärfung der Rechtsnormen und Gesetze auf Kosten der eigenen Freiheit akzeptiert. Oder kreiere eine Wirtschaftskrise um eine radikale Beschneidung der Grundrechte und die Demontierung der Sozialdienstleistungen rechtzufertigen.

### 3 – Stufe Änderungen ab

Verschiebe die Grenzen von Änderungen stufenweise, Schritt für Schritt, Jahr für Jahr. Auf diese Weise setzte man in den Jahren 1980 und 1990 die neuen radikalen sozio-ökonomischen Vorraussetzungen durch (Neoliberalismus): Minimum an Zeugnissen, Privatisierung, Unsicherheit, was der Morgen bringt, Elastizität, Massenarbeitslosigkeit, Höhe der Einkünfte, das Fehlen der Garantie auf gerechte Lohnänderungen.

### 4 – Aufschub von Änderungen

Die folgende Möglichkeit auf Akzeptanz einer von der Gesellschaft ungewollten Änderung ist es, sie als „schmerzhaftes Muss“ vorzustellen, damit die Gesellschaft es erlaubt, sie in Zukunft einzuführen. Es ist einfacher zukünftige Opfer zu akzeptieren, als sich ihnen sofort auszusetzen. Zudem hat die Gesellschaft, die naive Tendenz negative Veränderungen mit einem „alles wird gut“ zu umschreiben. Diese Strategie gibt den Bürgern mehr Zeit um sich der Änderung bewusst zu werden und die Akzeptanz in eine Art der Resignation umzuwandeln.

### 5 – Sprich zur Masse, wie zu kleinen Kindern

Die Mehrheit der Inhalte gerichtet an die öffentliche Meinung missbraucht die Art der Verkündung, durch Argumente oder sogar durch einen gönnerhaften Ton, den man normalerweise in einer Unterhaltung mit Kindern oder geistig behinderten Menschen verwendet. Je mehr man seinem Gesprächspartner das Bild vor Augen vernebeln will, umso lieber greift man auf diese Technik zurück. Warum? Wenn du zu einer Person sprichst, als ob sie 12 Jahre alt wäre, dann, aus dem Grund der Suggestion, wird mit höchster Wahrscheinlichkeit jene Person kritiklos reagieren oder antworten, als ob sie tatsächlich 12 Jahre alt wäre.

[129] https://de.wikipedia.org/wiki/Noam_Chomsky

**6 – Konzentriere dich auf Emotionen und nicht auf Reflexion**
Der Missbrauch des emotionalen Aspektes ist die klassische Technik, das Ziel habend, eine rationale Analyse und den gesunden Menschenverstand eines Individuums zu umgehen. Darüber hinaus öffnet eine emotionale Rede Tür und Tor, Ideolgie, Bedürfnisse, Ängste und Unruhen, Impulse und bestimmte Verhaltensweisen im Unterbewusstsein zu initiieren.

**7 – Versuche die Ignoranz der Gesellschaft aufrechtzuerhalten**
Die Masse soll nicht fähig sein die Methoden und Kontrolltechniken zu erkennen. Bildung, die der gesellschaftlichen Unterschicht angeboten wird, soll so einfach wie möglich sein, damit das akademische Wissen für diese nicht begreifbar ist.

**8 – Entfache in der Bevölkerung den Gedanken, daß sie durchschnittlich sei**
Schaff es, daß die Bürger zu glauben beginnen, daß es cool und norml sei dumm, vulgär und ungebildet zu sein.

**9 – Wandle Widerstand in das Gefühl schlechten Gewissens um**
Erlaube es, daß die Gesellschaft denkt, daß sie aufgrund zu wenig Intelligenz, Kompetenz oder Bemühungen die einzig Schuldigen ihres Nicht-Erfolges sind. Das „System“ wirkt also einer Rebellion der Bevölkerung entgegen indem dem Bürger suggeriert wird, daß er an allem Übel schuld sei und herabwürdigt damit dessen Selbstwertgefühl. Dies führt zur Depression und Blockade weiteren Handelns. Ohne Handeln gibt es nämlich keine Revolution!

**10 – Lerne Menschen besser kennen, als sie sich selbst es tun**
In den letzten 50 Jahren entstand durch den wissenschaftlichen Fortschritt eine Schlucht zwischen dem Wissen, welches der breiten Masse zur Verfügung steht und jenem, das für die schmale Elite reserviert ist. Dank der Biologie, Neurobiologie und der angewandten Psychologie erreichte das „System“ das Wissen zur Existenz des Menschen im physischen als auch psychischen Bereich. Gegenwärtig kennt das „System“ den Menschen, den einzelnen Bürger besser, besser als dieser selbst und verfügt somit über eine größere Kontrolle des einzelnen.

## A.6. Briefvorlagen und Schreiben

Einige Vorlagen der Gemeinde Neuhaus i. W. liegen im offenen Dokumentenformat (ODT) vor. Sie können die Dateien mit dem kostenlosen freien Programm *LibreOffice*[130] bearbeiten. Die Dateien können von den Internetseiten der Gemeinde Neuhaus[131] und des Netzwerks der Staatsangehörigen (NESTAG[132]) heruntergeladen werden:

Nachfolgend sind folgende Formulare zusammengestellt:

1. Schreiben an die Krankenkasse AOK NORDWEST
2. Antwortschreiben der AOK NORDWEST
3. Schriftverkehr mit dem Hauptzollamt Bielefeld bzgl. der “Kraftfahrzeugsteuer” (Schenkung)
4. Schreiben an die POLIZEI des Kreises Paderborn

[130] https://de.libreoffice.org/
[131] http://gemeinde-neuhaus.de
[132] http://nestag.de

MAX MUSTERMANN
Postfach …
[33104] Neuhaus in Westfalen

**An die Firma**
AOK NORDWEST in Westfalen-Lippe
Postfach 1140
33041 Paderborn

**gerichtsfest** per **FAX** an **05251-124-499**

per Email an ernst.rohe@nw.aok.de,
…@nw.aok.de,
…@nw.aok.de,
…@nw.aok.de

**zur Kenntnis an die**
Direktion der AOK NORDWEST
Kopenhagener Straße 1
44269 Dortmund

**gerichtsfest** per **FAX** an **0231-419311139**

per Email an kontakt@nw.aok.de

**in Kopie** an das Netzwerk der Staatsangehörigen (**NESTAG**)

z. Hd. Martin Litsch als Vorsitzender des Vorstands der AOK NORDWEST, Herrn Ernst Rohe (Regionaldirektion Paderborn der AOK NORDWEST), Frau … , Herrn …

**Betreff: Versuchte rechtswidrige Zwangsanmeldung meiner abgemeldeten juristischen Person durch die AOK NORDWEST**

Neuhaus in Westfalen, den 12.09.2015

Sehr geehrter Herr Martin Litsch, sehr geehrter Herr Ernst Rohe, sehr geehrte Damen und Herren,

es wird aus dem Rechtskreis der Staatlichkeit geschrieben und angezeigt, daß Herr Max Mustermann Staatsangehöriger des Königreich Preußen seinen Wohnsitz nach § 7 BGB von 1896 in der Gemeinde Neuhaus i. W., Musterstraße Str. … begründet. Schreiben an andere Stellen können und werden nicht entgegengenommen.

Als Firma (mit D-U-N-S® Nummer 551171098) wird es Ihnen sicher nicht entgangen sein, daß das Jahr 1990 das bedeutendste Jahr seit 1918 war. Die Alliierten haben im sogenannten 2+4-Vertrag unser Land zum Rechtsstand des Jahres 1918 in die Staatlichkeit freigegeben. Der Art. 7 besagt:

**Artikel 7** (1) *„Die Französische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf* ***Berlin und Deutschland als Ganzes.*** *Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen*

 *Alle Rechte vorbehalten!*

*Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der* ***Vier Mächte*** *aufgelöst.“* (1918 waren es beim Waffenstillstand 3 Alliierte.)

**Deutschland ist das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937.** *(SHAEF Vertrag von 1944)*

Das bedeutet, daß sich jeder Staatsangehörige für die **Staatlichkeit** vor 1914 oder den **handelsrechtlichen Verwaltungsbereich der BRD** entscheiden kann.

In den Jahren 2009 bis 2013 wurden Fakten gesammelt damit sich die Gemeindemitglieder ein Bild von der Lage in unserem Land machen können. Dieses Wissen wurde im Buch „Weltfrieden – er liegt in unserer Hand!“ dokumentiert. Sie können das Buch kostenlos herunterladen:
**http://gemeinde-neuhaus.de/buch.html**

Sichtbar wurde die Änderung des Rechtes auch mit der Streichung des Geltungsbereichs im Grundgesetz durch den Hauptalliierten Außenminister J. Baker, USA und durch die von den Alliierten angeordneten Bereinigungsgesetze die alle Gesetze der BRD aufheben. Die Streichung des Geltungsbereiches eines Gesetzes bewirkt dessen Aufhebung.

Auf den Internetseiten der Stadt Aschaffenburg war Folgendes zu lesen: *„Der Bundespersonalausweis oder der deutsche Reisepass sind kein Nachweis über den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. […]“* und der Landkreis Demmin schreibt: *„Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, dass es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, […] , nicht gibt.“*

Der Mann Max aus der Familie Mustermann, geboren am …. in Musterstadt in der Provinz Westfalen des Königreichs Preußen, schreibt aus dem **Rechtskreis der Staatlichkeit** bezüglich seiner **abgemeldeten juristischen Person MAX MUSTERMANN** welche von der AOK NORDWEST angeschrieben wurde und welche Sie versucht haben zwangsweise anzumelden. Der Mann Max aus der Familie Mustermann nennt sich grundsätzlich und insbesondere im Folgenden kurz **Max**. Seine abgemeldete juristische Person wird im Folgenden mit **MAX MUSTERMANN** bezeichnet.
Die **juristische Person MAX MUSTERMANN** wurde von der damaligen BRD-Verwaltung erschaffen. Nach dem Verursacherprinzip obliegen der BRD-Verwaltung sämtliche Kosten und Pflichten dieser Person. Die **juristische Person MAX MUSTERMANN** wurde dem Mann Max aus der Familie Mustermann zugeschrieben. Der Mann Max hat sich auf den § 119 des BGB (“Anfechtung wegen Irrtums”) berufen und diese Person **abgemeldet!** Die Abmeldung von der **Firma Stadt Paderborn** ist erfolgt; die Abmeldebescheinigung ist als Anlage beigefügt. Max ist **in der nach Völkerrecht aktivierten staatlichen Gemeinde Neuhaus in Westfalen** gemeldet; die Anmeldung ist als Anlage beigefügt. Hiermit erfüllt Max die von den Alliierten Besatzern geforderte **Meldepflicht**! Sein **ständiger Wohnsitz** befindet sich auf dem Boden der **Gebietskörperschaft Gemeinde Neuhaus in Westfalen** und damit **außerhalb der Wirtschaftszonen der BRD (siehe Grundgesetz Art. 133)!** ***Dadurch fällt die wesentliche Voraussetzung für eine Zwangsmitgliedschaft bei einer Körperschaft des öffentlichen Rechts weg!*** Die AOK NORDWEST ist laut eigener offizieller Aussage eine **Körperschaft des öffentlichen Rechts.** Als solche befindet sich diese immer im Handelsrecht.

Der Mann Max aus der Familie Mustermann erklärt hiermit nochmals seinen Willen Preußischer Bundesstaatsangehöriger nach RuStAG 1913 4.1 entsprechend seiner Abstammung zu sein, sowie die für ihn geltenden Gesetzes aus dem Rechtskreis von vor 1913 anzuerkennen, sich auf diese zu berufen und entsprechend diesen behandelt zu werden! **Die für die abgemeldete juristische**

 *Alle Rechte vorbehalten!*

**Person MAX MUSTERMANN geltenden Gesetze resp. der Rechtskreis sind insbesondere die Haager Landkriegsordnung (HLKO), das Internationale Deutsche Recht mit dem HGB von 1896, dem BGB von 1897 und dem GVG von 1877.**

Entgegen Ihrem Schreiben vom 03.06.2015 **besteht kein Vertragsverhältnis zwischen der juristisch abgemeldeten Person MAX MUSTERMANN und der AOK NORDWEST**. Der vormals bestehende Vertrag wurde zum **30.11.2011 gekündigt**. Diese Kündigung wurde von der AOK NORDWEST mit einem Schreiben vom 30.09.2011 nach §175 Abs. 4 Satz 3 SGB V bestätigt. Mit der **versuchten Zwangsanmeldung verletzen Sie meine Privatautonomie;** das Schließen von Verträgen zu Lasten Dritter ist gesetzeswidrig.

Der AOK NORDWEST wurde bereits mitgeteilt, dass sich der Mann Max resp. er seine natürliche Person anderweitig absichert um die Versicherungspflicht zu erfüllen die der Gesetzgeber fordert **obwohl** er nicht den Anordnungen, Verordnungen und Empfehlungen („Gesetzen“) der BRD unterliegt, da er im Rechtskreis der Staatlichkeit und nicht im Handelsrecht agiert bzw. lebt.

**Das Amt Neuhaus der Gemeinde Neuhaus ist nach der Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 gemäß § 5 berechtigt der Träger der Gemeindekrankenversicherung zu sein und nimmt diese Aufgabe wahr!**

Auch der GKV Spitzenverband ( D-U-N-S® Nummer 341459401) ist eine private Firma im Handelsrecht ohne staatliche Befugnisse! Diese Körperschaften, privaten Firmen und Vereine achten nicht das Primat der Politik und handeln somit gegen das Recht und gefährden somit die öffentliche Ordnung!

***Hiermit wird die AOK NORDWEST letztmalig und unmissverständlich aufgefordert das Einziehen von Geldern für die Sozialversicherung, Krankenversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung und Arbeitslosenversicherung zu unterlassen! Bereits eingezogene Beträge sind an den Arbeitgeber, die Musterbau GmbH zurück zu überweisen!***

Die AOK NORDWEST als Körperschaft des öffentlichen Rechts wird aufgefordert sich an deutsches Recht zu halten und dementsprechend Ihre Forderungen zu unterlassen sowie alle Daten die einen Bezug zu der Person MAX MUSTERMANN aufweisen bis zum 15. Oktober 2015 zu löschen, was schriftlich und gerichtsfest zu bestätigen ist! Sollten Sie diese Frist verstreichen lassen, so wird davon ausgegangen, daß Ihre Forderungen sowie die **versuchte Zwangsanmeldung** hinfällig sind und daß Sie durch konkludentes Handeln rechtsverbindlich einem Vertrag mit folgenden Vertragsbedingungen zustimmen. Sie – die angeschriebenen Privatpersonen – verpflichten sich zur Zahlung von 300 € (in Worten dreihundert Euro) an die Gemeinde Neuhaus in Westfalen als Aufwandsentschädigung für jedes – durch uns zu verfassende – Antwortschreiben, sowie zur Zahlung von 5.000 € (in Worten fünftausend Euro) falls eine Zwangsmitgliedschaft / Zwangsanmeldung vorgenommen wird oder falls Sie Dritte beauftragen durch deren Handeln dem Mann Max resp. der Gemeinde Neuhaus ein weiterer Aufwand oder ein Schaden entsteht.

**Für den Fall daß Sie meinen Forderungen nicht nachkommen, wird die ladungsfähige Anschrift der verantwortlichen Person(en) gefordert. Gegen diese ergeht dann Strafantrag!**

Des Weiteren behalten wir uns vor den Schaden gegen Sie einzuklagen der uns durch die erzwungene Korrespondenz und die notwendige Rechtsberatung entstanden ist. Die Höhe des uns entstandenen Schadens beträgt zum jetzigen Zeitpunkt 500 € (in Worten fünfhundert Euro). Hiermit setzen wir Sie darüber in Kenntnis, daß Sie vollumfänglich mit Ihrem Privatvermögen haften.

Des Weiteren wird der AOK NORDWEST **ausdrücklich untersagt** weitere Angebotsschreiben an den Mann Max a.d.F. Mustermann oder seine juristisch abgemeldete Person MAX MUSTERMANN zu schicken! Damit sind insbesondere Angebote zu Versicherungsleistungen, Krankenkassenkarte, Mitgliederzeitschriften und Organspendeausweise gemeint!

Nutzen Sie für Antworten die Melde-/Wohnsitzadresse der juristischen Person MAX MUSTERMANN
Postfach …, [33104] Neuhaus in Westfalen.

**Hiermit erklärt der Mann Max aus der Familie Mustermann für Sie verbindlich, daß er die Freiwillige Gerichtsbarkeit (FGG) sowohl für sich als auch für seine abgemeldete juristische Person ablehnt. Damit sind BRD-Gerichte weder in der Form, noch in der Sache für den Mann als auch für die Person zuständig!**

Weitere Einlassungen finden zum jetzigen Zeitpunkt nicht statt!

Hochachtungsvoll

Ihr Max a.d.F. Mustermann

Bundesstaatsangehöriger des Kgr. Preußen nach RuStAG 1913 4.1
Mitglied im Netzwerk der Staatsangehörigen (NESTAG)
Natürliche Person gemäß §1 des staatlichen BGB

**Anlagen**

1. Abmeldung von der AOK NORDWEST Paderborn
2. Abmeldung von der Firma Stadt Paderborn
3. Anmeldung bei der nach Völkerrecht aktivierten staatlichen Gemeinde Neuhaus i. W.

 *Alle Rechte vorbehalten!*




AOK NordWest | 44114 Dortmund

Herrn

Ihr Gesprächspartner

Telefon

Telefax
0231 4194-8331

E-Mail

Unser/Ihr Zeichen

Datum
22.09.2015

Ihr Schreiben vom 14.09.2015

Sehr geehrter Herr

unser Vorstandsvorsitzender Herr Litsch hat Ihr Schreiben erhalten und mich damit beauftragt, Ihnen zu antworten.

Der Gesetzgeber hat alle Krankenkassen dazu verpflichtet, ihre Mitglieder zum Thema Organspende zu informieren. Sie haben natürlich Recht damit, dass Sie nicht zu unseren Versicherten gehören. Im Rahmen Ihrer Tätigkeit sind Sie jedoch von Ihrem Arbeitgeber zur Renten- und Arbeitslosenversicherung zu melden. Wir haben Ihre Daten in unserem Bestand, weil die Krankenkasse die Einzugsstelle für die o.g. Meldungen ist. Dies bedeutet, dass Ihr Arbeitgeber diese Meldungen an uns übermittelt und wir die Daten an den Rentenversicherungsträger sowie die Agentur für Arbeit weitergeben.

Für die Tatsache, dass Sie als „unser Versicherter" angeschrieben wurden, bitten wir Sie um Entschuldigung. Wir werden bei zukünftigen Anschreiben die Auswertungen der anzuschreibenden Personen anpassen. Unabhängig hiervon würden wir uns natürlich freuen, wenn Sie den „zufällig" erhaltenen Ausweis nutzen.

Wenn Sie Fragen haben, beantworten wir diese gern.

Mit freundlichen Grüßen

Kopenhagener Str. 1
44269 Dortmund

Öffnungszeiten
montags bis freitags 08:00-18:00 Uhr



# Amt Neuhaus / Westfalen
# Gemeinde Neuhaus / Westfalen



Gemeindebüro:
Postfach 6220
**[**33104**]** Neuhaus / Westfalen **Gebietskörperschaft**
**Königreich Preußen mit der Verfassung von 1850**
**Preußische Provinz Westfalen**
Telefon**:**
E-Post:

**Amt - Gemeinde Neuhaus / Westfalen, Postfach 6220, [33104] Neuhaus / Westfalen**

Firma HZA Bielefeld **D-U-N-S Nr. 333 574 650** (SIC) 9311 (Public Finanz, Taxation, and Monetary Policy)
Werner-Bock-Straße 25-29

**[33602] B i e l e f e l d** Fax: 0521 – 3047 9010

20. April 2015

**Betr.: Ihr Schreiben vom 15. April 2015**

Sehr geehrter Frau Goettner-Bahr,

es wird aus dem Rechtskreis der Staatlichkeit geschrieben. Es wird angezeigt, daß das Vermögen der Familie [Vorname] [Familienname], Staatsangehöriger des Bundesstaates Preußen durch einen Treuhandvertrag mit der Gemeinde Neuhaus i.W. verbunden ist. Es wird gebeten sich bei zukünftigen Anschreiben an den Treuhänder zu wenden. Vollmacht wird bestätigt.

Als Firmenbehörde der BRD wird es Ihnen sicher nicht entgangen sein, daß das Jahr 1990 das bedeutendste Jahr seit 1918 war. Die Alliierten haben im sogenannten 2+4 Vertrag unser Land zum Rechtsstand 1918 in die Staatlichkeit freigegeben. Der Art. 7 besagt:

**Artikel 7** (1) *„Die Französische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland* ***als Ganzes****. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst."*

Das bedeutet, das sich jeder Staatsangehörige für die Staatlichkeit vor 1918 oder den handelsrechtlichen Verwaltungsbereich der BRD entscheiden kann. In den Jahren 2009 bis 2013 wurden Fakten gesammelt damit sich die Gemeindemitglieder ein Bild der Lage in diesem Land machen können. Diese Zusammenstellung wurde „Analyse des System Deutschland" genannt und ist im Internet hinterlegt. Sichtbar wurde die Statusänderung auch mit der Streichung des Geltungsbereichs im Grundgesetz durch den Hauptalliierten Außenminister J. Baker, USA und durch die von den Alliierten angeordneten Bereinigungsgesetze, die alle Gesetze der BRD aufheben. Die Streichung des Geltungsbereiches bedeutet Aufhebung.

**http://workupload.com/file/gExuCxwY** **https://www.youtube.com/watch?v=UeniO41W_Bo**

Dort kann man in einem Internetauftritt der Stadt Aschaffenburg folgendes lesen: *„Der Bundespersonalausweis oder der deutsche Reisepass sind kein Nachweis über den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. ......."* und auf Seite 48 / 49 schreibt der Landkreis Demmin: *„Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, dass es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, ..... , nicht gibt."*

[Vorname] [Familienname], Staatsangehöriger des Bundesstaates Preußen möchte hier nicht alle Fakten weiter vertiefen, aber es zeigt sich eindeutig das Bild, daß die BRD ein reines Verwaltungskonstrukt der Alliierten war und ist und niemals Staatlichkeit hatte oder haben wird. Auch Carlo Schmidt vom Parlamentarischen Rat hat das damals in einer Radiosendung überdeutlich zu Ausdruck gebracht.

Nach RuStAG 1913 4.1 ist [Vorname] [Familienname] durch seinen Vater / Großvater deutscher Staatsangehöriger, alle handelsrechtliche Verträge mit der handelsrechtlich organisierten BRD wurden gekündigt, die Abmeldung aus dem System der BRD ist erfolgt und der Wohnsitz ist nach Art. 7 BGB von 1896 in Neuhaus i. W. begründet.

Alle Kommunen, Gemeinden und Städte über 40.000 Einwohner wurden ab 1990 offiziell darüber informiert, daß man sich nun als Verwaltungsorgan selbst privatrechtlich organisieren und absichern muss, da sich die Rechtsstellung und Gerichtsbarkeit im Zuge der "Wiedervereinigung" in der BRD existentiell und grundlegend im Status quo geändert hat. Ab dann lief das lange Zeit unverständliche „Privatisierungsprogramm" auch in Deutschland auf Hochtouren. Amtswesen, Post, Bahn, Energieversorger usw. etc. pp. wurden sukzessive still und ohne große Öffentlichkeit, fast heimlich "umgestellt" auf Firmenrecht, Handelsrecht frei von jeglichem Staatswesen. Den wahren Grund hat man selbstverständlich gezielt unterschlagen. Der Grund war und ist schlicht und ergreifend, dass mit der "Wiedervereinigung" von Teilen Deutschlands (quasi alle Gliedstaaten des Deutschen Kaiser Reiches, Länder wie Königreich Preußen, Königreich Bayern usw. – nebst allen Provinzen und Gemeinden) per sofort wieder ihre volle Souveränität erlangt hatten, frei von jeglichem Besatzungsstatut waren! Auch das Amtsgericht Paderborn, die Finanzverwaltung, die Stadt oder die Staatsanwaltschaft sind seit dem als Firma im Handelsrecht gelistet.

Der zweite gravierende Punkt ist die Person im System der BRD. In den Ausweisen des Besatzungskonstrukt BRD steht seit 1949 Name und nicht Familienname. Das heißt, daß die Staatsangehörigen zur juristischen Person gemacht wurden. (§ 14 BGB von 1896 und § 17 HGB von 1897 „*Die Firma eines Kaufmanns ist der Name,...*") Der Lastenausgleich 1952 war möglich.

**1.** Am 15.07.1999 wurden unter der SPD-Regierung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder alle BRD-Angehörige zu Kolonieangehörige: "Deutscher ist, wer die […] unmittelbare Reichsangehörigkeit [. . . ] besitzt." Das Wort "unmittelbar" bedeutet Reichsangehörigkeit, während "mittelbar" die Angehörigkeit in einem Bundesstaat mit Bodenrecht meint.

**2.** Seit dem 21.08.2002 heißt es: "Deutscher ist, wer die […] unmittelbare /*Reichs*/ angehörigkeit […] besitzt." Damit sind alle Bundesbürger ab diesem Zeitpunkt Staatenlos. (Apolide) Bei der Notation "/* */" scheint es sich juristisch um eine Ausklammerung zu handeln.

**3.** Am 08.10.2010 erfolgte der große Staatsstreich und die Reichsangehörigkeit (unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit) wurde endgültig beseitigt. Damit wurden alle Bundesbürger der Bundesrepublik Deutschland entgültig staatenlos! Der Bezug auf das letzte Staatsangehörigkeitsgesetz aus dem Jahre 1913 (RuStAG) wurde endgültig beseitigt. Hierbei handelt es sich um die Vorbereitung auf die Überführung in die sogenannte EU-Staatsbürgerschaft ohne echte Staatsangehörigkeit. (Apolide)

**4.** Spätestens seit dem Gesetz über die weitere Bereinigung von Bundesrecht vom 08. Dezember 2010 (BGBl 2010 Teil I Nr. 63, ausgegeben zu Bonn am 14. Dezember 2010, Artikel 2 Aufhebung des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (102-1) ist die Staatsangehörigkeit für die Bundesbürger abgeschafft. (Apolide)

Das Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 8.12.2010 I 1864 **„** Die Bedeutung der Begriffe „Reichs- und Staatsangehörigkeit" im Sinne dieses G hat sich geändert. An die Stelle der „Reichsangehörigkeit" ist gem. § 1 V v. 5.2.1934 102-2, Art. 116 Abs. 1 GG 100-1 die deutsche Staatsangehörigkeit getreten. **Die die Reichsangehörigkeit vermittelnde Staatsangehörigkeit in den Bundesstaaten – seit der Weimarer Verfassung in den deutschen Ländern – ist durch § 1 V v. 5.2.1934 beseitigt worden. „** (Apolide)

Das Völkerrecht (Haager Landkriegsordnung von 1907 – kurz HLKO) in einem besetzten Gebiet verbietet die Plünderung im Artikel 46 und 47 bis zu einem Friedensvertrag. Das Völkerrecht gilt nur für natürliche Personen, Staatsangehörige. Durch Änderung des Rechtsstatus waren Plünderungen möglich. Das wurde im Jahr 1952 durch den sogenannten Lastenausgleich durchgesetzt. Alle juristischen Personen mußten damals 50 % ihres Vermögens abgeben, bei Immobilien waren das 50 % Zwangshypothek mit Rückzahlung auf 30 Jahre. Mit Zinsen wurden ca. 100 % des Gebäudewertes fällig
https://www.youtube.com/watch?v=A-hkQn5eXKM

Wenn man sich heute die ESM – Regelung ansieht kann man von einem Lastenausgleich 2.0 in naher Zukunft ausgehen. ESM heißt Europäischer-Stabilitäts-Mechanismus und ist eine Bank mit einer sogenannten Ewigkeitsgarantie und juristisch geschützten Mitarbeitern. Diese Bank kann laut Vertrag innerhalb von 8 Tagen jede ihr beliebe Geldsumme von der BRD im Handelsrecht fordern. Die sogenannten Schulden in Europa, die die BRD absichert und im System der BRD begründet sind, überschreiten bereits das gesamte Volksvermögen in diesem Land.

Schutz vor diesen geplanten Plünderungen kann nur die Entscheidung zwischen Handelsrecht oder Staatsrecht sein. Im Jahr 2012 die wurden die Zusammenhänge in der Gemeinde Neuhaus verstanden und als erster in diesem Land eine Gemeinde, die Gemeinde Neuhaus aktiviert. Die Gemeinde hat seit 1918 nie ihre Rechtsfähigkeit eingebüßt. Seit 1975 ist die Gemeinde, das Amt ohne Organisation. Staatsangehörige des Königreich Preußen (jeweils vor 1918) haben im April 2013 die Gemeinde Neuhaus, das Amt in Westfalen wieder aktiviert. Seit dem haben Staatsangehörige in viele Städte und Gemeinden in unserem Land nach unserem Beispiel Aktivierungen vorgenommen.
Die Stadt Paderborn (Rechtsabteilung) hat den Status der Gemeinde Neuhaus i. W. überprüft und uns durch den Referenten des „Bürgermeister" mitteilen lassen, daß wir an die Firma Stadt Paderborn mit der D-U-N-S Nummer: 332 914 381 keine Grundsteuer zu zahlen brauchen.

Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß sich die Behörden im Raum Paderborn auch in der Zeit ab 1930 nicht um Rechtsstandards gekümmert haben. Im Jahr 1994 haben meine Mutter [Vorname] [Familienname] und [Vorname] [Familienname] die Druckkosten für das von der Universität-Gesamthochschule-Paderborn, Fachbereich 2 – Erziehungswissenschaften erarbeitete Buch „Die Ortserkundung" Stätten der Nazi-Verfolgung in Paderborn, Herausgeber Klaus Himmelstein, gespendet. In dem Buch wird unter anderem beschrieben, daß in Paderborn die jüdische Bevölkerung aus dem Kaiser-Karls-Bad ausgeschlossen wurde, die

jüdischen Marktbeschicker vom Markt verdrängt wurden, jüdische Familien aus ihren Wohnungen vertrieben wurden u.a.m.. Das Erstaunliche ist, daß die Verordnungen, Anordnungen und Empfehlungen der Mandatsregierung unter Hitler (durch Selbstermächtigung im Jahre 1933) für diese Maßnahmen erst Jahre später kamen.

Auch wenn viele in der Bevölkerung so konditioniert sind, daß sie die Zusammenhänge nicht verstehen oder verstehen wollen, sprechen die Tatsachen eine deutliche Sprache. Die Gemeinde Neuhaus hält sich an die vorgegebenen Spielregeln wie u.a. internationales deutsches Recht, Völkerrecht und Besatzungsrecht.

[Vorname] aus der Familie [Familienname]
Gemeindevorsteher

Dem Schreiben wurde folgendes Dokument als Anlage beigefügt (Kfz-“Steuer“ ist eine **Schenkung**).

Hauptzollamt Bielefeld

ZOLL

Einziehung der Kraftfahrzeugsteuer

Ihre Nachricht vom 02.08.2014

S-6200 - B4 – HAM-DT 299 – K

Sehr geehrter Herr

die Leiterin des Hauptzollamtes Bielefeld - Frau - hat mich beauftragt, Ihr Schreiben vom 02.08.2014 zu beantworten.

Nach § 1 Absatz 4 des Gesetzes über die Finanzverwaltung (Finanzverwaltungsgesetz) vom 03.09.1971 in der geltenden Fassung ist das Hauptzollamt eine örtliche Behörde der Bundesfinanzverwaltung.

Nimmt diese Behörde als Kunde oder Auftraggeber am wirtschaftlichen Handeln teil, gelten z.B. nicht die Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insoweit ist das Hauptzollamt keine „eingetragene Firma".

Als Leiterin dieser „örtlichen Behörde" ist Frau ermächtigt, die ihr obliegenden Aufgaben zu delegieren.

Die Leitung des Fachgebietes, in dem die Festsetzung der Kraftfahrzeugsteuer erfolgt, hat sie der Unterzeichnerin übertragen, diese war somit als Verfasserin des Schreibens vom 08.07.2014 ermächtigt, rechtswirksam die Ausführungen zur Schenkung zu machen.

Mit freundlichem Gruß

Im Auftrag



# Diplomatische Mission des Kgr. Preußen
# Amt Neuhaus / Westfalen
# Gemeinde Neuhaus / Westfalen



**Diplomatische Mission des Königreich Preußen**
Amt und Gemeindebüro:
Postfach 6220
**[**33104**]** Neuhaus / Westfalen **Gebietskörperschaft**
Preußische Provinz Westfalen
Königreich Preußen mit der Verfassung von 1850
Telefon**:**
E-Post:

**Mission des Kgr. Preußen, Postfach 6220, [33104] Neuhaus / Westfalen**

**An alle Polizeibehörden der BRD-Verwaltung des Kreis Paderborn**
**Lt. internationalem Firmenverzeichnis D-U-N-S-Nr.: 506970172**

01. Juli 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,
an die für die deutsche Frage zuständige Personen im Kreis Paderborn,

es wird aus dem Rechtskreis der Staatlichkeit geschrieben. Weitere Grundlagen sind u.a. das HGB von 1897, BGB von 1896 und das GVG von 1877.

Es können seit dem 2+4 Vertrag in diesem Land zwei Rechtskreise bestehen. Erstens der Rechtskreis der Verwaltung der Alliierten zur Besetzung nach dem WK I die BRD-Verwaltung und zweitens der Rechtskreis der Staatlichkeit. Den Rechtskreis der Staatlichkeit kann der Souverän als Staatsangehöriger eines Bundeslandes wie z.B. das Kgr. Preußen durch Aktivierung der Gemeinde aus der Zeit vor 1914 schaffen. Das hat die Gemeinde Neuhaus i.W. / Amt Neuhaus i.W. im April 2013 allen Alliierten der UNO und allen Behörden der handelsrechtlich organisierten BRD mitgeteilt.

Warum wurden alle Behörden der BRD nach dem 2+4 Vertrag in das Handelsrecht geführt **?** Warum wurde der Art. 23 GG (Geltungsbereich) ersatzlos vom amerikanischen Außenminister Baker als Hauptalliierter gestrichen **?** Warum wurde durch die Bereinigungsgesetze der Jahre 2006, 2007 und 2010 allen „Gesetzen“ der Geltungsbereich und damit die Gültigkeit genommen **?** Warum steht in der Personalausweisverordnung das man einen Ausweis besitzen muß und nicht welchen **?** Warum laufen alle Hausversicherungsverträge über die Bewertung des Jahres 1913 **?**

Quellen zu den Bereinigungsgesetzen (Gesetzblätter): 1. BGBl. 2006, Teil I, Nr. 18, S. 866ff, ausgegeben zu Bonn am 24. April 2006 2. BGBl. 2007, Teil I, Nr. 59, S. 2614ff, ausgegeben zu Bonn am 29. November 2007 3. BGBl. 2010, Teil I, Nr. 63, S. 1864ff, ausgegeben zu Bonn am 14. Dezember 2010

Der Art. 7 des 2+4 Vertrages gibt die Auskunft **!** „Deutschland“ wird von den Alliierten im SHAEF-Vertrag Art. 52 wie folgt definiert: *„Deutschland ist das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31.12.1937.“*

Die Besatzung des Jahres 1945 wurde aufgehoben, nicht aber die Besatzung des Jahres 1918. Deshalb gibt es jetzt zwei Rechtskreise. **Die BRD-Behörden verwalten deren freiwillige Mitglieder und der Souverän mit der jeweiligen Bundesstaatsangehörigkeit wie z.B. Kgr. Preußen hat die Möglichkeit sich selbst über die aktivierte Gemeinde zu verwalten.**

Artikel 7 (1) „*Die Französische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika* ***beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes****. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst.“* (1918 waren es beim Vertrag von Versailles drei Mächte)

Mit der Bundesstaatsangehörigkeit nach **RuStAG 1913 4.1** (Staatsangehörigkeitsurkunde) gelten die internationalen völkerrechtlichen und handelsrechtlichen Verträge die von der BRD-Verwaltung ratifiziert wurden für die natürliche Person im Rechtskreis vor 1914 **!** Zum Beispiel:

1. *Nach Protokoll Nr. 4 des Zusatzprotokolls der Europäischen Menschenrechte ist eine Inhaftierung wegen zivilrechtlichen Ansprüchen unzulässig, auch für die Abgabe der Eidesstattlichen Versicherung. Die Abgabe der Eidesstattlichen Versicherung ist eine zivilrechtliche Angelegenheit und kann nicht mit der Haft erzwungen werden, da es nicht erlaubt ist, gegen sich selbst eine Erklärung unfreiwillig abzugeben (Unschuldsvermutung Art. 6 II EMRK) und der Menschenrechtskonvention der UNO mit gleichlautendem Inhalt !*

2. *Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (in Kraft seit dem 3. September 1953) Zusatzartikel 4 - Verbot der Freiheitsentziehung wegen Schulden*<br>*Niemand darf die Freiheit allein deshalb entzogen werden, weil er nicht in der Lage ist, eine vertragliche Verpflichtung zu erfüllen.*

3. *Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.Dezember 1966 (BGBl. 1973 II 1553) Artikel 11: Niemand darf nur deswegen in Haft genommen werden, weil er nicht in der Lage ist, eine vertragliche Verpflichtung zu erfüllen.*

4. *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984 (BGBJ. 1990 II S. 246)*

**Das bedeutet u. a., daß man wegen Geldschulden nicht verhaftet werden darf und sich vor Gericht selbst verteidigen kann.** Das AuslG-VwV gibt Auskunft über die von der BRD verwalteten Bundesbürger. Für Ausländer ohne Staatsangehörigkeit (Staatenlose BRD-Mitglieder) gelten die internationalen völkerrechtlichen und handelsrechtlichen Verträge nicht **!** Sie haben keinen Schutz vor Verhaftung der BRD-Behörden bei Geldschulden.

**Das Ausländergesetz (AuslG-VwV) sieht vor, dass jeder Bundesbürger der seine Staatsangehörigkeit nicht mit einer Staatsangehörigkeitsurkunde nachweisen kann, wie ein Ausländer zu behandeln ist.**

“1.2.1 Ausländer ist jede natürliche Person, die weder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt noch als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling im Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stand vom **31. Dezember 1937** Aufnahme gefunden hat (Deutsche ohne deutsche Staatsangehörigkeit) oder diesen Status durch Abstammung oder - bis 31. März 1953 - durch Eheschließung erworben hat.”

“1.2.3.1 Deutsche, die zugleich eine oder mehrere fremde Staatsangehörigkeiten besitzen, sind keine Ausländer i.S.d. Ausländergesetzes (inländischer Mehrstaatler). Bestehen Zweifel, ob jemand Deutscher ist, obliegt die Klärung der Staatsangehörigkeitsbehörde. **Bis zur Klärung ist er als Ausländer zu behandeln. Beruft sich ein Ausländer darauf, Deutscher zu sein, hat er dies gemäß § 70 Abs. 1 nachzuweisen (z.B. durch Staatsangehörigkeitsurkunde).**”

Die Gemeinde Neuhaus i.W / Amt Neuhaus i.W. hat sich als erste Gemeinde in diesem Land aktiviert und die erste Reststaatlichkeit wieder hergestellt. Danach mußte sich die Bundesregierung und der Bund von Berlin nach Bonn ummelden. Als erste aktivierte Gemeinde haben wir gegenüber der UNO, den Alliierten und den Bundesbehörden die Vertretung des Krg. als Diplomatische Mission des Kgr. Preußen übernommen.

**Wir bitten um Beachtung und Einhaltung der internationalen völkerrechtlichen und handelsrechtlichen Verträge und des internationalen deutschen Rechtes aus der Zeit vor 1914.**

## A.7. Grundlagenwissen

### A.7.1. Haager Landkriegsordnung (HLKO)

Die Haager Landkriegsordnung[133] von 1907 ist gültiges Völkerrecht und besagt:

"Es ist untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei. anzugreifen oder zu beschießen."

Art. 25, HLKO

"Der Befehlshaber einer angreifenden Truppe soll vor Beginn der Beschießung den Fall eines Sturmangriffs ausgenommen, alles was an ihm liegt tun, um die Behörden davon zu benachrichtigen."

Artikel 26, HLKO

"Bei Belagerungen und Beschießungen sollen alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden, um die dem Gottesdienste, der Kunst, der Wissenschaft und der Wohltätigkeit gewidmeten Gebäude, die geschichtlichen Denkmäler, die Hospitäler und Sammelplätze für Kranke und Verwundete soviel wie möglich zu schonen, vorausgesetzt, daß sie nicht gleichzeitig zu einem militärischen Zwecke Verwendung finden.
Pflicht der Belagerten ist es, diese Gebäude oder Sammelplätze mit deutlichen besonderen Zeichen zu versehen und diese dem Belagerer vorher bekanntzugeben."

Art. 27, HLKO

"Es ist untersagt, Städte oder Ansiedelungen, selbst wenn sie im Sturme genommen sind, der Plünderung preiszugeben."

Art. 28, HLKO

"Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze."

Art. 43, HLKO

"Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf **nicht** eingezogen werden."

Art. 46, HLKO

"Die Plünderung ist ausdrücklich **untersagt**."

Art. 47, HLKO

[133] http://rk19-bielefeld-mitte.de/info/Recht/Haager_Landkriegsordnung/42-56.htm

"Das ein Gebiet besetzende Heer kann nur mit Beschlag belegen: das bare Geld und die Wertbestände des Staates sowie die dem Staate zustehenden eintreibbaren Forderungen, die Waffenniederlagen, Beförderungsmittel, Vorratshäuser und Lebensmittelvorräte sowie überhaupt alles bewegliche Eigentum des Staates, das geeignet ist, den Kriegsunternehmungen zu dienen. Alle Mittel, die zu Lande, zu Wasser und in der Luft zur Weitergabe von Nachrichten und zur Beförderung von Personen oder Sachen dienen, mit Ausnahme der durch das Seerecht geregelten Fälle, sowie die Waffenniederlagen und überhaupt jede Art von Kriegsvorräten können, selbst wenn sie Privatpersonen gehören, mit Beschlag belegt werden. Beim Friedensschlusse müssen sie aber zurückgegeben und die Entschädigungen geregelt werden."

Art. 53, HLKO

"Das Eigentum der Gemeinden und der dem Gottesdienste, der Wohltätigkeit, dem Unterrichte, der Kunst und der Wissenschaft gewidmeten Anstalten, auch wenn diese dem Staate gehören, ist als Privateigentum zu behandeln.
Jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von derartigen Anlagen, von geschichtlichen Denkmälern oder von Werken der Kunst und Wissenschaft ist untersagt und soll geahndet werden."

Art. 56, HLKO

"Die Bombardierung aus der Luft mit dem Ziel, die zivile Bevölkerung zu terrorisieren oder Zerstörungen von nicht militärischem Privatbesitz oder Tötungen von am Krieg nicht beteiligten Personen - sind untersagt."

Washingtoner Abkommen "Die Regeln des Krieges" aus dem Jahr 1922, Art. 22, Teil 2
(unterzeichnet von GB, USA, Japan, Frankreich, Italien)

Über den Beginn des sogenannten "Zweiten Weltkrieges" schreibt Maxim Saprykin, ein russischer Historiker und Dozent an der Fakultät für Geschichte und Kulturologie der Moskauer Staatsuniversität:

> "1940 begannen die Briten mit Bombardierungen von Deutschland, und zwar Großbritannien begann als *erstes* mit Bombardierungen der deutschen Städte, also *vor* deutschen Bombardierungen in Großbritannien."[134]

Nach dem Völkerrecht tritt bei einer Kriegserklärung die Haager Landkriegsordnung (HLKO) in Kraft. Die HLKO umfaßt **Kriegserklärung**, **Waffenstillstand** und einen **Friedensvertrag**. Da der Deutsche Bund Kriegserklärungen und die Kriegsgegner wie Großbritannien, Frankreich, USA usw. ebenfalls Kriegserklärungen proklamiert haben, ist die HLKO weiterhin in Kraft. Dort wird geregelt, wie im Fall der Besetzung eines Landes vorgegangen werden muss. Die HLKO **endet mit einem Friedensvertrag**. Die fünf Alliierten (USA, China, Russland, Frankreich, Großbritannien) und der Deutsche Bund gehören auch zu den Unterzeichnern der HLKO.
Der Friedensvertrag mit dem Deutschen Bund ist bis heute nicht vollzogen worden. Auch die UN Charta Art. 53 bezieht sich nur auf das Deutsche Reich. Das SHAEF-Gesetz Nr. 1 regelt das Verbot aller Gesetze des 3. Reiches (ab dem Ermächtigungsgesetz[135] von 1933) und damit die Wiederherstellung der Gesetzlichkeit des Deutschen Bundes.

[134] http://www.youtube.com/watch?v=UwsAxMHeWn4
[135] Das zunächst auf vier Jahre verabschiedete Ermächtigungsgesetz wurde 1937, 1939 sowie 1943 verlängert und blieb bis zum Ende des NS-Regimes im Mai 1945 rechtliche Grundlage deutscher Gesetzgebung.

Die Gemeinde Neuhaus beruft sich auf die Verfassung vom 16. April 1871 von Wilhelm dem deutschen Kaiser mit der genauen Beschreibung des Deutschen Bundes und seiner einzelnen Bundesstaaten. Der Geltungsbereich dieser Verfassung entspricht den Gebieten der Bundesstaaten Preußen, Bayern usw. Als Preußen berufen wir uns auf die preußische Verfassung[136], die am 5. Dezember 1848 geschrieben und am 2. Februar 1850 verkündet wurde.
"In Preußen wurde der bürgerliche Tod durch die Verfassungen abgeschafft, die im Gefolge der Märzrevolution von 1848 erlassen bzw. erarbeitet wurden (z. B. Art. 9 der preußischen Verfassung vom 5. Dezember 1848, § 135 der Paulskirchenverfassung vom 28. März 1849)."
Über Art. 9 der preußischen Verfassung wird in der Wikipedia[137]geschrieben.
Die Verfassung von 1848 (Nationalversammlung Paulskirche) und von 1919 (Versailles) haben **keinen genauen Geltungsbereich** und sind damit unwirksam.

### A.7.2. UN Charta (Feind-Staaten-Klausel der UNO)

Die UNO wurde von den fünf Alliierten gegen die Kriegsgegner wie III. Reich, Italien, Japan usw. gegründet. Bis zu einem Friedensvertrag können diese Staaten jederzeit ohne Ermächtigung des Sicherheitsrates kriegerisch belangt werden. Weitere Informationen dazu liefert die nachfolgend zitierte UN Charta[138].

> (1) Der Sicherheitsrat nimmt gegebenenfalls diese regionalen Abmachungen oder Einrichtungen zur Durchführung von Zwangsmaßnahmen unter seiner Autorität in Anspruch. Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats dürfen Zwangsmaßnahmen auf Grund regionaler Abmachungen oder seitens regionaler Einrichtungen nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat im Sinne des Absatzes 2, soweit sie in Art. 107 oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines solchen Staates gerichteten Abmachungen vorgesehen sind; die Ausnahme gilt, bis der Organisation auf Ersuchen der beteiligten Regierungen die Aufgabe zugewiesen wird, neue Angriffe eines solchen Staates zu verhüten.
> (2) Der Ausdruck "Feindstaat" in Absatz 1 bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.
>
> Art. 53, UN Charta

3. Da der Deutsche Bund 1945 nicht aufgelöst wurde (siehe u. a. SHAEF-Gesetz Nr. 52 Art. VII Begriffsbestimmungen: (e) - "Deutschland" bedeutet das Gebiet des Deutschen Reiches, wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.) und mit den Alliierten noch keinen Friedensvertrag abgeschlossen hat, gilt noch immer die HLKO für den Deutschen Bund und seine Staatsangehörigen. Das Datum 1937 wurde von den Alliierten willkürlich festgelegt, es liegt nach dem Ermächtigungsgesetz/Diktatur und vor der völkerrechtlich und international anerkannten Inanspruchnahme von Landmasse in der Antarktis.

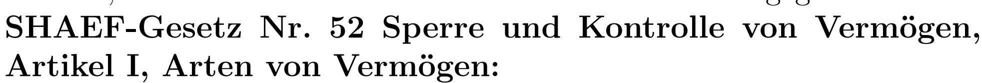
### A.7.3. SHAEF-Gesetz Nr. 52

Die USA, Großbritannien, Russland, Frankreich und China haben mit allen Alliierten am 12.09.1944, in Anlehnung an die HLKO die SHAEF-Gesetzgebung proklamiert. Sie wurde

[136] http://www.documentarchiv.de/nzjh/verfpr1848.html
http://www.verfassungen.de/de/preussen/preussen48-leiste.htm
http://www.landeshauptarchiv.de/index.php?id=490
[137] http://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCrgerlicher_Tod
[138] http://www.flegel-g.de/UN-Charta.html#a53

vom Hauptalliierten USA herausgegeben und gilt bis zum heutigen Tag für alle Alliierte und *zum Schutz der Bevölkerung im besetzten Deutschen Bund*.
Das sich die Alliierten bis zum heutigen Tag penibel an die SHAEF-Gesetze halten, konnte man bei der Besetzung Libyens feststellen. Libyen war vom Deutschen Reich besetzt (unterliegt dem SHAEF-Gesetz). Russland und China haben sich nur deshalb in der UNO ihrer Stimme enthalten können.
Im Fall Syrien, das vom Deutschen Reich nicht besetzt war und gegen die Alliierten keinen Krieg geführt hat, (unterliegt nicht dem SHAEF-Gesetz) haben Russland und China ihr Veto eingelegt. Damit haben sie erreicht, daß die westlichen Alliierten das Land nicht angegriffen haben.




**SHAEF-Gesetz Nr. 52 Sperre und Kontrolle von Vermögen, Artikel I, Arten von Vermögen:**

1. Vermögen innerhalb des besetzten Gebietes, das unmittelbar oder mittelbar, ganz oder teilweise im Eigentum oder unter Kontrolle der folgenden Personen steht, wird hiermit hinsichtlich Besitz oder Eigentumsrecht der Beschlagnahme, Weisung, Verwaltung, Aufsicht oder sonstigen Kontrolle durch die Militärregierung unterworfen:
(a) Das Deutsch Reich oder seine Länder, Gaue oder Provinzen oder eine gleichartige staatliche oder kommunale Verwaltung, deren Dienststellen und Organe, einschließlich aller gemeinwirtschaftlichen Nutzungsbetriebe, Unternehmen, öffentliche Körperschaften und Monopolbetriebe, die durch irgendeine der vorgenannten Organisationen kontrolliert werden ;
**(b) Regierungen, Staatsangehörige oder Einwohner von Staaten, mit Ausnahme des Deutschen Reiches**, die sich mit einem Mitglied der Vereinten Nationen zu irgend einem Zeitpunkt seit dem 1. September 1939 im Kriegszustand befanden, und Regierungen, Staatsangehörige und Einwohner von Ländern, die seit diesem Tage von den vorgenannten Staaten oder von Deutschland **besetzt waren**;"
(siehe auch HLKO Art. 46 "Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.")

Folgende Seite[139] ist nur wegen der SHAEF- Gesetze interessant – sie vertritt nicht unsere Meinung – bitte auf die alte Originalausgabe achten und nicht die neuere Fälschung nehmen.

Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force (kurz SHAEF[140]) war von Ende 1943 bis zum Ende des sogenannten "Zweiten Weltkrieges" das Hauptquartier der alliierten Streitkräfte in Nordwesteuropa und erhielt Weisungen von den Combined Chiefs of Staff. Es wurde im Januar 1944 in London durch die Umbenennung des Stabes COSSAC gebildet. Oberbefehlshaber des SHAEF war von Beginn an Dwight D. Eisenhower. Nach der Befreiung Frankreichs hatte SHAEF seinen Sitz in Versailles und Reims
Diese Regelung gilt bis heute für die "BR(D)" mit ihren Bundesbürgern, die Länder und Kommunalverwaltungen. Somit auch für die Finanzbehörde, Kommunen oder die Ausnahmegerichte der "BR(D)" - die keine Staatsgerichte sind. Beim Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) ist der § 15 (Staatsgericht) weggefallen!

### A.7.4. Gerichtsvollzieherordnung

Dieser Abschnitt beschreibt Änderungen der Gerichtsvollzieherordnung (GVO) und daraus folgende Konsequenzen.

[139] http://principality-of-sealand.eu/hotstuff/shaef_d.html
[140] http://www.history.army.mil/documents/cossac/Cossac.htm

Das Wichtigste vorweg: Laut GVO vom 01.08.2012 arbeiten "Gerichtsvollzieher" als Freiberufler mit privatem Haftungsrisiko !
Während die ***alte Fassung*** der GVO den § 1 enthält

> Rechtsstellung des Gerichtsvollziehers
> Der Gerichtsvollzieher ist Beamter im Sinne des Beamtenrechts.
>
> § 1 GVO

ist dieser Paragraph in der ***neuen Fassung***[141] weggefallen
A. Allgemeine Vorschriften
§ 1 aufgehoben

**Wie versucht sich das "Land" Nordrhein-Westfalen zu legitimieren?** Es herrscht höchste Not bei den "Staats-Simulanten", sich staatlich legitimieren zu wollen, das gilt auch für NRW, da "Ihnen" eine Anknüpfung an ein Hoheitsgebiet (Gebietskörperschaft), einem *Geltungsbereich* für "Ihr" Recht fehlt, versuchen "Sie" dieses verzweifelt zu finden und künstlich zu konstruieren, um eine scheinbare, angebliche Rechtskontinuität herzustellen.

**Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Düsseldorf, den 15. Dezember 2012, Nr. 24**
Ergänzungsbestimmungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Gerichtsvollzieherordnung und zur Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher (auszugsweise)
II. Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher Erster Teil[142]

> Zustellung von Amts wegen
> Wird in den ehemals preußischen Landesteilen von einem Notar im Falle des Artikels 26 des preußischen Gesetzes über die **freiwillige Gerichtsbarkeit** eine Zustellung von Amts wegen veranlasst, finden die Vorschriften über Zustellungen von Amts wegen mit der Maßgabe Anwendung, daß der Notar an die Stelle der Geschäftsstelle und der Gerichtsvollzieher an die Stelle des **Gerichtswachtmeisters** tritt.
>
> 1 zu § 11 Abs. 2 GVGA

**Dieses Vorgehen einer Mandatsregierung ist nach dem Völkerrecht *nicht zulässig*. Allein der Souverän – das Staatsvolk – hat die Möglichkeit am souveränen Staat anknüpfen.** Siehe Reaktivierung der Gemeinde Neuhaus in Westfalen.

### A.7.5. Umorganisation der BRD

Wenn man nur genau genug hinsieht, kann man die Umstellung seit 1990 überall feststellen. Die BRD wurde als NGO organisiert. Weiter Beweise folgen im Text.
Zum Beispiel: Arbeitsamt → Agentur für Arbeit, Einwohnermeldeamt → Bürger Service, Umsatzsteuernummer bei Städten, Kreisen, Bundestag, Geschäftsbereiche usw.).[143][144][145][146]

[141] http://www.justiz.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/show/1278051/GVGA%202012.pdf
[142] http://justitia-deutschland.org/R/RuStAG-1913.htm
[143] http://www.bundestag.de/service/impressum/index.html
[144] http://revealthetruth.net/2013/02/24/das-firmen-imperium-des-deutschen-bundestages/
[145] http://www.kreis-paderborn.de/kreis_paderborn/impressum/index.php
[146] http://de.wikipedia.org/wiki/Umsatzsteuer-Identifikationsnummer

Die Sperre und Kontrolle von Vermögen (**SHAEF-Gesetz Nr. 52**) gilt nicht für Staatsangehörige der Bundesstaaten des Deutschen Bundes von 1871 mit Staatsangehörigkeitsausweis, der handelsrechtlichen Kündigung bei der BRD und der Bestätigung durch das Bundesverwaltungsamt mit der Eintragung im EStA-Register.

Der Staatsangehörigkeitsausweis wird im Ausländeramt (Einwohnermeldeamt der jeweiligen Gemeinde, Stadt oder Kreises) beantragt. Gegenüber der NGO BRD ist man dann Ausländer im eigenen Land! (RuStAG 1913 4.1)

### A.7.6. Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz für das Deutsche Reich

In der Einleitung zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz für das Deutsche Reich[147] "RuStAG-1913" vom 22. Juli 1913 steht geschrieben:

> “Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:”

#### Erster Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat (§§ 3 bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 3 bis 35) besitzt.

§ 1, RuStAG-1913

[1] Elsaß-Lothringen gilt im Sinne dieses Gesetzes als Bundesstaat.
[2] Die Schutzgebiete gelten im Sinne dieses Gesetzes als Inland.

§ 2, RuStAG-1913

#### Zweiter Abschnitt

Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate.

Die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate wird erworben 1. durch Geburt (§ 4), 2. durch Legitimation (§ 5), 3. durch Eheschließung (§ 6), 4. für einen Deutschen durch Aufnahme (§§ 7, 14, 16), 5. für einen Ausländer durch Einbürgerung (§§ 8 bis 16).

§ 3, RuStAG-1913

**[1] Durch die Geburt erwirbt das eheliche Kind eines Deutschen die Staatsangehörigkeit des Vaters, das uneheliche Kind eines Deutschen die Staatsangehörigkeit der Mutter.**
[2] Ein Kind, das in dem Gebiet eines Bundesstaates aufgefunden wird (Findelkind), gilt bis zum Beweise des Gegenteil als Kind eines Angehörigen dieses Bundesstaats.

§ 4, RuStAG-1913

[147] http://justitia-deutschland.org/R/RuStAG-1913.htm

Die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate wird erworben

1. durch Geburt (§ 4),
2. durch Legitimation (§ 5),
3. durch Eheschließung (§ 6),
4. für einen Deutschen durch Aufnahme (§§ 7, 14, 16),
5. für einen Ausländer durch Einbürgerung (§§ 8 bis 16).

§ 3, RuStAG-1913

### A.7.7. Der Begriff "Ausländer"

Auszug aus der Verwaltungsvorschrift zum Ausländergesetz:

> "1.2.1 Ausländer ist jede natürliche Person, die weder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt noch als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling im Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat (Deutsche ohne deutsche Staatsangehörigkeit) oder diesen Status durch Abstammung oder - bis 31. März 1953 - durch Eheschließung erworben hat."

Siehe auch [148], § 2 Aufenthaltserlaubnis Abs. (2) Punkt 2[149], (RuStAG)[150], (Internetseite des Innenministeriums Bayern wurde gelöscht - warum?)[151], (Staatenlosenabkommen beachte Art. 27/28 - Personalausweis)[152]
Im Personalausweisgesetz wird explizit auf juristische und natürliche Personen (§ 1 BGB von 1896) hingewiesen. De facto besitzt die juristische Person keine Rechte, da seine keine Staatsangehörigkeit besitzt.

§ 28 Antrag - Personalausweisgesetz (PAusw.V) - der NRO BRD (1) Um das Vorliegen der Voraussetzungen des § 21 Absatz 2 Satz 1 des Personalausweisgesetzes überprüfen zu können, muss ein Antrag nach § 21 Absatz 1 Satz 1 des Personalausweisgesetzes enthalten:
1. Angaben zur Identitätsfeststellung von juristischen und natürlichen Personen; **bei natürlichen Personen** sind dies insbesondere der **Familienname**, die Vornamen, der Tag und der Ort der Geburt sowie die Anschrift der Hauptwohnung; **bei juristischen Personen** sind diese insbesondere der **Name**, die Anschrift des Sitzes, die Rechtsform und die Bevollmächtigten; außerdem ist in diesem Fall eine Kopie des Handelsregisterauszugs oder der Errichtungsurkunde beizulegen... [a]

[a] http://www.gesetze-im-internet.de/pauswv/__28.html

[148] http://www.gesetze-xxl.de/allgemeine-verwaltungsvorschrift-zum-auslandergesetz/ Abs. 1.2
[149] http://www.zaoerv.de/25_1965/25_1965_3_b_499_515.pdf
[150] http://justitia-deutschland.org/R/RuStAG-1913.htm
[151] http://www.stmi.bayern.de/buerger/staat/staatsangehoerigkeit/detail/05788/
[152] http://www.aufenthaltstitel.de/staatenlose.html

## A.8. Streichung des Grundgesetzes

Im Jahr 1990 wurde nicht nur die DDR vom Russischen Außenminister Eduard Schewardnadse aufgelöst – sondern auch die BRD vom Außenminister der USA James Baker III – als Hauptalliierter. Durch die Streichung des Art. 23 GG wurde der Geltungsbereich des Grundgesetzes aufgehoben. Dies wurde der deutschen Bevölkerung nicht öffentlich mitgeteilt. Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) wurde danach als nichtstaatliches Unternehmen neu organisiert.

Das Grundgesetz wurde 1990 durch den Außenminister der USA (Hauptalliierter) James Baker durch Aufhebung des Artikel 23 des Grundgesetzes (Geltungsbereich) ungültig. Die BRD wurde dadurch als Besatzungskonstrukt aufgelöst[a]! Seit dem Jahr 1990 wird die BRD als Nichtregierungsorganisation (NGO) weitergeführt und ist auch als solche bei der UNO registriert (siehe auch D-U-N-S Firmeneintragung bei der Auskunftsdatei D&B).

[a]http://www.verfassungen.de/de/gg.htm (GG - Änderungen))

Wir verweisen hier auf die Beträge von "Sommer's Sonntag" mit Erklärungen zur Lage"[153] [154], sowie auf "Bundesrecht/Berlin nach 1990"[155] [156].

## A.9. Bereinigungsgesetze

In den Jahren 2006, 2007 und 2010 wurde durch die Bereinigungsgesetze von den Alliierten angeordneten. Bei diesem Vorgang hatte weder der Bundestag noch der Bundesrat Einfluss. Diese Bereinigungsgesetze wurden im Bundesanzeiger veröffentlichen und damit gültig. Dabei handelt es sich um das erste und zweite Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministerium für Justiz (24.04.2006/29.11.2007/14.12.2010) der BRD. Somit wurde der BRD die staatliche Gesetzgebung entzogen. Die Bereinigungsgesetze heben die Geltungsbereiche jeweils im § 1 der Gesetze auf.
Durch das Aufheben der Aufhebung erfolgt ein Wiederinkrafttreten. Aufgehoben wurden:
Die bundesrechtlichen Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht im zweiten Bereinigungsgesetz des Jahres 2007 im Art. 4 - § 2 - (Erstes Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechtes vom 30. Mai 1956. Zweite Gesetz 30. Mai 1956, drittes Gesetz 23. Juli 1958, viertes Gesetz 19.Dezember 1969). **Damit wurde die Aufhebung wieder aufgehoben. Somit ist das Besatzungsrecht in Deutschland[157] wieder in Kraft gesetzt**.
Das SHAEF-Gesetz ist weiterhin gültig.
Die Haager Landkriegsordnung (HLKO, d. h. Völkerrecht) wird dagegen erst dann außer Kraft gesetzt, nachdem der Erste und der sogenannte Zweite Weltkrieg durch einen Friedensvertrag beendet wird.

Quellen zu den Bereinigungsgesetzen (Gesetzblätter):

1. BGBl. 2006, Teil I, Nr. 18, S. 866ff, ausgegeben zu Bonn am 24. April 2006
2. BGBl. 2007, Teil I, Nr. 59, S. 2614ff, ausgegeben zu Bonn am 29. November 2007

[153]http://terraherz.at/category/sommers-sonntag/
[154]http://www.politaia.org/wichtiges/sommers-sonntage-1-15-playlist/
[155]http://www.gesetze-im-internet.de/_blg_6/BJNR021060990.html
[156]http://www.gesetze-im-internet.de/avorbaschrbek/
[157]laut SHAEFF-Gesetz ist Deutschland das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937

3. BGBl. 2010, Teil I, Nr. 63, S. 1864ff, ausgegeben zu Bonn am 14. Dezember 2010

### A.9.1. Erstes Bereinigungsgesetz

Im *ersten Bereinigungsgesetz* wird z. B. im **Artikel 14** - Gerichtsverfassungsgesetz, **Artikel 49** - die Zivilprozessordnung, **Artikel 67** - die Strafprozessordnung der Geltungsbereich aufgehoben.

**Artikel 4** Aufhebung des Gesetzes zur Prüfung von Rechtsanwaltszulassungen, Notarbestellungen und Berufung ehrenamtlicher Richter,

**Artikel 20** Aufhebung des Gesetzes über die Zuständigkeit der Gerichte bei Änderungen der Gerichtsbarkeit,

**Artikel 21** Aufhebung der Verordnung zur einheitlichen Regelung der Gerichtsverfassung,

**Artikel 22** Aufhebung des Gesetzes zur Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiet der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts,

**Artikel 23** Aufhebung des Gesetzes über Rechtsverordnungen im Bereich der Gerichtsbarkeit,

**Artikel 24** Aufhebung des Gesetzes über das Gerichtswesen in Berlin,

**Artikel 46** Aufhebung des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung beurkundungsrechtlicher Vorschriften,

**Artikel 53** Auflösung des Gesetzes zur Änderung des Rechtspflegergesetzes, des Beurkundungsgesetzes und zur Umwandlung des Offenbarungseides in einer eidesstattlichen Versicherung,

**Artikel 55** Aufhebung der Verordnung über die Vollstreckung landesrechtlicher Schuldtitel,

**Artikel 56** Aufhebung der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckungen,

**Artikel 185** Aufhebung der Durchführung zum Gesetz über die Errichtung einer Deutschen Verrechnungskasse,

**Artikel 186** Aufhebung des Gesetzes über die Deutschen Landesrentenbank

### A.9.2. Zweites Bereinigungsgesetz

Im zweiten Bereinigungsgesetz wird zum Beispiel im

**Artikel 1** - die Aufhebung des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes,

**Artikel 2** - Aufhebung des Gesetzes zur Einführung von Bundesrecht im Saarland,

**Artikel 57** - Aufhebung des Einführungsgesetzes zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (Geltungsbereich),

**Artikel 4** - Aufhebung des Besatzungsrechtes wurde aufgehoben, alles was nicht dem Art. 73, 74, 75 GG zuzuordnen und Bundesgesetz ist, aufgehoben.

**Artikel 3** Aufhebung des Zweiten Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit

**Artikel 18** Aufhebung des Gesetzes, betreffend die Beglaubigung öffentlicher Urkunden,

**Artikel 40** Änderung des Patentgesetzes,

**Artikel 42** Aufhebung des Gesetzes über die Errichtung eines Patentamtes im Vereinigten Wirtschaftsgebiet,

**Artikel 108** Aufhebung des Gesetzes über Sozialversicherungen.

Das "Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit" in der Fassung der Bekanntmachung vom 20.05.1898 (RGBI. I S. 771) zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.03.2009 (BGBI. I S. 470) m.W.v. 18.03.2009 wurde außer Kraft gesetzt am 01.09.2009 aufgrund des Gesetzes vom 17.12.2008 (BGBI I S. 2586). Damit gibt es keine staatliche und keine freiwillige Gerichtsbarkeit mehr. Privatgerichte !? Damit hat man dem gesamten Justizwesen (Art. 92 - 104 GG) die gesetzliche Befugnis entzogen. Alle Bereinigungsgesetze sind damit voll gültige Bundesgesetze. Ausdrücklich davon ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 (Schiedsverfahren bei Arbeitsstreitigkeiten).
1982 wurde das Staatshaftungsgesetz gelöscht und mit Aufhebung von Art. 34 GG durch das 2. BMJBBG vom 23.11.2007 mit Art. 4 § 1 (1) auch die *Staatshaftung* und damit die "öffentliche-rechtlichen" Regelungen.

### A.9.3. Bereinigungsgesetze als Reaktion auf ein Gerichtsurteil?

Wahrscheinlich waren die Bereinigungsgesetze auch eine Reaktion auf ein Urteil vor dem *Europäischen Menschenrechtsgerichtshof* (EGMR) aus dem Jahr 2006. (Sürmeli - Urteil Nr. 75529/01 vom 8. Juni 2006). Dieses Urteil des EGMR Art. 36 Menschenrechtskonvention besagt im Tenor, daß ein rechtswirksames Rechtsmittel gegen Rechtsmissbrauch und Billigkeitsrechte für die Einhaltung des Rechtes auf ein rechtsstaatliches Verfahren in der BRD nicht gegeben ist.
Bereinigungsgesetz 2006[158], Bereinigungsgesetz 2008[159], Bereinigungsgesetz 2007[160], Sachenbereinigungsgesetz[161], Besatzungsrecht[162].

### A.9.4. Gesetz zur Überleitung von Bundesrecht nach Berlin (West)

Mit dem Gesetz zur Überleitung von Bundesrecht nach Berlin wird dokumentiert, daß das Bundesrecht in Berlin weiterhin keine Anwendung findet. Im Gesetz zur Überleitung von Bundesrecht nach Berlin (West) werden im § 2 Sonderregelungen und im § 3 Ausnahmen festlegt. Dies hat zur Folge, daß in Berlin weiterhin die Rechte der Alliierten uneingeschränkt gelten. Für einen juristischen Laien ist dieses Gesetz so angelegt, daß es nur schwer nachvollziehbar ist.

Folgendes Bundesrecht findet in Berlin keine Anwendung (siehe § 2 und § 3).

[158] http://www.buzer.de/gesetz/7172/index.htm
[159] http://www.verfassungen.de/at/Bund/bvg2008-2.htm
[160] http://www.buzer.de/gesetz/7965/index.htm
[161] http://www.buzer.de/gesetz/6679/index.htm
[162] http://www.buzer.de/gesetz/7963/index.htm

Stand: 26.11.2013 (Sechstes Überleitungsgesetz - 6. ÜblG k.a.Abk.) G. v. 25.09.1990 BGBl. I S. 2106, 2153; zuletzt geändert durch Artikel 1 V. v. 31.10.2006 BGBl. I S. 2407; Geltung ab 03.10.1990 FNA: 105-5; 1 Staats- und Verfassungsrecht 10 Verfassungsrecht 105 Herstellung der Einheit Deutschlands 1 frühere Fassung des 6. ÜblG | Entwurf/Begründung des 6. ÜblG | 6 Vorschriften zitieren das 6. ÜblG

- ☐ Eingangsformel
- ☐ § 1 Grundsatz
- ☐ § 2 Sonderregelungen
- ☐ § 3 Ausnahmen
- ☐ § 4 Außerkrafttretende Sondervorschriften
- ☐ § 5 Inkrafttreten

Nach unserem heutigen Wissenstand ist das Inkrafttreten noch nicht im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben worden. Ein Inkrafttreten findest jedoch nur unter folgenden Voraussetzungen statt:
Ein Auszug aus dem § 5 *Inkrafttreten*[163]:

(1) Dieses Gesetz tritt in dem Zeitpunkt in Kraft, in dem die alliierten Vorbehaltsrechte in Bezug auf Berlin fortfallen oder suspendiert werden.
(2) Das Auswärtige Amt gibt den Zeitpunkt des Inkrafttretens im Bundesgesetzblatt bekannt.

## A.10. Bundesgerichtsurteile

Das Bundesverwaltungsgericht urteilt (BVermGE 17, 192 =DVBI 1964, 147):

> "Jedermann muss, um sein eigenes Verhalten darauf einrichten zu können, in der Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich eines Gesetzes ohne weiteres feststellen zu können. Ein Gesetz das hierüber Zweifel aufkommen läßt, ist unbestimmt und deshalb wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig."

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil (BVerfG 3, 288 (319f:6,309 (338,363)) folgendes geurteilt:

> "Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft."

und ...

> "Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts binden die Verfassungsorgane des Bundes und der Länder sowie alle Gerichte und Behörden." (BVerfGG § 38)

Siehe auch Artikel 20 GG. (Verfassungsgrundsätze, Widerstandsrecht)

(3) "Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden."
(4) "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."

[163] http://www.buzer.de/gesetz/4028/

## A.11. Zustand der BRD

Der Zustand der BRD und seiner “Behörden” wird anhand folgender Beispiele deutlich.
Der Musterschutz[164] für den Namen “POLIZEI” beim Deutschen Patent- und Markenamt, die Grundsatzrede[165] zum Grundgesetz (GG) von Carlo Schmid 1948,

> “Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder West-Deutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten.”

sowie die Aussage des SPD-Politikers Sigmar Gabriel[166] in “Sigmar Gabriel und die Wahrheit”

> “Ich sage euch, wir haben gar keine Bundesregierung, wir haben - Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen - Nichtregierungsorganisation in Deutschland!”

Volker Schöne[167] von der Gewerkschaft der POLIZEI (DPolG, DEUTSCHE POLIZEIgewerkschaft Landesverband Sachsen) schreibt in der Zeitschrift der Gewerkschaft über die Bereinigungsgesetze und die dadurch aufgehobenen Gesetze folgendes:

**Durch die Bereinigungsgesetze wurden der BRD alle Gesetze genommen!**

## A.12. Kriegslist ist in der HLKO erlaubt

Die Alliierten haben die Staatsangehörigen des Deutschen Bundes von 1871 mit seinen Bundesstaaten zu Bundesbürgern (juristische Personen) gemacht. Dieses Vorgehen entspricht einer *Kriegslist*, die laut der Haager Landkriegsordnung (HLKO) erlaubt ist. Um den juristischen Folgen zu entgehen, kann man sich wieder von der juristischen Person trennen.
Heute beantragt der Unwissende freiwillig den "Personalausweis" oder geht wählen. Durch den beantragten Personalausweis geht diese Person einen Vertrag mit der BRD ein. Hierbei ist anzumerken, daß **das Vertragsrecht dem Völkerrecht übergeordnet ist**. In der Konsequenz haftet der Bundesbürger für die Handlungen der BRD, d. h. auch für deren Schulden (siehe Europäischer Stabilitätsmechanismus ESM, Vertrag von Lissabon, Handelsverträge wie TTIP, TISA, CETA).

## A.13. Das elektronische Formular “Elster”

Beim Programm Elster handelt es sich um (zitiere Wikipedia) ein Konstrukt der Firma Finanzamt der Firma BRD.

### Endbenutzer-Lizenzvertrag (EULA) und Datenschutzhinweis

Endbenutzer-Lizenzvertrag und Datenschutzhinweis[168] zwischen dem Bayerischen Landesamt für Steuern als dem bundesweiten Koordinator des ELSTER-Projektes, (nachfolgend "Steuerverwaltung" oder "LfSt") und dem Steuerbürger.

[164] http://register.dpma.de/DPMAregister/marke/register/302437827/DE
[165] http://www.youtube.com/watch?v=gWklZtdjhS0
[166] http://www.youtube.com/watch?v=KsEHnMMKfLU, http://brd-gmbh.blogspot.de/
[167] http://www.youtube.com/watch?v=gR6AxRxKERs
[168] https://www.elster.de/elfo_down2.php?who=2005/2006

Das LfSt (Steuerverwaltung) handelt hier für den Freistaat Bayern in seiner Eigenschaft als bundesweiter Koordinator des Projektes ELSTER der Finanzverwaltungen von Bund und Ländern.

§ 1 Vertragsparteien

(1) Die Haftung für die Verletzung von Amtspflichten (§ 839 BGB, Artikel 34 GG) wird durch diesen Vertrag und insbesondere § 6 nicht beschränkt. Unbeschränkt haftet die Steuerverwaltung in den Fällen der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie nach dem Produkthaftungsgesetz.
(2) Im Übrigen haftet die Steuerverwaltung nach den gesetzlichen Vorschriften des Schenkungsrechts."

§ 6 Haftung (Programm Ester)

Auf diesen Vertrag ist ausschließlich deutsches Recht mit Ausnahme des EGBGB anwendbar.

§ 12 Deutsches Recht

Damit ist in den § 6 und § 12 des Programms "diebische" Elster *das BGB* bis auf die § 839 -Haftung bei Amtspflichtverletzung- und den Artikel 34 GG (Haftung bei Amtspflichtverletzung) *ausgeschlossen*.
Dadurch ist auch die **Schadensersatzpflicht** im § 823 des BGB (Schadensersatzpflicht) **ausgeschlossen**. Offenbar will man sich als Firma vor zukünftigen Schadensersatzpflicht absichern!

(1) "Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder sonstige Rechte eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Ersatz des daraus entstandenen Schadens verpflichtet."
(2) "Die gleiche Verpflichtung trifft denjenigen, welcher gegen ein den Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz verstößt. Ist nach dem Inhalte des Gesetzes ein Verstoß gegen dieses auch ohne Verschulden möglich, so tritt die Ersatzpflicht nur im Falle des Verschulden ein.

BGB § 823

## A.14. Literatur

**„Die Deutsche Katastrophe 1914 bis 1918 und 1933 bis 1945 im Großen Spiel der Mächte“**[169]

„**Verborgene Geschichte** – Wie eine geheime Elite die Menschheit in den Ersten Weltkrieg stürzte“[170]

„**Die Schlafwandler** – Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“[171]

„**Das Deutschland Protokoll”**[172]

**„Preußen und die Wurzeln des Erfolgs”**[173]

„**Wenn das die Deutschen wüssten. . . :** . . . dann hätten wir morgen eine (R)evolution!”[174]

„**verheimlicht. vertuscht. vergessen.** Was 2015 nicht in der Zeitung stand.”[175]

„**Mitteleuropa – Bilanz eines Jahrhunderts**“[176]. Es wurde von Renate Riemeck geschrieben. Sie ist Dozentin an der Pädagogischen Hochschule in Oldenburg, Professorin an der Kant-Hochschule Braunschweig und bis 1960 an verschiedenen Hochschulen in der Lehrerbildung tätig.
Ein besonders interessantes Kapitel ihres Buches heißt “Der Prinz von Wales, Papst Leo der XIII. und der neue Kurs”. In diesem wird detailliert beschrieben wie Papst Leo XIII und seine Botschafter beim „heiligen Stuhl“ willige Helfer beim diplomatischen Spiel und die russisch-französische Annäherung suchten und fanden. Da eine französisch-russische Militärallianz den Kern des künftigen Dreierverbandes („Triple-Entente“[177]) bilden sollte, mußte zunächst das Kunststück vollbracht werden, die liberale französische Republik und den autokratischen POLIZEIstaat des russischen Zaren einander anzunähern.

## A.15. Abkürzungen und Begriffe

**AO** Abgabenverordnung

**EU** Europäische Union

**BGB** Bürgerliches Gesetzbuch

**BGBl** Bundesgesetzblatt

**BRD** Bundesrepublik Deutschland

[169] vom ehemaligen Bundesminister Andreas von Bülow (ISBN-10: 3864451698)
[170] von den britischen Historikern Garry Docherty und Jim Macgregor (ISBN-10: 3864451604)
[171] von Christopher Clark, Professor für Neuere Europäische Geschichte am St. Catharine's College in Cambridge (ISBN-10: 3421043590)
[172] von Holger Fröhner, Neufassung (ISBN-10: 3941956000)
[173] von Ehrhardt Bödecker, 5. durchgelesene Auflage (ISBN-987-3-95768-119-5)
[174] von Daniel Prinz (ISBN 3938656271)
[175] von Gerhard Wisnewski (ISBN 3864452783)
[176] ISBN 3-910168-03-5
[177] Triple-Entente, kurz Entente stammt von “Einvernehmen”, “Vereinbarung”, “Absprache” und war ein Militärbündnis zwischen dem Vereinigten Königreich Großbritannien, Frankreich und Russland.

**BVerfGE** Bundesverfassungsgericht

**BMJBG** Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz

**DDR** Deutsche Demokratische Republik

**DPMA** Deutsches Patent und Markenamt

**DR** Deutsches Reich

**D-U-N-S** Data Universal Numbering System

**ECHR** Europäischen Menschengerichtshof

**ESM** Europäischer Stabilitätsmechnismus

**EStA** Bundeseinheitliches Staatsangehörigkeitsregister

**GG** Grundgesetz

**GVG** Gerichtsverfassungsgesetz

**GVGA** Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher

**GVO** Gerichtsvollzieherordnung

**HLKO** Haager Landkriegsordnung

**IWF** Internationaler Währungsfond

**K. d. ö. R.** Körperschaften des öffentlichen Rechts

**Kgr.** Königreich

**NATO** North Atlantic Treaty Organization

**NGO** non-governmental organization (siehe NRO)

**NRO** Nichtregierungsorganisation

**RAO** Reichsabgabenordnung

**RuStAG** Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz

**SHAEF-Gesetz** Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force

**StAG** Staatsangehörigkeitsgesetz

**SGB** Sozialgesetzbuch

**UN** United Nations

**UNO** United Nations Organisations

**UCC** Uniform Commercial Code, deutsch etwa: Einheitliches Handelsgesetzbuch

# Index

# Checkliste zur Gemeindereaktivierung

Notwendige Vorbereitung für das Reaktivieren einer Gemeinde, um diese (und ihre Mitglieder) aus dem handelsrechtlichen Vertrag nehmen zu können.

- ○ Wissen aus dem Buch „Souveräner Staat durch Friedensvertrag“ nutzen. Antworten zu offenen Fragen recherchieren (Forum, Internet-Suche, …).
- ○ Mindestens 6 bis 8 Gemeindemitglieder vorhanden. Nur der Gemeinde-vorsteher muss öffentlich namentlich bekannt sein.
- ○ Recherchieren …
  - ☐ des ursprünglichen Gemeindenamens (vor 1914)
    http://www.gemeindeverzeichnis.de/
  - ☐ des ursprünglichen Wappens der Gemeinde (vor 1914)
    bspw. im Gemeinde-/ Stadtarchiv
  - ☐ der Landgemeindeordnung (vor 1914)
    http://www.verfassungen.de/de/preussen/gesetze/gemeindeordnungen-vergleich-haupt2.htm
  - ☐ der Gemeindegrenzen (vor 1914)
- ○ Reaktivierungsurkunde (Mustertext im Buch) per Telefax an die BRD-“Behörden“, Botschaften etc. senden (Telefax-Nummern siehe Buch) .
- ○ Veröffentlichen der Reaktivierung
  **Wichtig:** Es wird dringend empfohlen die **Gemeindereaktivierung öffentlich zu machen**. Nur so können **unwirksame Mehrfachreaktivierungen** vermieden werden. Leider gibt es Gruppen die ihre Reaktivierung „geheim halten“. Dadurch entsteht eine **Rechtsunsicherheit**. Sie kann unabsehbare Folgen haben. Die Gemeinde Neuhaus, das NESTAG und weitere aktive Gruppen erkennen nur öffentlich bekannt gemachte Gemeinden an. Bitte nutzt bspw. die Liste auf www.reaktiviert.de. Diese darf frei genutzt, erweitert und veröffentlicht werden.

____________________________________________

Name / Bundesstaat / Provinz der zu reaktivierenden Stadt/ Gemeinde

____________________________________________

Name des Ansprechpartners / Adresse / Telefon-Nummer / eMail-Adresse

Nach der erfolgreichen Reaktivierung freuen wir uns über eine Gemeinde-Partnerschaft zwischen Eurer reaktivierten Gemeinde und der Gemeinde Neuhaus i.W. sowie die kostenlose Mitgliedschaft im NESTAG ( Netzwerk der Staatsangehörigen).

Mit freundlichen Grüßen aus Neuhaus i.W.

Gemeinde Neuhaus




Die aktuelle Ausgabe 6/2016
von „Souveräner Staat durch Friedensvertrag“ ist in begrenzter Stückzahl als gedrucktes Buch auf www.nestag.de oder per email an buch@nestag.de erhältlich.

Folgende Fibeln sind mit Hilfe von NESTAG-Mitgliedern und Freunden entstanden. Sie sind kostenlos als PDF-Datei auf www.nestag.de sowie auf jeweils eigenen Seiten erhältlich. Sie werden stetig für Euch erweitert.










www.gesundefibel.de, www.notfallfibel.de, www.zukunftsvision2020.de

Eine öffentliche Liste der reaktivierten Gemeinden ist frei auf www.reaktiviert.de erhältlich. Bitte verteilt diese Liste.

Bitte nutzt das kostenlose Forum auf www.nestag.de
für Eure Fragen und zur Vernetzung.

Wir informieren regelmäßig mit einem kurzen Info-Brief über die wesentlichen Neuigkeiten und Wissenswertes.
Der kostenlose, unverbindliche Info-Brief kann auf www.nestag.de („Newsletter“) oder per email an infobrief@nestag.de bestellt und abbestellt werden.

## Platz für Notizen



Die Mehrheit der gewöhnlichen Bevölkerung
versteht nicht was wirklich geschieht.
Und sie versteht noch nicht einmal,
dass sie es nicht versteht.

*Noam Chomsky,*
*Kommunikationswissenschaftler*

Welche Vorteile und Rechte genießen Deutsche mit Staatsangehörigkeitsausweis im Gegensatz zu BRD-Bürgern mit PERSONALausweis?

Wieso müssen Staatsangehörige keine Beiträge an die GEZ, IHK usw. zahlen?

Warum haften Staatsangehörige nicht für die ESM-Bürgschaft und die Pleite-Banken? Warum zahlen nur BRD-Bürger für die Griechenlandpleite?

Warum haben nur Staatsangehörige die freie Wahl zwischen gesetzlichen Pflichtversicherungen und günstigeren Alternativen?

Wie und wo erhalten Sie Ihren Staatsangehörigkeitsausweis? Was ist noch zu tun?

Wußten Sie, daß die deutschen Staatsangehörigen mit dem Friedensvertrag zum Ersten Weltkrieg den **Schlüssel zum Weltfrieden** in ihrer Hand halten?!
Ja, Sie haben richtig gelesen! Der Friedensvertrag zum **ERSTEN** Weltkrieg! Denn tatsächlich handelt es sich bei dem sogenannten "Zweiten" Weltkrieg nur um die Fortsetzung des Ersten durch Bruch des Waffenstillstandes!

Der Friedensvertrag ist mit den "Drei Mächten" Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika zu schließen. Mit ihm läßt sich die Vertreibung und das Leiden vieler Völker beenden. Zu diesen gehören u. a. die Libyer, die Ukrainer, die Kurden, sowie die geschichtsträchtigen Aramäer und Assyrer aus dem Zweistromland. Der Friedensvertrag ist die Basis um ihnen Schutz- und Staatsgebiete zu ermöglichen. Ohne solche Gebiete werden diese alten Kulturvölker wohl durch Vertreibung aussterben.
Wir, die souveränen Deutschen, können diesen Menschen eine Rückkehr in ihre angestammte, vertraute und geliebte Heimat ermöglichen!

Mit dem Friedensvertrag zum Ersten Weltkrieg liegt der Weltfrieden in unserer Hand!

Warum erfahren Sie davon nichts in den sogenannten Qualitätsmedien?
Wer die Wahrheit wissen will, der wird die Antworten auf seine Fragen finden!

Einige Ihrer Fragen beantwortet dieses Buch. Zudem liefert es konkrete Anleitungen, um Ihre Deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten und souverän zu werden!

Herausgeber ist das
Amt der Gemeinde Neuhaus in Westfalen
Postfach 6220, [33104] Neuhaus i. W.
www.Gemeinde-Neuhaus.de

Buchversand organisiert durch das
Netzwerk der Staatsangehörigen (NESTAG.de)



